Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

7. Juli 1980
Jg. 8 Nr. 28

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Streiks erschüttern das südafrikanische Kolonialregime

OAU: Verstärkte Unterstützung für den Befreiungskampf in Azania und Namibia

z.lup. Verstärkte Unterstützung für den nationalen Befreiungskampf in Azania und Namibia ist eines der Hauptergebnisse der Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die am 4. Juli in Freetown (Sierra Leone) zu Ende ging. Robert Mugabe, der Ministerpräsident Zimbabwes, das auf dieser Konferenz als 50. unabhängiger Staat Afrikas in die OAU aufgenommen wurde, wies darauf hin, daß die Unabhängigkeit aller selbständigen Nachbarstaaten durch fortgesetzte Angriffe des südafrikanischen Kolonialregimes bedroht sei. Er forderte: „Da jetzt das Problem der Unabhängigkeit Zimbabwes gelöst ist, müssen da nicht sinnvolle und gemeinsame Aktionen unternommen werden, um unsere Grenzen zu befestigen, und muß die OAU nicht den Frontstaaten mit substantieller militärischer Unterstützung zu Hilfe kommen, so daß diese Staaten in die Lage versetzt sind, ihre territoriale Integrität zu verteidigen,
re territoriale Integrität zu verteidigen,
als auch den nationalen Kampf in Südafrika zu unterstützen?"

Seit 3 Wochen streikt in Azania die 3500 Mann starke Belegschaft von VW für eine Erhöhung des Mindestlohns auf 4,40 DM (2 Rand) die Stunde. Versuche, den Streik durch Drohungen wie unter Hinweis auf die laufenden Verhandlungen zu spalten und die Arbeiter in die Fabrik zu zwingen, scheiterten. Nicht mehr als 400 konnten bis letzten Donnerstag in die Fabrik gezwungen werden. Dieser VW-Arbeiter-Streik ist ein Bestandteil der breiten Streikbewegung der Bergbau- und Industriearbeiter Azanias, die sich im letzten Monat mit großer Wucht ausbreitete und denen große Streiks der afrikanischen Schüler und Studenten vorausgegangen waren, die unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung Zimbabwes angefangen hatten. Eine wichtige Rolle hatten dabei die farbigen Schüler und Studenten gespielt, was insofern bedeutsam ist, als Spaltung zwischen Schwarzen und Farbigen eine der Methoden ist, mit denen das Kolonialregime den Befreiungskampf der Nation von Azania zu unterdrücken versucht.

Botha, der Chef des südafrikanischen Kolonialregimes, hatte den Polizeikräften den Befehl gegeben, die Kämpfe mit allen Mitteln zu unterdrücken und „zu schießen, um zu töten". Am 30. Juni wurde ein 17jähriger Afrikaner in Uitenhage erschossen. 2 Wochen zuvor hatte die Kolonialpolizei mindestens 32 Afrikaner in Kapstadt erschossen und über 175 verwundet. Die Streikbewegung haben sie dadurch nicht eindämmen können. V. Make, der Vorsitzende der Befreiungsbewegung PAC, berichtete darüber, daß die Notwendigkeit, der Gewalt der Kolonialisten durch Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes zu antworten, in diesen Streiks in vielfältigen Formen festgestellt worden sei und dies auch einer der Gründe war, warum die Schüler und Studenten die Streiks abgebrochen hätten.

Südafrika und das von ihm besetzte Namibia ist die letzte koloniale Festung der Imperialisten in Afrika, beherrscht vor allem von Großbritannien und den USA. Die Hälfte aller in ganz Afrika verbrauchten Energie wird in Südafrika verbraucht. Die Hälfte allen Öls, das in afrikanischen Häfen entla-
Südafrika verbraucht. Die Hälfte allen Öls, das in afrikanischen Häfen entla-
den wird, wird in Südafrika entladen. Ein Drittel aller Kraftfahrzeuge, die in Afrika kommerziell genutzt werden, befinden sich in Südafrika. Der Stahlverbrauch Südafrikas ist 20mal so hoch wie der von Tansania, Zaire, Mozambique und Sambia zusammengenommen. Alle Verkehrsverbindungen im südlichen Afrika sind auf die südafrikanischen Städte und Häfen konzentriert. 4,3 Millionen europäische Kolonialisten bilden die soziale Basis der Herrschaft der Imperialisten in Azania, das sind 16mal mehr als in Zimbabwe. 500000 Mann stark ist die südafrikanische Armee, davon ist die Hälfte ständig im Dienst. Das azanische Volk steht einem Gegner gegenüber, der schwerer zu besiegen ist als in allen anderen Kolonien, nur durch einen langandauernden bewaffneten Kampf, der von den weiten ländlichen Gebieten ausgeht.

Ein Eckpfeiler der Kolonialherrschaft ist die Vertreibung der afrikanischen Bauern von ihrem Land und ihre Zusammenpferchung in Bantustans, Reservaten, die 13% des gesamten Landes ausmachen. 6,5 Mio. von 8 Mio. azanischen Arbeitern (bei einer afrikanischen Gesamtbevölkerung von 21 Mio.) kommen aus diesen Bantustans. Es sind in Wirklichkeit landlose Bauern. Sie dürfen sich in den europäischen Gebieten nur mit Pässen aufhalten, deren Gültigkeit an einen Arbeitsnachweis geknüpft ist und in die die Kapitalisten jederzeit Bemerkungen über Aufbegehren u.ä. hineinsetzen können. Die Paßgesetzgebung haben die Volksmassen Azanias stets erbittert bekämpft. Unter der Losung, das Apartheid-System werde gemildert, hat das Kolonialregime im vergangenen Jahr verschiedene Maßnahmen angekündigt und eingeleitet. Ein verschwindender Bruchteil der Afrikaner sollte ein ständiges Aufenthaltsrecht in den europäischen Gebieten genießen, unter der Bedingung, daß feste Arbeit und Wohnung nachgewiesen werden kann. Afrikanische Gewerkschaften sollten zugelassen werden unter der Bedingung, daß sie sich bei den Kolonialbehörden registrieren lassen und unter ihre Kuratel begeben. Die in den Bantustans lebenden Arbeiter bleiben von allen gewerkschaftlichen Rechten ausgeschlossen. Diese Gesetzgebung ist ein Versuch, eine schmale afrikanische Mittelklasse zu schaffen, darin eingeschlossen Teile der 2,3 Mio. Farbigen und 0,7 Mio. Inder, die formell einen anderen Status haben als die schwarzen Azanier. Hauptergebnis war aber die Verschärfung der Paßgesetzgebung.

„Die Zeit ist nicht auf der Seite des bestehenden Systems. Wenn es keinen Kompromiß gibt, kann sich die Lage nur noch verschlechtern", kommentierte die britische „Financial Times" die Lage in Azania nach der Unabhängigkeit Zimbabwes. Dort hätte man den Fehler gemacht, zu spät mit den wirklichen Führern der Schwarzen zu reden. Die Wahl Mugabes sei die Quittung für diesen Fehler. Jetzt wird nach solchen gesucht, mit denen sich ein „Kompromiß" vereinbaren und Spaltung des Kampfes für nationale Unabhängigkeit bewerkstelligen läßt.

Krisenpaket der italienischen Regierung

Krisenpaket der italienischen Regierung
Streiks in der gesamten Industrie



Am Mittwoch letzter Woche hat die italienische Regierung Beschlüsse zur weiteren Steuerplünderung und Lohnsenkung vorgelegt. Um die Streichung von Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung zu bezahlen, wird die Mehrwertsteuer erhöht. Um den Kapitalisten Investitionen aus einem „Solidaritätsfonds" zu finanzieren, wird den Volksmassen eine Sondersteuer auf Lohn von 0,5% abgepreßt. Ursprünglich sollte ein Teil der Inflationszuschläge gestrichen werden. Nach einer Welle von betrieblichen Streiks und einem Streik in der gesamten Industrie (Bild) ist das vorerst nicht beschlossen worden. In vielen norditalienischen Betrieben haben die Arbeiter am Freitag gegen das Plünderungsprogramm der Regierung gestreikt.

El Salvador: Bewaffneter Widerstand weitet sich aus

z.hot. Nach der erfolgreichen Durchführung des Generalstreiks vom 15./16.6. stoßen die Terrorkampagnen der Großgrundbesitzerbanden und Nationalgarde zunehmend auf bewaffneten Widerstand. Vergangene Woche wurden erneut einige wichtige Radiostationen des Landes von Guerillas der Revolutionären Demokratischen Front besetzt und in einer Sendung der Terror der Nationalgarde angeprangert. – Die Armee der Junta ist inzwischen auf 100000 Mann mit Söldnern aus der ganzen Region, finanziert von den USA, aufgestockt worden. Im Verhältnis zu den 4,4 Mio. Einwohnern ist dies die größte Armeetruppe der Welt. Das zeigt, daß die US-Imperialisten zu jedem Blutbad entschlossen sind. – Bei einem Treffen mit dem führenden Regierungschristdemokraten Duarte sicherte CDU-Chef Kohl der Junta Unterstützung bei ihrer „mutigen Reformpolitik" zu.

Bolivien: Wahlsieg der UDP

Bolivien: Wahlsieg der UDP trotz Terror und Putschdrohung

z.coi. Trotz massivem Terror gegen die „Demokratische Volksunion" (UDP) während der Wahlvorbereitungen und Putschdrohungen im Falle des Sieges ihres Präsidentschaftskandidaten Siles Zuazo seitens der Armee, hat die UDP laut vorläufiger Stimmenauszählung eine Mehrheit von 38% erreicht. Der vom US-Imperialismus bevorzugte Kandidat, der General Banzer, erreichte 19%, Pas Estenssoro vom MNR nur noch 14%. Da Siles Zuazo die für eine Direktwahl notwendige absolute Mehrheit nicht gewinnen konnte, muß das gleichzeitig neugewählte Parlament einen neuen Präsidenten mit einfacher Mehrheit bestimmen. Dies macht Koalitionsbildung notwendig, z.B. mit der Sozialistischen Partei No.1, deren Kandidat Santa Cruz 11% der Stimmen bekommen hat. Noch ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die Armee der Wahl mit einem Putsch zuvorkommt.

Führer der Werktätigenallianz in Guayana ermordet

z.bew. Am 13. Juni wurde in Georgetown/Guayana Walter Rodney bei einem Bombenattentat umgebracht. Innerhalb weniger Wochen ist damit der dritte führende Vertreter der Werktätigenallianz Guayanas ermordet worden. Die oppositionelle Werktätigenallianz vereinigt große Teile des guayanischen Volkes gegen den Kurs der imperialistischen Abhängigkeit der gegenwärtigen Regierung. Die seit 1978 fälligen Wahlen sind bereits mehrfach verschoben worden. In zahlreichen Protest- und Solidaritätserklärungen aus den karibischen Staaten haben Organisationen der Arbeiter- und Bauernbewegung ausgedrückt, daß nicht nur das guayanische Volk, sondern die antiimperialistische Bewegung in der Karibik mit der Ermordung von Walter Rodney einen wichtigen Vertreter verloren haben, gerade zu einer Zeit, wo die beiden Supermächte verstärkt Stützpunkte erpressen wollen.

Carter zwingt Sadat in neue Palästinaverhandlungen

z.pel. Am Montag der letzten Woche hatte das ägyptische Parlament eine Erklärung verabschiedet, die festhält, daß El Quods (Jerusalem) Hauptstadt der Palästinenser sei. Für Dienstag zitierte US-Präsident Carter Vertreter Ägyptens und Israels nach Washington und forderte die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die „Autonomie des Westjordanlandes", die Ägypten nach der Erklärung Begins, El Quods zur Hauptstadt des Siedlerstaates zu proklamieren, abgebrochen hatte. Gleichzeitig ließ er die ersten von 75 F-16-Kampfflugzeugen an Israel ausliefern. Ägyptens Präsident Sadat wich dem Druck und erklärte sich zu erneuten Gesprächen bereit. Die OAU hingegen verurteilte, wie kurz zuvor der UNO-Sicherheitsrat, die Politik Israels und erklärte ihre „bedingungslose Unterstützung der PLO".

Steuerpaket an Erhöhungen der Verbrauchssteuern gekoppelt

Entsprechender Regierungsbeschluß steht / Lohnsteuerreform zu Lasten der Löhne unter 1800 DM

z.frb. Durch die Vereinbarungen zwischen Bundesregierung und den Regierungen der Bundesländer, die den Weg zur endgültigen Verabschiedung des Steuerpakets in Bundestag und Bundesrat frei machten, wurde eine Erhöhung der Mineralöl- und Branntweinsteuer faktisch mitbeschlossen. Umstritten waren zuletzt die kinderabhängigen Regelungen, unter anderem wegen der Finanzierung. Das Aufkommen aus der Lohn- und Einkommensteuer wird auf Bund, Länder und Gemeinden im Verhältnis 42,5:42,5:15 aufgeteilt. Entsprechend verteilt sich der Steuerausfall bei einer Senkung der geltenden Besteuerung. Matthöfer wollte einen Nachlaß von 30 DM je Kind als Kindergrundfreibetrag in den Steuertarif einbauen. Das hätten Länder und Gemeinden zu 42,5 bzw. 15% mitfinanzieren müssen. CDU/CSU, die im Bundesrat die Mehrheit haben, wollten das Kindergeld erhöhen. Das wäre ganz aus dem Bundeshaushalt zu zahlen. So konnten die bürgerlichen Parteien sich einmal mehr in der Verkleidung von Bund gegen Länder gegenseitig in die günstigste Steuererhöhungsposition hebeln. Die jetzige Einigung beinhaltet die Zusage der CDU/CSU in Gestalt der Ländermehrheit, eine einmalige Sonderzahlung von einer Mrd. Mark zu leisten, wofür Matthöfer auf den Kindergrundfreibetrag verzichtet und einer Erhöhung des Kindergeldes um 2,3 Mrd. DM zustimmt. Außerdem mußte der Bundesfinanzminister, und dies ist entscheidend, zustimmen, daß über eine Neuverteilung des Umsatzsteueraufkommens (zur Zeit 67,5:32,5 zwischen Bund und Ländern) nicht vor 1982 verhandelt wird. Stoltenberg nannte dies einen „entscheidenden Fortschritt".

Im Beschluß der Bundesregierung vom 4. Juni heißt es, die zusätzlichen Belastungen aus Verteidigungshaushalt, Türkeihilfe und EG-Zahlungen könnten nicht aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, daher sei eine Neuverteilung des Aufkommens der Umsatzsteuer zugunsten des Bundes ab 1.1.1981 erforderlich. Weiter heißt es, sollten die Bundesländer dieser Neuverteilung nicht zustimmen, so wird die Bundesregierung unmittelbar nach der Wahl des neuen Bundestags einen Gesetzentwurf zur Erhöhung der Verbrauchssteuern vorlegen. Nun wurde nicht zugestimmt, und wenn die Regierung ihren Beschluß nicht zurücknimmt, so wird ab 1.1.1981 die Steuer auf Benzin um 3 Pfg., auf Dieselöl um 2 Pfg., auf Branntwein um 2 DM je Liter steigen und wird die Gasölbeihilfe der Bauern um 200 Mio. gekürzt. Ein Paket von 1,7 Mrd. DM. •

Auch das Steuerpaket selbst wurde zusammengestrichen. Das Kindergeld für das zweite Kind wird um 20 DM erhöht, um 40 DM für jedes weitere. CDU/CSU hatten zunächst eine Erhöhung je 15 DM für das erste und zweite, 30 DM für jedes weitere Kind vorgesehen. Eine zusätzliche Entlastung von mindestens 11 DM je Kind bleibt zwar, aber das Kindergeld für das erste Kind bleibt wieder auf dem Stand von 1975. Die SPD hatte den erwähnten Steuernachlaß von 30 DM beschlossen. Beim Tarif verschiebt sich der Beginn der Progression in Steuerklasse I und IV von ca. 1800 DM auf ca. 1960 DM. Unter 1800 DM gibt es keine Entlastung. Die gesamte Entlastung wird 1981 keine 11 Mrd. DM betragen, weniger als die Hälfte des Betrages, um das sich 1980 die Lohn- und die Mehrwertsteuer erhöht.

Demonstration der GEW Hessen am 30.6. in Darmstadt und Kassel



Für die Einstellung aller Lehrer und Arbeitszeitverkürzung, keiner über 25 Stunden, alle 1 Stunde weniger, demonstrierten insgesamt 2500 Lehrer. 4000 Lehrer sind arbeitslos, 6000 unter Billigvertrag. Bild: Kassel.

Der Moskaubesuch hat die internationale Lage weiter verwickelt

z.ges. Am Donnerstag letzter Woche unterrichtete Schmidt den Bundestag über die Ergebnisse seiner Reise nach Moskau. Genscher hatte zu diesem Zeitpunkt bereits die US-Regierung und Carter in Washington gesprochen und in Paris mit dem französischen Außenminister konferiert. Staatssekretär van Well hatte das NATO-Hauptquartier unterrichtet. Im Bundestag meinte Schmidt, sein Besuch in Moskau habe eine ,,neue Situation" geschaffen: ,,Die Forderung, den NATO-Beschluß auszusetzen, steht dem Beginn von Gesprächen über beiderseitige Begrenzung von Mittelstreckenwaffen nicht länger im Wege. Der normale Prozeß im Vorfeld von Verhandlungen ist jetzt in Gang gesetzt." Nach Ratifizierung von SALT II durch die USA sei die Sowjetunion bereit, mit den USA über die ,,eurostrategischen Waffen" unter Einbeziehung von entsprechenden Waffensystemen der USA im Mittelmeer zu verhandeln. Schmidt hält das zwar ,,noch nicht für einen Durchbruch", doch scheint ihm die Chance eröffnet, ,,einen ungebremsten Rüstungswettlauf auf diesem Felde zu vermeiden". Die Sowjetunion ist von ihrer vorgeschobenen Forderung auf Rücknahme des NATO-Beschlusses über Mittelstreckenraketen abgerückt, macht jetzt aber die Ratifizierung von SALT II durch die USA zur Voraussetzung von Verhandlungen. Bekanntlich sind große Teile des amerikanischen Kongresses gegen eine Ratifizierung von SALT II, während die westeuropäischen Imperialisten dafür sind. Mit ihrem Gesprächsangebot hat die Sowjetunion also einen neuen Sprengsatz im Bündnis der rivalisierenden Supermacht untergebracht. Carter selbst hat die Ratifizierung von SALT II wiederholt von einem sowjetischen Abzug aus Afghanistan abhängig gemacht.

Schmidt hat in Moskau den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zwar gefordert, tatsächlich ist aber durch den Besuch der Boykott der Olympischen Spiele zu einer Farce geworden. Die Bundesregierung hat ohnehin keinen Hehl daraus gemacht, daß sie von diesem Boykott nichts hält. Mit Annahme der Einladung nach Moskau hat sie zu verstehen gegeben, daß sie ihren Beziehungen zur Sowjetunion zuliebe sowjetische Aggressionen in anderen Teilen der Welt jederzeit hinzunehmen bereit ist. Die sowjetische Führung hat den Besuch Schmidts nur aufgewertet, um den Boykott der Olympischen Spiele durch die Bundesrepublik abzuwerten. Das ist gelungen.

Dafür ist es der Bundesregierung während der Vorbereitungen des Besuches gelungen, erstmals seit Jahren auf der NATO-Ratstagung in Ankara eine Erklärung durchzusetzen, in der die NATO-Mächte ihre Unterstützung bekräftigen, ,,für das politische Ziel der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Frieden in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Diese Erklärung auf Kosten der DDR wurde von Schmidt und Genscher für die Zusicherung eingetauscht, in Moskau auf jeden Fall an dem NATO-Beschluß über US-Mittelstreckenraketen in Mitteleuropa festzuhalten. NATO-Sekretär Luns wiederum nutzte dann das Ergebnis des Schmidtbesuches in Moskau, um Länder wie Italien und die Niederlande aufzufordern, den NATO-Beschluß nicht abzuschwächen: ,,Alle diejenigen, die versucht hätten, ihn ihren Regierungen auszureden, weil die Russen dann nicht verhandeln würden, seien heute falscher Prophezeiungen überführt."

Während des Moskaubesuches wurde auf Botschafterebene die Fortsetzung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit vereinbart. Daß das Abkommen durch die Botschafter und nicht durch Kanzler oder Außenminister unterzeichnet wurde, dürfte die USA kaum befriedigen. 1961 hielten die USA noch einen Anteil von 10,1% am westdeutschen Außenhandel und die SU erst 1,5%. 1978 war der Anteil der USA auf 7,1% geschrumpft, während der der SU immerhin auf 2,2% gestiegen war. Das sind handfeste Grundlagen für die Manöver der Bundesregierung. Die Bundesrepublik wird durch diese Manöver immer tiefer in die Rivalität der beiden Supermächte verstrickt. Die Opposition fordert gegenüber der Regierung festere Einbindung der BRD in die NATO, während die Regierung diese Einbindung doch gerade nutzt, um bei beiden Supermächten was herauszuschlagen. Den Einsatz bilden Produktivkraft und Kampfkraft der Volksmassen. Nur im Kampf gegen diese Politik können sie der Befreiung von Ausbeutung und Krieg dienen.

Melderechtsrahmengesetz: ,,Vertrauensbildende Maßnahme"

z.ebk. Einstimmig hat der Bundestag am 25.6. das Melderechtsrahmengesetz verabschiedet. Damit ist ein Rahmen festgelegt, welche persönlichen Daten von jedem Einwohner bei jedem Umzug dem Einwohnermeldeamt gemeldet werden müssen, an wen welche Daten weitergeleitet werden und welche Einwohner bekannt sein muß, vom Namen über die jetzige und frühere Adressen, erwerbstätig oder nicht, Religion, Familienstand, Personalausweis oder Paß. ,,Das entspricht insoweit der bereits seit Jahrzehnten bestehenden und nicht beanstandeten Praxis im Meldewesen." den Dateien der Meldeämter war es wert, gesetzlich geregelt zu werden. Das ist die ,,vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche" in der Praxis. Nicht schlecht bestellt ist es auch mit den ,,berechtigten Interessen" der Kapitalisten. Sie erfahren aus dem Melde-

Melderechtsrahmengesetz: ,,Vertrauensbildende Maßnahme"

z.ebk. Einstimmig hat der Bundestag am 25.6. das Melderechtsrahmengesetz verabschiedet. Damit ist ein Rahmen festgelegt, welche persönlichen Daten von jedem Einwohner bei jedem Umzug dem Einwohnermeldeamt gemeldet werden müssen, an wen welche Daten weitergeleitet werden und welche Rechte der Einwohner in bezug auf die von ihm gespeicherten Daten hat. Das ist der dritte Anlauf für ein Meldegesetz seit 1971. Der Entwurf von 1973 für ein einheitliches Bundesmeldegesetz konnte ,,wegen verfassungsrechtlicher Bedenken" des Rechtsausschusses gegen die Personenkennziffer und die vorgesehenen 40 Daten und 200 Nebenangaben nicht durchgesetzt werden. Das Parlament hat jetzt die Taktik geändert und ein Rahmengesetz erlassen, in dem die Mindestangaben festgeschrieben sind, das aber ausdrücklich den Ländern alle Möglichkeiten für weitere Personaldaten zur Speicherung offenhält. ,,Es besteht Einvernehmen darüber, daß die Speicherung (weiterer Daten) im Melderegister ... zur Erfüllung von Länderaufgaben ermöglicht werden muß", faßte der Abgeordnete Laufs (CDU) den ,,Kompromiß" der Parlamentsparteien zusammen.

17 Einzeldaten sind nach dem neuen Gesetz das Minimum, das über jeden Einwohner bekannt sein muß, vom Namen über die jetzige und frühere Adressen, erwerbstätig oder nicht, Religion, Familienstand, Personalausweis oder Paß. ,,Das entspricht insoweit der bereits seit Jahrzehnten bestehenden und nicht beanstandeten Praxis im Meldewesen."

Die bisherigen Ländermeldegesetze enthielten keine Vorschriften, an wen die gesammelten Daten weitergeleitet werden können. Das war für den Aufbau aller möglichen Dateien bei den ,,Sicherheitsbehörden" förderlich. Das neue Gesetz gibt diesem Treiben seinen Segen. Die sogenannten Grunddaten können an jede öffentliche Behörde im Rahmen ihrer Zuständigkeiten weitergegeben werden. Die weitergehenden Daten werden weitergegeben, wenn ,,der Empfänger ohne Kenntnis der Daten zur Erfüllung einer ihm durch Rechtsvorschrift übertragenen Aufgabe nicht in der Lage wäre." Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst, MAD, Bundeskriminalamt und Generalbundesanwalt sowie die entsprechenden Länderbehörden erhalten ohnehin jede gewünschte Auskunft. Das Melderegister wird so zum Grundelement für eine Personalakte für jeden Bürger. Allerlei Rasterprogramme können auf ihm aufgebaut werden. Der Zugang der Kirchen zu den Dateien der Meldeämter war es wert, gesetzlich geregelt zu werden. Das ist die ,,vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche" in der Praxis.

Nicht schlecht bestellt ist es auch mit den ,,berechtigten Interessen" der Kapitalisten. Sie erfahren aus dem Melderegister den Namen, Familienstand, frühere Anschriften, Tag des Ein- und Auszugs und den gesetzlichen Vertreter. Da entwischt kein Schuldner seinem Gläubiger. Das Handelsblatt findet das einen ,,ausgewogenen, beispielhaften Gesetzgebungsakt". (27./28.6.)

Das Gesetz enthält auch einen Abschnitt ,,Schutzrechte". Danach hat jeder ein Recht auf Auskunft über die Daten, die über ihn gespeichert sind, und über die Auskünfte, die an nichtöffentliche Stellen über ihn weitergeleitet worden sind. ,,Das sind Beispiele für vertrauensbildende Maßnahmen, ... um die wichtige Arbeit des Verfassungsschutzes zu unterstützen und das Vertrauen der Bürger zu gewinnen, ohne das diese Arbeit nicht möglich ist", heuchelt Baum, wohlwissend, daß der Auskunftsanspruch nicht erfaßt, an welche *Behörden* Daten übermittelt worden sind, geschweige denn, was in den zig weiteren Dateien der Sicherheitsbehörden gespeichert ist.

z.mak. **Am 2.7. hat das Parlament eine Regierungsvorlage zur ,,Beschleunigung des Asylverfahrens" verabschiedet.** Damit solle nicht ,,das grundgesetzlich garantierte Asylrecht für politisch Verfolgte eingeschränkt werden" – so einmütig die SPD/FDP-Regierung und die CDU/CSU –, sondern lediglich dem ,,Mißbrauch" aus ,,wirtschaftlichen Gründen" ein Riegel vorgeschoben werden. Bereits 1978 wurde das Asylrecht verschärft, indem ,,für offensichtlich unbegründete Klagen ... ein abgekürztes Verfahren eingeführt (wurde), in dem in solchen Fällen eine Berufung nicht zuzulassen ist". Diese Verschärfung genügte offensichtlich nicht den Anforderungen der Bundesregierung, so daß jetzt weitere Einschränkungen nötig wurden. Wie und in welcher Weise gibt es innerhalb der Parlamentsparteien unterschiedliche Auffassungen. Die wesentlichen Änderungen des neuen Asylrechts sind: Künftig entscheidet in der Ausländerbehörde nicht mehr ein Dreierausschuß über die Asylgewährung, sondern nur noch ein einzelner Beamter. Die bisher getrennten Verfahren der Asylgewährung und der Aufenthaltsgenehmigung werden zusammengefaßt. Uneins sind sich die Bourgeois, ob Sammellager oder nicht.

z.gih. **,,Die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland ist gewährleistet.** Die Stabilität unserer Demokratie und ihrer rechtsstaatlichen Verfassungsordnung hat sich 30 Jahre lang erwiesen." (Bundesinnenminister Baum, 25.6.) Damit das auch so bleiben soll, will er die GSG 9 von derzeit 180 auf 260 aufstocken. Aber trotz versprochener Prämien haben sich noch nicht genug für den Posten beworben. Damit der ,,Staatsverdrossenheit" entgegengewirkt werden kann, hat Baum vor, ,,noch in diesem Jahr diese 30 Jahre Verfassungsschutz in einer Festschrift zu würdigen ..."

z.jöd. **Urlaub und Sonderurlaub – für die Ausübung des passiven Wahlrechts ist der Genossin Rosenbaum, Mitglied des ZK des KBW und Wahlkandidat zu den Bundestagswahlen, abgesprochen worden.** In beiden Fällen begründet der Präsident des Justizvollzugsamtes diese Entscheidung mit Fluchtgefahr und Begehung neuer Straftaten.

vor, ,,noch in diesem Jahr diese 30 Jahre Verfassungsschutz in einer Festschrift zu würdigen ..."

z.jöd. Urlaub und Sonderurlaub – für die Ausübung des passiven Wahlrechts ist der Genossin Rosenbaum, Mitglied des ZK des KBW und Wahlkandidat zu den Bundestagswahlen, abgesprochen worden. In beiden Fällen begründet der Präsident des Justizvollzugsamtes diese Entscheidung mit Fluchtgefahr und Begehung neuer Straftaten.

Genossin Rosenbaum ist Vorsitzende der Gefangenenmitverantwortung (GMV) der Justizvollzugsanstalt (JVA) Vechta Abteilung Frauen. Die Entscheidungen des Justizvollzugsamtes sind Maßnahmen, die Rechte der Gefangenen nach Ausgang und Urlaub einzuschränken, und richten sich gegen die Kämpfe der Frauen in der JVA. Rechtsmittel dagegen ist eingelegt. Die GMV deckte auf, daß die Gefangenen bei einem Tageslohn von 3,94 DM bzw. 4,62 DM noch um Teile betrogen wurden, den Anwesenheitszuschlag von 3% nicht erhalten und daß bezahlter Urlaub nicht gewährt wird. Es gibt keinen offenen Vollzug für Frauen und es besteht Briefzensur. In der JVA Vechta führen die Frauen den Kampf um die Verbesserung der Gesundheitsversorgung, für mehr Ausgang und Urlaub.

z.gkr. **Der Bundessicherheitsrat hat am 19. Juni beschlossen, das Einsatzgebiet der Marine nach Norden auszudehnen.** Bisher galt der 61. Breitengrad nach Norden und die Straße von Calais nach Westen als Grenze des Einsatzgebietes. Der Beschluß entspricht den Wünschen der NATO, besonders seit die US-Imperialisten große Flottenteile anderweitig, vor allem im Indischen Ozean, gebunden haben. Die Norwegensee hat für die Sozialimperialisten große Bedeutung für den Zugang von der Halbinsel Kola zum Atlantik. Gegenwärtig führen sie in diesem Seegebiet mit 27 Kriegsschiffen ein Großmanöver durch. Für die NATO hat es vor allem Bedeutung als Nachschubweg für Güter aus den USA. Trotz der Ausweitung soll aber sichergestellt sein, daß die Flottenverbände der BRD-Imperialisten rasch den Ostseezugang kontrollieren können, ihre Hauptaufgabe in der NATO-Strategie.

z.mak. **Mit der 9. Änderung des Luftverkehrsgesetzes sollen die bereits zur Regel gewordenen Leibesvisitationen von Flugpassagieren und die ständigen Gepäckkontrollen legitimiert werden.** Zum einen werden damit die Luftfahrtbehörden ermächtigt – im Namen der Gefahrenabwehr – gegebenenfalls ,,die Grundrechte der Freiheit der Person, des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses sowie der Unverletzlichkeit der Wohnung ... nach Maßgabe dieses Gesetzes (einzuschränken)". Zum anderen sind die Luftfahrtunternehmen und die Flughafenunternehmen nun auch verpflichtet, ,,bei der Gefahrenabwehr mitzuwirken". So müssen sie z.B. beauftragten Personen jederzeit Zutritt zu allen Ecken und Winkeln gewähren.



z.düb. **,,Der Streik der VW-Arbeiter im Werk Uitenhagen (Azania) ist Teil des Befreiungskampfes, den das Volk gegen Imperialismus und das Rassistenregime führt"** – ,,es ist wünschenswert, daß die IGM diese Streiks auch in der Presse und gegen die Bundesregierung unterstützt", Genosse Sonkosi, Vertreter des ANC/AN für Europa sprach vor 130 Teilnehmern in Hannover und Wolfsburg. Für die Unterstützung des Streiks wurden 1790 DM gespendet.

z.vol. **Weil jetzt 11% statt 19% in 1976 der Studienbewerber vom Numerus Clausus (NC) betroffen sind, meldet das Bildungsministerium Erfolg beim Abbau des NC.** Statt 42,8% der Studienberechtigten 1976 studierten 1978 noch 34,7%. Dafür sind 21,3% der Studienberechtigten in Lehr- oder Praktikantenberufen, 6,7% mehr als 1976. Nach der Abiturientenbefragung 1980 wird sich die Konkurrenz unter den Jugendlichen weiter verschärfen. 10,4% der Abiturienten wollen nicht studieren, 21% sind unsicher. Von den Haupt- und Realschulabgängern waren letztes Jahr 97000 ohne Lehrvertrag dem Berufsgrundschul- oder -vorbereitungsjahr unterworfen, 19600 unter 18 Jahren arbeitslos. Die Anpassung des BAFöG 1980 soll dies verschärfen: Um 12000 auf 325000 soll die Zahl der geförderten Studenten sinken, ebenso alle BAFöG-Auszahlungen.

1980 wird sich die Konkurrenz unter den Jugendlichen weiter verschärfen. 10,4% der Abiturienten wollen nicht studieren, 21% sind unsicher. Von den Haupt- und Realschulabgängern waren letztes Jahr 97000 ohne Lehrvertrag dem Berufsgrundschul- oder -vorbereitungsjahr unterworfen, 19600 unter 18 Jahren arbeitslos. Die Anpassung des BAFöG 1980 soll dies verschärfen: Um 12000 auf 325000 soll die Zahl der geförderten Studenten sinken, ebenso alle BAFöG-Auszahlungen.

z.hev. **Die Vorstellungen, die der Präsident der Bundesärztekammer Dr. Karsten Vilmar auf dem Ärztetag im Mai zur weiteren Selbstbeteiligung der Versicherten an den Krankheitskosten entwickelte und die der Ärztetag als ,,Denkanstöße" verabschiedete, sind gefährlich und teuer für die Versicherten.** Krankheiten werden da verniedlichend als ,,Befindensstörungen" bezeichnet, und die Solidargemeinschaften sollten sich überlegen, ob sie auch künftig ,,für Folgen erwiesenermaßen gesundheitsschädigenden Verhaltens eintreten müssen". Im Klartext: der Raucher soll selber für die Behandlung des Raucherbeins, der Dicke für die Folgen des Übergewichts aufkommen. Aber selbst wenn nur an eine Selbstbeteiligung von einer Mark pro ärztlicher Beratung gedacht wird, belastet das den Geldbeutel der Versicherten grob geschätzt mit einer Milliarde Mark im Jahr. Bei einer Selbstbeteiligung von 30 Mark im Vierteljahr würden ⅔ der Versicherten die ambulante Behandlung selbst zahlen müssen, deren Gesamtvolumen 1978 rund 13 Mrd. Mark ausmachte. Nach einer statistischen Stichprobe vom Oktober 1972 z.B. hatten etwas mehr als ein Viertel aller Erkrankten – das waren 467 auf 10000 Erwerbstätige – akute Erkältungskrankheiten, deren Behandlung bei 30 Mark Selbstbeteiligung auf jeden Fall aus der eigenen Tasche hätte bezahlt werden müssen.

z.ere. **Das Statistische Bundesamt hat jetzt eine Untersuchung zur Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche im Jahr 1979 vorgelegt.** Danach sind im letzten Jahr 82788 Schwangerschaftsabbrüche registriert worden, 9240 mehr als im Vorjahr. Das entspricht einer abgeschwächten Steigerungsrate von 12,6% gegenüber dem Vorjahr. Der Statistik ist ferner zu entnehmen, daß 55% der Frauen mit Schwangerschaftsabbruch verheiratet waren und 41% ein oder zwei Kinder hatten, 20% drei oder mehr Kinder, hingegen 38% kinderlos waren. 32292 Schwangerschaftsabbrüche wurden von Frauen im Alter zwischen 25 und 35 Jahren vorgenommen. Der Anteil der ,,Notlage-Indikation" stieg von 67% im Jahr 1978 auf 71% in 1979. Gerade noch rechtzeitig zum Wahlkampf versucht die Bundesregierung von dieser Lage abzulenken und geht mit ,,Hilfsangeboten", die vom Adoptionsrecht oder der Steuerrechtsänderung über die Kindergelderhöhung, das Mutterschaftsgeld bis hin zum Wohngeld und Wohnungsbauänderungsgesetz reichen sollen, hausieren.

z.gih. **32,9 Mrd. DM wurden 1979 für Urlaub im Ausland ausgegeben,** während die Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr lediglich 10,5 Mrd. DM betrugen. Das Leistungsbilanzdefizit betrug neun Mrd. DM. Für 1980 rechnet die Bundesbank mit einem Defizit von 20 bis 25 Mrd. DM. Um dieses Defizit auszugleichen, hat Ex-Bundesbankpräsident Klasen auch schon einen Vorschlag bereit: ,,... sollten unsere *Auslandsurlauber* sparsamer sein und nicht mit ihrem Geld verschwenderisch um sich werfen ..., sonst wird man sich eines Tages ... überlegen müssen, ob nicht staatliche Eingriffe nötig sind ... Urlauber dürfen dann nur noch eine begrenzte Menge Geld ins Ausland mitnehmen."

z.gkr. **Etwa um 9% sind die Ausgaben aller privaten Haushalte 1979 gegenüber 1978 gestiegen, fast unabhängig von dem betrachteten Haushaltstyp.** Am stärksten sind die Ausgaben für Elektrizität, Gas und Brennstoffe mit 37,5% für den Haushaltstyp 1 (2 Personenhaushalt von Rentnern und Sozialhilfeempfängern), 37,3% für Haushaltstyp 2 (4-Personen-Arbeiterhaushalt mit mittlerem Einkommen) und 36,5% für den Haushaltstyp 3 (4-Personen-Haushalt mit höherem Einkommen) gestiegen. Hinter diesen fast gleich hohen Steigerungsraten verbergen sich deutliche Unterschiede. Bei allen 3 Haushaltstypen nahm der Anteil der Ausgaben für Elektrizität, Gas und Brennstoffe an den Gesamtausgaben zu, am stärksten bei Typ 1 von 7,2% auf 9% aller Ausgaben; Haushaltstyp 2 von 5,0 auf 6,4 und Haushaltstyp 3 von 4,3% auf 5,4%. Die zweithöchsten Steigerungsraten ergaben sich bei Verkehr, Nachrichtenwesen. Der Anteil an den Gesamtausgaben stieg von 6,0% auf 7,1% bei Typ 1, bei Haushaltstyp 2 von 15,4% auf 16,3% und bei Typ 3 von 15,6 auf 16,8%.

z.lup. **,,Großer Ratschlag" nannte sich ein dreitägiger Kongreß des Sozialistischen Büros, der vom 27. bis 29. Juni in Frankfurt stattfand.** Etwa 5000 nahmen, der ,,Frankfurter Rundschau" zufolge, daran teil. Viel scheint nicht dabei rausgekommen zu sein. Verstärkte Diskussion der außerparlamentarischen Linken über die zunehmende Kriegsgefahr, das weltweite Aufrüsten und die Militarisierung war eine der Forderungen, auf die man sich zum Schluß einigte. Die Friedenssicherung sei – angesichts der aktuellen Entwicklung in der Welt auch für die Linken in der Bundesrepublik die zentrale politische Aufgabe. Sie sei ein Menschheits- und Klassenproblem und könne – ebenso wie die Sicherung der Umwelt- und Lebensgrundlage nicht auf die Durchsetzung des Sozialismus warten. ,,Verstärkte Diskussion" wird da vielleicht nützlich sein, zumal verschiedene unter ,,Friedenssicherung" vielleicht etwas ganz verschiedenes verstehen können. Manche sind vielleicht dafür, daß man die Bundesregierung direkt unterstützt, zumal wenn das mit dem Sozialismus so eine Sache ist. Andere wollen aber vielleicht doch etwas Bestimmtes gegen die zunehmende Kriegsgefahr unternehmen und auch sagen, woher sie kommt.

z.rua. **Am 4. Juli hat das vom Bundestag am 12. Juni beschlossene Waffengesetz den Bundesrat passiert.** Damit wird das ,,Europäische Übereinkommen über die Kontrolle des Erwerbs und Besitzes von Schußwaffen durch Einzelpersonen" vom Juni 1978 rechtskräftig. Waffenkauf, -handel und -besitz von Staatsangehörigen eines EG-Landes in einem anderen EG-Land werden dadurch der Kontrolle und Genehmigungspflicht durch beide

Veränderungen in Tibet

Beschlüsse des ZK der KP Chinas gegen die Verschlechterung der Lebensbedingungen

z.jon.Beijing. Tibet – das Dach der Welt, mit stolzen Achttausendern, klappernden Gebetsmühlen, kahlen Mönchsschädeln und ranzigem Buttertee, von ganzen Rotten romatisch-reaktionärer Reisender als mittelalterliche Idylle beschrieben – Tibet konnte sich erst 1959 vom Joch der Leibeigenschaft befreien. 1959 putschten Teile der von geistlichen und weltlichen Feudalherren getragenen Lokalregierung, um Tibet aus dem chinesischen Staatsverband herauszubrechen und die schrittweisen Reformen zu verhindern, zu denen sie sich in einem Vertrag mit der Zentralen Volksregierung Chinas verpflichtet hatten. Mit der Beseitigung der Leibeigenschaft nach der Niederschlagung der Rebellion und der Verteilung des Landes verbesserte sich die Lage der Bauernmassen schlagartig. Der Ertrag von einheimischer Gerste, dem Grundnahrungsmittel, stieg schon 1960 auf 1680 kg/ha durchschnittlich, während er in der alten Gesellschaft 1260 kg nicht überschritten hatte. Erste Industriebetriebe, z.B. zur Verarbeitung von Wolle und Holz wurden gebaut.

Die zunächst gleichmäßige Verbesserung der Lage der Massen hat aber seit 1966, seit der Kulturrevolution, Rückschläge erlitten. Riesige Veränderungen hätten in Tibet stattgefunden, sagte dazu der Generalsekretär des ZK der KP Chinas, Hu Yaobang, in einer Rede über neue Richtlinien des ZK der KPCh zur Politik in Tibet. ,,Aber wie das übrige chinesische Volk auch, hat das Volk in Tibet während der letzten zehn Jahre und noch länger unter den Schäden gelitten, die die ,ultralinke' Linie Lin Biaos und der ,Viererbande' in der Nationalitäten-, Wirtschafts-, Religions-, Einheitsfront- und Kaderpolitik der Partei angerichtet hat. Das Ergebnis war, daß keine spürbare Verbesserung in den Lebensverhältnissen des tibetischen Volkes erreicht wurde.'' (Xinhua, 31.5.80) Die Richtlinie des ZK bezweckt, ,,die Armut in Tibet in den nächsten zwei oder drei Jahren zu verringern, den höchsten in der Vergangenheit erreichten Lebensstandard zu übertreffen und die Wirtschaft Tibets und den Lebensstandard des Volkes in zehn Jahren in großem Umfang zu verbessern.''

Die ZK-Richtlinie legt fest: ,,Alle Entscheidungen und Maßnahmen müssen zu allererst die Zustimmung der tibetischen Kader und Massen finden und von ihnen von ganzem Herzen unterstützt werden. Andernfalls müssen sie revidiert oder verschoben werden, bis korrekte Entscheidungen vorliegen.''

Zur Erinnerung: Tibet liegt im Südwesten der VR China auf einer Höhe von durchschnittlich 4000 m. Es umfaßt ein Achtel der Fläche Chinas, es leben dort aber nur etwa 1,2 Mio. Menschen, meist tibetischer Nationalität. Die Politik der KP Chinas besteht darin, im Bündnis mit allen Kräften, die für die Unabhängigkeit Chinas eintreten, unter Berücksichtigung der historischen und kulturellen Traditionen, insbesondere der starken Religiosität der Tibeter und der natürlichen Gegebenheiten, das Gebiet Schritt um Schritt zu entwickeln. Auch nach 1959 blieben die Vertreter des alten Feudaladels, die nicht an der Rebellion teilgenommen hatten, in der örtlichen Regierung. Für ihr enteignetes Land wurden sie – im Gegensatz zum übrigen China – entschädigt.

Seit 1961 hatten die befreiten Leibeigenen begonnen, sich in Gruppen für gegenseitige Hilfe zusammenzuschließen. 1966/67 wurde dann sehr rasch der Übergang zum Kollektiveigentum vollzogen. Im Gegensatz zum übrigen China ,,hat aber Tibet die Etappe der Kooperativen übersprungen und ist direkt von den Gruppen für gegenseitige Hilfe zu Volkskommunen übergegangen'', heißt es in einer 1975 geschriebenen Broschüre (,,Tibet leaps forward''). Die chinesische Regierung hat noch keine *detaillierten* Angaben über die von der ,ultralinken' Politik angerichteten Schäden veröffentlicht. In den zugänglichen Veröffentlichungen, die wie die zitierte Broschüre unter dem Einfluß dieser Linie geschrieben wurden, wird neben den Kollektivierungsmaßnahmen und der Ausdehnung der Getreideproduktion vor allem die rasche Industrialisierung hervorgehoben. Man erfährt wenig über die tatsächlichen Lebensverhältnisse der Massen, dafür umso mehr von ,,revolutionären'' Aktionen, deren schädlicher Charakter erst im Lichte der heutigen Diskussion klar wird. Etwa von Landgewinnungen ,,nach dem Vorbild von Dazhai'' zur Einführung neuer Getreidesorten, für die religiösen Zwecken vorbehaltenes Gelände beschlagnahmt wurde, oder von der – nicht weiter begründeten – Verfolgung ehemaliger Grundbesitzer, denen die erst 1959 garantierten Rechte genommen wurden.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen dieser ,,vom Volk getrennten und realitätsfremden'' Politik faßt der Parteisekretär von Tibet, Gou Xilian, so zusammen: ,,Subjektivismus und die mechanische Nachahmung der Erfahrungen anderer Orte ... Einige ungeeignete Industrien wurden auf Kosten von Gewerben, die die nationalen Minderheiten besonders brauchen, entwickelt. Der Anbau von Winterweizen wurde auf Kosten von tibetanischer Gerste, Bohnen und Ölfrüchten ausgeweitet. Die Viehzucht wurde vernachlässigt. All das brachte Schwierigkeiten für das tibetanische Volk.'' Die riesigen Veränderungen, die in Tibet tatsächlich eingetreten sind, kamen also immer weniger dem Volk zugute, sondern dienten letztlich der Akkumulation gesellschaftlichen Reichtums in den Händen einer bügerlichen Clique. Der Lebensstandard der Massen sank, und ihr Widerstand führte zur Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums insgesamt. 1978 stieg der landwirtschaftliche Bruttoproduktionswert um 3,9%, in ganz China dagegen um 8,9%.

Neben der Wiederherstellung der Autonomierechte und der Religionsfreiheit, der Förderung der tibetischen Kultur und der beschleunigten Ausbildung tibetischer Kader sehen die Beschlüsse des ZK der KP Chinas vor allem Verbesserungen für die Bauern vor: Pflanzenkulturen und Viehzucht sollen sich nach den örtlichen Bedingungen richten. ,,Die Selbständigkeit der Produktionsgruppen muß respektiert werden ... die Bauern können anbauen, was sie wollen, und niemand darf sich darin einmischen ... Produktionsgruppen, deren Gebiet zu groß ist, können verkleinert werden ... Privatparzellen und private Viehhaltung sollen ausgedehnt werden ... Nebengewerbe und Handwerk müssen entwickelt werden ... Der Staat kann nur reich werden, wenn die Bauern wohlhabend sind.'' Die Ablieferungspflicht der Bauern wird für einige Jahre aufgehoben, die staatlichen Zuwendungen an die Region werden erhöht.

Für die Einheit des tibetischen Volkes bedeutsam ist auch die Rückkehr einer wachsenden Zahl von 1959 Emigrierten. Z.Zt. bereist die Schwester des Dalai Lama das Gebiet, um die Möglichkeiten für die Rückkehr des Dalai Lama, des geistigen Führers des tibetischen Buddhismus zu prüfen.



Sofort nach der friedlichen Befreiung Tibets 1951 begann die chinesische Regierung mit dem Bau eines modernen Straßennetzes.



Hu Yaobang (links) auf seiner Inspektionsreise in Tibet im Mai dieses Jahres mit Führern der lokalen Partei- und Staatsorgane

Tanjug-Interview mit Hu Yaobang, Generalsekretär des ZK der KP Chinas

Peking, 23.6.80 (Tanjug) China führe das System der kollektiven Führung ein, erklärte der Generalsekretär des ZK der KP Chinas, Hu Yaobang in einem längeren Gespräch mit jugoslawischen Korrespondenten in Peking.

Er sagte, daß nun eine ganze Reihe von Maßnahmen vorbereitet werde, deren Ziel es sei, die zu große Machtkonzentration in einem engen Menschenkreis zu verhindern. China entfalte das System des demokratischen Zentralismus, um die Beschlußfassung von einem einzigen Mann zu vermeiden, was ein ungesundes System gewesen sei.

Das Gespräch wurde im Sitz der chinesichen Partei und Regierung, in Zhung Nanhai geführt. Die Korrespondenten der Zeitungen ,,Politika'', ,,Vjesnik'' und der Nachrichtenagentur Tanjug waren die ersten Ausländer, die Zhung Nanhai besucht haben seit der Gründung der VR China 1949.

Gebeten, die Erklärungen darüber, daß die Kulturrevolution ein Unglück im Leben des chinesischen Volkes gewesen sei, zu kommentieren und die Frage über die Verantwortung Mao Zedongs zu beantworten, äußerte der Generalsekretär der chinesichen Partei seine Ansicht, daß auch von der Verantwortung des Vorsitzenden Mao Zedong gesprochen werden müsse. Mao habe einen großen Beitrag zur chinesichen Revolution und Partei geleistet, aber auch Fehler begangen, namentlich in seinen letzten Lebensjahren. Diese Fehler haben der chinesischen Partei und dem Volk Unheil gebracht. Der Vorsitzende Mao und andere führende Funktionäre seien für diesen falschen Verlauf der Kulturrevolution verantwortlich.

Hu Yaobang kündigte an, daß das ZK auf einer der diesjährigen Sitzungen die Kulturrevolution und Maos Rolle besonders bewerten wolle. Das werde veröffentlicht werden. Die Grundideen der Gedanken Maos haben noch immer den lenkenden Charakter für die chinesichen Kader, einige werden jedoch nicht mehr angewandt und Hu Yaobang erachtet, daß neue Losungen gesucht werden müssen, anstatt auf den alten zu schlafen.

Zu der Frage über den Kernpunkt der Änderungen, zu denen es nach dem Absetzen der Viererbande im Oktober 1976 gekommen ist, sagte Hu Yaobang, daß es sich um die Rettung der chinesichen Revolution handele. Der Gerichtsprozess vor dem Obersten Gerichtshof Chinas solle demnächst stattfinden. Ebenfalls geführt werde ein gesonderter Prozess gegen die Lin Piao-Clique.

Unter den erreichten Erfolgen wurde der massenhafte Rehabilitationsprozeß erwähnt, der rund hundert Millionen Menschen erfasste, d.h. ein Zehntel der chinesischen Bevölkerung. Der Ansicht Hu Yaobangs nach sei dieser Prozeß bisher bis zu 80% durchgeführt worden.

Hu Yaobang sagte, daß die KP Chinas beabsichtigt, ihre Beziehungen mit einigen westeuropäischen kommunistischen Parteien zu erweitern aber auch mit den sozialistischen. Dabei erwähnte er Frankreich und kündigte die Möglichkeit an, daß Francois Mitterand China besucht.

Hu Yaobang unterstrich, daß China seit über drei Jahren mit keinem Wort die osteuropäischen kommunistischen Parteien kritisierte, daß es keine Interessenauseinandersetzungen mit diesen Parteien hat und mit osteuropäischen Ländern normale zwischenstaatliche Beziehungen unterhält.

Er sagte, daß China konsequent darin ist, sich entschlossen dem Hegemonismus entgegenzustellen und für den Schutz des Friedens in der Welt zu kämpfen, wie auch, daß es entschlossen die Blockfreienbewegung und die friedliche Koexistenz unterstützt, ebenso jeden antiimperialistischen und antikolonialistischen Kampf in der Welt. Er fügte hinzu, daß China und sein Volk keinen Krieg wünschen und alle Kräfte mobilisieren werden, um den Krieg zu verhindern. Den jogoslawischen Korrespondenten erklärte er, daß vielleicht wegen der schlecht geführten chinesischen Propaganda über die These über die Unumgänglichkeit des Krieges irgendwo die Meinung entstanden ist, daß China den Krieg wünsche und kriegerisch sei.

Der Generalsekretär des ZK der KP Chinas ist der Ansicht, daß das Jahr 1948 eine der größten Krisen in der kommunistischen Bewegung darstellte. Die Mehrzahl im Informbüro übte Druck auf Jugoslawien aus, aber Präsident Tito nahm einen sehr festen Standpunkt ein. Er ist wirklich ein großer Mann. Zu Beginn hatte die KP Chinas einen guten Standpunkt, schloß sich aber später den anderen an. Auf die Frage über die jugoslawisch-chinesischen Beziehungen sagte er, daß die chinesiche Politik der Freundschaft gegenüber Jugoslawien unverändert bleibt. (...)

Regierungen unterworfen. Die jeweiligen Länder verpflichten sich zur gegenseitigen Benachrichtigung. Das ,,Schußwaffen''-Arsenal reicht von der Gaspistole bis zum Flammenwerfer, inklusive Munition und Ersatzteile. Damit soll nach Ansicht des Innenausschusses des Bundestages erreicht werden, ,,daß Schußwaffen ... so verwahrt werden, daß Unbefugte sie sich nicht beschaffen können''. Ausdrücklich wird im Übereinkommen festgehalten, daß Waffengeschäfte von *Staaten* nicht der Kontrolle unterliegen.

z.gkr. **Bei den Sozialwahlen konnte der DGB bei den wichtigsten Versicherungen, der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und den großen Ersatzkassen, kräftige Stimmengewinne verbuchen.** Für verschiedene Innungs- und Betriebskrankenkassen liegen die Ergebnisse noch nicht vor. Bei den meisten Ortskrankenkassen wurde nicht gewählt, da nur eine Liste, in der Regel eine Gewerkschaftsliste, bzw. nur so viel Kandidaten, wie gewählt wurden, kandidierten. Nach wie vor sind die Listen, die mit dem Namen der entsprechenden Versicherung auftraten, durch das Wahlrecht begünstigt. Im folgenden die wichtigsten Ergebnisse (in Klammern die Prozentzahlen der letzten Wahl von 1974): BfA: DGB 24,74% (17,36%); DAG (19,61% (25,80%); Listenverbindung ULA, Beamtenbund etc. 23,43% (36,98%); sonstige 27,3% (19,96%). Barmer Ersatzkasse: DGB 19,33% (11,26%); DAG 11,64% (17,41%); Christlicher Gewerkschaftsbund, Interessengemeinschaft von Mitgliedern der BEK etc. 60,77% (71,24%). Deutsche Angestelltenkrankenkasse: DGB 15,58% (10,48%). Techniker-Krankenkasse: DGB 23,3% (21,64%). Der Zusammenschluß der Lohnabhängigen, der sich im Wahlergebnis ausdrückt, kann für den Kampf um die Selbstverwaltung der Versicherungen nur nützlich sein.

z.brp. **In der Tagungswoche vom 30.6. – 4.7. befanden sich folgende Gesetzentwürfe im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat:** Steuerpaket, Verkehrslärmschutzgesetz, Gesetz über eine Sozialversicherung für Künstler, Richtergesetz, Strafrechtsänderungsgesetz, Krankenhausfinanzierungsgesetz, Staatshaftungsgesetz, Strafänderungsgesetz, Luftverkehrsgesetz. Als Gesetz verabschiedet wurden davon nach anschließender Beratung in Bundestag und Bundesrat das Steuerpaket und das Luftverkehrsgesetz. Im Bundesrat lehnten die CDU-regierten Länder den Vermittlungsvorschlag zum Krankenhausfinanzierungsgesetz ab. Ebenfalls abgelehnt wurde im Bundesrat der Vermittlungsvorschlag zur Fortentwicklung des Strafvollzuges. Im Bundesrat scheiterte auch das zustimmungspflichtige Gesetz über die Jugendhilfe, so daß hier der Vermittlungsausschuß angerufen wird. Als Gesetz bestätigt hat der Bundesrat das Transsexuellengesetz und das Berggesetz. Auf eine Sondersitzung am 18.7. vertagte der Bundesrat die Beratung der Vermittlungsvorschläge zur Strafrechtsänderung (lebenslange Freiheitsstrafe), Strafänderung (§88a), Staatshaftung und Künstler-Sozialversorgung. Im Bundestag scheiterte die Regierungskoalition gegen 11 Stimmen der SPD und die CDU/CSU-Fraktion mit ihrer Neuregelung des Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer. Der Vermittlungsvorschlag zum Verkehrslärmschutzgesetz erhielt im Bundestag mit den Stimmen der FDP und CDU/CSU ebenfalls keine Mehrheit und scheiterte. Verabschiedet wurde im Bundestag einstimmig das Internationale Übereinkommen gegen Geiselnahme sowie gegen die CDU/CSU der Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Asylverfahrens. Das Bundeskabinett verabschiedete die Visapflicht für Inder und Bürger aus Bangladesh.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/73 02 31, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/73 02 31 / Redakteur: Lutz Plümer *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/81 40 45, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27–29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/72 08 76–77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/53 13 48, Redakteur: Dieter Liebig

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

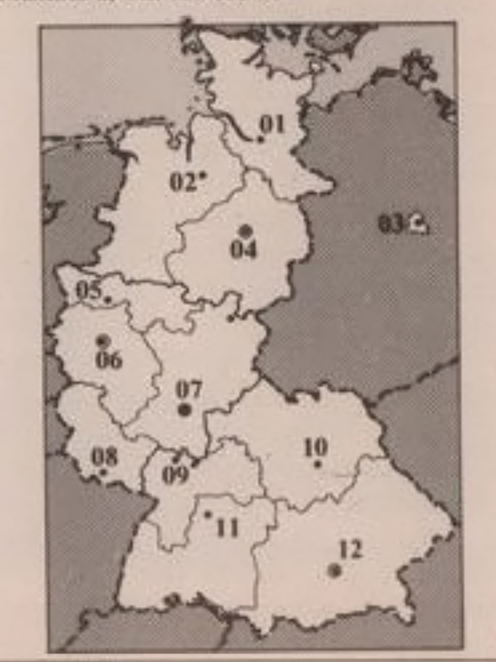
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.güv. **Die Forderung des Verbandes der Niedergelassenen Ärzte, „Risikozuschläge“ zum Krankenversicherungsbeitrag zu erheben, hat Hamburgs Gesundheitssenatorin Helga Elstner als undurchführbar abgelehnt.**



b.ols. **Streichung von Krankenhausbetten als wesentliche Möglichkeit, in der Kostendämpfung voranzukommen** – das war der Vorschlag des Staatssekretärs Beske auf einer Veranstaltung der AOK Plön. Die finanzielle Lage der Ortskrankenkassen wird schwieriger. Der Krankenstand steigt, ein Faktor für die Steigerung der Kosten. Durch die Ehrenberg'sche Rentenreform sind die Zuschüsse aus der Krankenversicherung der Rentner auf 11% begrenzt. Die AOK Plön hat als zusätzliches Problem eine besonders niedrige Grundlohnsumme der Versicherten, wie ein Gewerkschaftsmitglied aus dem AOK-Vorstand ausführte. Zur Eröffnung einer Gesundheitswoche vom 30.6. – 5.7.80 fand eine Podiumsdiskussion zum Thema „Gesundheitssicherung der 80er Jahre“ statt. „Kostendämpfung der 80er Jahre“ wollten die bürgerlichen Politiker daraus machen. Beske vom schleswig-holsteinischen Sozialministerium: Praeventivmedizin, also Vorsorge, würde keine Kostensenkung herbeiführen. Im Gegenteil, die Menschen würden älter, das Gesundheitswesen teurer. Bei sinkender Bevölkerungstendenz sei er für Bettenstreichung. Der Vertreter des DGB, Musa, aus Hamburg war ganz anderer Meinung. Er sprach sich für Verbesserung der Gesundheitsvorsorge, gesündere und weniger unfallgefährliche Arbeitsplätze aus. Eine in die Debatte gebrachte „Selbstbeteiligung“ der Patienten an den Behandlungskosten lehnte er ab.

aus dem AOK-Vorstand ausführte. Zur Eröffnung einer Gesundheitswoche vom 30.6. – 5.7.80 fand eine Podiumsdiskussion zum Thema „Gesundheitssicherung der 80er Jahre“ statt. „Kostendämpfung der 80er Jahre“ wollten die bürgerlichen Politiker daraus machen. Beske vom schleswig-holsteinischen Sozialministerium: Praeventivmedizin, also Vorsorge, würde keine Kostensenkung herbeiführen. Im Gegenteil, die Menschen würden älter, das Gesundheitswesen teurer. Bei sinkender Bevölkerungstendenz sei er für Bettenstreichung. Der Vertreter des DGB, Musa, aus Hamburg war ganz anderer Meinung. Er sprach sich für Verbesserung der Gesundheitsvorsorge, gesündere und weniger unfallgefährliche Arbeitsplätze aus. Eine in die Debatte gebrachte „Selbstbeteiligung“ der Patienten an den Behandlungskosten lehnte er ab.

b.hel. **Der Hamburger Senat muß nicht einmal alle eingeplanten Gelder für den einmaligen Heizölkostenzuschuß ausgeben.** Am 23. Oktober 1979 hatte der Bundestag mit großem Propagandaaufwand das Gesetz über die Gewährung eines einmaligen Heizölkostenzuschusses für den Winter 79/80 verabschiedet. Nach einer Zwischenbilanz in Hamburg hat sich herausgestellt, daß die Armutsgrenze für die Gewährung dieses Zuschusses so niedrig angesetzt ist (Wohngeldempfänger mit weniger als DM 900 monatlichem Einkommen), daß bis zum 31. März 1980 von den von der Bürgerschaft bewilligten 10,5 Mio DM lediglich 1,8 Mio DM ausgezahlt worden sind. Für die kommende Heizperiode hat der Senat mitgeteilt, daß er Heizölkostenzuschüsse nicht für gerechtfertigt hält, weil das leichte Heizöl voraussichtlich nicht wesentlich teurer als feste Brennstoffe sein werde.

b.mee. **Der Preis, den die Bauern für Mastschweine erzielen, ist seit 3 Monaten so niedrig, daß sie ca. 30 DM je Schwein zusetzen.** Viele Bauern sind dadurch finanziell so in Schwierigkeiten, daß sie ihre Ställe nicht wieder neu mit Ferkeln belegen, obwohl die auf dem Stall ruhenden Tilgungs- und Zinsbelastungen weiterlaufen. Raiffeisen (Viehzentrale) bietet den Bauern die Finanzierung der Ferkel an unter der Bedingung, daß sie schlachtreif an Nordfleisch verkauft werden. 5 DM Zinsen je Ferkel (Ferkelpreis 90 DM, Mastperiode 5 Monate = 13,33% Zinsen) soll der Bauer bezahlen. Raiffeisen sitzt voll mit Nordferkeln und wird sie nicht los. Viele Bauern mästen gar nicht mehr unter eigener Regie, sondern stellen einer Firma Stall und Arbeitsplatz zur Verfügung. Das Entgelt pro gemästetem Schwein bewegt sich zwischen 20 und 25 DM. Die Futtermittelfirmen Thordsen Husum, Arp Sollerupmühle, Sieck Rendsburg und der Schlachthof Annuss Niebüll, die viele solcher Lohnmastverträge abgeschlossen haben, haben fast alle diese Verträge gekündigt und schließen zur Zeit auch keine neuen ab. Letzten Endes hat also auch dabei der Bauer das Risiko zu tragen. Erscheint die nächste Preisbesserungsphase, werden diese Firmen auf Grund der sich verschlechternden Liquiditätslage der Bauern noch mehr Lohnmastverträge abschließen als zuvor.

b.jok. **Rekruten aus der Boehn-Kaserne haben sich erfolgreich geweigert, das „Pi-Päckchen“ selbst zu kaufen.** Das Pi (=Pionier)-Päckchen enthält Sachen, die der Soldat immer am Mann haben soll (Sicherheitsnadel, Kerze, Streichhölzer usw.). Häufig wird Rekruten befohlen, sich ein solches Päckchen in der Kantine zu kaufen. Als mehrere Rekruten dagegen eine Beschwerde geschrieben hatten, stellte sich heraus, daß es keinen Erlaß gibt, der die Soldaten zum Kauf verpflichtet. Der Befehl war somit unzulässig, und die Rekruten haben ihr Geld zurückerstattet bekommen.

b.how. **Das Aktionsbündnis gegen Kriegsvorbereitungen hat am Sonnabend und Sonntag die Tage der offenen Tür der Marine in Flensburg angegriffen.** An beiden Tagen wurden Flugblätter verteilt mit den Forderungen: Keine Kriegspropaganda durch Tage der offenen Tür! Sofortige Beendigung aller Flottenmanöver im Indischen Ozean! Einhaltung des UNO-Beschlusses Nr. 2832: Der Indische Ozean soll Friedenszone werden! Einseitige Abrüstung! Austritt beider deutscher Staaten aus NATO und Warschauer Pakt! Die aggressiven Absichten gerade der westdeutschen Ostseemarine gegenüber den übrigen Ostseestaaten wurde als einer ihrer Aufträge nachgewiesen wie die ungebrochene faschistische Tradition, in die sich einige in Flensburg stationierte Einheiten bewußt stellen. Als günstig hat sich erwiesen, daß in der Propaganda gegen solche Art Kriegsvorbereitungen die soziale Lage der Soldaten behandelt wird. Das gerade beginnende NATO-Manöver muß zur Verbindung mit den Soldaten genutzt werden.

b.clc. **Am 4.7.80 wurde an mehreren Hamburger Schulen gestreikt.** Getragen wurden diese Aktionen von verschiedenen Hamburger Schulen u.a. Gesamtschulen Steilshoop, Horn, Mümmelmannsberg, Gymnasium Altona, Göhlbachtal, Heinrich-Heine Gymnasium. Ca. 300 Schüler versammelten sich vor dem Eingang der Schulbehörde in der Hamburger Straße, um ihre Forderungen an den Schulsenator Grolle zu richten. Die Schüler des Gymnasium Göhlbachtal in Har-

wie die ungebrochene faschistische Tradition, in die sich einige in Flensburg stationierte Einheiten bewußt stellen. Als günstig hat sich erwiesen, daß in der Propaganda gegen solche Art Kriegsvorbereitungen die soziale Lage der Soldaten behandelt wird. Das gerade beginnende NATO-Manöver muß zur Verbindung mit den Soldaten genutzt werden.

b.clc. **Am 4.7.80 wurde an mehreren Hamburger Schulen gestreikt.** Getragen wurden diese Aktionen von verschiedenen Hamburger Schulen u.a. Gesamtschulen Steilshoop, Horn, Mümmelmannsberg, Gymnasium Altona, Göhlbachtal, Heinrich-Heine Gymnasium. Ca. 300 Schüler versammelten sich vor dem Eingang der Schulbehörde in der Hamburger Straße, um ihre Forderungen an den Schulsenator Grolle zu richten. Die Schüler des Gymnasium Göhlbachtal in Har-

burg blieben 2 Stunden dem Unterricht fern und demonstrierten zum Harburger Bahnhof. Die Schüler streikten gegen den Unterrichtsausfall und für die Einstellung von mehr Lehrern. In Harburg unterstützten Lehrer die Aktion durch eine Solidaritätsresolution.



b.jüh. **Bendixen spricht vor Verband der südholsteinischen Wirtschaft.** Nachdem der Vorsitzende des Verbandes, Klaisner, den Mangel an qualifizierten Fachkräften und „arbeitswilligen Hilfskräften“ beklagt hatte, (dies würde sich als Wachstumsbremse in der Wirtschaft auswirken) führte Kultusminister Bendixen aus, auf welcher Linie er sich den Nachschub an billigen Arbeitskräften denkt: „In unseren Schulen und Berufsschulen soll nicht Systemkritik gelehrt werden, sondern bei aller kritikfähiger Grundhaltung eine positive Einstellung zu den bewährten Grundlagen unserer Gesellschaft und Arbeitswelt... Die Schule muß zur Leistung erziehen, denn Erziehung zur Leistung ist Erziehung zur Solidarität... Es muß die Fähigkeit der Schüler entwickelt werden, sich selber Wissen anzueignen und das Wissen zu vervollständigen, also das *Lernen* lernen, d.h. auch lernen, mobil zu bleiben, und sich auf Berufsveränderungen einzustellen... Und der Lehrling soll auch wieder Lehrling sein und nicht Azubi, denn er soll doch lernen.“ Im Kreis Lauenburg waren 1977 24% aller Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag. In Lübeck sind es 1977/78 12% aller Berufsschüler, die von Maßnahmen des Arbeitsamtes und des Jugendaufbauwerkes betroffen sind. Berufsbefähigungslehrgänge und BGJ ohne Ausbildungsvertrag sollen die arbeitswilligen Hilfskräfte liefern. Alle Pläne, die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterjugend zu verschärfen, sollen mit direkter Unterstützung der Staatsaufsicht durchgeführt werden.

b.san. **Die Verwaltung der Universitätskliniken Kiel weigert sich, die Fahrtkosten (z.B. nachts fürs Taxi) bei Rufbereitschaft für dringende Laboruntersuchungen zu übernehmen.** Als Begründung wird angegeben, die Vergütung, die hierfür gezahlt wird, reiche aus. Bei einem Stundenlohn von 11,82 DM (BAT 6b) bekommt man für die Rufbereitschaft z2,5%, das sind 1,47 DM brutto pro Stunde. Für die gearbeitete Zeit wird Überstundenvergütung gezahlt. Die ÖTV fordert, daß der Dienstherr die Fahrtkosten übernimmt und sich an den Kosten für den notwendigen Telefonanschluß beteiligt.

b.has. **In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Hamburg am 26.6.80 wurde R. Hans wegen vorsätzlicher Ehrenbergbeleidigdng zu 120 Tagessätzen à DM 20 verurteilt,** weil sein Name im Impressum der „Rote Presse“ vom 5.6.78 genannt war. Dort war Ehrenberg als Schreibtischmörder gekennzeichnet worden. Ob R. Hans tatsächlich an dem Erscheinen und Verbreiten der „Rote Presse“ mitgewirkt hat, ließ Richter Bertram offen. Bloße Mitgliedschaft im KBW und wiederholte Angabe seines Namens im Impressum reichten diesem Richter trotz vieler abweichender Urteile aus. Auch die unter Beweis gestellte Abwesenheit von R. Hans in der Woche des Erscheinens änderte für ihn nichts. Der Amtsrichter mußte in seinem freisprechenden Urteil solche Art der Beweisführung noch als „Gesinnungsstrafrecht“ von sich weisen. Revision ist eingelegt.

b.row.Flensburg. **Der Kreisjugendausschuß der ÖTV Flensburg hat einen Antrag an die Kreisjugendkonferenz zur Einführung des Berufsgrundbildungsjahres in Schleswig-Holstein verabschiedet.** In dieser Absicht der Landesregierung wird „ein Angriff auf die dreijährige Facharbeiterausbildung“ gesehen, der dazu dient, „den Unternehmern angelernte Arbeitskräfte zu Hilfsarbeiterlöhnen zu Verfügung zu stellen“. Es werden folgende Forderungen erhoben, die mindestens erfüllt sein müssen:

„Staatliche Garantie für die Facharbeiterausbildung nach dem BGJ!

Kein BGJ ohne dreijährigen Lehrvertrag!

Ausbildungsvertrag und Ausbildungsvergütung entsprechend den Tarifverträgen!

Zweimal sechs Stunden Berufsschulunterricht pro Woche auch nach Beendigung des BGJ in der weiteren Ausbildung bis zum Facharbeiterabschluß!

Weiter wird gesagt, daß das kooperative BGJ nicht zur Abwertung des schulischen führen darf und das kooperative BGJ nur dort eingeführt werden darf, wo eine breite praktische Grundausbildung gewährleistet wird.

r.pee. **Wolfsburg, 3.7.80, Jahreshauptversammlung der VW-Aktionäre – Vorstandsvorsitzender Schmücker gibt sich „gedämpft optimistisch.“** Im ersten Halbjahr 80 hat der VW-Konzern das Absatzniveau von 2,5 Mio. Fahrzeugen im Vergleich zum Vorjahr gehalten. Weltweit hat der Konzern im 1. Halbjahr 1,28 Mio. Fahrzeuge abgesetzt. Das sind zum Vorjahreszeitraum 5,4% weniger. Die Konzernbilanz 1979 weist einen Jahresüberschuß von 667 Mill. DM gegenüber 574 Mio. DM zum Vorjahr aus. Im 1. Halbjahr 80 beträgt der Überschuß mit 128 Mio. DM 26,86% weniger zum Vorjahr. Diese Entwicklung, so Schmücker, „mahne zur Vorsicht“. Pro 50 DM-Aktie zahlt

30 Jahre Montanmitbestimmung bei P + S

Demonstration der Vertrauensleute – Bisher hat nur Kampf der Belegschaft genützt

r.bea. Mehrere hundert Vertrauensleute von P+S demonstrierten am 26.6. vor der Hauptverwaltung in Salzgitter für den Erhalt der Montanmitbestimmung. In einer Resolution des Vertrauensleutekörpers heißt es, daß der Erhalt der Montanmitbestimmung notfalls mit Kampfmaßnahmen gesichert werden müsse. Der Vorstandsvorsitzende der Salzgitter AG E. Pieper erklärte, „daß sich gerade bei der Salzgitter AG ein Vertrauensverhältnis zwischen Mitarbeitern und Unternehmensleitung aufgebaut habe, das in vielen problematischen Situationen zu guten Lösungen, die für beide Seiten tragbar waren, geführt habe. Seit 30 Jahren werde in Salzgitter die Montanmitbestimmung praktiziert, und daran werde sich auch nichts ändern.“ (SZ v. 27.6.80). „Sichere Arbeitsplätze“ ist das Hauptargument der Befürworter der Montanmitbestimmung in der Gewerkschaft. Tatsächlich konnten Entlassungspläne des Vorstandes bisher immer verhindert und die Übernahme der Arbeiter in andere Konzernbetriebe durchgesetzt werden.

Ab 1947 führten die britischen Besatzer die paritätische Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie ein – gegen die Forderung nach Sozialisierung, die gerade dort von den Arbeitern breit erhoben wurde. Unter der Losung „Für die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit“ wurde die Montanmitbestimmung 1951 vom Bundestag mit den Stimmen von SPD und CDU verabschiedet. Was es mit der Gleichberechtigung auf sich hat, schreibt Prof. K. Fitting, Ministerialdirektor im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, in seinem Kommentar zum Mitbestimmungsgesetz: „Auch eine paritätische Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat ... bedeutet nicht zugleich auch eine gleichgewichtige Einflußnahme der Arbeitnehmer auf die Geschicke des Unternehmens schlechthin; denn die Entscheidungen über die Grundfragen des Unternehmens verbleiben nach dem geltenden Gesell-



schafts- und Unternehmensrecht stets den Anteilseignern“, und „In erster Linie muß sich aber auch die Unternehmensmitbestimmung an den Gesamtbelangen des Unternehmens orientieren.“ Mit dem Lockmittel der Mitbestimmung wurden so die Arbeiter und ihre Vertretungsorgane zur Mitverantwortung für die Gewinn- und Verlustrechnung der Kapitalisten herangezogen.

Mit dem Betriebsverfassungsgesetz wurde von der Adenauerregierung 1952 für alle anderen Betriebe die Drittelparität im Aufsichtsrat und gleichzeitig die weitgehende Entrechtung der Betriebsräte durchgesetzt: Verpflichtung des Betriebsrates zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs, Verbot von Organisierung von Streiks durch den Betriebsrat, Verbot parteipolitischer Betätigung im Betrieb und die Schweigepflicht für die Betriebsräte. Mit der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 und der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes 1976 hat sich daran nichts geändert. Der Vorstand der Salzgitter AG hat mit Hilfe der Montanmitbestimmung alle Investitions- und Rationalisierungsvorhaben durchsetzen können. Für die Arbeiter bedeutet das z.B. die Einführung der Konti-Schicht 1958 und einen Abbau der Belegschaft um 4600 Arbeiter und Angestellte in den letzten vier Jahren bei steigender Stahlproduktion. „Nur aktiver Protest der Belegschaft hatte einen möglichen Stillegungsbeschluß über die Gießerei vor zwei Jahren verhindert“, beschreibt ein Vertrauensmann die Erfahrungen der Arbeiter von P + S in der Metall.

Die Zubereitung von Bohnen im Hotel „Vier Jahreszeiten“ und in der Iduna-Kantine in Hamburg

r.fan. Im Hotel „Vier Jahreszeiten“ arbeiten an die 30 Köche in den 4 Küchen. Insgesamt kommt man auf eine Anzahl von 50 Arbeitskräften, die in der Küche und ihren Nebenabteilungen arbeiten. Im Schnitt sind ca. 300 – 400 Essen am Tag zu kochen. Durchschnittlich kostet ein Gericht rund 37 DM. In der Hauptküche gibt es folgende Abteilungen: Fisch, Soßen/Braten, Gemüse, Kalte Küche, Schlachterei und Konditorei.

Um aufzuzeigen, wie im „4J“ gekocht wird, beschreiben wir die Herstellung von einer Portion Bohnen. In diesem Fall handelt es sich um Brechbohnen, die aus Kenia importiert wer-

dann bedeckt weiter gargezogen. Dünsten ist die schonendste Art Gemüse zu garen, denn bei diesem Prozeß gehen wenig Nährstoffe und Vitamine verloren, denn das Gemüse wird der Hitze über 100 Grad C wenig ausgesetzt.

In der Küche der Iduna Hauptverwaltung arbeiten 6 Köche in 2 Küchen. Im Schnitt werden hier 1400 – 1700 Essen am Tag gekocht. Im Durchschnitt kostet ein Essen 4 DM. In folgende Abteilungen gliedert sich die Hauptküche auf: Schlachterei, Salatküche und Großküche.

Eine Portion Brechbohnen wird wie

fassenden Kochkessel gekocht. Dies geschieht morgens, da um 11.15 Uhr die Essenausgabe beginnt. Die Bohnen werden gargekocht, abgeschreckt und je nach Bedarf auf dem Kochkessel zur Essenausgabe gebracht. Um 14 Uhr ist die Essenausgabe beendet. Während dieser 2 Std. und 45 Min. sind die Bohnen heiß. Entweder im Kochkessel oder sie werden in 20 kg fassende Behälter umgeleert, die dann in einem Wärmeschrank, der auf 150 Grad C geheizt ist, gestellt. Durch das Kochen und das Warmstellen, das durch die Menge des zu kochenden Gemüses bedingt wird, verlieren die Bohnen wichtige Nährstoffe und Vitamine. Bohnen im „4J“ sind gesund aber teuer und

Die Zubereitung von Bohnen im Hotel „Vier Jahreszeiten“ und in der Iduna-Kantine in Hamburg

r.fan. Im Hotel „Vier Jahreszeiten“ arbeiten an die 30 Köche in den 4 Küchen. Insgesamt kommt man auf eine Anzahl von 50 Arbeitskräften, die in der Küche und ihren Nebenabteilungen arbeiten. Im Schnitt sind ca. 300 – 400 Essen am Tag zu kochen. Durchschnittlich kostet ein Gericht rund 37 DM. In der Hauptküche gibt es folgende Abteilungen: Fisch, Soßen/Braten, Gemüse, Kalte Küche, Schlachterei und Konditorei.

Um aufzuzeigen, wie im „4J“ gekocht wird, beschreiben wir die Herstellung von einer Portion Bohnen. In diesem Fall handelt es sich um Brechbohnen, die aus Kenia importiert wer-

den. Die Bohnen werden auf dem Gemüseposten zubereitet, geputzt und gewaschen. Dann werden sie blanchiert (kurz gekocht) und danach in einem Sieb kaltgespült, damit der Garungsprozeß unterbrochen wird. Sie sind also noch nicht gar. Auf großen Blechen ausgebreitet, kommen die Bohnen dann in den Kühlraum. Der Koch stellt sich, bevor das Geschäft am Mittag oder Abend beginnt, einige Portionen der kalten Bohnen auf seinen Posten, um nach Bestellung des Gastes die Bohnen gar zu dünsten. In einer Souteuse (kleiner Stieltopf, der bis zu 5 Portionen fassen kann) wird Butter zerlassen, das Gemüse hinzugegeben, ebenso etwas Brühe, so daß der Boden mit einem Zentimeter bedeckt ist. Mit Salz und Pfeffer gewürzt werden die Bohnen einmal kurz aufgekocht und

dann bedeckt weiter gargezogen. Dünsten ist die schonendste Art Gemüse zu garen, denn bei diesem Prozeß gehen wenig Nährstoffe und Vitamine verloren, denn das Gemüse wird der Hitze über 100 Grad C wenig ausgesetzt.

In der Küche der Iduna Hauptverwaltung arbeiten 6 Köche in 2 Küchen. Im Schnitt werden hier 1400 – 1700 Essen am Tag gekocht. Im Durchschnitt kostet ein Essen 4 DM. In folgende Abteilungen gliedert sich die Hauptküche auf: Schlachterei, Salatküche und Großküche.

Eine Portion Brechbohnen wird wie

folgt gekocht. Die Bohnen werden kochfertig und tiefgefroren geliefert. Ca. 60 kg Bohnen werden in einem 2001

fassenden Kochkessel gekocht. Dies geschieht morgens, da um 11.15 Uhr die Essenausgabe beginnt. Die Bohnen werden gargekocht, abgeschreckt und je nach Bedarf auf dem Kochkessel zur Essenausgabe gebracht. Um 14 Uhr ist die Essenausgabe beendet. Während dieser 2 Std. und 45 Min. sind die Bohnen heiß. Entweder im Kochkessel oder sie werden in 20 kg fassende Behälter umgeleert, die dann in einem Wärmeschrank, der auf 150 Grad C geheizt ist, gestellt. Durch das Kochen und das Warmstellen, das durch die Menge des zu kochenden Gemüses bedingt wird, verlieren die Bohnen wichtige Nährstoffe und Vitamine. Bohnen im „4J“ sind gesund aber teuer und

deshalb nur für Reiche erschwinglich, in einer Kantine sind die Bohnen zwar billiger, doch dafür nicht so gesund.





Hotel „Vier Jahreszeiten“: Restaurant.

BGJ: Debatte in den Gewerkschaften – IGM-Jugendkonferenz gegen das schulische BGJ

r.mis. Der DGB hat die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres (BGJ) als 11. Schuljahr gefordert. Diese Maßnahme sollte der Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung dienen. Nirgends ist das BGJ als 11. Schuljahr eingeführt. Im Gegenteil, es dient dazu, die Schul- bzw. Berufsschulpflicht zu untergraben und abzuschaffen. Der Bremer Senat schreibt z.B. zu dieser Frage: ,,Berufsschulpflicht – auch ohne Ausbildungsplatz. Wer keine Ausbildung im Betrieb oder in der Schule beginnen möchte, ist drei Jahre lang berufsschulplichtig... Drei Jahre sind eine lange Zeit. Doch sie läßt sich auf ein Jahr verkürzen. Für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag gibt es einen einjährigen Vollzeitunterricht... Gelernt werden praktische Fähigkeiten, die sich bei einer späteren Ausbildung gut verwenden lassen. Wer sich bemüht, kann sogar den fehlenden Hauptschulabschluß nachholen. Und noch ein Vorteil: Nach diesem Jahr ist die Berufsschulplicht erfüllt. Wer dann einen Arbeitsplatz sucht, steht dem Betrieb voll zur Verfügung...'' Diese beschriebene Maßnahme nennt sich ,,Vollzeitlehrgang'' oder auch BGJ /Sonderform, sie wird durchgeführt nach §17(5) Bremisches Schulgesetz, in dem es heißt: ,,Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis kann ermöglicht werden, den Berufsschulunterricht zusammenhängend als Vollzeitunterricht von einjähriger Dauer abzuleisten...'' 1977 fielen 507 Jugendliche unter Maßnahmen des §17 Abs. 5. Wieviele Jugendliche insgesamt im BGJ stecken, zeigt folgende Tabelle:

BGJ/Vollzeitlehrgänge zu Berufsschülerzahl (Teilzeit): Land Bremen

Jahr BGJ und Voll- Gesamtzahl

BGJ/Vollzeitlehrgänge zu Berufsschülerzahl (Teilzeit): Land Bremen

Jahr	BGJ und Vollzeitlehrgänge	Gesamtzahl Berufsschüler
1974	389 (1,6%)	23333
1975	620 (2,7%)	22892
1976	675 (3,1%)	21766
1977	846 (3,7%)	22830

Aber auch die einfache Form des BGJ/schulisch stellt einen Angriff auf die Schulpflicht dar. Das wird unten aus dem Schaubild zur Alterszusammensetzung klar. Der Großteil der Jugendlichen ist 16 Jahre alt. Ein Teil, und das ist interessant, ist schon mit 15 Jahren im BGJ, was bei einer Einschulung mit 6 Jahren und 9 Jahren Vollzeitschulpflicht nicht möglich wäre. In der Ordnung für das BGJ unter den Zulassungsbedingungen heißt es: ,,§3 Aufnahmevoraussetzungen (2): Jugendliche ohne Hauptschulabschluß können in ein Berufsgrundbildungsjahr aufgenommen werden, wenn sie mindestens die 8. Jahrgangsstufe der Hauptschule mit Erfolg besucht haben...'' Gesetzliche Möglichkeiten, die Jugendlichen frühzeitig in das BGJ zu bekommen, sind zum Teil durchaus schon gegeben. Es wird dem Senat darum gehen, daß auch nun wirklich durchzusetzen.

In Bremen fand im Rahmen der ,,tu was''-Woche des Landesjugendringes ein Seminar zum BGJ statt. Kritisiert wurde von den Gewerkschaftsvertretern insbesondere, daß die Kosten des 1. Lehrjahres den Kapitalisten abgenommen werden, gleichzeitig aber die Jugendlichen keinen Ausbildungsvertrag bekommen. D.h. sie müssen fürchten, nicht in die Fachstufe übernommen und damit nicht weiter ausgebildet zu werden. Daß jetzt schon viele Jugendliche keinen Abschluß im BGJ mehr bekommen und die Auslese ziemlich groß ist, zeigt die Tabelle:

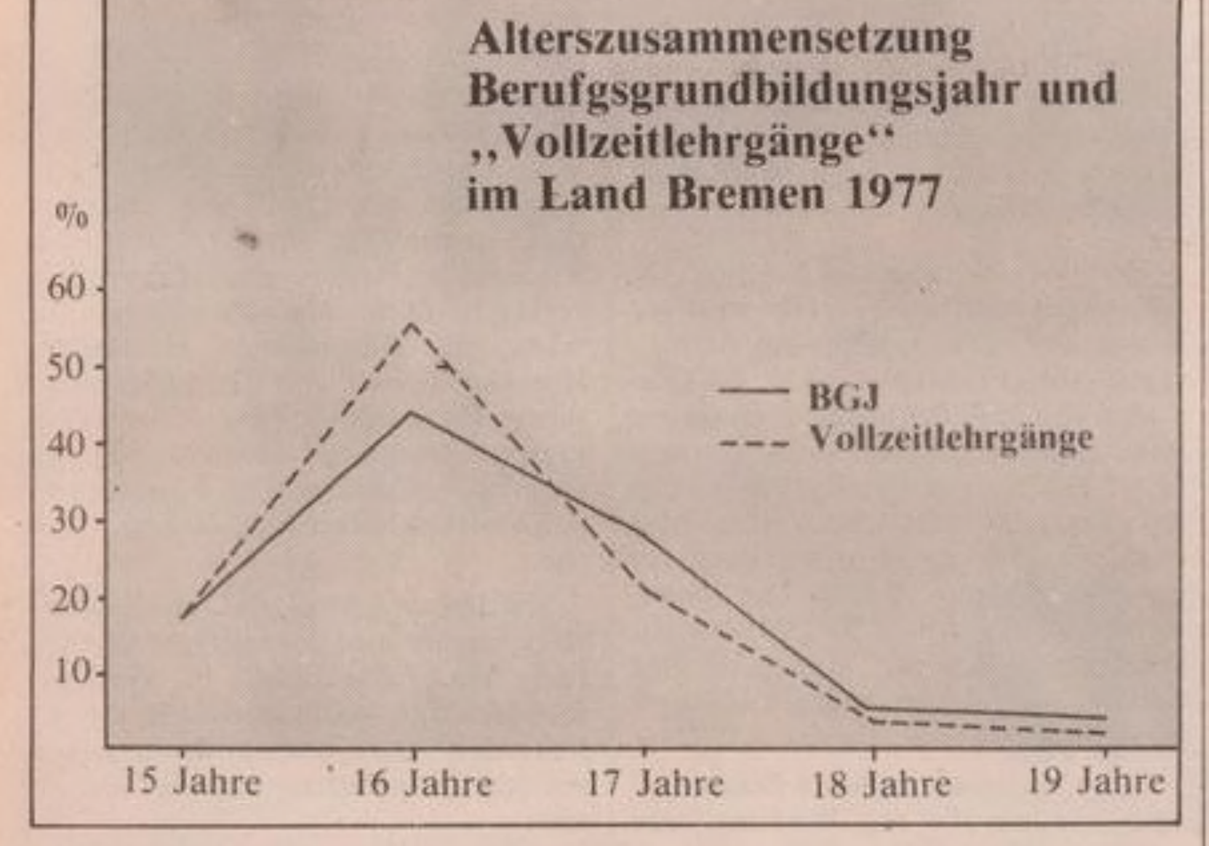
BGJ in Bremen 1977 nach Abschlüssen

Berufsfeld	Schüler absolut	o. Abschluß in %
Wirtschaft u. Verwaltung	23	31,1
Metall	58	29,3
Elektrotechnik	59	40,6
Bau u.Holz	10	-
Farb- u.Raumgestaltung	10	-
Ernährung u. Hauswirtschaft	52	37,5
Gesamt	195	31,7

Ernährung u. Hauswirtschaft 52 37,5

Gesamt 195 31,7

Festgestellt wurde auch, daß die Forderung der Gewerkschaften nach einer breiten entspezialisierten beruflichen Grundausbildung durch das BGJ nicht erfüllt wird. Uneinigkeit bestand in der Frage des prinzipiellen Standpunkts zum BGJ. In einem Papier der GEW/HBV wurde die flächendeckende Einführung und Verbesserung des BGJ's entlang der Kritik gefordert, während der anwesende Vertreter der IG-Metall, wie auch die Jugendkonferenz 1980 der IG-Metall das BGJ/schulisch ablehnt.



Lehrstellensituation 1980

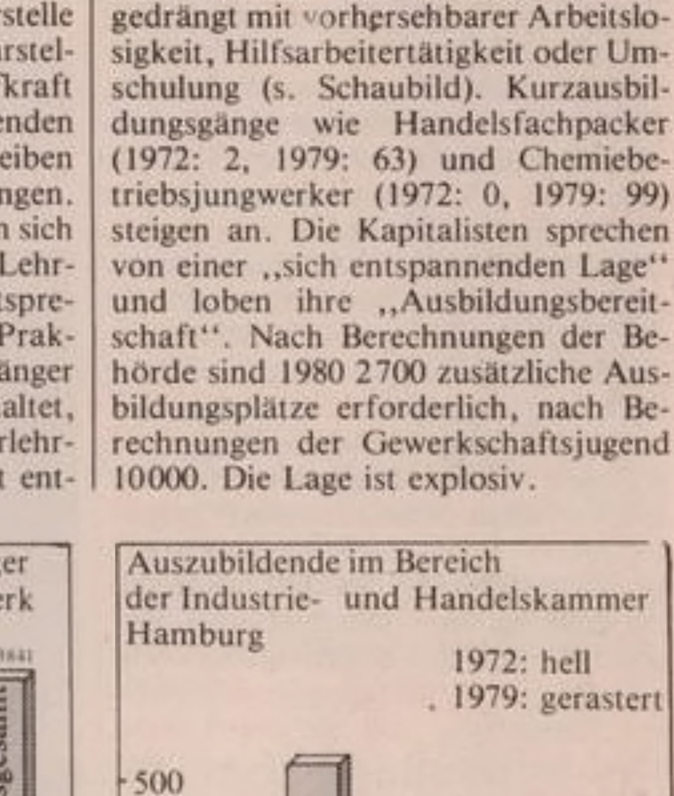
b.wir. Freitag, 4.7.1980. Vollversammlung an der Gewerbeschule 5. Die G 5 bricht buchstäblich zusammen. Das Treppenhaus mußte gesperrt werden, weil einzelne Glasbausteine der Treppenhausverglasung herausbrechen. Die Goldschmiedeklasse muß Eimer und Wannen in der Klasse aufstellen, um den Regen, der durch die Decke tropft, aufzufangen. Die Fenster in den Klassen sind teilweise oder vollständig zugekittet, weil sie sich nicht mehr richtig schließen ließen, und es zog wie Hechtsuppe. Folge: Schlechte Luft, Müdigkeit, Unkonzentriertheit, Übelkeit, Kopfschmerz.

Zusätzlich sollen die Schüler im nächsten Schuljahr noch etwas mehr zusammenrücken – so Schulleiter Praetzel –, da mit vier weiteren Klassen zu rechnen sei.

Weiter hat die Behörde beim Lehrerbedarfsplan für das nächste Schuljahr 3000 Schüler ,,vergessen''. Das bedeutet für den Berufsschulbereich eine ,,Lehrerunterversorgung von weit über 200 Stellen (4800 Std.)'' zu Beginn des Schuljahres 1980/81 (Info des Personalrats an berufsbildenden Schulen), das bedeutet vorprogrammierten Unterrichtsausfall von ca. 10%. Grund genug, die Geduld zu verlieren.

Deshalb machte der Schülerrat in einem Schülerrats-Info den Vorschlag, ,,nach der Vollversammlung zur Schulbehörde zu gehen, um dort z.B. den Verantwortlichen für den Bauskandal an unserer Schule zu sprechen.'' Eine Delegation von 30 Schülern ging schließlich. Warum gelang es noch nicht, die Vollversammlung für eine Demonstration zur Schulbehörde zu gewinnen? Ein Schüler drückte das so aus: ,,Wenn mein Chef erfährt, daß ich 2 Stunden gestreikt habe, macht er mich so fertig, daß ich die Lehrstelle gleich aufgeben kann.'' Die Lehrstellensituation drückt auf die Kampfkraft der Schüler. Bei dem demütigenden Wettlauf um eine Lehrstelle schreiben einige 100 und mehr Bewerbungen. Man muß sich überlegen, wie man sich kleidet und zurechtmacht für die Lehrstellensuche. ,,Bravo'' macht entsprechende Verkleidungsvorschläge. Praktika von einem halben Jahr und länger werden der Ausbildung vorgeschaltet, oft ohne jedes Entgelt. Ein Friseurlehrling wird innerhalb der Probezeit entlassen, weil er sich von seinem homosexuellen Chef nicht ,,vernaschen'' lassen will. Eine Zahntechnikerauszubildende muß die Lehrstelle wechseln, weil der Chef meint, sie mit Leib und Seele eingekauft zu haben und wie ein Fürst das Recht der ersten Nacht beansprucht. Viele Jugendliche werden in perspektivlose Ausbildungsgänge abgedrängt mit vorhersehbarer Arbeitslosigkeit, Hilfsarbeitertätigkeit oder Umschulung (s. Schaubild). Kurzausbildungsgänge wie Handelsfachpacker (1972: 2, 1979: 63) und Chemiebetriebsjungwerker (1972: 0, 1979: 99) steigen an. Die Kapitalisten sprechen von einer ,,sich entspannenden Lage'' und loben ihre ,,Ausbildungsbereitschaft''. Nach Berechnungen der Behörde sind 1980 2700 zusätzliche Ausbildungsplätze erforderlich, nach Berechnungen der Gewerkschaftsjugend 10000. Die Lage ist explosiv.





Neue Prüfungsordnung für Gymnasialreferendare

Neue Prüfungsordnung für Gymnasialreferendare

Zentralisierung der Prüfungsaufsicht und Leistungsverschärfung

b.maa. Seit 1976 versucht das Kultusministerium, die Prüfungsordnung von 1971 für Referendare an Gymnasien zu ändern. Bereits zweimal (1976 und 78) mußte es seine Bemühungen zurückziehen aufgrund des Kampfes der Referendare dagegen. In letzter Zeit steht der Entwurf von 1976 wieder zur Diskussion. Er enthält folgende Veränderungen:

1. Die Mentoren (Ausbilder der Referendare, ebenfalls Lehrer der Schule) sollen ihr Stimmrecht im Prüfungsausschuß verlieren.
2. Ein Vertreter des Kultusministeriums, der bisher in den meisten Prüfungen durch den Seminarleiter vertreten war, soll in der Regel den Prüfungsvorsitz übernehmen.
3. Die beiden Examenslehrproben, die bisher 2 bis 4 Wochen auseinanderliegen, sollen an einem Tag stattfinden.

Die Referendare haben dieser neuen Prüfungsordnung sofort ihren Kampf angesagt. Am Flensburger Seminar hat die Sprecherversammlung folgende Forderungen den Fachgruppen zur Diskussion empfohlen:

1. Öffentlichkeit der Prüfung auf Wunsch des Kandidaten.
2. Teilnahme von Ausbildungspersonalräten am gesamten Prüfungsablauf auf Wunsch des Kandidaten.
3. Einsicht in die vollständige Prüfungsakte.
4. Weiterhin volles Stimmrecht der Mentoren bei der Notengebung für die Examenslehrproben (bzw. bei der Bewertung).
5. Die Prüfung soll weiterhin an zwei auseinanderliegenden Terminen stattfinden.
6. Um dem Grundsatz gerecht zu werden ,,Wer lehrt, prüft auch'', soll der Prüfungsvorsitz weiterhin beim Seminarleiter bleiben.
7. Bewertung des Examens mit ,,bestanden'' oder ,,nicht bestanden'' anstelle von Zensuren.

Die Lehrer sind einer Fülle von Dienstvorschriften, v.a. dem Beamten- und Schulgesetz unterworfen. Hierin soll sich der Referendar einfügen lernen. Im Flensburger Seminar wurde einer Ausbildungsgruppe z.B. gesagt: ,,Wir wollen Sie umerziehen''. Dafür steht der Referendar zwei Jahre unter ständiger Kontrolle durch Studienleiter, Seminarleiter und Direktor der Schule. Die Mentoren sollen diese Kontrolle ebenfalls übernehmen. Nach zwei Jahren erhält man eine Note. Bis jetzt wurden in Schleswig-Holstein noch alle Referendare mit dem 2.Staatsexamen eingestellt, was sich in einem Jahr ändern soll. Das soll Druck ausüben. Die Referendare beginnen sich dagegen gewerkschaftlich zusammenzuschließen: ca. 75% haben am Seminar Flensburg die GEW bei der Wahl der Ausbildungsvertretung gewählt.

Daß vor allem zu den Prüfungen Forderungen aufgestellt werden, ist klar. Dort gibt es keine Öffentlichkeit. Während in den normalen Lehrproben die Anwesenheit der anderen meist für etwas bessere Noten sorgt, ist der Referendar dem Prüfungsausschuß und der Benotung ausgeliefert. Mitglieder des Prüfungsausschusses sind:1 Vertreter des Kultusministeriums (meistens wird er vertreten durch den Seminarleiter), der Schulleiter, die Studienleiter und Mentoren der beiden Fächer. Die Stimme des Vorsitzenden (Vertreter des KuMi) entscheidet. Kann das Kultusministerium sich nicht vollständig auf die Studien- und Seminarleiter verlassen? Es gibt Anzeichen dafür. Die Referendare üben Druck auf sie aus. So konnten sie es z.B. in Flensburg erreichen, daß die Seminarkonferenz, in der der Seminarleiter, Studienleiter, Mentoren und Referendare vertreten sind, einen Beschluß faßte, nach dem alle Studienleiter ihre Unterrichtsbesuche vorher ankündigen sollen.

Was durch die Erfahrungen bereits erkannt ist, z.B. daß die Examensnoten schlechter sind als in den normalen Lehrproben und daß immer mehr durchfallen, muß durch Untersuchunge bewiesen und veröffentlicht werden. Die GEW könnte dieses Projekt eigentlich gut unterstützen.

VW den Aktionären 15,63 DM. Davon sind 5,63 DM Steuergutschrift. Die Kapitalisten rechnen für die 80er Jahre mit einer Wachstumsrate, die sich um 2 bis 2½% halbiert. Für die Audi-NSU-Werke in Ingolstadt und Neckarsulm wurde vorsorglich für 15000 der 30000 Arbeiter bis zu 4 Wochen Kurzarbeit im September angemeldet. Wegen Absatzrückgang beim Audi 100 hieß es. Für die Schlacht um den Mittelklassemarkt hat sich VW gerüstet. Ab Frühjahr 1982 sollen in Salzgitter ebenfalls Fahrzeuge gebaut werden. Neben den 600 Golf täglich, sollen auch andere Typen produziert werden können. In den USA wird die Produktion im zweiten Werk ebenfalls 1982 anlaufen.

r.uwz. **In den Verhandlungen für den Anhang V (Auszubildende) der IGM im Nordverbund geben sich die Metallkapitalisten frech.** Der zweite Verhandlungstag hat stattgefunden. Die Metallkapitalisten haben alle Forderungen, die die IGM gestellt hat (z.B. Bezahlung aller Fahrkosten und Arbeitsmittel, Übernahme in die 2.Stufe, Abschaffung der Beurteilungsbögen, Bezahlung aller Ausbildungsmittel durch die Kapitalisten) abgelehnt und mit keinem Wort dazu Stellung genommen. Um ihrer Taktik zu entgehen, die IGM am langen Arm verhungern zu lassen, hat die Bezirksleitung IGM Nordverbund beschlossen, abwechselnd mit dem Anhang III (Angestellte) zu verhandeln, damit die Metallkapitalisten nicht die Jugend abspalten können. In Hamburg organisierte der Schülerrat der G1 (Maschinenbau) und die IGM Jugend von MAN eine Vollversammlung während der Unterrichtszeit der Berufschule, auf der ein Vertreter der IGM-Ortsverwaltung die Forderungen begründete. Er erhielt großen Beifall. Die Schulbehörde mußte die VV genehmigen.

r.mfl. **Am 30.6. hat eine Versammlung der Gewerkschaft NGG für Funktionäre, Betriebsräte und interessierte Mitglieder aus der Fischindustrie die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarife sowie der Ausbildungsvergütungen für die Fischindustrie Bremerhaven zum 30.9. beschlossen.** Als Forderungen für die Tarifverhandlungen wurde einstimmig beschlossen: 9% – mindestens 140 DM und Anhebung der Ausbildungsvergütungen um einheitlich 70 DM. Vorgeschlagen wurde auch, die Eingangsstufe der Gehaltsgruppe K2 (1343 DM) zu streichen und damit die Betriebszugehörigkeitsstaffel von 8 auf 6 Jahre zu verkürzen.

Veranstaltungskalender

Revolutionäres Volksbildungsprogramm 1980

Der Dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Der Feudalismus verfault und siecht weiter. In Deutschland fehlt der Bourgeoisie der Hebel des Königtums

Lübeck, 7.7. – 11.7.80, Frankeschule, Schildstraße, 20 Uhr

Die Eroberungszüge des Deutschherrenordens gegen die Völker des Ostens

Lüchow, 7.7. – 11.7.80, Bergstraße 28, 20 Uhr

Lenin: ,,Was tun?''

Hamburg-Altona, 7.7. – 11.7.80, Gymnasium Neu-Altona, Billrodtstraße, 20 Uhr

Effektivlohnverteilung und Steuerabzug – Rechenkurs

Kiel, 7.7. – 11.7.80, ,,Ellerbeker Kegelbahn'', Ostring, 20 Uhr

Mao Zedong: ,,Fünf philosophische Monographien

Schleswig, 14.7. – 18.7.80, Gaststätte ,,Schleimöve'', Süderholm 8, 20 Uhr

Die Unterdrückertätigkeit Friedrich des Großen und Preußens Rolle im Kampf um die Einheit der Nation. Feudalismus und Bourgeoisie beginnen sich zu verschwägern

Elmshorn, 14.7. – 18.7.80, Gaststätte ,,Birkenhof'', Hainholz, 20 Uhr

Engels: ,,Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates''

Hamburg-Mitte/Ost, Gaststätte Herschel, Hammer Landstr. 244, 20 Uhr

Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft

Buxtehude, 14.7. – 18.7.80, Gaststätte ,,Meisterstübchen'', Andersenstraße, 19.30 Uhr

Lenin: ,,Über Krieg und Frieden''

Lüneburg, 14.7. – 18.7.80, 14.7.: ,,Moravia Eck'', Stöteroggestraße; 15.7. – 18.7.: Gaststätte ,,Welfenmoor'', 20 Uhr

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C. U. Monica

Flensburg, 9.7.80, 9.15 Uhr, Landgericht Flensburg, Raum 58

Probe des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6

Zeichenkurs

Hamburg, 4.7.80, 18 Uhr, Hochschule für bildende Künste (HfbK), Lerchenfeld 2, Raum 218a

Schwimmkurs

Hamburg, jeden Samstag, 18 Uhr, Schwimmoper Lübecker Straße

Sportkurs der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Sonntag, 10 Uhr, Große Stadtparkwiese

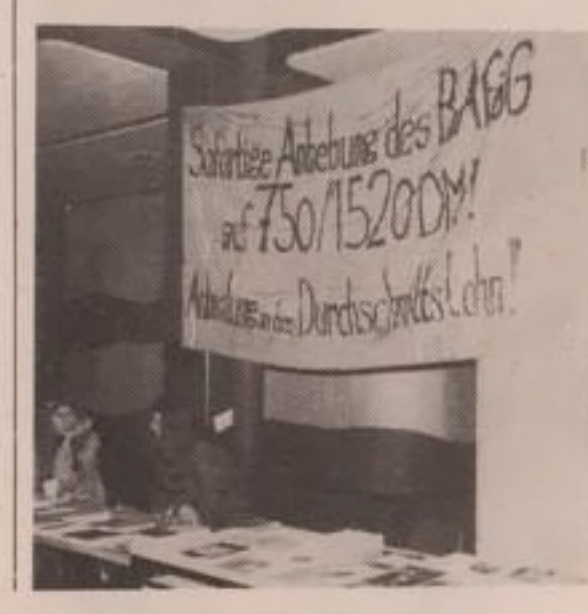
Berufungsverhandlung gegen E. Hartmann wegen Kündigung als Lernschwester durch die Gesundheitsbehörde

Hamburg, 9.6.80, 9 Uhr, Landesarbeitsgericht, Altonaer Bahnhofsplatz 15, 11. Stock, Saal 1106

Aktionstag an der Uni Kiel: Nützliche Ansätze sind gemacht

b.mos. Am 2.7. fand an der Kieler Universität ein Aktionstag gegen die Hochschul- und Schulpolitik der Landesregierung statt. Gefordert wurde die Offenlegung aller Studienreformpläne, Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft mit Satzungs- und Finanzhoheit und politischem Mandat, Erhöhung des BAFöG-Höchstsatzes auf 750 DM und des Elternfreibetrages auf 1520 DM bei jährlicher Anpassung. Verschiedene Fachschaften und der AStA informierten mit Wandzeitungen, Ausstellungen und Veranstaltungen über ihre bisherige Arbeit. Auf einer Beratung wurden weitere Schritte eingeleitet: – Gegen die Klage, die der RCDS gegen den AStA wegen Wahrnehmung des politischen Mandats eingeleitet hat (der AStA hatte sich z.B. zu Gorleben, zum 1. Mai etc. geäußert), wurde eine Unterschriftensammlung begonnen, mit der der RCDS zur Rücknahme der Klage aufgefordert wird und die Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft gefordert wird. – Um die Frage zu klären, ob eine Anbindung des BAFöG an die Entwicklung des Durchschnittslohns oder an die Preissteigerungen richtig ist, wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet. Gleichzeitig soll sie einen Vorschlag machen zur Unterstützung der Erstsemesterarbeit zum BAFöG an den einzelnen Fachbereichen. – Zu den Studienreformplänen wurde ein Fragenkatalog vorgelegt, mit dem zunächst einmal die geltenden Studienbedingungen genau erfaßt werden können, um die Forderungen, die jetzt im wesentlichen an den einzelnen Fachbereichen erhoben werden, zusammenzufassen. Daran kann man dann auch besser die geplanten Änderungen beurteilen.

Insgesamt haben sich relativ wenig Studenten am Aktionstag beteiligt. Mit diesen Vorschlägen kann man aber das nächste Semester vorbereiten und damit auch gleich die beabsichtigte zentrale Demonstration.



Die Schulpolitik des Senats zielt auf Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Schülern

b.rad. Von 1974 auf 1979 hat sich die Zahl der ausländischen Schüler in Hamburg fast verdoppelt; sie stieg von 9060 auf 17641. In den Stadteilen St. Pauli, Wilhelmsburg, Altona-Altstadt, Ottensen, Neustadt und St. Georg, die bis zu 28% Ausländeranteil haben, gibt es bereits 10 Schulen mit über 50 prozentigem Ausländeranteil. Bezoger auf ganz Hamburg beträgt der Auslän-
auf ganz Hamburg beträgt der Auslän-
deranteil an Grund- und Hauptschulen 13%. Bis Mitte der 80er Jahre prognostiziert der Senat ein Ansteigen des Ausländeranteils an den Grundschulen auf etwa 22% und auf ca. 40 – 50% an den Hauptschulen. Der Anteil an den Sonderschulen liegt bereits bei 8,6%.

Die Tabelle über die Ausbildungsverhältnisse ausländischer und deutscher Jugendlicher beinhaltet eine gegenläufige Entwicklung. Während bei den deutschen Schülern sich Erfolge hin auf bessere Ausbildung und Schulabschlüsse abzeichnen, ist für die Masse der Ausländerkinder das Haupt- und Sonderschulwesen die Regel. Dem deutlich geringeren Teil wird eine Facharbeiterausbildung eröffnet, ein weiterer Teil wird auf Teilqualifikation trainiert, für die Masse ist Hilfsarbeitertätigkeit vorgesehen.

Die Standesorganisation der Lehrer „Deutscher Lehrerverband" (DL) hat letzte Woche die Forderung nach einem zweigliedrigen Schulsystem aufge-
nem zweigliedrigen Schulsystem aufge-
stellt, bestehend aus Gymnasium und „reduzierter Gesamtschule" mit Haupt- und Realschulkursen. Die SPD hat dem lediglich insoweit widersprochen, daß sie weiter gymnasiale Abschlüsse an den Gesamtschulen haben will. Diesem qualifizierenden Schulsystem vorgelagert blieben die Haupt- und Sonderschulen, die vor allem von den Ausländern besucht werden. Gegenüber solchen Tendenzen, die auch im Schulentwicklungsplan sichtbar werden, hat die GEW Front bezogen. Sie fordert Ganztagsschulen und Gesamtschulen als Träger einheitlicher Ausbildung.

Ausbildungsverhältnisse ausländischer/deutscher Jugendlicher

	1974/1975		1978/1979	
	Ausl. in %	Deut. in %	Ausl. in %	Deut. in %
Grund- u. Hauptschüler	77,7	55,1	74,6	45,0
Realschüler	5,1	11,5	5,6	13,9
Gymnasiasten	10,9	23,3	10,6	28,9
Gesamtschüler	3,9	6,0	4,3	7,8
Sonderschüler	2,4	4,1	4,9	4,4
Allgemeinbildendes Schulwesen	100,0	100,0	100,0	100,0
Hauptschüler, davon ohne Abschluß	58,0*	18,2	38,8	15,5
Berufsschüler, davon o.Ausbildungsvertrag	***	***	56,3**	8,0
Arbeitslosenquote Jugendlicher unt. 20 Jahre	5,4	3,6	8,8	4,5

* im Jahr 1975/76 ** im Jahr 1979/80 *** unterschiedliche Angaben

Eltern, Schüler und Lehrer gegen Unterrichtsausfall und Stundentafelkürzungen



b.jow. Ca. 1500 Eltern, Schüler und Lehrer beteiligten sich am 2.7. an der Demonstration gegen Kürzungen der Stundentafel, die die Schulbehörde zum 1.8. durchführen will. Gefordert wurde die sofortige Rücknahme dieser Maßnahmen und die Bewilligung der fehlenden Stellen.

IG Metall fordert Abschaffung der Lohngruppe II

Lohngruppe II überproportional in Elektroindustrie / Tarifvertragliche Regelung notwendig

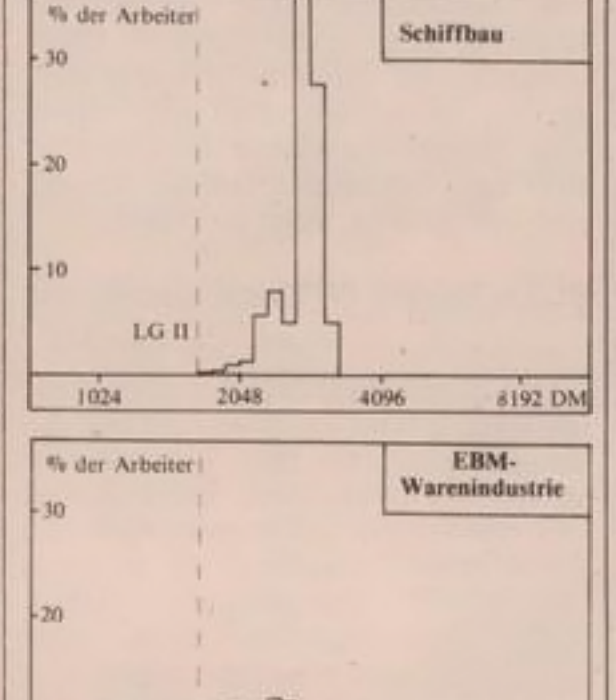
b.stk. Diese Forderung soll jetzt vollständig im Tarifgebiet Schleswig-Holstein durchgesetzt werden. Der Tariflohn in Lohngruppe II beträgt zur Zeit 7,53 DM/Std. in Schleswig-Holstein. Setzt man voraus, daß zusätzlich die 16% Zeitlohnzulage gezahlt werden, was einige Kapitalisten sicherlich nicht einmal tun, so ergibt das einen Bruttomonatslohn von 1511,12 DM. In Steuerklasse V (z.B. bei dazuverdienenden Ehefrauen) sind das dann lächerliche 919,32 DM netto.

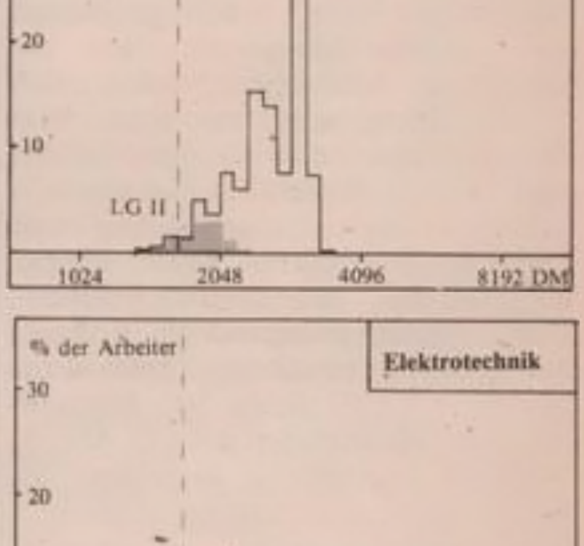
Um herauszubekommen, wieviele überhaupt in der Lohngruppe II eingestuft sind, haben wir die Lohnverteilungen der vier größten Metallbranchen in Schleswig-Holstein dargestellt. Die Lohnverteilungen haben wir auf Grundlage der Effektivlohnerhebung des Statistischen Landesamtes vom Oktober 1979 berechnet. Um Werte für 1980 herauszubekommen, haben wir alle Lohnabgaben um 6,8% erhöht. Die Schaubilder zeigen im Umriß die Lohnverteilung aller Arbeiter der jeweiligen Branche. Die dunkel gerasterte Fläche entspricht dem Anteil der Frauen. Die Löhne bis zur senkrechten gestrichelten Linie entsprechen der Lohngruppe II. Das sind alle Löhne bis 1511 DM. Dies ist nur eine ungefähre Grenze. Es wird Leute in Lohngruppe II geben, die effektiv mehr als 1511 DM verdienen; ebenso welche in Lohngruppe III, die weniger verdienen. Der Übergang ist daher eher fließend, aber zum Abschätzen reicht diese Grenze.

Auffällig ist, daß es erhebliche Lohnunterschiede zwischen den Branchen gibt und daß der Anteil der Frauen unterschiedlich hoch ist. Im Schiffbau beträgt der Frauenanteil 1%, im Maschinenbau 12%, in der EBM-Warenindustrie 30% und in der elektrotechnischen Industrie 38%. Im Schiffbau verdienen 91% der Arbeiter mehr als 2350 DM, dagegen nur 0,06% weniger als 1550 DM, in der EBM-Warenindustrie sind es 48,4% über 2350 DM und 8,6% unter 1550 DM und in der elektrotechnischen Industrie 26,9% über 2350 DM und 17% unter 1550 DM. Bei den beiden letztgenannten Branchen sind diejenigen, die unter 1550 DM im Monat brutto verdienen fast ausschließlich Frauen. In absoluten Zahlen sind in dieser Gruppe 2000 Arbeiterinnen, was auch ungefähr dem Anteil der Lohngruppe II in diesen Branchen entsprechen wird.

Es wird im Schiffbau und Maschinenbau einfacher sein, die Abschaffung der Lohngruppe II durchzusetzen als in der elektrotechnischen und der EBM-Warenindustrie, weil es die Kapitalisten dort weniger kosten wird. Die IG Metall hat bislang versucht, durch Arbeitsgerichtsverfahren die Höhergruppierung von Frauen durchzusetzen nach dem Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit". Das ist oft nicht erfolgreich, weil es sich ja gar nicht immer um genau die gleiche Arbeit handelt.

Günstig ist, daß sich die IG Metall mehr auf eine tarifvertragliche Regelung konzentrieren will. Arbeitsgerichtsverfahren schließt das ja nicht aus.





ÖTV-Grundsätze zur Nacht- und Schichtarbeit in der Vorbereitung des Lohnkampfes anwenden

b.eve. Ein immer größer werdender Anteil der Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst arbeiten in Wechselschichten und des Nachts. Gegen die maßlose Schinderei, diktiert durch den Dienstherrn mit der Begründung „dienstrechtlicher Erfordernisse", hat der Hauptvorstand der ÖTV Ende 1979 Grundsätze zur Politik der Gewerkschaften gegenüber der Schichtarbeit, Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten und zur Nachtarbeit beschlossen.

Die jetzt gültige Tariffassung über Zeitzulagen nach dem BAT liegt im Öffentlichen Dienst niedriger als in der Industrie. Im Öffentlichen Dienst wurde mit Inkrafttreten des BAT am 1.4.1961 zum ersten Mal eine Nachtdienstentschädigung festgelegt, wie ebenfalls die Zulage für die Wechselschichten. Die Zulage betrug 2,50 DM pro Wechselschicht für die Angestellten beim Bund. Ab 1967 wurde diese Zulagenregelung in der gleichen Höhe für die Beschäftigten der Länder und Gemeinden erkämpft und tariflich abgesichert.

Am 1.9.1970 wird erstmals die Nachtdienstzulage als Zeitzulage mit 0,75 DM gezahlt. Die Zeit der Nachtarbeit wird von 22 – 6 Uhr festgesetzt. Über den erfolgreich geführten Streik im Öffentlichen Dienst im Frühjahr 1974 treten bei den Zeitzulagen erhebliche Verbesserungen ein. Mit dem 33. Änderungstarifvertrag zum BAT vom 1.10.1974 wird die Arbeitszeit von 42 auf 40 Std./ Woche gesenkt. Die Angestellten bekommen für Nachtdienst in der Zeit von 21 – 6 Uhr pro Stunde 1,50 DM Zulage.

Für die Wechselschichtzulage an Samstagen von 13 – 21 Uhr wird pro Stunde 0,75 DM gezahlt. An Arbeitstagen vor Feiertagen wird ein Zuschlag von 25% des Stundenlohnes pro Arbeitsstunde gezahlt für die Zeit von 12 – 21 Uhr. Für Nachtarbeit an diesen Tagen beträgt der Zeitzuschlag ebenfalls 25% des Stundenlohns, für die Zeit von 21 – 6 Uhr. Der Nachtdienstzuschlag von 1,50 DM und die Wechselschichtzulage von 0,75 DM werden auch neben anderen Zulagen gezahlt.

Diese Verbesserungen im Zulagensystem wurden alle mit Wirkung vom 1.10. 1974 gültig und sind seitdem nicht wieder verändert worden.

Die Bezahlung der Zulagen für Bereitschaftsdienste der Ärzte und Pflegepersonal hat sich seit dem Tarifvertrag vom 1.1.1972 nicht mehr geändert. Die Anzahl und Bewertung der Bereitschaftsdienstvergütungen sind ebenso unverändert bis heute gültig wie auch die Einstufung und Bezahlung. (BAT,SR 2a) Ein Ergebnis der Kampfkraft der Belegschaften in den Krankenhäusern zeigt, daß die Belastung durch übermäßige Bereitschaftsdienststunden in Hamburg unterschiedlich verläuft. Zum Beispiel arbeiten die Ärzte in Allgemeinen Hamburger Krankenhäusern auf der gynäkologischen Abteilung 80,7 Std./ Woche, in Freigemeinnützigen Häusern dagegen 66,1 Std./ Woche und im Eppendorfer Universitätskrankenhaus 60 Std./ Woche.

Seit Jahren gibt es eine starke Bewegung gegen die übermäßige Vernutzung der Arbeitskraft in Wechselschichten und Nachtarbeit. Für die anstehenden Lohnauseinandersetzungen mit dem Dienstherren wird dies wichtig sein.

NRI Konzernleitung plant die Stillegung der Hamburger Produktionsstätte

b.mis. Für die Produktionsstätte von NRI in Hamburg sind den Kapitalisten zum Ende Januar 1981 die Räume gekündigt. In dem Hamburger Zweigbetrieb arbeiten 30 Arbeiter und vor allem Arbeiterinnen. Es wird dort im wesentlichen selbständig ein bestimmter Münzprüfertyp gebaut. Der Betrieb liegt in Meiendorf, im Nordosten von Hamburg. Die Kündigung der Halle nimmt die Konzernleitung zum Anlaß, die Produktion in Hamburg ganz zu schließen und die Hamburger Arbeiter vor die Wahl zu stellen, arbeitslos zu sein, oder nach Buxtehude zu fahren, um dort im Hauptwerk zu arbeiten. Der in Hamburg gebaute Münzprüfertyp hat starke Verkaufeinbrüche erlitten, und deshalb sei die Schließung wirtschaftlich notwendig, begründete die Geschäftsleitung auf der Betriebsversammlung. Dem Betriebsrat gegenüber hatte sie bislang überhaupt nichts begründet, sondern wollte gleich über mögliche „Erleichterungen" für die Arbeiter aus Hamburg verhandeln. Der Betriebsrat hatte dies abgelehnt. Er forderte die Begründung der Betriebsschließung. Auf der Betriebsversammlung wurde das Konzept der Geschäftsleitung angegriffen. Es sei völlig unzumutbar für die Arbeiter aus Hamburg, vorwiegend Frauen, täglich gute 3 Stunden Fahrzeit nach Buxtehude auf sich zu nehmen. Der Betriebsrat griff das Vorhaben der Geschäftsleitung ebenfalls an, weil die Produktionskapazität der Hamburger Betriebsstätte seiner Meinung nach gar nicht in Buxtehude produziert werden kann. Vermutet wird deshalb unter den Kollegen, daß die Geschäftsleitung wieder Wechselschicht in der Maschinenhalle einführen will. Die Geschäftsleitung konnte auf der Betriebsversammlung nicht dazu gezwungen werden, ihre Pläne etwa über Schicht offenzulegen. Die Schichtarbeit wird von den Arbeitern abgelehnt. Die Hamburger Kollegen sind nicht bereit, nach Buxtehude zu kommen. Die Produktion muß in Hamburg aufrechterhalten werden.





Die Kapitalisten runieren die Gesundheit der Arbeiter

Untersuchung über Arbeitsunfähigkeitsfälle AOK Hamburg

b.sul. Einen Teil der Untersuchungen über die Arbeitsunfähigkeitsfälle bei den Arbeitern, die in der AOK Hamburg versichert sind, ist auf der Seite 18 dieser Ausgabe der KVZ abgedruckt. Wenn die Kapitalisten auf Betriebsversammlungen den jeweils im Verhältnis besonders hohen Krankenstand von 15 bis 20% oder gar mehr anprangern und die durchschnittliche Arbeitsunfähigkeit entgegensetzen, dann erheben sie ihre Zahlen ganz anders. Die AOK erfaßt jeweils am Monatsersten die Arbeitsunfähigkeiten – wer innerhalb des Monats krankgeschrieben war und schon wieder arbeiten geht, entgeht der Erfassung. Die Kapitalisten aber berechnen jede Arbeitsstunde, die ihnen durch Krankheit ausgefallen ist und setzen sie zu den Sollstunden, die eine völlig gesunde Belegschaft zu absolvieren hätte, ins Verhältnis. Was interessant wäre weiter zu untersuchen: Die Zahl der in den jeweiligen Altersklassen an der jeweiligen Krankheit Gestorbenen, Berenteten und Umgeschulten. Man müßte so einen Aufschluß erhalten über die Stufen, die an charakteristischen Punkten im Verlauf des Arbeiterlebens offensichtlich auftreten und die gesellschaftliche Dinge vergeben müssen. Ganz sicher wird es interessant sein, dieselbe Untersuchung bei den AOK eines Flächenstaates durchzuführen, um zu überprüfen, ob sich die Unterschiede zwischen Stadt und Land in unterschiedlichem Gesundheitszustand auch zeigen.

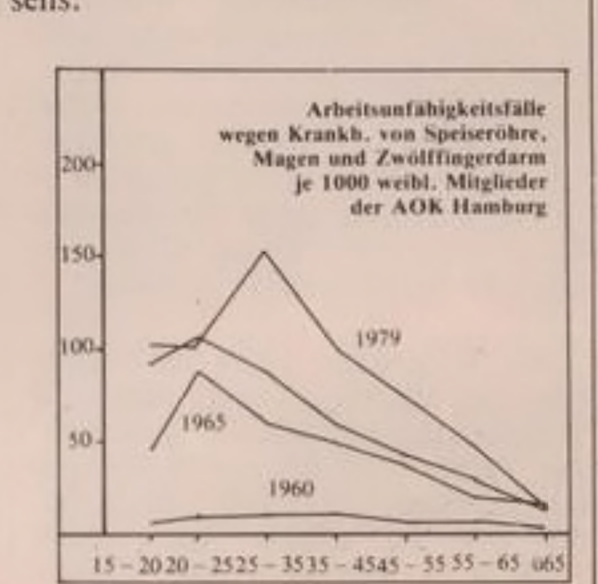
Die Krankheiten der Atmungsorgane sind schon beim Eintritt in die Fabrik häufig. Grippe und Erkältungskrankheiten sind darin enthalten. Dies läßt auf den rapide verschlechterten Gesundheitszustand der Arbeiterjugend schließen, weil die Anfälligkeit für Virusinfekte groß ist. Sie kommt von der schlechten Luft, schlechten Wohnverhältnissen und schlechter Qualität des Essens. Dazu kommt dann die Arbeitshetze in der Fabrik und sofort steigt die Kurve steil an. Wenn sie dann wieder nach unten umknickt, bedeutet das nicht, daß weniger Virusinfekte vorkommen, sondern, daß sich längst andere Krankheiten entwickelt haben, die dann das gesamte Krankheitsbild beherrschen und in der Statistik dann auch angeführt werden.

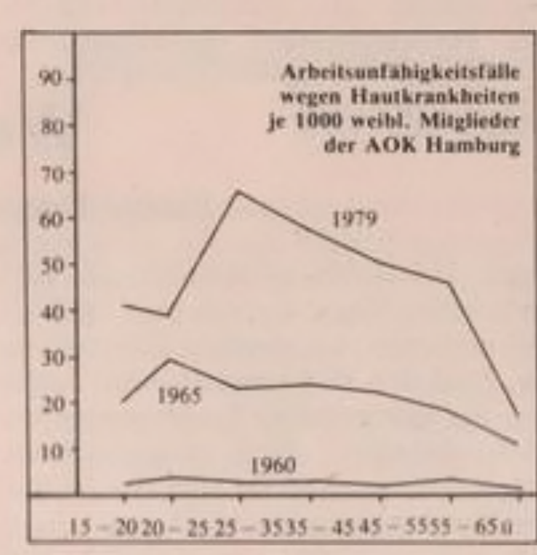
Bei der Hochdruckkrankheit bei Arbeitern im Vergleich zu den Arbeiterinnen fällt auf, daß die Arbeiterinnen beitern im Vergleich zu den Arbeiterinnen fällt auf, daß die Arbeiterinnen viel mehr darunter zu leiden haben. Bekanntlich sind die Arbeiterinnen in den unteren Bereichen der Lohnskala eingestuft, und so ist dies ein weiterer Hinweis für die These, daß die Arbeitsintensität gerade dort hoch, wo die Bezahlung niedrig ist. Da bürgerliche Ideologen die Frauenarbeit in den unteren Lohngruppen als „leichte" Arbeit ansehen und damit ja auch schlechte Bezahlung begründen, sind sie mit anderen Erklärungen schnell bei der Hand: doppelte Belastung durch Fabrikarbeit und Haushalt, oder psychische Konflikte zwischen der Berufstätigkeit und der Rolle als Frau und Mutter usw.

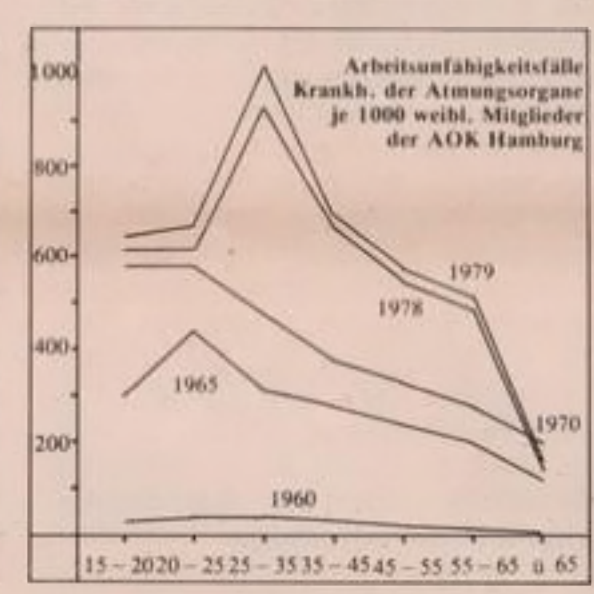
Aber auch bei der Zuckerkrankheit sind die Frauen erheblich betroffen.

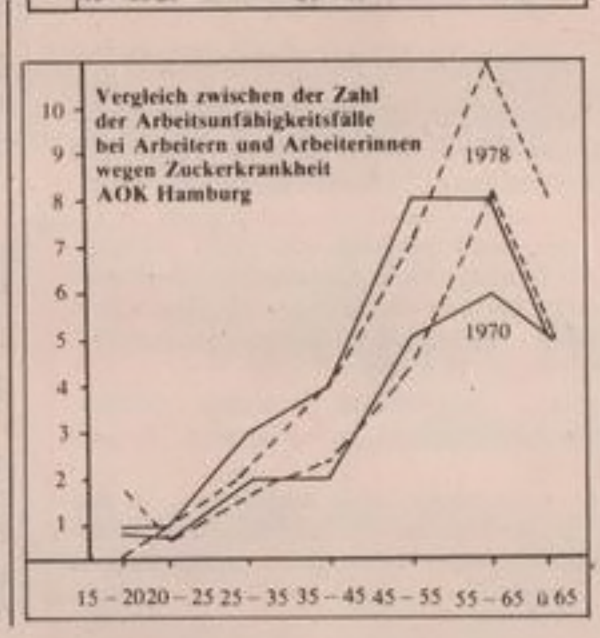
Bei den Krankheiten der Speiseröhre, des Magens und des Zwölffingerdarms ist es gerade umgekehrt, besonders die Arbeiter sind davon betroffen. Es wird richtig sein, dies auf die Schicht-, insbesondere die Nachtarbeit zurückzuführen. Gerade die Magensaftproduktion ist fest an den Tag-Nacht-Rhytmus gebunden und der Magen und Zwölffingerdarm daher durch Nacht- und Schichtarbeit unweigerlich erheblicher Schädigung ausgesetzt.

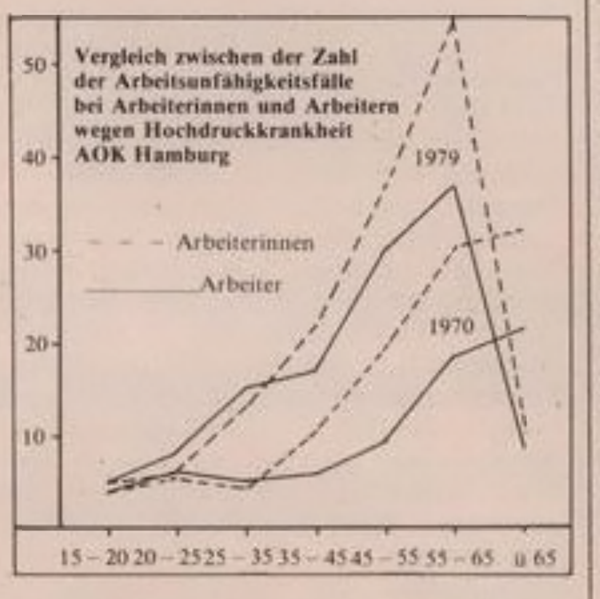
Die Zunahme der Hautkrankheiten kommt von den chemischen Mitteln, die die Kapitalisten bedenkenlos ohne vorherige Gesundheitsprüfung im Produktionsprozeß einsetzen. Aber nicht nur. Die Haut reagiert auf jede nervliche Überbelastung – der Verbund zum Nervensystem ist ursprünglich, weil die Haut und das Nervensystem aus gemeinsamem embryonalen Gewebe entstehen. Und selbstverständlich leidet die Haut auch unter schlechter Luft und schlechter Qualität des Essens.











Phoenix-Betriebskrankenkasse erhöht Beiträge wegen wachsendem Krankenstand

b.jok. Mit Rückwirkung zum 1.6.80 hat der Vorstand der Phoenix-Betriebskrankenkasse die zweite Beitragserhöhung um 0,7% auf 12% des Bruttolohns in diesem Jahr beschlossen. Bereits im Januar war der Beitrag von 10,8 auf 11,3% erhöht worden. Die Betriebskrankenkasse begründet diesen Schritt mit einem wachsenden Überschuß der Ausgaben, 1978 ca. 0,5 Mio. DM, 1979 waren es 1,3 Mio. DM. Grund für das gestiegene Defizit sind die von der Regierung diktierte Verteuerung der Krankenhauskosten und der stetig wachsende Krankenstand, der mit 10,4% im April einen neuen Höchststand seit 1975 erreichte. Die Beitragshöhe hängt unmittelbar mit der Höhe des Krankenstandes zusammen, was der Vergleich mit anderen Betriebskrankenkassen zeigt.

Die häufigsten Erkrankungen auf der Phoenix sind nach Angaben des Geschäftsführers der BKK Überlastungssyndrome (z.B. Sehnenscheidenentzündungen), Neurosen, Magenerkrankungen, Kreislauf- und Durchblutungsstörungen. Der Zusammenhang dieser Krankheiten mit den Ausbeutungsbedingungen ist offensichtlich. Gerade die Arbeiter, die neu eingestellt sind, sind am häufigsten krank, da sie der Umstellung auf die 3-Schicht-Knüppelei im Akkord nicht gewachsen sind. Dennoch wird der Vorstand der Phoenix nicht müde, auf die „faulen Arbeiter" zu hetzen, die sich über den gelben Schein immer wieder Zusatzurlaub gönnen würden. Diesen Angriffen ist der Betriebsrat immer entgegengetreten.

Die Beitragserhöhung der BKK hat der Betriebsratsvorsitzende allerdings für notwendig erklärt, da die Kasse ein Selbstverwaltungsorgan sei und die Leistungen nicht gekürzt werden können. Die Sachlage beweist, daß *Phoenix* die Kosten übernehmen muß, wenn die Beschäftigten nicht doppelt – mit Gesundheit und Beiträgen – zahlen sollen.

Betrieb	Krankenstand 1979 % d.Mitgl.	Beitragssatz BKK % d.Lohns
Blohm + Voss	10,09	12,7
Nordd.Affinerie	10,58	11,0
New-York Hamb.Gummi	10,21	12,0
Phoenix	0,68	10,8
Dt.Shell	5,55	(9,9)*
MBB	7,45	9,6

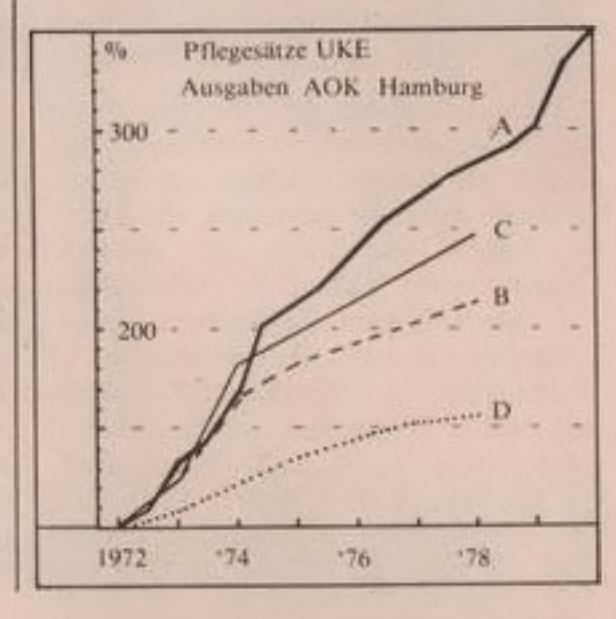
* Juli 1979 gesenkt auf 9,0. Der Krankenstand ist Durchschnittswert aus dem I. – III.Quartal 1979.

HH-Senat will die Krankenhauspflegesätze erhöhen

b.kym. Ab 1.7.80 will der Hamburger Senat die Pflegesätze der staatlichen Krankenhäuser erhöhen. Weil die Krankenkassenverbände zu hohe Kosten bemängeln würden, sind laut Dienstherr die gesetzlich vorgeschriebenen Einigungsverhandlungen mit den größten Kassen am Ort (u.a. AOK, DAK und BEK) bisher gescheitert.

Die Erhöhung der Pflegesätze seit 1972 entspricht keineswegs den Ausgabensteigerungen der Krankenhäuser. Beispiel UK Eppendorf: von 1972 (73,50 DM) stieg der Pflegesatz bis 1980 (257,85 DM) auf das 3,5-fache, die Ausgaben nur auf das 1,8-fache. Im Schaubild wird in Kurve A (Pflegesätze UKE) zwischen Januar 73 und Juni 74 ein steiler Anstieg deutlich. Genau in dieser Zeit kam das Gesetz „zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser" (KHG) der SPD/FDP-Regierung von Juni 72 zum Tragen. Vorher wurden die Krankenhäuser weitgehend aus Steuermitteln finanziert. 1972 deckten die Einnahmen aus Pflegesätzen noch nur 28% der UKE-Ausgaben, zen noch nur 28% der UKE-Ausgaben, 1978 bereits 43%. Ähnlich steil verläuft 1973 die Ausgabensteigerung der AOK HH für Krankenhauspflege (Kurve B), noch steiler die Kurve C Krankenhausausgaben der AOK pro Rentner. Daß die Kurven ab März 74 die Steigerung der Pflegesätze nicht mehr erreichen, liegt hauptsächlich an der Senkung der Krankenhausverweildauer – Ergebnis der Bedarfsplanung des Senats, die auch im KHG vorgeschrieben wurde. Die Ehrenbergsche Kostendämpfung wirkt bis jetzt wesentlich in der ambulanten ärztlichen Versorgung, dafür sind die Ausgaben weit weniger gestiegen (Kurve D).

Die Krankenhausbelegschaften sehen sich in der mißlichen Lage, ihren Kampf um mehr Planstellen zum Ausgleich der erhöhten Arbeitsintensität bei Androhung von Beitragserhöhungen scheinbar gegen die eigenen Versicherungskassen führen zu müssen. Das Abendblatt schreibt am 25.6. zu vom Senat bewilligten dürftigen 211 Planstellen mehr: „Wenn die Krankenkassen zustimmen – Mehr Schwestern und Ärzte". Mit über 70% Anteil an den Ausgaben bilden die Personalkosten den größten Anteil der für die Pflegesätze maßgeblichen „Selbstkosten". Patienten brauchen intensive Pflege. Tatsächlich wäre es kein Problem, die Krankenhäuser mit Personal- und Sachmitteln entsprechend den Anforderungen der Gesundheit der Volksmassen auszustatten, wenn die Krankenkassenbeiträge voll von den Kapitalisten gezahlt und die Kassen von den Versicherten selbst verwaltet wären. Die Gesetze des Arbeits- und Sozialministeriums sind es, die die Kassen zwingen, Druck auf die Pflegesätze auszuüben.



Bei einem Dieselpreis von 115 Pf. pro l auslaufen? Auszahlung der zugesagten Gasölbeihilfe

b.beu. Die Politik der EG, die vorsieht, die Fischerei zu rationalisieren, indem die EG-Länder sich mit 50% an den Überbrückungsbeihilfen für die Verschrottung von Kuttern beteiligen, hat zur verstärkten Aufgabe der Fischer geführt. Für Kutter ab Baujahr 1969 wird 8% des Neupreises gezahlt. Weiterer Grund in der jüngsten Zeit sind die durch Raubfischerei schrumpfenden Fischbestände und die Fangquotenbeschränkung der EG. Extra ausgewählten Hochseefischern werden die finanziellen Hilfen nur gewährt, wenn sie technische Änderungen z.B. auf Weiterverarbeitung hin schaffen. Durch diese Maßnahmen werden kleine und mittlere Kutterfischer gezwungen aufzugeben oder die Fischerei als Nebenerwerb zu betreiben (siehe Tabelle). In den Häfen der Flensburger Förde gibt es heute im Gegensatz von vor einigen Jahren nur noch Nebenerwerbsfischer, die ungefähr sechs Stunden am Tag fischen. Diese sind zudem abhängig von der Flensburger Fischereigenossenschaft, die, früher in der Hand der Fischer, ihnen heute die Preise diktiert und die Abrechnungen erst eine Woche später sendet.

Durch den hohen Dieselpreis von 113 bis 115 Pfennig pro Liter ist es heute für jeden Fischer lebensnotwendig auszurechnen, wieviel der Wochenpreis beträgt, um zu entscheiden, ob sich das Auslaufen lohnt. Matthöfer hat die 3 Mio. DM zugesagter Gasölbeihilfe für die Fischer jetzt gestrichen, vor zwei Jahren ist das Bunkern von Diesel verboten worden. Die Büsumer Fischer haben jetzt einen Brief an Matthöfer geschrieben, in dem sie die Auszahlung der Beihilfe fordern.

	1973	1976	
Fahrzeuge für kleine Küstenfischerei)	1490	976	Ostküste
	368	368	Westküste
Fahrzeuge für Küsten- u. Hochseefischerei)	492	416	Ostküste
	420	368	Westküste
Fischer auf Motorfischkuttern)	1012	852	Ostküste
	548	496	Westküste

Quelle: Statistische Jahrbücher 1973/1976.

Schwankende Abgabepreise an die Genossenschaften

pro Pfund	Preis	Fangquote
Hering	25 – 30 Pf.	hoch
Hering	80 Pf.	niedrig
Butt	50 Pf.	hoch
Butt	70 – 90 Pf.	niedrig



Bluttransfusionen am Krankenhaus Rendsburg: Rückständig, ein Risiko für die Patienten

b.chc. In den Richtlinien zur Blutgruppenbestimmung und Bluttransfusionen der Bundesärztekammer steht eindeutig, daß die Verantwortung für die Untersuchungen im Transfusionswesen bei dem zuständigen Arzt des Krankenhauses liegt. Diese Richtlinien werden in Fachkreisen als nicht mehr ausreichend kritisiert. Doch selbst diese umstrittenen Richtlinien werden im Rendsburger Krankenhaus nicht angewendet. Verantwortlich dafür ist Prof. Dr. Grabener, Präsident der schleswig-holsteinischen Ärztekammer. Im Krankenhaus wird außer der Blutgruppe A, B oder C nur noch die RH positiv oder RH negativ Formel bestimmt. Eine vollständig bestimmte Blutgruppe lautet aber z.B. A RH positiv CcDEe. Diese Untergruppen zeigen die Unverträglichkeit der Bluteigenschaft auf. Der Patient bildet Antikörper, wenn die Untergruppen nicht aufeinander abgestimmt sind. Dies wird in zwei Situationen gefährlich: 1. Bei einer erneuten Transfusion kommt es zum Transfusionszwischenfall durch Unverträglichkeit der gebildeten Antikörper. Eine Kreuzprobe könnte dies vorher aussagen, wird in Rendsburg aber unterlassen. 2. Eine Frau kann Antikörper produzieren, die bei einer Schwangerschaft gekoppelt mit den Bluteigenschaften des Mannes zu Schädigungen des ungeborenen Kindes führen.

Hier die wichtigsten Punkte, in denen Grabener gegen die Richtlinien verstößt:
1. Alle D-negativen Blutproben müssen, zumindest wenn sie die Merkmale C oder E enthalten, auf das unvollständige Antigen Du untersucht werden. 2. Bei allen Blutgruppenbestimmungen muß ein Antikörpersuchtest gemacht werden. 3. Zur Kreuzprobe gehört immer ein Coombstest, bei dem eine positive und eine negative Kontrolle mitlaufen muß.

Grabeners Transfusionsmethoden sind kosteneinsparend, sowohl im Materialbereich wie auch in der personellen Besetzung des Labors, stellen aber eine erhebliche Gefährdung der Patienten dar.



Demonstration in Spandau. Dem Bezirksbürgermeister wurden 2000 Unterschriften gegen die mobilen Einheiten übergeben. Die Leiterin einer betroffenen Kita sprach zu den Versammelten.

Die Kindertagesstättenpolitik des Westberliner Senats wird bekämpft – Demonstration in Spandau

r.crm. Über 400 Kinder, Eltern und Erzieher führten am vergangenen Donnerstag in Spandau eine Demonstration zum dortigen Bezirksamt durch. Sie forderten: den sofortigen Neubau von Kindertagesstätten, mehr Personal und keine Verschlechterung der Bedingungen in den bestehenden Kindertagesstätten. Zugrunde liegt dieser Auseinandersetzung, die auch in anderen Bezirken Westberlins geführt wird, daß der Westberliner Senat und die jeweiligen Bezirksämter gegenwärtig einen neuen Angriff auf die Arbeits- und Versorgungssituation in den Kindertagesstätten starten.

Angefangen hatte der Senat mit der Einführung der „einheitlichen Personalbemessung" für Kindertagesstätten, die für die meisten Bezirke eine erhebliche Verschlechterung der Personalsituation bedeutete und erst mit zweijähriger Verspätung am 1.1.78 gegen den Kampf der Eltern und Beschäftigten durchgesetzt werden konnte. Die Folge des neuen Personalschlüssels (1,46 Erzieher in Kindergartengruppen, 1,0 Erzieher pro Hortgruppe, 1% Vertretungsmittel) waren ständige Gruppenzusammenlegungen, extrem hohe Krankenstände wegen völliger Überlastung der Erzieherinnen etc. Verschärft wurde die Situation dann dadurch, daß der Senat die Kosten für einen Kindergartenplatz stark herabsetzte, nämlich von bis zu 190 DM auf maximal 40 DM pro Kind, Platz und Monat. Das war am 1.1.79, drei Monate vor den Abgeordnetenhauswahlen. Durch diese Maßnahme wurde der eigentliche Bedarf an Kindergartenplätzen erstmals deutlich, da jetzt auch alle Familien, die sich aufgrund der bisherigen Kosten keinen Platz leisten konnten, die Kindertagesstätten bestürmten. Die Warteliste schnellte von ca. 10000 Vormerkungen stätten bestürmten. Die Warteliste schnellte von ca. 10000 Vormerkungen auf über 24000 Vormerkungen hoch (bei ca. 52000 vorhandenen Plätzen).

Diese Situation gedenkt der Senat für Rationalisierungen größeren Ausmaßes zu nutzen. Schon im letzten Sommer legte die Senatorin für Familie, Jugend und Sport ein „Notprogramm" zum Abbau der Wartelisten vor, das folgendes beinhaltet: Unterbringung von zusätzlichen Gruppen in Wohnungen in Kita- (Kindertagesstätten) Nähe, Aufstellen von Wohncontainern (wie sie z.B. an großen Baustellen als Baubüros stehen), Betreuung von Hortkindern in Jugendfreizeitheimen, die dann ab 15 oder 16 Uhr von Jugendlichen genutzt werden. Gerade gegen die Aufstellung von Containern richtete sich die Spandauer Demonstration. Die ÖTV schreibt in einem Flugblatt: „Die mobilen Einheiten sind schwerpunktmäßig an Hortgruppen gebunden, in denen ein Personalschlüssel von 1 Erzieher pro 20 Kinder besteht. Da auch Früh- und Spätdienst übernommen sowie Personalausfälle mitgetragen werden müssen, wird der Abzug von Kollegen aus anderen Abteilungen notwendig, so daß sich die gesamte pädagogische Situation für alle Kinder und Erzieher in der Einrichtung erheblich verschlechtert... Wir wehren uns dagegen, daß politische Fehlplanungen auf dem Rücken von Kindern und den Kolleginnen und Kollegen in den Kitas ausgetragen werden."

Das „Notprogramm" ist von allen Seiten unter Beschuß geraten. Die Beschäftigten in den Jugendfreizeitheimen lehnen es ebenso ab, wie die Eltern und Erzieher. Die ÖTV führt schon seit letztem Jahr eine Kampagne für die bessere personelle und sachliche Ausstattung der Kitas, in deren Verlauf eine Broschüre erschienen ist. Aktionstage in der ganzen Stadt durchgeführt wurden, eine Demonstration im Dezember stattfand und gegenwärtig wieder eine Broschüre in Vorbereitung ist. Zu ersten Verhandlungen konnte der Senat bereits gezwungen werden. Außerdem hat die ÖTV auf der Bezirkskonferenz in Westberlin einen Antrag angenommen, der die Forderung nach Einrichtung von Betriebskindergärten unter der Kontrolle der Betriebs- bzw. Personalräte enthält.

Von Seiten des Abgeordnetenhauses ist jetzt von einem neuen Angriff zu hören. Die CDU- und FDP-Fraktion hören. Die CDU- und FDP-Fraktion wollen einen Antrag im Jugendausschuß einbringen, der vorsieht, daß die Kitas mit 20% überbelegt werden. D.h., daß in den jetzt schon überfüllten und ständig zusammengelegten Gruppen z.B. im Hort statt 20 24 Kinder betreut werden sollen. Nach einem Sturm in den Kitas ausbrechen müßte, ist der zuständigen Senatorin Ilse Reichel offenbar auch bewußt. Sie hatte auf erste Andeutungen in dieser Richtung schon angekündigt, daß sie zurücktreten werden, wenn dieser Vorschlag sich durchsetzen sollte. Sei's drum. Die Bewegung in den Kindertagesstätten ist selbst stark genug, diesen Angriff zurückzuschlagen.

Manöver zur Durchsetzung der geplanten Mieterhöhungen in Westberlin

r.mac. Vor einem Jahr hatte der Bundestag beschlossen, auch in Westberlin die Mietpreisbindung für Altbauten bis Anfang 1985 aufzuheben, und vorher die Mieten noch einige Male zu erhöhen. Vorausgegangen war diesem Beschluß ein gemeinsamer Antrag von CDU, FDP und SPD an den Bundestag, daß es keinen Grund mehr gebe, die „Wohnungszwangswirtschaft" weiter aufrecht zu erhalten. Lt. Statistik wäre der Wohnungsbestand ausgeglichen, da den ca. 1,1 Mio Wohneinheiten in Westberlin etwa ebensoviele Hauhalte gegenüberständen.

Fast alle Einzelgewerkschaften des DGB Landesverbandes Westberlin sprachen sich auf ihren Gewerkschaftstagen im letzten Jahr für die Beibehaltung der Mietpreisbindung aus. Widerstand gab es auch von den verschiedenen Mieterinitiativen: sie gründeten eine Aktionseinheit gegen die Mieterhöhungen und den „Weißen Kreis" und schritten zu öffentlichen Aktionen.

Mit Widerstand gegen die Aufhebung der Mietpreisbindung hatten die Wohnungsbaukapitalisten gerechnet. Der Verband der Berliner Wohnungsbaugenossenschaften und -gesellschaften e.V. in seinem Jahresbericht 1978/79, der Anfang des Jahres vorgelegt wurde: „Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Aufhebung der Mietpreisbindung stellt der Verband... fest, daß mangelnde Erhöhungssätze im gegenwärtigen Zeitpunkt geradezu abrupten Nachholbedarf bei der Mietpreisfreigabe Ende 1983 programmieren würden. Das könnte zu erheblicher Unruhe und Verunsicherung bei den Mietern führen... Um so wichtiger und dringlicher erscheine die geforderte Vorbereitung eines Mietenspiegels, der unerwünschte Schwankungen aus der Mietpreisfreigabe abfangen soll." (Die Berliner Wirtschaft 4/80).

Die SPD hat diesen Vorschlag gehorsam zum Programm erhoben. Bausenator Ristock hat einen „Vorschlag eines Berliner Modells zum Mietpreisrecht" verfaßt; er war Grundlage des Leitantrages auf dem Landesparteitag der SPD am 4./5.7. Kern dieses Modells ist die von den Wohnungsbaugesellschaften geforderte Einführung einer „Wohnwertmiete" bzw. „Tabellenmiete". Sie macht – ähnlich wie die Mietpreisspiegel in Westdeutschland – die Miethöhe abhängig von Standard und Lage der Wohnung und würde nach den von Ristock vorgelegten Vorschlägen die Altbaumieten auf ein noch höheres Niveau als die Mieten im Sozialen Wohnungsbau treiben. Darüberhinaus sollen die Betriebskosten dann unbegrenzt umgewälzt werden können und die Instandsetzungskosten ebenso. Die CDU hat inzwischen lanciert, daß mit neuen umfangreichen Wohngeldregelungen die von den Mietern zu zahlende Miete in „erträglichen Grenzen" gehalten werden soll – auch eine Forderung der Grundstückskapitalisten, um so die horrenden Mieten durch Steuergelder finanzieren zu lassen. Das Taktieren hat seinen Grund in der wachsenden Bewegung in den Gewerkschaften und Mieterinitiativen, und die bürgerlichen Politiker suchen nach Spaltungsmöglichkeiten.

Der DGB-Landesvorstand hat in seiner Grundsatzerklärung vom 30.5. daran festgehalten, daß die Aufhebung der Mietpreisbindung nicht in Frage kommt. Er schreibt aber auch, daß die Einführung einer Wohnstandardmiete (der Mietsatz soll unter Einbeziehung von Familienverhältnissen, Umweltfaktoren, Lage, Qualität usw. errechnet werden) eine Lösung wäre. Die Nähe zu Ristocks Vorschlag sieht man. Für die Bewegung in den Gewerkschaften und Mieterinitiativen ist entscheidend, daß nicht nur der „Weiße Kreis" bekämpft wird, sondern auch jeder Versuch der Mieterhöhung überhaupt. Der Vorschlag der Aktionseinheit der Mieterinitiativen, diese Woche eine Beratung mit Gewerkschaftsvertretern durchzuführen, um für den Herbst gemeinsame Aktionen vorzubereiten, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Wohnraumnot beseitigt?

Einige Daten zur Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt

r.gea. Um 2,6% ist die Zahl der Einwohner in Niedersachsen von 1968 bis 197 gestiegen. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Wohnungen nach Angaben des Statistischen Landesamtes um 25% gestiegen. Eine ausgezeichnete Lage? Keineswegs. Da sich die Anzahl der Personen pro Haushalt von 3,1 auf 2,6 verringert hat, ist die Zahl der Haushalte um 19,4% gestiegen. 2,8 Mio. Wohnungen und 2,87 Mio. Haushalte, auf diese Zahlen beruft sich Schnipkoweit, wenn er im Landtag davon spricht, daß es in Niedersachsen 100000 Wohnungen mehr gibt als Haushalte. Tatsächlich gibt es diese Wohnungen nicht alle. Die letzte bundesweite Wohnungszählung war 1968. Die Fortschreibung der Statistischen Ämter führt nach ihrer eigenen Auskunft zu überhöhten Zahlen, da zwar alle Zugänge durch Baugenehmigung usw. erfaßt werden, aber nicht alle Abgänge z.B. als Büroräume.

Bevölkerung und Wohnungen in Niedersachsen (in Tausend)

Jahr	1968	1972	1978
Bevölkerung	7039	7215	7225
Haushalte	2333	2550	2785
Whg., Fortschr.	2235	2487	2808
Whg., Stichpr.		2371	2650

Stichproben: April 72, Mai 80; alle anderen Daten 31.12.

Vergleicht man die Haushalte mit dem Ergebnis des Mikrozensus 1978 (jeder 100. Haushalt wird befragt) so kommt nicht einmal auf jeden Haushalt eine Wohnung. Gleichzeitig sind diese Wohnungen nicht entsprechend dem Bedarf über das Land verteilt. Vor allem in und um den großen Städten fehlen die Wohnungen. Betroffen sind vor allem Menschen mit geringem oder verhältnismäßig geringem Einkommen wie kinderreiche Familien, Studenten, Rentner.

1968 wohnten 4,2% aller Haushalte – neun Zehntel davon Einzelpersonen – zur Untermiete. 1978 sind es 6,8%. Das allein zeigt schon die Verengung auf dem Wohnungsmarkt und erklärt, warum z.B. in Hannover fast die Hälfte aller Einpersonenhaushalte einmal im Jahr umzieht. Sie sind gezwungen irgendein Loch oder eine mordsteure Wohnung zunächst zu nehmen.

Selbst abgesehen von regionalen Unterschieden reicht ein Verhältnis von 1:1 Wohnungen/Haushalte keineswegs aus, weil Umzüge auch immer leere Wohnungen notwendig machen. Bei dem in Schleswig-Holstein bereits ausgewerteten Mikrozensus gaben 28% an, die Wohnung erst zwischen 1976 und 78 bezogen zu haben, weitere 24% hatten die Wohnung zwischen 1972 und 75 gewechselt. In Hannover wechselt in jeder 7. Wohnung einmal im Jahr der Mieter. Die Norddeutsche Landesbank sieht bei einer „Leerim Jahr der Mieter. Die Norddeutsche Landesbank sieht bei einer „Leerraumreserve von 6% die Mobilität der Arbeitnehmer in wünschenswerter Weise gewährleistet". 1978 waren es 3,2% Leerwohnungen.

Sicher ist, daß die Zahl der Wohnungssuchenden weiter ansteigen wird, nicht zuletzt weil die geburtenstarken Jahrgänge der sechziger Jahre jetzt Wohnungen für einen eigenständigen Haushalt suchen. Der CDU-Abgeordnete Wedekind hat im Landtag vorgeschlagen, Dachgeschoß-Wohnungen verstärkt auszubauen durch Senkung der notwendigen Raumhöhe (jetzt 2,30 m) über ⅓ der Grundfläche bei mindestens 6m² großen Räumen!

Schnipkoweit, Sozialminister Niedersachsen: „Es gibt heute kein allgemeines Defizit an Wohnungen mehr." (Landtagsdebatte, 14.12.79)

Norddeutsche Landesbank: „... die Entwicklung der Zahl der Haushalte macht deutlich, daß von einer Marktsättigung im Wohnungsbau in Niedersachsen gegenwärtig und in den nächsten Jahren nicht gesprochen werden kann." (Wohnungsmarkt Niedersachsen, Hrsg. Nord/LB, März 1980)

Barschel, Innenminister Schleswig-Holstein: „Wir sind der Meinung, daß... Unternehmen sich stärker engagieren durch finanzielle Beiträge im Wohnungsbau, Stichwort Werkswohnungsbau... Sozialmieter stärker als bisher ihre Wohnungen als Eigentumswohnung erwerben. Auf diese Weise erreichen wir..., daß Sozialwohnungen frei werden für wirklich Bedürftige..." (Berichte vom Tage, 19.6.80)

Wedekind: „Es war diese CDU-Landesregierung,... bemüht hat, die katastrophalen, beschämenden Wohnverhältnisse der kinderreichen Familien zu verbessern, die wir vorgefunden haben." (Landtagsdebatte, 14.12.79)

Schnipkoweit: „Ich bin vor sechs Wochen in mein neues Haus eingezogen. In das Haus, in dem ich bisher gewohnt habe, habe ich eine Familie mit fünf Kindern hineingenommen, damit diese Familie vernünftig mit Wohnraum versorgt ist, meine Damen und Herren."

Pflegebedürftigkeit durch Pflichtversicherung auffangen

r.klj. Im Auftrag des Hamburger Senats machte ein dänisches Beratungsunternehmen eine „Untersuchung über Aufgaben und Aufgabenerfüllung staatlicher Pflegeheime in Hamburg". Das 1000 Seiten starke Dokument wird in der Behörde geprüft. Folgendes wurde bekannt: Die Heiminsassen wurden nicht gefragt; in den Pflegeheimen fehlen 1093 Pfleger; in den letzten 10 Jahren erhöhten sich die schweren Pflegefälle von 78% auf 95% aller Insassen; von 1978 bis 1980 wurden 300 Pflegerstellen neu eingerichtet und damit erstmals ein Badedienst möglich; die Zahl von Kollegen, die als Ersatz für Krankheit, Fortbildung und Urlaub zur Verfügung stehen, wurde von 7,8% auf 15% erhöht. Die dänische Beratungsfirma fordert 26% der Kollegen als Ersatz für Krankheit usw. Der Senator Jan Ehlers zu diesen Zahlen: „Aus finanzpolitischen Gründen ist dieser Mehrbedarf natürlich überhaupt nicht zu decken." „Wenn nicht zur Regel werden soll, daß bei Pflegebedürftigkeit letztlich jeder Rentner auf Sozialhilfe angewiesen ist," (1700 bis 1900 DM pro Heimplatz/Monat) „gewinnen Überlegungen an Beachtung, die Pflegebedürftigkeit ganz allgemein als ein Risiko für jedermann anzusehen, das durch eine entsprechende Versicherung aufgefangen werden muß."

Stadtrat Cuxhaven hebt „Negativ-Liste" auf

r.ras. Erst ein Jahr ist es her, seitdem der Stadtrat eine ca. 1200 ha große Fläche östlich der Stadt zum Industriegebiet erklärt hat. Damals konnte die SPD diesen Beschluß gegen die dort Ansässigen und Umweltschützer nur dadurch durchsetzen, daß sie zugleich ein Ansiedlungsverbot für verschiedene Industrien (Kokereien, KKW, Großchemie, usw.) beschloß. Mittlerweile hat die Verschmutzung von Elbe- und Wesermündung zugenommen und die Küstenfischer bereiten Aktionen gegen die Verklappung von Industrie- und Klärschlamm aus Nordenhamm und aus Hamburg vor. – 1768 DM betrug der Durchschnittslohn für die rund 3000 Beschäftigten in der Fischindustrie im 3. Quartal 1979, 2134 DM betrug er für das verarbeitende Gewerbe, immer die Angestellten mit eingeschlossen. Dies und die überdurchschnittliche Arbeitslosenzahl und die Entlassungen durch die „Nordsee"-Hochseefischerei geben einen günstigen Boden ab, auf dem vor allem die SPD-Politiker in den Gewerkschaften spalten und Albrecht und Breuel bei deren Besuch am 29.5. in Cuxhaven zu Füßen lagen. Ohne Streichen der Negativ-Liste keinen Pfennig Landeszuschuß, so Albrecht. Am 26.6. parierte die SPD. Jetzt ist immer wieder von Kohlevergasungsanlage die Rede, zwei Standorte seien noch offen.

Elbfischer bereiten Blockade gegen die Klärschlammverklappung vor

r.bek. Gegen das Auslaufen von Schiffen, die Hamburger Klärschlamm in die Elbe einleiten (verklappen) sollen, kündigten die Altenwerder Kutterfischer Blockaden für Mitte Juli an. Das Hamburger Klärwerk Köhlbrandhöft verklappt jährlich 34000 m³ Klärschlamm in die Elbmündung. Zusammen mit der sonstigen Verschmutzung des Elbwassers durch industrielle Abfälle hat dies katastrophale Folgen für die Elb- und Hochseefischerei. Z.B. wurden 1918 noch 23 Elbfische wirtschaftlich genutzt, heute sind es noch 3. Mit einer Blockade erklärten sich die Finkenwerder Hochseefischer solidarisch und der Verband der Deutschen Kutter- und Küstenfischer e.V. in einer Presseerklärung. Weiter fordern die Fischer auch die Einstellung der Verklappungen in das Nordseegebiet bei Helgoland. Jährlich werden hier 750000 t chemische Abfälle aus der Titanpigment-Industrie (Kronos-Titan, Bayer Leverkusen) verklappt. Eine andere Abfallbeseitigung ist möglich, den Kapitalisten aber zu teuer. Erhebliche Schädigung des Fischbestandes sind wissenschaftlich nachgewiesen. Die Fischer müssen bei ohnehin schon geringeren Fangquoten ⅓ des Fanges aussortieren. Ende Juni hat das Hydrographische Institut, welches dem Bundesminister für Verkehr Gscheidl untersteht, die Genehmigung für die Verklappung verlängert bis Ende 1981.

Gleiche Rechte für ausländische Arbeiter! Verbot der Ausweisung!

r.kiu. An einer Demonstration gegen die Terroranschläge der „Grauen Wölfe" und die vom NRW-Innenminister angedrohten Abschiebungen gegen Mitglieder des Bielefelder Vereins der Arbeiter und Studenten aus der Türkei beteiligten sich 1800 Leute, darunter zahlreiche Arbeiter aus der Türkei. Am letzten Samstag war es zu einer Auseinandersetzung zwischen Arbeitern und Studenten aus der Türkei und Mitgliedern des reaktionären türkischen Idealistenvereins gekommen, bei der ein junger Türke von den Faschisten durch Messerstiche schwer verletzt worden ist. Daraufhin hat der Polizeipräsident den Arbeiter- und Studentenverein durchsuchen lassen und Stunden später den Idealistenverein. Jetzt droht der NRW-Innenminister „allen an der Auseinandersetzung Beteiligten" mit Abschiebung. Dem Idealistenverein hat der Polizeipräsident „Disziplin" bescheinigt, während im Arbeiter- und Studentenverein jedes Schlagholz als Waffe beschlagnahmt worden ist.



Lohn- und Rahmentarifabschlüsse der Landarbeiter bedeuten einen Fortschritt

r.dim. Ende März sind die Tarifverhandlungen für Landarbeiter mit einer Empfehlungsvereinbarung auf Bundesebene abgeschlossen worden, auf dieser Grundlage wurde auch der schleswig-holsteinische Lohntarifvertrag abgeschlossen. Der neue Tarifvertrag für Melker ist noch offen. Die Agrarkapitalisten haben durch ihren Arbeitgeberverband Land- und Forstwirtschaft das unverschämte Angebot, Erhöhung des Punktewerts um 1,75 Pfennig auf der Grundlage von 3000 Punkten, gemacht. Dies würde eine monatliche Lohnerhöhung von 52,50 DM bringen und ist von der Gewerkschaft entschieden abgelehnt worden. Sie will mindestens das Doppelte durchsetzen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich Mitte Juni fortgesetzt.

Zum Tarifvertrag der Landarbeiter im einzelnen: – Der Ecklohn wird mit der Wirkung zum 1. März um 63 Pfennig oder ca. 7,6 % erhöht. Monatlich würde das den Stundenlöhnern zwischen 75,10 und 133,02 DM und den Monatslöhnern in Kost und Wohnung zwischen 85 und 97 DM bringen. Die einzelnen Erhöhungen in 12 Monate, für Januar und Februar wird kein Lohn nachgezahlt. An den Lohngruppenrelationen hat sich nichts geändert. – Der Grundurlaub erhöht sich von 20 auf 22 Tage. – Im Rahmentarifvertrag sind außerdem die umfangreichen Vorschriften für Deputatarbeiter aufgehoben worden mit der Maßgabe, daß ihr Besitzstand gewahrt bleibt. Es sollen keine neuen Deputatverhältnisse gegründet werden. – Erstmalig sind in Schleswig-Holstein durch einen Tarifvertrag die Gesamtbruttomonatsvergütungen für Auszubildende und Praktikanten durchgesetzt worden. Sie betragen je nach Alter, Ausbildungsjahr oder Vorkenntnissen zwischen 458,30 DM und 621,30 DM brutto.

Die GGLF hat mit verschiedenen wichtigen Punkten im Rahmentarifvertrag einen Durchbruch erlangt. Die Einbeziehung der Lehrlinge und Praktikanten in den Arbeitertarif war dringend, sollten sie nicht weiter fast unentgeltlich ihre Arbeitskraft vernutzen lassen oder als Lohndrücker fungieren. Die feudale Unterdrückung durch die Deputatverhältnisse ist gefallen.

Auch die Lohnerhöhung bringt von der Höhe her einen leichten Fortschritt in Richtung Anbindung der Landarbeiterlöhne an die entsprechenden Industrielöhne, wenn man auch sagen muß, daß doch Wirkung verloren geht durch die Nichtnachzahlung zweier Monate. Praktisch muß nämlich der 7,6%-Abschluß auf 14 Monate gerechnet werden, das bedeutet ca. 6,5% oder monatlich zwischen 63,53 und 112,47 DM, z.B. bei den Stundenlöhnern, und liegt damit etwa bei allen abgeschlossenen Verträgen der anderen Gewerkschaften. Das Argument der GGLF, man hätte in Anbetracht der verhältnismäßig hohen Erhöhung 12 Monate Laufzeit nicht durchsetzen können und sowieso wäre es günstiger, in Zukunft immer zum März zu kündigen, ist nicht besonders gut. Die 7,6% waren ja schon durchgesetzt, ehe der Kapitalistenverband mit der Nichtzahlung zweier Monate ankam. Das wäre zu verhindern gewesen, die Einheit der Landarbeiter für die Anbindung an die Industrielöhne war groß, noch im März hat die GGLF Aktionen der Landarbeiter gegen die niedrige Bezahlung angekündigt. Ein Ausdruck davon ist der Abschluß schon, die doch etwas verlorengegangene Wirkung, die vor allem Bares vergibt, kann aber im nächsten Jahr überwunden werden, denn die Richtung stimmt und die Einheit der Landarbeiter für ihre Forderung wird sich verstärken.

Lohntafel (Löhne über 18 Jahre)

Stundenlöhner		alter Tarif	neuer Tarif	Erhöhung
LG 1: Hilfsarbeiter für leichte Arbeiten		5,40	5,81	0,41
LG 2: Angelernte Arbeiter für leichte Arbeiten		5,82	6,26	0,44
LG 3: Hilfsarbeiter für schwere Arbeiten		7,06	7,60	0,54
LG 4: Landarbeiter		7,81	8,40	0,59
LG 5: Treckerfahrer und Maschinenführer		8,31	8,94	0,63
LG 6: Facharbeiter		8,89	9,57	0,68
LG 7: Handwerker ab 3. Gehilfenjahr		9,56	10,28	0,72
Monatslöhner in Kost und Wohnung				
LG 2: leichte Arbeiten		1120,00	1205,00	85,00
LG 3: Hilfsarbeiter	Sommer	1167,00	1255,00	88,00
	Winter	1088,00	1170,00	82,00
Landarbeiter	Sommer	1335,00	1436,00	101,00
	Winter	1227,00	1320,00	93,00
Facharbeiter u. landw. Gehilfen		Lohngruppe 4 plus 10%		

Bauernverband fordert Anhebung der Vorsteuerpauschale um mindestens 1 Prozent



z.brp. Bei der Vorsteuer wird die Mehrwertsteuer, mit der die landwirtschaftlichen Betriebsmittel versteuert sind, mit der Mehrwertsteuer auf den Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte verrechnet. Die Vorsteuer in der Landwirtschaft beträgt pauschal 7% des Umsatzes. Die MWSt auf die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse macht 1980 jedoch 7,5% aus; rein rechnerisch müßte nur 0,5% des erzielten Umsatzes als MWSt von den Bauern gezahlt werden. Da aber die MWSt auf die meisten landwirtschaftlichen Betriebsmittel 13% beträgt, muß diese Differenz aus ihren Betriebseinkommen bezahlt werden. Weil die Preise für die Betriebsmittel schneller steigen als die Erzeugerpreise, wird die Last der indirekten höheren MWSt auf den Betriebsmitteln immer größer. Eine Anhebung der Vorsteuerpauschale ab 1.7.80 auf 8% würde immerhin bewirken, daß die Bauern bis Ende des Jahres die Steuerlast um 250 Mio. DM mildern könnten.

„Durch Gewohnheit erworbene Rechte auf Land"

Die skandinavischen Samek (Lappen) beschließen gemeinsames Programm zum Kampf um ihre Existenzgrundlage

z.bag. Im letzten Monat hielten in Norwegen, Schweden und Finnland ansässige Samek (Lappen) ihre jährlichen Delegiertenkonferenzen ab, die in die 11. Nordische Konferenz der Samek vom 16. bis 19.6. in Tromsö (Norwegen) mündeten. Zum ersten mal in der Geschichte dieser Versammlungen wurde dabei ein Programm diskutiert und wurde Einigkeit in den wichtigsten Punkten erreicht. Das Programm war vom Reichsverband der Norwegischen Samek (NSR) entworfen und von den in einem Dachverband organisierten Samischen Renntierzüchtern Norwegens (NRL) unterstützt worden. Es beginnt mit folgenden Leitsätzen:

„Wir Samek sind ein Volk und die Ländergrenzen sollen die Gemeinschaft unseres Volkes nicht zerreißen. Wir haben unsere eigene Geschichte, unsere Traditionen, unsere eigene Kultur und unsere eigene Sprache. Von unseren Vorvätern haben wir Rechte auf Land und Gewässer, unsere Erwerbszweige und unsere Kenntnisse geerbt. Es ist unser unverzichtbares Recht, unseren Erwerb und unsere Gesellschaft zu bewahren und weiterzuentwickeln, nach unseren eigenen, gemeinsamen Bedingungen, und es ist unsere Pflicht, gemeinsam unsere Weiden, unsere Naturschätze und unser nationales Erbe für die kommenden Generationen zu bewahren."

Die zentralen Forderungen und Absichtserklärungen des Programms lauten:

„*Erstens*, daß die Samek per Gesetz den Status als Urbevölkerung erhalten.
Zweitens, daß die durch Gewohnheit erworbenen Rechte der Samek auf Land und Gewässer gesetzlich und durch politische Beschlüsse festgelegt werden.
Drittens, daß die Erwerbszweige der Samek mit Gesetzen und Bestimmungen geschützt werden.
Viertens, daß die samischen Sprachen gesetzlich als offizielle Sprachen anerkannt werden.
Fünftens, daß die samische Gesellschaftsordnung und die Vertretungsorgane der Samek offiziell anerkannt werden, so daß sie tatsächlich die Möglichkeit bekommen, über Angelegenheiten, die die Samek betreffen, selbst zu entscheiden.
Sechstens, daß die Traditionen und die Geschichte der Samek, ihre Kunst und Kenntnisse und ihre Sprache bewahrt werden und an unsere Nachkommen überliefert werden, in der Schule und über andere Informationskanäle.
Siebtens, daß wir unseren Traditionen gemäß in friedlicher Zusammenarbeit mit unseren Nachbarvölkern leben und die Arbeit für den Frieden in der Welt unterstützen.
Achtens, unser Programm soll den Prinzipien der UN-Menschenrechtserklärung folgen." (nach Klassekampen, 11.6.80)

Dieses Programm wurde mit geringfügigen Änderungen einstimmig auf der 11. Nordischen Konferenz angenommen. Ausdrücklich wurde dabei noch einmal die Forderung nach dem Recht auf Weideplätze und die Naturschätze betont: „Der sogenannte ‚staatliche Boden' in samischen Gebieten gehört uns nach dem Gewohnheitsrecht als ererbtes Eigentum. Wir erkennen nicht an, daß wir jemals diese Gebiete rechtsmäßig verloren haben, selbst wenn die Kolonialstaaten anderen Leuten erlaubten, unsere Weiden, unsere Naturschätze in Gebrauch zu nehmen." (Klassekampen, 21.6.80)

Die heute etwa 35000 Samek gehören zur Urbevölkerung der nördlichen Teile Norwegens, Schwedens, Finnlands und der Halbinsel Kola. Ihre Arbeits- und Wohngebiete sind mit der Entwicklung des Kapitalismus in diesen Ländern auf einen schmalen Küstenstreifen eingeengt worden. Die Samek haben immer gegen die Übergriffe von Seiten der skandinavischen und des russischen Staates gekämpft, unter anderem um 1850 in einem bewaffneten Aufstand in Kautokeino. In letzter Zeit sind diese Kämpfe schärfer und bewußter geworden: es geht um die Verteidigung der Existenzgrundlage eines Volkes. In vielen Gebieten müssen die Samek, als seien sie Touristen, von den jeweiligen Behörden Angel- und Jagdscheine kaufen um ihrem Erwerb nachgehen zu können. Nicht zufällig waren es die norwegischen Samek, die jetzt das erste Programm zum Zusammenschluß und zur Organisierung der Kämpfe vorgelegt haben. Gerade in Norwegen gibt es heftige Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den Samek um die Nutzung des Bodens und der Gewässer in den alten samischen Stammgebieten.

Im vorigen Sommer spitzte sich ein rund zehnjähriger Kampf der Samek der norwegischen Finnmark um die Bewahrung der Weideplätze und Fischgewässer in Gebieten des Flusses Alta zu. Die norwegische Elektrizitätsgesellschaft NVE wollte und will den fischreichen Fluß mit seinen fruchtbaren Tälern zu einem Stausee für das Elektrizitätswerk aufdämmen. Als die Regierung dem Plan trotz massiver Proteste im letzten Jahr zustimmte, blockierten Samek aus allen nordischen Ländern den geplanten Bauplatz und schlugen im Oktober ihre Zelte vor dem Regierungsgebäude in Oslo auf. Zur Zeit finden Gerichtsverhandlungen gegen Samek statt, die bei dieser Aktion verhaftet wurden. Die norwegische Regierung hat ihre Zustimmung zum Bau des Kraftwerks nicht rückgängig gemacht.

Vor kurzem fand ein weiterer Gerichtsprozeß gegen norwegische Samek statt: Rentierzüchter der Insel Kvalöy wurden vom Stadtgericht Hammerfest dazu verurteilt, das Eindringen von Teilen der Rentierherden in das Stadtgebiet durch Zäune und Stacheldrat zu verhindern. Der Vorsitzende der samischen Rentierzüchter sagte dazu: „... die Stadt dringt unrechtmäßig in unsere Weidegebiete ein ... Wir können die Stadt nicht am Wachsen hindern, aber es ist übel, wenn wir zusätzlich dazu, daß wir weiter zurückgedrängt werden, auch noch dafür bestraft werden, unserem Erwerb nachzugehen."



Lokaltermin bei einer Gerichtsverhandlung über das Weiderecht auf Kvalöy: Samische Rentierzüchter gegen Vertreter der Kommune Hammerfest

Mehr gekühlte Fertiggerichte weniger Geschmack und Nährwert

z.doj. Sechs der rund 24 Mio. Erwerbstätigen essen mittags regelmäßig in der Kantine, außerdem sind noch Schüler, Studenten, Heimbewohner und Anstaltsinsassen auf Gemeinschaftsverpflegung angewiesen. Heute ist der Verbrauch an industriell vorbereiteten, tiefgekühlten Fertiggerichten – v.a. in Firmenkantinen ausgegeben – etwa 6 mal so hoch wie 1971, wenn auch noch gering. Bei einer Preissteigerung von 26% wurden 1979 13% mehr davon hergestellt. Über die Aufwärm- und Warmhaltezeiten von zum Teil mehreren Stunden bei über 70°C übergaren die Speisen und büßen, bis die Kapitalisten sie zum Verzehr anbieten, viel an Nährreichtum und Geschmack ein. Zugabe von Vitaminmischungen und Geschmacksverstärkern sollen das wieder wettmachen. Dennoch hat sich herausgestellt, daß die Fertiggerichte überlastet sind mit Natrium und Fetten sowie dem Schwermetallgift Cadmium. Bei mit Cadmium überladener Nahrung wird Bluthochdruck beobachtet (Ernährungsbericht 1976). Zu wenig enthält die Nahrung an: Vitamin A (Mangel ruft u.a. allgemeine Resistenzminderung hervor), Vitamin E (Sterilität und Muskelrückbildung), Kalium (kann zu Herzschädigungen führen), Eisen (weniger Sauerstoff durch verringerte Bildung von Blutfarbstoff) und Calcium bei einem gleichzeitigen Phosphat-Überangebot (verschlechterter Knochenaufbau und -regeneration).

Milchpreis kaum, Erzeugerabgabe drastisch gestiegen

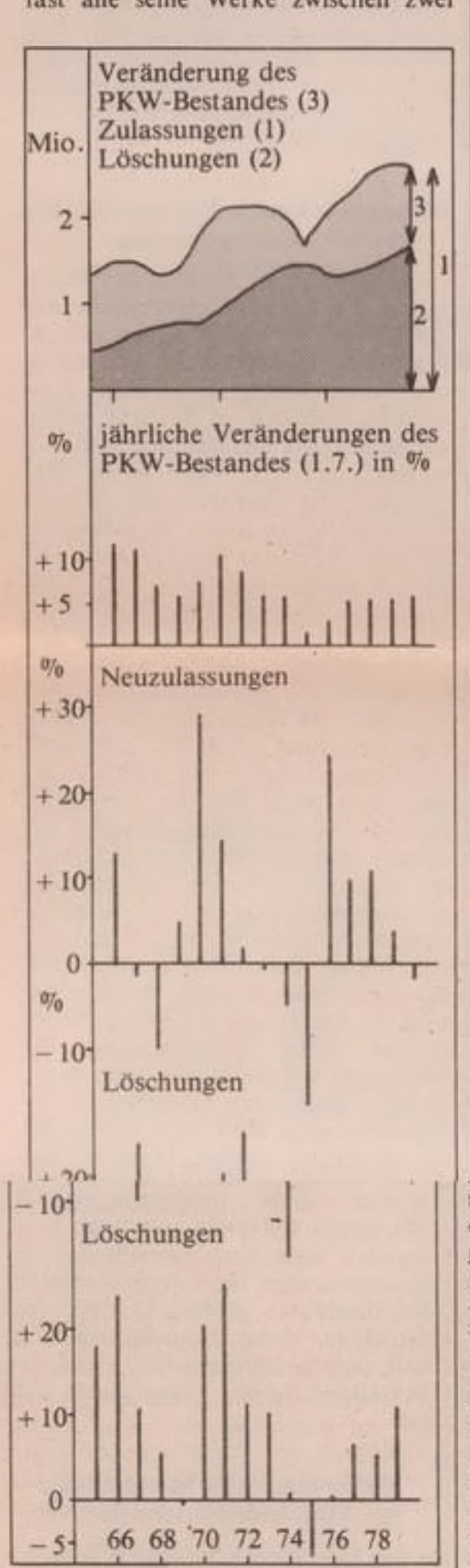
z.rua. Durch die Auseinandersetzungen in der EG über die Finanzierung des Haushalts bedingt, haben sich die EG-Agrarminister erst am 4.6. auf einen neuen Milchpreis geeinigt. Statt wie üblich am 1.4. ist das neue Milchwirtschaftsjahr dadurch erst zum 1.6. in Kraft getreten. Allein durch diese Verschiebung entstehen den Bauern Preisausfälle für 20% ihrer Jahresproduktion. Aber das ist nicht alles. Der Richtpreis für Standardmilch mit 3,7% Fettgehalt wurde von 60,22 auf 61,94 Pfg./kg lediglich um 2,8% erhöht. Die Erzeugerabgabe jedoch wurde von 0,5% auf 2% des Richtpreises (von 0,30 auf 1,24 Pfg./kg) erhöht, das ist eine Steigerung um 413%. Zieht man
eine Steigerung um 413%. Zieht man
die Erzeugerabgabe ab, verbleibt ein Preis von 60,70 Pfg./kg. Verglichen mit dem Vorjahrespreis abzüglich der Erzeugerabgabe bleibt eine Erhöhung um nur noch 1,3%. Das liegt noch *unter* dem Vorschlag der EG-Kommission, die Milchpreise um 1,5% zu erhöhen. Mit der neuen Bundesgüteverordnung für Milch will die Bundesregierung die Ruinierung der kleinen Milchbauern weiter beschleunigen: der Milchpreis soll nicht nur nach Fett-, sondern auch nach Eiweißgehalt bemessen werden. Bei Unterschreiten des Standardwerts werden Abschläge angerechnet. Hoher Eiweißgehalt erfordert jedoch eiweißreiches Viehfutter, das kleine Bauern kaum zahlen können.

Niederländische Bauern bereiten Massendemonstration vor

z.scc. Um durchschnittlich 2% hatten die EG-Landwirtschaftsminister die Richtpreise für das Wirtschaftsjahr 1979/80 angehoben. Für die niederländischen Bauern wirkte sich dieser Preisbeschluß als eine allgemeine Erzeugerpreiserhöhung von gerade 0,6% aus, während die Inflation in derselben Zeit um über 5%, die Produktionsmittelpreise teilweise noch um ein Mehrfaches in die Höhe schossen. Das vorläufige Ergebnis dieser Schere von steigenden Kosten und real drastisch sinkenden Erzeugerpreisen gab das niederländische Landwirtschaftsinstitut jetzt bekannt: Um 20 bis 60% sind die Einkommen der Bauern im letzten Jahr gesunken. Das Einkommen z.B. für die kleinen Milchwirtschaftsbetriebe sank von durchschnittlich 20000 auf 16000 hfl, umgerechnet rund 1200 DM im Monat, und selbst das der großen fiel um 40% auf 32400 hfl. Eine Hauptursache für die schlechte Lage der Bauern, griff der Vorsitzende des Bauernverbandes Luteijn die Regierung van Agt an, sei die Explosion der Steuerlasten. „Wir haben für dieses Jahr eine Demonstration geplant, wenn die Entwicklung so weitergeht, wird diese einen grimmigen Charakter bekommen", sagte er in den Fernsehnachrichten, und er antwortete auf die erschreckte Frage des Reporters, ob denn die „Bauern eine Art Streik organisieren": „Ja, das kann dabei herauskommen."

Einbruch des PKW-Marktes zeigt einen Einbruch der Konsumtionskraft / Wie vor 1974

z.frb. Noch sind unter den in Westdeutschland produzierenden Automobilkonzernen erst bei Opel Massenentlassungen im Gang. Ford in Köln reduzierte die Belegschaft ebenfalls um 2000, will aber dazu keine Kündigungen aussprechen. VW profitiert noch von der Verlagerung der Autokäufe hin zu kleineren Wagen. Auf der Aktionärsversammlung letzte Woche erklärte Schmücker, die Geschwindigkeit, mit der sich die Automobilverkäufe in der BRD, auf verschiedenen europäischen Exportmärkten und den USA verringert haben, sei ,,zeitweise vielleicht doch etwas überraschend" gewesen. Während im Januar und Februar die Neuzulassungen sich in etwa gleicher Höhe wie 1979 bewegt hatten, blieben sie im März, normalerweise ein Rekordmonat im Jahresverlauf, um 22% unter dem Vorjahresstand. Vorsorglich habe VW für Audi NSU in Ingolstadt und Neckarsulm bis zu vier Wochen Kurzarbeit angemeldet. In Italien hat Fiat-Besitzer Agnelli mit der Gewerkschaft Verhandlungen über Entlassungen aufgenommen, die er noch diesen Monat abschließen will. Ford schließt dieser Tage in den USA fast alle seine Werke zwischen zwei und sieben Wochen, verlängerte Werksferien mit gleichzeitiger Umrüstung für die neuen 81er Modelle.



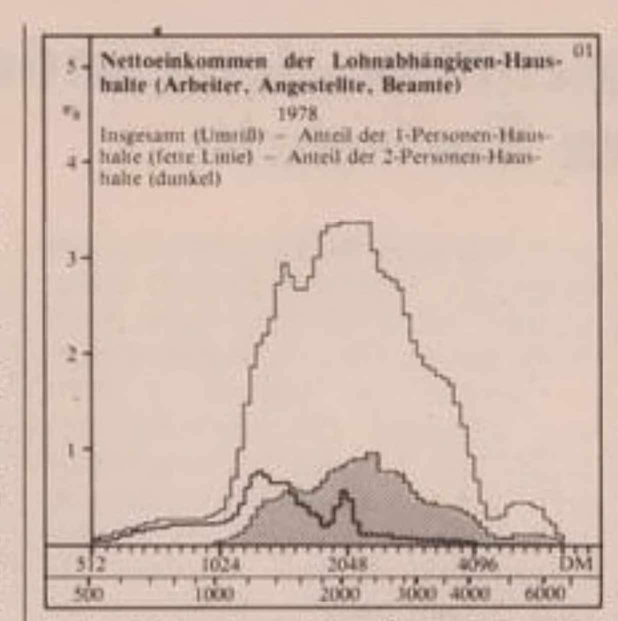
Der wesentliche Grund für den beginnenden Einbruch des PKW-Marktes ist das Zurückbleiben der Konsumtionskraft der Volksmassen, das mit der scheinbar schrankenlosen Ausdehnung der Produktion einhergeht. 1979 wurden 70% der Zulassungen fabrikneuer PKWs für Lohnabhängige durchgeführt. In ihrem Haushalt nehmen die Ausgaben für Fahrzeughaltung einen immer größeren Posten ein. Nach Angaben der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe verfügten im Januar 1978 77,2% der Arbeiterhaushalte über einen PKW, 54% dieser Haushalte hatten ihr Fahrzeug neu gekauft. Von den Haushalten der Selbständigen (ohne Landwirte) wiesen 86,5% einen PKW auf, von diesen Haushalten hatten 70% ihr Fahrzeug neu gekauft. Muß gespart werden, so trifft dies zuerst für jene langlebigen Gebrauchsgüter zu, deren Ersatz noch hinausgeschoben werden kann. So gibt die Kraftfahrzeugstatistik eine aufschlußreiche Unterlage ab für die Erkenntnis der Entwicklung der Reproduktion, wenn man einen Vergleich über mehrere Jahre anstellt.

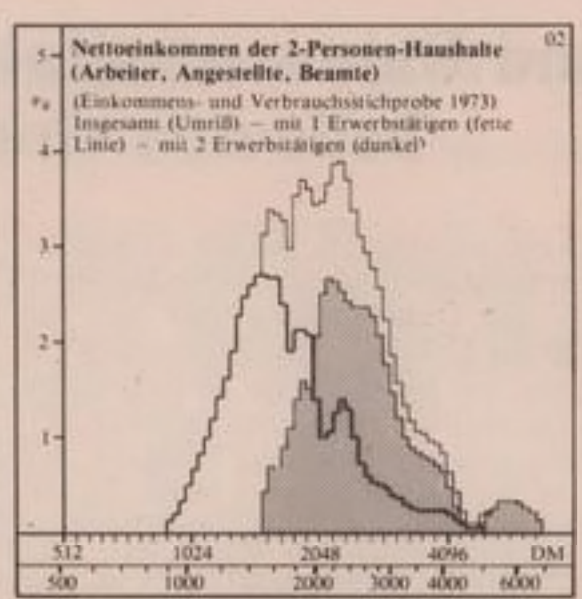
Zu Beginn der Wirtschaftskrise von 1966/67 sanken die Neuzulassungen unter den Vorjahresstand, die Löschungen schnellten nach oben, waren aber immer noch erheblich weniger als die Neuzulassungen. So dehnte sich der Bestand an PKWs weiter aus, aber mit erheblich verminderter Geschwindigkeit. Der Einbruch in der Krise 1974 war in mehrfacher Hinsicht erheblich tiefer als 1966/67. Schon 1972 war der Zuwachs der Neuzulassungen zum Stillstand gekommen, verminderte sich dann erheblich. 1974 lag die Zahl der neu angemeldeten PKWs nur noch wenig über der Zahl der aus dem Verkehr gezogenen alten Fahrzeuge. Anders als 1966 stieg die Zahl der Löschungen kaum an: mangels Möglichkeit des Ersatzes, sei es durch ein fabrikneues oder gebrauchtes Fahrzeug, mußte die Stillegung hinausgeschoben werden. Es konnten weniger Neuwagen gekauft werden, die Zufuhr zum Gebrauchtwagenmarkt kam ins Stocken, wie andererseits dort die Nachfrage fehlte. So blieb 1973 und 1974 die Zahl der Besitzumschreibungen unter dem Stand von 1972, während sie 1966 und 67 weiter gestiegen war. In dieser Hinsicht war also die Krise 1974 auch umfassender.

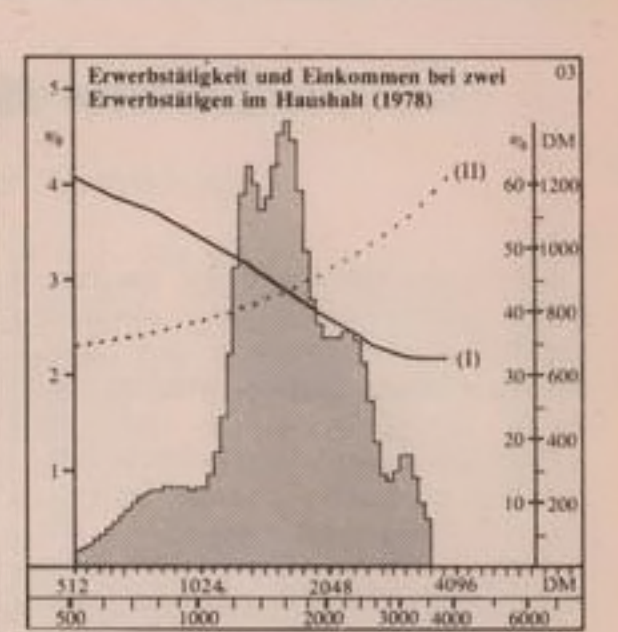
Drastisch zeigen sich die Schwankungen, betrachtet man nur die Arbeiter, die in der Statistik gesondert ausgewiesen sind. Die Löschungen sind ständig höher als die Neuzulassungen, d.h. sie müssen aus dem Gebrauchtwagenmarkt ersetzt werden, je tiefer die Krise, umso ausschließlicher.

ständig höher als die Neuzulassungen, d.h. sie müssen aus dem Gebrauchtwagenmarkt ersetzt werden, je tiefer die Krise, umso ausschließlicher.

Jahr	Löschung	Zulassung	Fehlt
1972	594113	518648	– 75465
1973	653007	498931	– 154076
1974	639495	384523	– 254972
1975	592193	472786	– 119407
1976	587274	542808	– 44466
1977	619263	626328	+ 7065
1978	651737	618239	– 33498
1979	707995	596562	– 111428







Schaubilder 1 und 2 aufgrund der Einkommens- und Verbrauchsstichproben ohne Ausländerhaushalte. Prozentangaben auf der logarithmischen Skala für eine Klassenbildung gemäß 20.ter Wurzel aus 2. Schaubild 3 wird im Text erklärt.

Lohnhöhe und Reproduktion (II)

z.gör. Reproduktion bedeutet *Wiederherstellung*. Spricht man davon inbezug auf das Leben der Lohnabhängigen, so ist gemeint: Sie müssen ihre Arbeitskraft (also sich selbst) stets erneut wiederherstellen. Das ist Bedingung dafür, daß sie diese fortwährend an einen Kapitalisten verkaufen können. Andernfalls können sie keinen Lohn beziehen, also sich auch keine Lebensmittel beschaffen.

Von der Höhe des Lohn hängt der Umfang der verfügbaren Lebensmittel ab, wurde im ersten Teil dieser Projektserie festgestellt. Dieser Zusammenhang stellt sich aber vermittelt her: die Reproduktion der Lohnabhängigen vollzieht sich *in Haushalten*.

Daß die Reproduktion sich in Haushalten vollzieht, ist nichts dem Kapitalismus eigentümliches, sondern gründet in gesellschaftlich geprägten Naturnotwendigkeiten. Daß *mehrere* Personen sich in einem Haushalt zusammenschließen ist notwendige, freilich nicht hinreichende Bedingung dafür, daß die Reproduktion *vollständig* sein kann. Zur vollständigen Reproduktion gehört, daß der ganze Lebenszyklus in der Generationenabfolge organisiert und gewährleistet werden kann, und zwar entsprechend dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Das beinhaltet nicht bloß physische Wiederherstellung der Arbeitskraft, ausreichende Ernährung, Wohnung, Kleidung, Verkehrsmittel. Es müssen auch Kinder aufgezogen und vielseitig ausgebildet werden können, die Ausbildung muß im Erwachsenenalter fortgesetzt werden können, die Alten müssen versorgt werden können.

Die Lohnhöhe – also ihre Verteilung – steuert den Grad der Vollständigkeit, in dem die Reproduktion für die Lohnabhängigen-Haushalte möglich ist. Je niedriger der Lohn, desto unvollständiger die Reproduktion, gemessen sowohl an den Erfordernissen der täglich erneuten Weggabe von Arbeitskraft wie auch an den historischen Entwicklungsmöglichkeiten der Klasse. Die haushaltsmäßige Selbständig-

messen sowohl an den Erfordernissen der täglich erneuten Weggabe von Arbeitskraft wie auch an den historischen Entwicklungsmöglichkeiten der Klasse. Die haushaltsmäßige Selbständig-

keit und die Haushaltsgröße sind bereits Indizien für die Vollständigkeit der Reproduktion. Die Lohnverteilung aller Lohnabhängigen untergliedert sich deutlich in zwei Gruppen: diejenigen, die einen eigenen Haushalt bilden können (Haushaltsvorstände, etwa 60%), und die übrigen 40 Prozent – zumeist in den unteren Lohngruppen, Teilzeit- und Saisonarbeitskräfte –, die durch ihren Lohn bereits zu haushaltsmäßiger Unselbständigkeit gezwungen sind (unabhängig davon, ob das Interesse an einer eigenen Haushaltsbildung besteht oder nicht).

Die durchschnittliche Haushaltsgröße hat sich in den vergangenen 100 Jahren von 4,6 auf 2,5 Personen pro Haushalt fast halbiert. Die Ausbreitung und Vertiefung der Lohnabhängigkeitsverhältnisse erzeugt stets neu Zerfallserscheinungen des vom Interesse der Reproduktion her vollständigen Haushalts, ohne jedoch den Zwang zu *privater* Haushaltsbildung aufzuheben. (Der wachsende Bevölkerungsanteil in Anstalten aller Art bestätigt das noch.)

Deutlichstes Zerfallsprodukt ist der 1-Personen-Haushalt, dessen Anteil an der Gesamtheit aller privaten Haushalte in den vergangenen 100 Jahren von 6% auf 29% angewachsen ist. Einerseits handelt es sich um Rentner, bei denen niedriger Lohn sich in niedrigerer Rente fortsetzt. Andererseits handelt es sich um Lohnabhängige, die überwiegend von der Höhe ihres Lohns her eigentlich zu haushaltsmäßiger Unselbständigkeit gezwungen sind, sich aber als Zerfallsprodukte größerer Haushalte reproduzieren müssen. Vor allem ausländische Arbeitskräfte, Jugendliche, die durch den Arbeits- und Ausbildungsmarkt aus ihren haushaltsmäßigen Bindungen gerissen wurden, durch den Arbeitsmarkt getrennt Lebende, Witwen, deren Männer bereits vor dem Verrentungsalter gestorben sind. Letztere bilden allein ein Heer von 487000 Lohnarbeiterinnen, von denen jedoch bereits jede siebente *überwiegend* von Sozialhilfe, Arbeitslosenunterstützung, Hinterbliebenenrente oder weiteren Angehörigen leben muß (Zahlen von 1978). Schaubild 1 zeigt die 1-Personen-Haushalte (ohne Rentner); sie liegen mit ihrem Nettoeinkommen großenteils an der unteren Grenze.

Die ökonomische Grundlage der

Rentner); sie liegen mit ihrem Nettoeinkommen großenteils an der unteren Grenze.

Die ökonomische Grundlage der

Zerstörung vollständiger Haushalte ist das Bestreben der Kapitalisten, sich immer vollständiger und immer mobiler die *Familien*arbeitskraft anzueignen. Dieser Vorgang wirkt auf die Reproduktionsmöglichkeiten nicht allein durch Erzeugung immer unvollständigerer Haushalte, sondern auch durch Entzug von Reproduktionsmöglichkeiten in den Haushalten selbst. Am deutlichsten wird dies sichtbar an der Einverleibung der *Haushalts*arbeitskraft der Frau in den kapitalistischen Produktionsprozeß, die dann für den haushaltsmäßigen Produktionsprozeß nicht mehr oder nur eingeschränkt zur Verfügung steht. In den vergangenen 100 Jahren ist der Anteil der Frauen an den Lohnabhängigen von 30 auf 36% gestiegen (er war schon immer hoch), aber der Anteil der *verheirateten* Frauen an den erwerbstätigen Frauen ist von 13 auf 57% gesteigert worden.

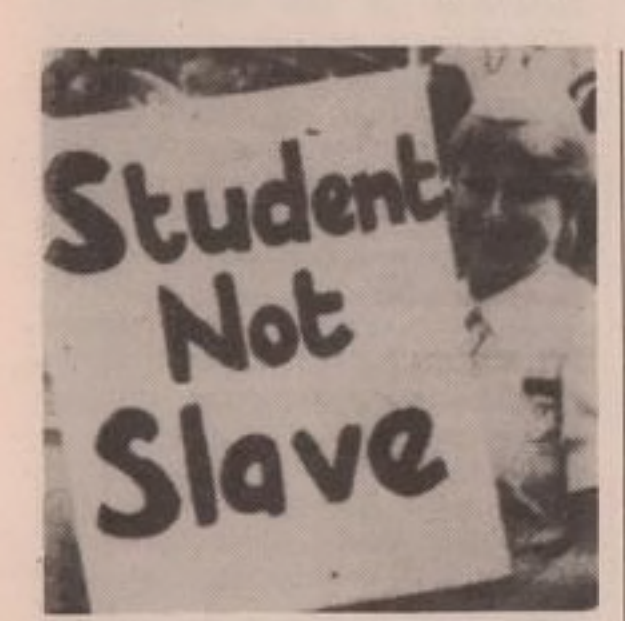
Die Durchsetzung dieser Entwicklung geschieht darüber, daß der Lohn hinter den Erfordernissen der Reproduktion zurückbleibt. Man erkennt das bereits bei den 2-Personen-Haushalten, wo also der Verzicht auf Kinder sich schon durchgesetzt hat. Ihr Nettoeinkommen liegt etwa zwei Drittel über dem der 1-Personen-Haushalte (1973: 67,5%). Man kann vermuten, daß dies etwa dem relativen zusätzlichen Bedarf einer zweiten Person entspricht, die Kostenvorteile des gemeinsamen Wirtschaftens schon in Rechnung gestellt. In etwa der Hälfte aller Fälle muß die Frau jedoch mitverdienen, damit dies Einkommen beschafft werden kann. Der Lohn der Haushaltsvorstände ist im Durchschnitt etwa 20% höher als bei 1-Personen-Haushalten, also offensichtlich unzureichend. Schaubild 2 zeigt, wie dadurch eine qualitativ andere Einkommensverteilung erzeugt wird. Aber die zusätzlich für die Lohnarbeit verausgabte Zeit und Kraft fehlt natürlich in der *haushaltsmäßigen* Reproduktion.

Schaubild 3 zeigt, daß auch dieser Vorgang wesentlich von der Lohnverteilung gesteuert wird. Eingezeichnet ist die Verteilung der Nettoeinkommen der Ehemänner. Man erkennt: Je niedriger ihr Einkommen, desto größer ist der Anteil der Ehefrauen, die ebenfalls einer Lohnarbeit nachgehen müssen (Kurve I), aber desto niedriger ist zugleich der durchschnittliche Lohn, den die Frauen mit nach Hause bringen (Kurve II). Das ist bereits ein Hinweis

einer Lohnarbeit nachgehen müssen (Kurve I), aber desto niedriger ist zugleich der durchschnittliche Lohn, den die Frauen mit nach Hause bringen (Kurve II). Das ist bereits ein Hinweis

darauf, daß die Lohnspaltung sich in die Haushaltsbildung fortsetzt.

Welche Rückwirkungen von den veränderten Bedingungen der haushaltsmäßigen Reproduktion auf den Wert der Arbeitskraft ausgehen, wird näher zu untersuchen sein.



z.mif.London. **Eine Delegation von mehr als 150 Krankenschwestern aus Ost-London demonstrierte am 26. Juni für höhere Löhne.** Die meisten sind Schwesternschülerinnen (student nurses); ,,Student, not slave" heißt: Wir sind keine Sklaven. Die Aktion wurde von der NUPE und anderen Gewerkschaften getragen. Die Krankenschwestern fordern Ablehnung der 13%-Lohnrichtlinie der Zentralregierung bei den Verhandlungen, eine Lohnerhöhung zwischen 20% und 25% und volle Zahlung dieser Erhöhung durch die Zentralregierung. Im ersten Ausbildungsjahr verdienen sie derzeit brutto etwas über 50 Pfund die Woche (rund 850 DM/Monat), unausgebildete Schwestern noch weniger. Am Dienstag dieser Woche findet eine Urabstimmung über das Angebot statt. Die Schwesternschülerinnen kämpfen ferner gegen die geplante Verdoppelung der Abzüge für Unterkunft von derzeit 3 bis 5 Pfund die Woche je nach Dienstgrad (etwa 50 bis 85 DM/Monat), wobei die Zimmer in unerträglichem Zustand sind.

z.scc. **Seit Dienstag 12.00 Uhr stehen 39000 Kupferarbeiter in neun Bundesstaaten der USA im Streik.** Die in der Stahlarbeitergewerkschaft organisierten Berg- und Hüttenarbeiter fordern eine Erhöhung ihrer Grundlöhne um 0,95 $ pro Stunde für den Zeitraum der nächsten drei Jahre, dazu vierteljährlich 1 Cents Lohnerhöhung pro 0,3% Preissteigerung. Der durchschnittliche Lohn der Kupferarbeiter liegt gegenwärtig bei 9,60 $. Die Kapitalisten, die lediglich Lohnerhöhungen von 0,75 $ die Stunde angeboten und die Forderung der Gewerkschaft nach ,,Inflationsanpassung" der Versicherungs- und Rentenzahlungen entschieden zurückgewiesen haben, versuchen den Streik zu brechen. Seit Wochen stocken sie ihre Kupfervorräte auf. Ob sie aber wirklich, wie das Börsenblatt ,,Wall Street Journal" hinausposaunt, den Streik den ganzen Sommer hindurch aushalten, wird sich erst noch zeigen.

z.anb. **Die Gewerkschaft der schweizerischen Postbeamten (VSPS) fordert für die im Juli fälligen Teuerungsausgleichsverhandlungen im ÖD vollen Reallohnausgleich.** Nachdem die Gewerkschaften des ÖD im Frühjahr die Aussetzung des schon im Juli 77 und 78 gestrichenen Teuerungsausgleichs zurückgeschlagen haben, hat sich seither die Front zum Dienstherrn beträchtlich verschärft: sogar die offizielle Lohnstatistik bescheinigt von Okt. 78 bis Okt. 79 eine Entwertung des Bruttolohns von mind. 1,5%. Die 2,25% Anpassung vom Frühjahr brachten netto nicht mal 1%, im April lag der Teuerungsindex bereits bei 4,9%. Mindestens 5,9% wären jetzt nötig, um allein die Bruttolohnentwertung abzufangen. Sofort verlangen die Gewerkschaften Verkürzung der 44 Wochenstunden auf 42, 1983 auf 40.

z.ans.Rom. **Die italienische Lehrergewerkschaft hat sich gegen einen Runderlaß ausgesprochen, mit dem der Erziehungsminister die Vertretung der die Zeugniskonferenzen bestreikenden ,,prekären" Lehrer durch andere Kollegen angeordnet hat.** Die über 100000 Prekären sind Lehrer mit Zeitverträgen und auf Vertretungsposten, eingestuft in der Eingangslohngruppe. Sie führen einen jahrelangen Kampf für Festeinstellung. Die Maßnahme des Erziehungsministers Sarti erfolgte, nachdem die Prekären in vielen Provinzen Mittel- und Süditaliens Ende Juni die Zeugniskonferenzen aus Protest gegen ein vom Ministerrat verabschiedetes Gesetz bestreikt hatten. Ziel dieses Gesetzes ist es, Selektion unter den Prekären zu betreiben, indem die Festeinstellung der seit Jahren unterrichtenden Lehrer von einer Prüfung abhängig gemacht werden soll. Die Lehrergewerkschaft, die den Kampf der Prekären gegen dieses Gesetz bisher nicht unterstützt hatte, nennt den Runderlaß Sartis ,,eine Einladung an die Lehrer, als Streikbrecher tätig zu werden". Sie hat die Lehrer aufgefordert, sich für solche Streikbrecherarbeit nicht herzugeben. In Sardinien, wo weit über die Hälfte der Lehrer keine Planstelle hat, hat die Lehrergewerkschaft zu einem zweistündigen Streik aufgerufen. Der Erziehungsminister verweigert die Rücknahme des Erlasses. Das nationale Koordinationskomitee der Prekären hat daraufhin beschlossen, den Streik auch dort wieder aufzunehmen, wo er Ende Juni abgebrochen worden war.

z.sta.Sydney. **Die Regierung Neuseelands bereitet einen Gesetzentwurf für die Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten auf samstags vor.** Seit 1977 gilt ein Gesetz, das Verkaufszeiten von Montag bis Freitag jeweils von 7 Uhr bis 9 Uhr abends erlaubt. Außerhalb dieser Zeiten dürfen nur bestimmte Produkte (wie z.B. Milchprodukte) vertrieben werden. Gegen dieses Gesetz, das auf Druck der großen Supermarktketten und einiger Kleinhändler erlassen wurde, hatte es eine nationale Kampagne der Gewerkschaften und zwei landesweite Streiks gegeben. Die Einzelhandelskapitalisten konnten die Verlängerung der Öffnungszeiten nicht gegen die Beschäftigten durchsetzen: Nur einmal in der Woche sind die Läden bis 9 Uhr geöffnet. Während einige kleinere Ladenbesitzer durch Öffnen am Samstag das Gesetz faktisch durchlöchern, machen die großen Konzerne über die Kapitalistenverbände Druck auf die Regierung. Auf Beschluß des Vorstands der Verkaufsangestellten-Gewerkschaft finden ab 14. Juli in den wichtigsten Zentren Ver-

Bundesregierung untersucht Möglichkeiten zur Beschleunigung der Rationalisierungen

z.vol. Die Bundesregierung hat in zwei Gutachten von der Prognos AG und dem Ifo-Institut die Möglichkeiten für die kapitalistische Rationalisierung, die aus der Verbesserung der Arbeitsmittel durch Anwendung der Mikroelektronik entspringen, untersuchen lassen. Die Untersuchungen gehen dabei nicht von einer zyklischen Entwicklung des Kapitalismus aus, sondern einem geradlinigen Verlauf des Wachstums.

Schwerpunkt der Umwälzung der Produktionstechniken ist nach der Prognos AG, die die technischen und ökonomischen Umwälzungen untersucht, der Fertigungs- und Verwaltungsbereich im Produzierenden Gewerbe, insbesondere in der chemischen Industrie, der Mineralölverarbeitung, Gummi- und Kunststoff-, metallerzeugende Industrie, Maschinen- und Straßenfahrzeugbau. Entlassungen von Arbeitern und Angestellten sollen in erster Linie stattfinden in der Bauindustrie (410000 bis 1990), dem Handel (310000), Land- und Forstwirtschaft (240000), Verkehr (190000). Einstellungen bei gleichzeitigen Rationalisierungen erwartet das Institut insbesondere beim Staat (44000), den sonstigen Dienstleistungen (415000), Elektroindustrie (345000) und dem Maschinenbau (175000). Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird bei einem Anschwellen der Erwerbswilligen bis 1985 um 900000 auf 25,9 Mio. auf 1,65 Mio. registrierte Arbeitslose steigen, um auf 1,2 Mio. bis 1990 wieder zu sinken. Unzufrieden ist die Prognos mit dem zu geringen Überschuß an Facharbeitern und Hochschulabsolventen. Bei den an- und ungelernten Arbeitern und Angestellten fordert sie Maßnahmen zur Erhöhung der Mobilität.

Um die neuen Arbeitsmittel überhaupt zur Anwendung bringen zu können, stellt das Ifo-Institut nach Kapitalistenbefragung Bedingungen an die Regierung. Um die bis 1985 mögliche stärkere Automatisierung der Materialflußsteuerung, Fertigungsüberwachung, Konstruktion und Entwicklung sowie die Einführung von arbeitsplatzorientierten Datenverarbeitungssystemen in den Büros einzusetzen, muß ihre Einführung mit einer Steigerung der Profite verbunden sein. Ausgangspunkt ist die Bereitstellung weiterer Geldmittel der Regierung, um das „Risikokapital" der Kapitalisten auf diese Investitionsziele zu lenken. Schwerpunkt der Regierung soll allerdings die Verhinderung der weiteren Steigerung der „Rationalisierungsschutzkosten" sein:

Bei der Arbeitszeitverkürzung fordert das Ifo-Institut die Entfaltung der Tarifautonomie, d.h. jede Ablehnung von gesetzlichen Regelungen bei gleichzeitigen Zugeständnissen der Regierung bei der Lebensarbeitszeit. Die §90ff und 106ff des Betriebsverfassungsgesetzes hält Ifo für „gestaltungsbedürftig". Diese sichern dem Betriebsrat ein Informationsrecht und ein minimales Mitbestimmungsrecht bei Rationalisierungen, „die den gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen ... widersprechen".

Bei den Rationalisierungsschutzabkommen, die die Gewerkschaften durchgesetzt haben, sollen sich die Kapitalisten zu individuellen Zugeständnissen an direkt betroffene Arbeiter bereiterklären, wie z.B. für die Setzer in der Druckindustrie, aber keinen „kollektiven Regelungen", z.B. Schutz gegen Abgruppierungen, zustimmen. Die Gewerkschaften sollen an den Projekten zur „Humanisierungswelt" so beteiligt werden, daß sie die Verantwortung mittragen, aber keinerlei Einfluß auf die Durchführung gewinnen. Die Bundesregierung hat diese Gutachten begrüßt.

Tarifkalender: Chemische Industrie – in allen Tarifgebieten bisher 7,1% durchgesetzt

z.gih. **Nahrung, Genuß, Gaststätten.** Ab 1. Juli gilt für die Beschäftigten der *Brot- und Backwarenindustrie* die

IG Chemie 9,5%. – Tarifabschluß für die *Flachglas AG.* Bei der ersten Verhandlung über den Haustarif für die

Tarif- und Koalitionsrechte in der Sowjetunion

Die Arbeiterbewegung hat den Kampf darum aufgenommen

z.anb:Wien. Vladimir Borisow, Elektriker, 37 Jahre alt, wurde vor kurzem von den sowjetischen Behörden in Handschellen per Flugzeug nach Wien deportiert, mit einer Ausweisung nach Israel versehen. Neun Jahre Haft in Lagern und psychiatrischen Anstalten haben ihn nicht vom Kampf um die Rechte der sowjetischen Arbeiterklasse abbringen können. Mit kaum 18 Jahren, damals arbeitete er auf einer Werft in Kamtschatka, war er an der Organisierung von Streiks der Dockarbeiter beteiligt, die als Saisonarbeiter ohne feste Arbeitsverträge zu elenden Löhnen unter den gesetzlichen Tarifen gezahlt wurden.

In diesen Kämpfen hatten die Arbeiter die Organe der staatlichen Gewerkschaft (VCSPS) direkt gegen sich, deren Parteifunktionäre mit offener Spitzeltätigkeit für Behörden, Armee und Polizei sich ihre Schmiergelder verdienten. Mitte der 70er Jahre gab es den Versuch, eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, die nach einem Rückschlag 1977 mit der Gründung des SMOT, des Freien Arbeiterverbands aller Berufszweige, 1978 erste Erfolge erzielte. Heute umfaßt der SMOT rund 200 Arbeiter, in losen Gruppen, unter anderem in Togliattigrad, die Delegierte zu zentralen Konferenzen entsenden.

Die Hauptfronten, um die sich der Aufschwung der sowjetischen Arbeiterbewegung entwickelt, sind die Tarif- und Arbeiterrechte. Sie sind untrennbar verbunden mit neuerlichem Kampf um die elementare Klassenvertretung der Gewerkschaft, und nicht zufällig hat diese Bewegung zunächst die selbständige Organisierung der Arbeiter zum Ausgangspunkt.

Mit der umfassenden Wirtschaftsreform von 1965 rückte die sowjetische Bourgeoisie die Tarifrechte der Arbeiter ins Zentrum ihrer Angriffe. War bis dahin auf Grundlage der staatlich geregelten einheitlichen Tarifsätze gleiche Arbeit weitgehend mit gleichem Lohn gezahlt, der Lohn zudem nicht von den besonderen Bedingungen des einzelnen Betriebs, erst recht nicht von dessen

Gewinn und Produktivitätssteigerung abhängig, wurde mit 1965 die Verfügungsgewalt der Staatsbeamten auf Betriebsebene über Lohnfonds und Gewinn erweitert. Dies hatte eine deutliche Aufspreizung der effektiv gezahlten Löhne zur Folge. Die Zahl der unter Tarif gezahlten Arbeiter wuchs auf über 10%. Dabei vollzog die Bourgeoisie diese Aushöhlung des Tariflohns nicht direkt, sondern vermittels der Ausdehnung der Prämienbestandteile. Ihr Prozentsatz am durchschnittlichen Effektivlohn wuchs von 1961 6,4% auf 1971 14,4%; bei den Gehältern der Staatsbeamten gar von 9,6% auf 24,5%. Ihr Recht, die Eingruppierung der Arbeiter in die gesetzlichen Tarifklassen vorzunehmen, war der entscheidende Hebel, über den ein allgemeines Absenken der durchschnittlichen Einstufung betrieben wurde. Die Anhebung des gesetzlichen Mindesttarifs schob zwar die tariflichen Lohnklassen (je nach Industriezweig zwischen 6 und 10) zusammen, aber die *Verteilung* der Lohnsumme organisierte die Bourgeoisie in entgegengesetzter Richtung. Die Wirkung: Verteidigung des Tariflohns bedeutete zunehmend Kampf um die Auszahlung betrieblicher Prämien.

Wie sehr in diesen Kämpfen die Konkurrenz des Arbeitsmarktes und die Spaltungen des Zulagensystems die Bedingungen setzten, ihrerseits die Spreizung des Lohngefüges verschärften, beweist die Tatsache, daß die Kluft zwischen dem niedrigsten und dem höchsten *Tarif*lohn auf die gesamte Industrie gerechnet bis Mitte der siebziger Jahre beträchtlich anwuchs: setzt man die unterste Tarifklasse in der Nahrungsmittelindustrie in Vergleich zur höchsten in der Kohleindustrie, verschlechtert sich dies Verhältnis von 1965 1:3,75 auf 1973 1:5.

Die Aushöhlung des Tarifs durch Ausweitung der Prämiensysteme legte die Grundlage dafür, daß an die Auszahlung dieser betrieblichen Prämien die Planerfüllung und schließlich Übererfüllung gebunden wird. Beständig müssen die Arbeiter ohne Rechtsposition gegen die Streichung solcher Lohnbestandteile kämpfen. In dieser Lage ist die Verpflichtung der Staatsorgane der VCSPS auf die Durchsetzung der staatlichen Planziele gleichbedeutend mit ihrer Indienstnahme als Spitzel- und Polizeiorgane auf Betriebsebene. So waren und sind es die Organe des VCSPS, die seit Anfang der siebziger Jahre durch ihre „Gegenplanbewegung" die Angriffe auf die Auszahlung von Prämien aktiv vorangetrieben haben. Weil offensichtlich ist, daß die Arbeiterklasse niemals freiwillig solchen Zwangsorganen beitritt, hat die neue Bourgeoisie 1972 das Statut des VCSPS dahingehend geändert, daß „Gewerkschaftsmitglieder aus den Mitteln der staatlichen Sozialversicherung höhere Leistungen erhalten als Nichtmitglieder". Im Klartext: wer nicht Mitglied in diesem staatlichen Zwangsverband ist, erhält statt Lohnfortzahlung im Krankheitsfall nur 50% seines Lohns. Das ist nur ein Beispiel. Zentral wurde dem VCSPS die Verwaltung des staatlichen Sozialfonds übertragen, das heißt, die 106 Mio. Mitglieder des VCSPS sind gleichbedeutend mit dem Kampf der Arbeiter um ihre Versicherungsrechte, keineswegs aber Erfolgsbilanz der „größten Gewerkschaft der Welt".

Die Ausuferung des Prämienwesens, der Zulagen, die Verschärfung der Spaltung zwischen den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft, vor allem zwischen der Industrie sowie Handel und öffentlichem Dienst, wie auch die Spreizung der Effektivlöhne innerhalb einer Branche, all das gibt jetzt die Rechtfertigung ab für eine „Stärkung" des Tarifs, mit der die sowjetische Bourgeoisie nichts anderes als brutale Lohnsenkung im Sinn führt. Überausbeutung soll Voraussetzung des Tariflohns werden. Auf der anderen Seite wächst die Revenue der Staatsbeamten, deren Prämien mit dem Ausmaß der „Einsparungen" am Lohnfonds wachsen. Borisow sagt, der Prozeß des Aufschwungs der Arbeiterbewegung ist nicht mehr umkehrbar. Man versteht warum.

ter ins Zentrum ihrer Angriffe. War bis dahin auf Grundlage der staatlich geregelten einheitlichen Tarifsätze gleiche Arbeit weitgehend mit gleichem Lohn gezahlt, der Lohn zudem nicht von den besonderen Bedingungen des einzelnen Betriebs, erst recht nicht von dessen

Die Aushöhlung des Tarifs durch Ausweitung der Prämiensysteme legte die Grundlage dafür, daß an die Auszahlung dieser betrieblichen Prämien die Planerfüllung und schließlich Übererfüllung gebunden wird. Beständig müssen die Arbeiter ohne Rechts-

ren Seite wächst die Revenue der Staatsbeamten, deren Prämien mit dem Ausmaß der „Einsparungen" am Lohnfonds wachsen. Borisow sagt, der Prozeß des Aufschwungs der Arbeiterbewegung ist nicht mehr umkehrbar. Man versteht warum.





Bau der Erdgasleitung Urengoj-Tscheljabinsk. Über Nachtschicht, Akkord, Feiertagsarbeit entstehen die relativ höchsten Löhne. Am anderen Ende der Skala: unentgeltliche Vernutzung der Arbeitskraft der Krankenschwesternschülerinnen.

Tarifkalender: Chemische Industrie – in allen Tarifgebieten bisher 7,1% durchgesetzt

z.gih. **Nahrung, Genuß, Gaststätten.** Ab 1. Juli gilt für die Beschäftigten der *Brot- und Backwarenindustrie* die Fünftagewoche in Westberlin. Ab 1. Januar 1981 ebenfalls für die 5200 Beschäftigten des *Bäcker- und Konditoreihandwerks.* – Am Montag, 30.6., hat eine Versammlung der Gewerkschaft NGG in Bremerhaven die Kündigung der Lohn- und Gehaltstarife sowie der Ausbildungsvergütungen für die *Fischindustrie* zum 30. September beschlossen. Als Forderung für die Tarifverhandlungen wurde einstimmig beschlossen: 9% / mindestens 140 DM.

Chemie. Tarifabschlüsse in der chemischen Industrie: Am 20.6. wurden in *Bremen*, am 23.6. in *Hamburg*, am 24.6. in *Schleswig-Holstein*, am 27.6. in *Westberlin* Erhöhungen der Löhne und Gehälter der chemischen Industrie um 7,1% ab 1.6. durchgesetzt. Verhandlungen fanden am 4.7. in *Bayern* statt. – Für die 80000 Beschäftigten in der *Hohlglasveredelung und -verarbeitung* fordert die Tarifkommission der IG Chemie 9,5%. – Tarifabschluß für die *Flachglas AG.* Bei der ersten Verhandlung über den Haustarif für die Flachglas AG ist es zu folgendem Abschluß gekommen: Erhöhung der Löhne und Gehälter um 7%. Außerdem Erhöhung des Beitrages der Kapitalisten zu den vermögenswirksamen Leistungen auf 36 DM ab 1.1.81 und auf 52 DM ab 1.1.83.

Handel. Für die Beschäftigten des *Einzelhandels Limburg-Oberlahn* wurden neue Tarifverträge ausgehandelt. Die Gehälter werden rückwirkend zwischen 83 und 225 DM angehoben, die Löhne zwischen 81 und 144 DM. Die Erhöhungen betragen 6,9%.

Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr. Die Gewerkschaft ÖTV hat rückwirkend zum 1.4.80 einen neuen Tarifvertrag für die Beschäftigten im privaten *Transport- und Verkehrsgewerbe Rheinland-Pfalz* abgeschlossen. Danach erhöhen sich die Gehälter um 7%, die Löhne um 0,03 DM + 7%, die Löhne im Güter- und Möbelfernverkehr um 9,7%, die Ausbildungsbeihilfen um monatlich 50 DM.

sammlungen der Beschäftigten während der Arbeitszeit statt, auf denen über Streikmaßnahmen entschieden werden soll.

z.hef. **Mehrere tausend Arbeiter in 280 Textilfabriken in Mexiko streiken seit der vorletzten Woche.** Sie fordern Lohnerhöhungen von 22%. Die Inflationsrate übersteigt 30%. Die 16000 Arbeiter der großen Getränkefabriken traten am 24. Juni für eine ähnliche Forderung in den Streik, nachdem die Kapitalisten in einwöchigen Verhandlungen kein annehmbares Angebot gemacht hatten. Mit ihrem Streik legten die Getränkearbeiter unter anderem die Werke von Coca-Cola, Orange Squash und Delmist still. Imperialistische Monopole, vor allem aus den USA, kontrollieren 95% der Getränkeindustrie Mexikos. – Die Gewerkschaftsbewegung ist in diesen Kämpfen in einer schwierigen Lage. Bislang hatte der Gewerkschaftsbund Confederacion de Trabajadores de Mexico versucht, Lohnerhöhungen unter dem Hinweis auf ihre „inflationsfördernde Wirkung" auf 20% oder darunter zu begrenzen. Dessen ungeachtet erhöhten die Kapitalisten die Preise, und diese Abschlüsse erweisen sich als Lohnsenkungsabschlüsse. Am 24.6. erklärte die CTM öffentlich, sie beende ab sofort die Politik des „Waffenstillstands" mit der Regierung. Die Mitgliedsgewerkschaften der CTM mit mehr als 2 Millionen Mitgliedern bereiten jetzt eine Kampagne für Lohnerhöhungen von mindestens 30% vor, erklärte ein CTM-Sprecher.

z.elf. **Über die Hälfte der 5470 gewerkschaftlich organisierten Papierarbeiter bei Abitibi Price Ltd. Kanada stimmte in einer Urabstimmung für Streik ab 5. Juli.** Die Papierarbeitergewerkschaft CPU fordert 17% mehr im ersten Jahr, 11%, mindestens aber 1,10 Dollar mehr im zweiten Jahr und im dritten Jahr Bindung der Lohnerhöhung an die Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Die Abitibi-Kapitalisten boten zuletzt 16,5% oder 1,30 Dollar mehr auf den Grundlohn im ersten Jahr, im zweiten Jahr 6% mehr ab 1. Mai, weitere 4,5% ab 1. Oktober und im dritten Jahr weitere 8,5%. In sechs der 12 Fabriken von Abitibi streiken die Arbeiter bereits. Die CPU bereitet einen Streikfonds für mindestens einen Monat Streik vor.

z.mif.London. **Zehn Tage lang haben die Arbeiter der Lackiererei des Werkes Longbridge von British Leyland gegen die Kürzung der Pausenzeiten gestreikt.** In den meisten Teilen des Werks haben die Arbeiter Pausenzeiten von 12% der Arbeitszeit. In der Lackiererei, wo die Arbeit wegen der Dämpfe besonders schwer und gefährlich ist, hatten die Arbeiter bezahlte Pausen von 25 bis 30% durchgesetzt. Die Geschäftsleitung verlangte vor zwei Wochen die Kürzung der Pausen auf 17%. Die etwa hundert Arbeiter der Lackiererei traten in Streik, vierhundert Arbeiter anderer Abteilungen schlossen sich an. Die Kapitalisten von British Leyland setzten daraufhin insgesamt 6000 Arbeiter auf Kurzarbeit, in der Absicht, Druck auf den Streik auszuüben. Am Mittwoch letzter Woche beschlossen die Arbeiter, vorläufig die Arbeit wiederaufzunehmen. Die Geschäftsleitung sagte eine zügige Untersuchung der besonderen Arbeitsbedingungen in der Lackiererei zu, und die Arbeiter haben erklärt, wenn in vier Wochen keine befriedigenden Ergebnisse vorliegen, treten sie erneut in Streik. Die Kürzung der Pausenzeiten ist ein weiterer Schritt, mit dem die British-Leyland-Kapitalisten den im März einseitig in Kraft gesetzten Manteltarif durchsetzen wollen (vgl. KVZ 19/80). Im April hatten mehr als 1000 Arbeiter der West Works in Longbridge einen ersten Angriff zurückgeschlagen, den Schweißern muß die Umkleidezeit weiter bezahlt werden.

z.scc. **„Nachtarbeit ist schlecht für Männer, und sie ist ganz besonders schlecht für Frauen.** Das Nachtarbeitsverbot für Frauen muß erhalten bleiben." Entschieden weist der niederländische Gewerkschaftsbund FNV das Ansinnen des Stahlmonopols Hoogovens zurück, so bald als möglich 150 Frauen als billige Hilfskräfte in Vollkontischicht auszubeuten. Den Startschuß hatte kurz zuvor Sozialminister Albeda mit der Ankündigung gegeben, das ohnehin tausendfach durchlöcherte gesetzliche Nachtarbeitsverbot für Frauen gänzlich aufzuheben. 1975 arbeiteten bereits 9,2% der lohnabhängigen Frauen auch des nachts. Seither erstarkt die Bewegung gegen Nacht- und Schichtarbeit: Gerade jetzt ist es den Gewerkschaften gelungen, in einigen Betrieben die mörderische Vollkontischicht durch ein Fünf-Schicht-System abzulösen.

z.anb. **Auf dem Plenum des Zentralrats der Tschechoslowakischen Gewerkschaftsbewegung (ROH) vor einigen Wochen griff eine Arbeiterin öffentlich die Betriebsführungen an: „Es ist kein Geheimnis, daß der Arbeitskodex beim Abschluß von Kollektivverträgen verletzt wird."** Sie kritisierte das Stillschweigen der Gewerkschaftsorgane, die die Beschwerden der Belegschaften verschleppten und sich vor der Vertretung der im Arbeitsgesetzbuch verankerten Arbeiterrechte drückten. Mehrere Arbeiter schlossen sich der Kritik an, bis endlich die Führung zugestehen mußte, daß „die Verantwortlichen sich die Arbeit zu leicht machen und damit der Gewerkschaftsbewegung großen Schaden zufügen". Mitte vorigen Jahres hatte die ROH in ihrem Zentralorgan eine Serie über das Arbeitsgesetzbuch begonnen. Es war die Reaktion auf Widerstand der Arbeiter gegen offene Verletzung der rechtlichen Schranken gegen die Steigerung der Ausbeutung, die die neue Bourgeoisie noch immer nicht vollends hat beseitigen können. Das ZK der KPTsch hat kürzlich eine Änderung des Gesetzes beschlossen: bislang haben die Gewerkschaftsorgane in der Frage der Wirtschaftsführung ein Mitspracherecht; sie sollen jetzt auf die Durchsetzung der eingeleiteten Wirtschaftsreform verpflichtet werden. Die Arbeiter versuchen zur Verteidigung des Lohns das Gesetz zu nutzen.

„Schulspeisung" nach dem Zweiten Weltkrieg – nach und nach wieder eingestellt

z.mak. Ab Januar 1946 bis zum 30. Juni 1950 gab es in Westdeutschland Nahrungsmittel für Schulkinder. Mit dieser „Schulspeisung" versuchten die verschiedenen Besatzungsmächte, sich bei den Volksmassen als Helfer in der Not anzubiedern. Andererseits waren sie zu der Anerkennung gezwungen, daß die Ernährung der Schulkinder gesellschaftlich geregelt wurde, da es tatsächlich für viele Familien nicht mehr möglich war, ihre Kinder alleine gut zu versorgen. Nach 1950 wurde zunächst in reduzierter Form, z.B. durch Milch und Kakao, die an die Schulkinder verteilt wurden oder verbilligt abgegeben wurden, diese „Schulspeisung" aufrechterhalten. Nach und nach wurde das ganze dann aber eingestellt.

Im folgenden eine kurze Darstellung der Schulspeisung in Niedersachsen in den Jahren 1946 bis 1950. Begonnen damit hat 1946 die britische Militärregierung, die ungefähr 1½ Jahre lang englisches Essen an Schulkinder verteilte. Abgelöst wurde dies dann von der sogenannten „Hoover-Speisung" der US-Besatzer. Organisiert wurde die Versorgung der Schulkinder im wesentlichen durch die Gemeinden. Allerdings mußten darüber peinlichst genaue Berichte geführt werden, die dann der zuständigen Schulbehörde vorgelegt wurden.

„Die Speise wird von 2 Kochfrauen in einem Raum ... in 2 Kochkesseln von je 125 Litern Fassungsvermögen zubereitet. Die Kochkessel sind Eigentum der Gemeinde ... Die Tagesspeise – Haferflocken-Schokoladen-Brei – war gut sämig, genügend süß, hatte aber schwachen Kakaogeschmack. Anstatt der vorgesehenen 10 Gramm Kakao waren nur 5 Gramm genommen worden, um Kakao und Zucker für ein Kakaogetränk von ½ Liter zu den Käsebrötchen zu erübrigen. Gegen solche Änderungen ... bestehen grundsätzlich keine Bedenken, doch erscheint es in diesem Falle angebracht, zu den Käsebrötchen nur ¼ Liter Kakaogetränk zu geben unter Verwendung von 4 Gramm Kakao ... Es ist dann möglich, für den Haferflocken-Schokoladenbrei einen kräftigeren Schokoladengeschmack zu erhalten ... Die beiden Kochfrauen erhalten je 30 DM monatlich ... (unter Berücksichtigung aller Ausgaben) beträgt der Kostensatz etwa 0,03 DM pro Portion ... Von den teilnehmenden 303 Kindern haben sich für 230 Kinder die Eltern zur Zahlung einer Spende von 1,- DM monatlich bereit erklärt ... Per 19.5.1949 wurde ein Guthaben von 44,37 DM festgestellt." (Schulverwaltungsblatt Niedersachsen, 1. Jg. 1949, S. 202)

Begonnen wurde in Niedersachsen diese Schulspeisung für 285000 Schulkinder. Nach und nach wurden die Portionen erhöht, so daß ab 1946 dann auch die Berufsschüler und ab Herbst 1948 auch die Studenten in die „Hoover-Speisung" einbezogen wurden. Ab Juli 1949 wurden dann 503000 Mahlzeiten verteilt. Seit Beginn des Jahres 1950 wurden die Portionen auf 486000 Mahlzeiten reduziert. Eine ärztliche Untersuchung der Kinder im Jahre 1947 ergab, daß von 1168000 Kindern 504000 unterernährt waren.

Die Zeugnisvergabe im Kampf gegen das neue Schulgesetz nutzen

r.sbe. Am Donnerstag, den 3.7. verabschiedete der Niedersächsische Landtag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion die Novelle zum Niedersächsischen Schulgesetz. Am 1.7. streikten ca. 800 Schüler der Integrierten Gesamtschule Braunschweig gegen die geplante Novelle, am 2.7. setzten ca. 400 Schüler diesen Streik fort. Für Donnerstag gelang es der Schulleitung mit verschiedenen Einschüchterungsmethoden – geplante Strafanzeige, Schreiben an die Eltern – die Streikfront aufzuweichen und eine Fortführung des Streiks zu verhindern. Der Streik ist durch mehrere Resolutionen von anderen Schulen unterstützt worden. Die Schülervertretung der Berufsbildenden Schulen I hat am Mittwoch ein Flugblatt gegen die Schulgesetzän-
ein Flugblatt gegen die Schulgesetzän-
derung herausgegeben, wo die Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Arbeitstagen, nach Fahrtkostenrückerstattung für Berufsschüler und bessere räumliche Ausstattung erhoben und durch verschiedene Untersuchungen nachgewiesen wurden. Der Schülerrat der Neuen Oberschule hat die Ablehnung der Schulgesetznovelle bekräftigt. Ebenfalls hat der Schülerrat beschlossen, die diesjährige Zeugnisvergabe zu nutzen, um Untersuchungen an der Schule über die Noten und das Sitzenbleiben durchzuführen. Dies ist ein guter Schritt, um im Kampf gegen das nun beschlossene Schulgesetz weiterzukommen.

Ein wesentlicher Kern des neuen Schulgesetzes ist es, die Auslese zu verschärfen. Dies soll konkret geschehen über die Einführung einer Versetzungsschwelle nach der 11. Klasse und die Abschaffung des Prüfungssemesters. Führt man Untersuchungen über den Notenspiegel gerade in den jetzigen 1. Hauptsemestern durch, so kann man konkret nachweisen, daß eine Verschärfung der Auslese durch die neueingeführte 11. Klasse kommen soll; einige würden sitzenbleiben, wäre das neue Schulgesetz schon in Kraft. Diese Untersuchungen kann man ausdehnen auf die 10. Klassen, um erneut die Wirkung des Sek.I-Erlasses nachweisen zu
kung des Sek.I-Erlasses nachweisen zu
können, und auch auf die anderen Klassen. Eine Anfrage der Schülervertretung an die Schulleitung z.B., wo nachgefragt wird, wieviele Schüler in den letzten 5 bis 10 Jahren sitzengeblieben sind, kann dazu führen, daß die Eltern- und Schülervertretungen Material in die Hand bekommen, womit sie praktisch nachweisen können, wie sich eine weitere Stärkung der Stellung des Schulleiters und damit der Schulbürokratie auswirken würde. Die Notwendigkeit der Forderung nach Einspruchsrecht der Eltern- und Schülervertreter in allen Schulangelegenheiten kann so bekräftigt werden.

Über 10000 Studenten demonstrierten gegen die Erhebung von Studiengebühren

z.div. An den einheitlich am 25. Juni durchgeführten Demonstrationen gegen die Einführung eines Semestergeldes von 600 DM an den bayerischen Hochschulen beteiligten sich in München 6000, in Würzburg und Erlangen je 2000. Auf den Kundgebungen lagen zahlreiche Solidaritätserklärungen der Gewerkschaften vor. Mit einem einwöchentlichen Streik an zehn Fachbereichen verliehen die Erlanger Studenten der Forderung nach Rücknahme der Gebührenverordnung und keiner Einziehung von Semestergeldern Nachdruck. An der FHS München ist zwei Tage gestreikt worden, an der PH Nürnberg wird seit Dienstag letzter Woche gestreikt.

Kultusminister Maier hat jetzt einen Vorschlag zur „Entschärfung" der Verordnung gemacht. Sein Angebot: Studienwechsler sollen erst ab dem 7. Semester, Zweitfachstudenten nur dann, wenn sie nach dem WS 77/78 ein zweites Studium aufgenommen haben, belangt werden. Um dieser kosmetischen Operation an der Gebührenverordnung den bezweckten Spaltungserfolg zu verschaffen, sucht der CSU-Minister „kompromißbereite" Verhandlungspartner. Für die triste Rolle liegt der RCDS bereits seit Wochen in Lauerstellung. Ein weiteres Ergebnis der Wucht der Bewegung gegen die Studiengebühren sind je ein Entwurf der CSU- bzw. SPD-Fraktion im Landtag betreffend die Zwangsexmatrikulation, die Gebühren sowie Verfaßte Studentenschaft. Der CSU-Entwurf sieht die Streichung der Zwangsexmatrikulation wegen Überschreitung der Regelstudienzeit vor. Nach dem SPD-Entwurf sollen die Zwangsexmatrikulation und die Studiengebühren ersatzlos gestrichen sowie mit einer Gesetzesänderung die Verfaßte Studentenschaft in Bayern wieder eingeführt werden. Die CSU-Fraktion hat jetzt nach erneuten Verhandlungen in der Kulturkommission des Landtags erklärt, in der Frage der Gebühren hart zu bleiben und über die verfaßte Studentenschaft zu verhandeln. Dem Münchner Unipräsidenten Lobkowitz wurde vorgehalten, unter dem Druck der Studenten zu stehen, weil er die Gebühr auf 200 DM erniedrigt wissen wollte. Und trotz einer Aufforderung der bayerischen Rektorenkonferenz, den Vollzug der Verordnung auszusetzen, hat Maier jetzt mit Eiltelegramm den sofortigen Vollzug angeordnet und sind bereits 6000 Bescheide an Münchner Studenten entsandt worden. – Am 12. Juli findet eine Landesastenkonferenz statt, an der sich auch die Sprecherräte und Fachschaften beteiligen sollen.

Nichts mit Fächerwahl bei reformierter Oberstufe

GEW für Integration von beruflicher und allgemeiner Ausbildung

z.gkr. Zum ersten Mal machten in diesem Jahr auch in Baden-Württemberg Schüler, die die neugestaltete gymnasiale Oberstufe (NGO) ganz durchlaufen hatten, das Abitur. Baden-Württemberg ist damit das letzte Bundesland, in dem die am 7.7.1972 von der Kultusministerkonferenz beschlossene Umgestaltung der Sekundarstufe II durchgeführt wurde. Damals ließen die Kultusminister als Zielsetzung verlauten: „Ansprüche der Gesellschaft und individuelles Bedürfnis kamen durch die Möglichkeit zu freier Kombination von Grund- und Leistungskursen im Pflicht- und Wahlbereich zu ihrem Recht. Mit der Erweiterung des Wahlbereichs, in den neben den bisherigen auch neue Fächer hineingenommen werden, tritt die Schule entschiedener in ein dynamisches Verhältnis zur gesellschaftlichen Wirklichkeit." Gleichzeitig wurde die Möglichkeit der Integration von beruflicher und allgemeiner Ausbildung angedeutet.

Im wesentlichen drei Ziele hoffte die Bourgeoisie damit zu verwirklichen:

1. Frühere und effektivere Einflußnahme auf die Schwerpunkte der Ausbildung. Was zunächst als Wahlmöglichkeit der Schüler erscheint, ist es heute längst nicht mehr. Schon immer war die Wahlmöglichkeit durch das Angebot an Kursen beschränkt, inzwischen wird mittels der ‚Sequentialität' in einigen Ländern eine bestimmte Fächerkombination und vor allem Reihenfolge, von oben leicht veränderbar, praktisch vorgeschrieben. „Aufsteigende Kurse sind zur Sicherung der gemeinsamen Grundbildung notwendig; die Anwendung des Prinzips der Sequentialität (die Aufeinanderfolge bestimmter Kurse, möglichst von einem Lehrer unterrichtet) soll bei Abiturfächern und bei der Erfüllung der Mindestbedingungen gewährleistet sein." So hatten es die Kultusminister in ihren „Lübecker Vereinbarungen' (Juni 1977) festgelegt.

2. Eine Anpassung der Bedingungen des Schulunterrichts an die Bedingungen des Studiums (was ja auch umgekehrt über genauere Reglementierung des Studiums erfolgt) soll frühzeitig Aussagen erlauben über die Unterwerfung der Jugendlichen unter die Konkurrenzbedingungen an den Hochschulen. Und schließlich ergab sich 3. die Notwendigkeit, all den Schülern, die zwar das Gymnasium absolviert hatten, die aber der Aussiebung durch
hatten, die aber der Aussiebung durch
den Numerus Clausus zum Opfer fielen, entsprechende Berufsmöglichkeiten zu eröffnen. Schließlich nahmen Anfang der 70er Jahre die Studienbeschränkungen rapide zu, auch die Studienabsichten der Abiturienten zeigen dies: 1972 hatten nur 4,1% „keine Studienabsicht" angegeben, 1978 war der Anteil an den Abiturienten eines Jahres auf 12,3% gestiegen. Allerdings, an einer tatsächlichen Integration von beruflicher und allgemeiner Ausbildung, wie sie z.B. die GEW fordert, hat die Bourgeoisie wenig Interesse. Schließlich könnte es leicht passieren, daß diese, wenn auch immer noch eingeschränkte Möglichkeit einer umfassenden Ausbildung von größeren Teilen der Jugendlichen genutzt wird. Heftig sind also die Widersprüche bei der Formulierung der Inhalte. Die ersten Entwürfe von Rahmenrichtlinien z.B. fegten die Bourgeois in Hessen 1974 rasch vom Tisch, weil zu wenig den Prüfungsbedingungen unterworfen. Die Normenbücher, 1975 aufgestellt, auf Bundesebene als Prüfungsthemen für die Abiturprüfungen, mußten auf Grund des Widerstands von Schülern, Eltern und Lehrern rasch zurückgezogen werden. Inzwischen gibt es für Hessen Kursstrukturpläne, die für 6 Fächer in der verbindlichen Erprobungsphase sind. Wesentlich weitergehende Festlegungen sind bisher nur in wenigen Bundesländern erreicht. Dafür aber um so mehr formale Angleichung. Die Oberstufenverordnung z.B. in Schleswig-Holstein, im Februar 1980 verabschiedet, bringt insgesamt 11 Semesterwochenstunden mehr.

Ebenfalls sollen die Abiturprüfungen mit „einheitlichen Prüfungsanforderungen" jetzt wieder vereinheitlicht werden. Die GEW Baden-Württembergs stellt dazu fest: „Das Gewicht der Abiturprüfung ist zwar für die Gesamtwertung gemindert worden. Sie zählt nur ⅓ der Gesamtwertung. Die inhaltlichen Auswirkungen auf den Unterricht in 12 und 13 sind dafür aber wesentlich größer und einschneidender als die bisherige Abiturprüfung. Die Abituraufgaben werden thematisch den Halbjahren von 12/1, 12/2 und 13/1 entnommen. Das sind die sog. ‚Sternchenthemen'. In jedem Grundkurs sitzen Schüler, die das Fach als 3. schriftliches Prüfungsfach wählen. Insofern verengt sich praktisch in allen Fächern der Unterricht auf die Sternchenthemen."

Die GEW, die Anfang Mai eine Expertentagung durchführte, bezieht sich in der Auseinandersetzung auf ihre bildungspolitischen Ziele, formuliert auf dem Gewerkschaftstag 1977: „Die Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr für alle Jugendlichen ist in den Landesschulgesetzen zu verankern. Der Staat hat die Pflicht, jedem Jugendlichen einen Ausbildungsplatz im Sekundarbereich zu garantieren. In der Oberstufe gibt es studienbezogene und berufsqualifizierende Bildungsgänge. Durch die Reform des Sekundarbereichs II sind diese beiden Bildungsgänge organisatorisch und inhaltlich so zusammenzufassen, daß ein berufsqualifizierender Abschluß und Zugangsvoraussetzungen für die integrierte Gesamthochschule erworben werden können." Solange nicht mehr Stunden dabei herauskommen, kann man im wesentlichen diese Auffassung der GEW unterstützen, auch wenn z.B. die Frage der Finanzierung, der Versorgung mit Kleidung, Nahrung etc. zusätzlich geklärt werden muß.



Demonstration Jugendlicher in Bremen 1974
Demonstration Jugendlicher in Bremen 1974

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Essen, Sybillastr. 15, Tel.: 25 23 53
Zelle Universität

23.Juni 1980
Dortmund
26e1f0500p

Vergleich Grundstudium Physik mit der Lehre des Physikalisch-Technischen Assistenten

Zur Grundlage der Untersuchung wurden die Studienordnung Physik der Gesamthochschule Essen und Lehrpläne von verschiedenen Berufsfachschulen für Physikalische Technische Assistenten (PTA) genommen.

Die Ausbildungsdauer des PTA beträgt 2, in Einzelfällen 2½ Jahre und ist in 4–5 Semester gegliedert. Als Vorbildung müssen die Auszubildenden mindestens Mittlere Reife, Fachoberschulreife oder einen ähnlichen Bildungsabschluß vorweisen können. Das Grundstudium Physik soll 4 Semester dauern.

Die Ausbildungsinhalte des PTA gliedern sich in Lehrveranstaltungen, Praktika und Wahlfächer. Bei Abprüfen der Fächer Englisch und Politik kann man die Fachhochschulreife erwerben. Die anderen Fächer sind fachspezifisch. Mathematik umfaßt im wesentlichen die Gebiete Differential- und Integralrechnung mit einer und mehreren Veränderlichen, Vektorrechnung und Lineare Gleichungssysteme.

Das Fach Allgemeine Physik umfaßt die Grundlagengebiete Mechanik, E-Lehre, Akustik, Optik, Wärmelehre und Atomphysik. Diese Fächer entsprechen im wesentlichen den Veranstaltungen Mathematik für Physiker I und II und den Grundlagen der Physik I, II, III und IV im Physik Grundstudium.

Die Fächer E-Technik, Elektronik, Technische Mechanik und EDV finden ihre Parallelen im Studium nur im Studiengang Diplom Physik Ingenieur, der ein Kurzzeitstudiengang von 6 Semestern ist (siehe Tabelle unter Praktische Physik und Mathematik). Die Veranstaltungen werden im 3. und 4. Semester des D I Studienganges gelesen, im D II Studiengang (Diplom Physiker) wird in der gleichen Zeit Theoretische Physik angeboten. Die Fächer Wirtschaftslehre und Chemie können Studenten im Gegensatz zu den PTA Auszubildenden nur als Wahlfach belegen.

Bei Praktika besteht auch weitgehende Übereinstimmung. Das Physikalische- und Physikalisch-Chemische Praktikum entspricht dem Anfängerpraktikum I, II und III im Studium, zum Teil auch das Elektrotechnische Praktikum. Was im Studium nicht angeboten wird, sind Bereiche wie Technisches Zeichnen, in dem Werkstücke aus verschiedenen Perspektiven und unterschiedlichen Sichtwinkeln gezeichnet werden und das Werkstattpraktikum, wo Fertigkeiten in der Bearbeitung von Glas, Metall und Kunststoff gelehrt werden.

Die Wahlbereiche stimmen ebenfalls weitgehend überein. Als Fazit kann man feststellen, daß viele Parallelen des Lehrberufs des PTA und des Grundstudiums Physik bestehen. Allerdings muß das Grundstudium in einigen Punkten geändert werden. Erstens muß man ein einheitliches Grundstudium derart gestalten, daß für D I und D II-Studenten ein Fach mit dem entsprechenden praktischen und theoretischen Anteil gebildet wird, damit alle die Möglichkeit eines Lehrabschlusses und der Fortführung des Studiums haben. Zweitens muß ein handwerkliches Praktikum eingeführt werden, damit auch Studenten mit Werkstoffen umgehen können, weiterhin sollten Fähigkeiten im Technischen Zeichnen vermittelt werden. Drittens sollte EDV, Chemie und Wirtschaftslehre obligatorisch sein.

Allerdings sollten die Studienordnungen so geändert werden, daß das Stundenvolumen der Studenten auf ein Maß beschränkt wird, daß ihnen eine Arbeitszeit für Vorlesungen, Übungen, Praktika, Vor- und Nachbereitung von höchstens 40 Stunden garantiert wird.

Ausbildungsfelder PTA

Lehrveranstaltungen
Englisch, Politik, Wirtschaftswissenschaften, Mathematik, Allgemeine Physik, Physikalische Chemie, Elektrotechnik, EDV

Praktika
- Physikalisches Praktikum
- Physikalisch-Chemisches Praktikum
- Elektrotechnisches Praktikum
- Technisches Zeichnen
- Werkstattpraktikum
- Fotographisches Praktikum
- EDV

Wahlbereich
Mikroelektronik, medizinische Technik

Ausbildungsfelder Grundstudium Physik

Lehrveranstaltungen
Grundlagen der Physik I, II, III, IV, Mathematik für Physiker I, II
a) Diplomphysiker
Theoretische Physik I, II, Mathematik für Physiker III, IV
b) Diplom-Physik Ingenieur
Praktische Physik I, II, Technische Mechanik, Technische Wärmelehre, Elektrische Meßtechnik, Physikalische Elektronik, Einsatz von Werkstoffen in der Technik, Praktische Mathematik, EDV

Praktika
Anfängerpraktikum I, II, III
(Mechanik, Akustik, Wärmelehre, Elektrizitätslehre, Optik, Quantenphysik, Elektronik)

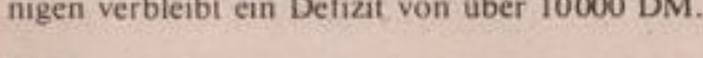
Wahlbereich
Betriebswirtschaftslehre, Medizinische Grundlagen der medizinischen Physik, Elektrotechnik, Chemie.

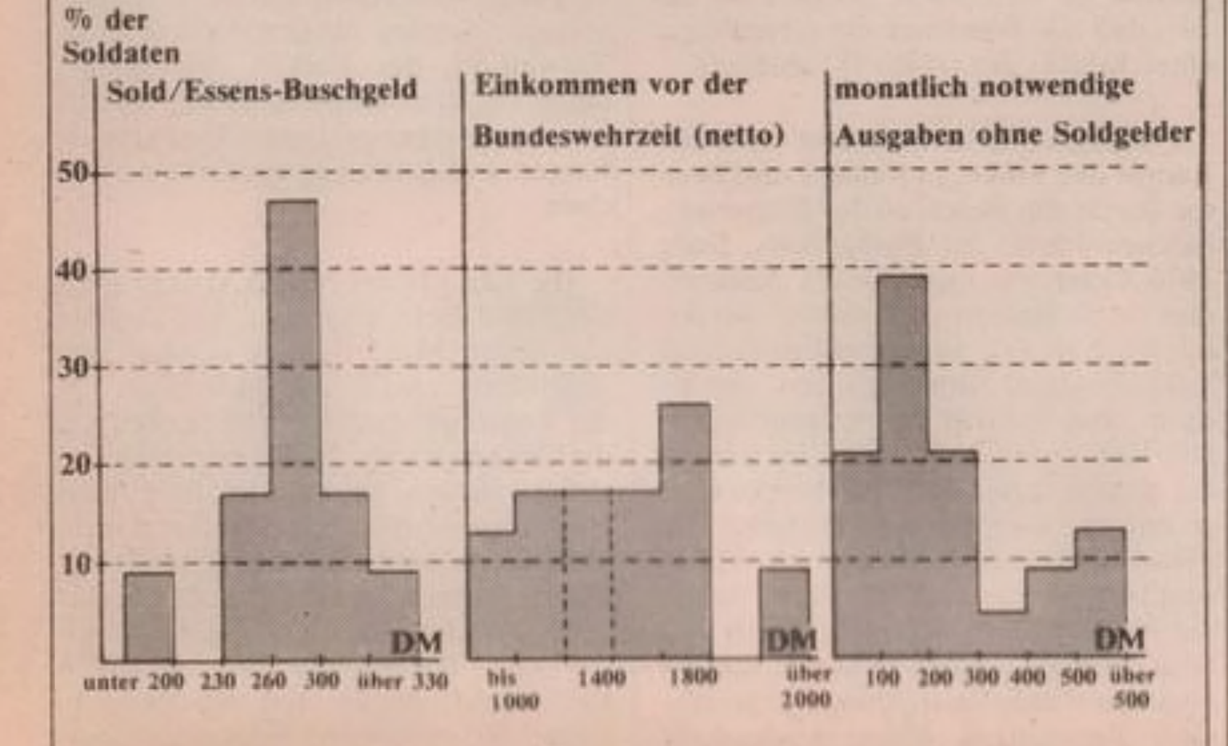
Lübecker Wehrpflichtige untersuchen ihre Reproduktionsbedingungen

z.reh. Zu wahren Lebenskünstlern müssen sich die Wehrpflichtigen der Bundeswehr in ihrer Dienstzeit entwickeln, wollen sie nicht aus Mangel an Reproduktionsmitteln zugrunde gehen. Auf einen Sold von 3330 DM kommt man in den 15 Monaten. Urlaubs/Weihnachtsgeld, Busch- und Essensgeld hinzugerechnet kann man sich auf knapp über 4000 DM steigern. Ansonsten ist es beim Bund so, je mehr Stunden man ableistet, desto weniger Geld bekommt man. Das Essensgeld, das für die Wochenenden ausgezahlt wird, kann im Monat 45 DM ausmachen. Hat man Dienst an den Wochenenden, bekommt man es nicht. So schwankt dann der Sold auch ständig zwischen 240 und 300 DM. In einer Kompanie der Hanseatenkaserne in Lübeck haben 23 Wehrpflichtige ihren Sold und die übrigen Reproduktionsquellen untersucht.

Durchschnittlicher Monatssold (inkl. Essensgeld) war 277 DM, die durchschnittlichen Ausgaben waren jedoch um 244 DM höher. Aus den untenstehenden Schaubildern geht hervor, daß die Unterschiede ziemlich groß sind. Das liegt daran, daß die Quellen, um dieses Defizit zu decken, äußerst unterschiedlich sind. 35% deckten es teilweise oder vollständig durch zusätzliche Arbeit, 44% durch Ersparnisse, 61% durch Zuschüsse von der Familie oder der Freundin, 26% mußten sich direkt verschulden. Arbeiten können insbesondere diejenigen, die heimatnah stationiert sind, in kleineren Betrieben beschäftigt waren und samstags so zusätzliche Arbeit verrichten können. Gerade für die aus dem Ruhrgebiet kommenden Soldaten fällt diese Quelle weg.

Erfaßt wurden in der Untersuchung nur die regelmäßig im Monat anfallenden Ausgaben. Dabei stellte sich heraus, daß für Kleidung und eventuelle Anschaffungen überhaupt nichts zur Verfügung steht, daß der überwiegende Teil der Ausgaben für die Grundbedürfnisse Essen, Trinken und ein wenig Entspannung draufgeht. Bereits die Sicherung der Ernährung wird durch die Bundeswehr unterhöhlt. Zusätzlich zu der Truppenverpflegung müssen über 70% der Wehrpflichtigen mehr als den Tagessold für ihre tägliche Ernährung ausgeben. Am Ende der Dienstzeit müssen 50% ein Defizit über 3000 DM abdecken, wobei die Mehrzahl von 21% zwischen 3000 und 4000 DM liegt. Einigen verbleibt ein Defizit von über 10000 DM.





Jeder zusätzliche Dienst, jede Übung, jede Disziplinarstrafe engt die Mittel zur Reproduktion ein, steigert den Defizitbetrag. Das Soldsystem ist so die Grundlage des ganzen Systems der Schikane, des Drills, der politischen Unterdrückung, mit dem die Soldaten zu Kadavergehorsam gezwungen werden sollen. Die Hinterhältigkeit liegt vor allem darin, daß die in die Armee gepreßte Jugend getrennt wird von den Verbindungen und Zusammenschlüssen der Arbeiter, von dem Lohn, der zusammen erkämpft wurde. Durch Lohnfortzahlung würde sowohl die Frage der Reproduktion entscheidend verbessert, als auch die Verbindung zu den Kämpfen der Arbeiterklasse. Die Möglichkeit, Soldaten zum Überfall anderer Staaten innerhalb der imperialistischen Bündnisse einzusetzen, würde sich gleichermaßen verschlechtern.

Der Kreisjugendausschuß des DGB Hamburg hat im Herbst 79 die Forderung nach 70% des Lohns für Wehrpflichtige beschlossen. Die Unterstützung dieser Forderung war ein Ergebnis der Soldaten bei der Aussprache über die Ergebnisse der Untersuchung.

Mit Heeresstruktur 4 und Ausrüstung mit Leopard I wird HSK 13 zum vollwertigen Feldheer aufgerüstet

r.reh. Die erst im Weißbuch 1979 angekündigte Ausrüstung der Heimatschutzkommandos mit dem verbesserten M-48-Panzer (105 mm statt 90 mm Kanone), ist zumindest für das HSK 13 in Schleswig-Holstein bereits über den Haufen geworfen. Es wird jetzt mit dem Leopard I bestückt. Der Leopard I ist entscheidend schneller und wendiger als der M 48.

Das HSK 13 wird als erstes HSK ab April 81 auf Heimatschutzbrigade umgestellt, d.h. verstärkt. U.a. werden zwei Jägerbataillione durch zwei Panzerbataillione ersetzt. Zweck: ,,Sie (die Heimatschutzbrigaden) sind nicht nur für ihren Auftrag besser gegliedert und ausgerüstet, sondern auch befähigt, die NATO-Verbände in der Vorneverteidigung zu verstärken'' (Weißbuch 1979). Deutlicher noch der Kommandeur des HSK 13, Oberst Czerwensky: ,,In Zukunft wird für uns nicht mehr die Verteidigung aus Stellungen heraus im Mittelpunkt stehen, sondern die Verteidigung durch Angriff'' (Kieler Nachrichten 20.6.). Eine wesentliche Neuerung der Umstrukturierung: In Zukunft soll der Verband zu 65% präsent sein, d.h. es müssen 45% Reservisten im Mobilisierungsfall ,,gekadert'' werden. Gegenwärtig liegt die Präsenz bei 17%.

Mit dieser Umstrukturierung werden die Verbände der Territorialverteidigung endgültig zu einem zweiten starken Feldheer aufgerüstet, parallel zu den NATO unterstellten Heeresverbänden der Bundeswehr. Zu Beginn der Wiederbewaffnung hatten sich die imperialistischen Strategen ein ganz anderes Konzept der Territorialverteidigung zurechtgelegt. Bereits 1956 hatte sie die Aufgabe der ,,Sicherung des rückwärtigen Operationsraumes, Schutz und Verteidigung wichtiger Objekte'', dies sollte damals aber noch ,,den Schutz der Arbeitsplätze in der *engeren* Heimat'' einschließen. Die Territorialreserve sollte aus Freiwilligen bestehen, die bis 1964 über 10000 und 1966 über 50000 Mann Stärke haben sollte. Dieses Konzept scheiterte bereits im Ansatz, weil sich gleich statt der geforderten 20000 nur 7250 gefunden hatten. 1965 erfolgte deshalb die Umstellung auf die übliche Zwangsrekrutierung, aus der ,,engeren Heimat'' wurde auch nichts. Beim Aufbau des HSK 13 69/70 wurden die industriellen Zentren, Kiel, Hamburg, Neumünster, Lübeck, bei der Standortwahl sorgsam ausgespart.

Die Mob-Übungen des HSK wurden zunächst im Kompanierahmen durchgezogen. Seit 1978 in Bataillionsstärke und im letzten Jahr mit der Übung ,,Meilenstein'' zum ersten Mal in Regimentsstärke. Erstmals geübt wurde bei ,,Meilenstein'' der Kampf gegen ,,Sabotagetrupps und Diversionstruppen'' mit einem ,,raumdeckenden Informationsnetz'', in das Bürgermeister, Polizei, Feuerwehr, Forstämter, Straßenmeistereien und BGS einbezogen wurden.

Aus der Aufstellung der Territorialverbände und den Umstrukurierungen durch die Heeresstrukturreform 4 ergeben sich ziemlich deutlich die Aufgaben des HSK 13 im Kriegsfall: Das HSK, dann mit dem Leopard I ausgerüstet, wird direkt zur Rückendeckung und Lückenschließung der vorneverteidigenden (d.h. zum Brückenkopf Berlin-West vormaschierenden) 6. PzGrenDiv eingesetzt, bzw. wird massiv maritime Anlandungen der Sozialimperialisten an der Ostseeküste zurückschlagen sollen. Das bei der Unterstützung der 6. PzGrenDiv die ,,Heimat'' verlassende HSK 13 wird sodann durch nachrückende Verbände des Verfügungstruppenkommando 600 ersetzt. Das VerfTrKdo 600 ist schwerpunktmäßig im Landesteil Schleswig als Geräteeinheit stationiert. Es besteht im Kern aus den Jägerbattaillionen 710, 711, 712 und 713 und ist so zugeschnitten auf Objektschutz und Aufrechterhaltung der ,,öffentlichen Sicherheit und Ordnung''.

Erprobung von neuen Einsatzmöglichkeiten für Zivildienstpflichtige

z.gkr. In dieser Legislaturperiode wird nichts mehr mit der Wehrdienstnovelle. Einige SPD-Abgeordnete kritisierten das Anerkennungsverfahren, und mit der Zustimmung der CDU, die auf jeden Fall die mündliche Anhörung will, war nicht zu rechnen. Haben sich so Teile der SPD die Möglichkeit offengehalten, als Sachwalter derer, die gegen jedes Anerkennungsverfahren sind, einzutreten, wird gleichzeitig der Ausbau der Zivildienstplätze auf 60000 (so viele Kriegsdienstverweigerer werden nach dem Anstieg auf 21000 Verweigerungen im ersten Quartal 1980 insgesamt in diesem Jahr auch erwartet) und die Ausdehnung der Einsatzgebiete der Zivildienstpflichtigen zielstrebig vorbereitet.

Etwa seit Anfang 1979 werden verschiedene Modellversuche für den erweiterten Einsatz von Zivildienstpflichtigen durchgeführt:

– Umweltschutz. Es sollen bis zu 5000 Zivildienstpflichtige dort arbeiten, bisher sind es 150. Neben Instandsetzung und Schmutzbekämpfung sollen zu den Tätigkeiten der Zivildienstpflichtigen Meßarbeiten, Informationsstände und Ausstellungen etc. gehören. Schon 1971 wurde ein ähnlicher Versuch, das ,,Gummersbacher Modell'', gestartet, das auf Grund des heftigen Protestes der Zivildienstpflichtigen aber bald abgebrochen werden mußte: Einsatz bei der Müllabfuhr, Montage der Weihnachtsbeleuchtung, Ausheben von Gräben und Rohrverlegung, Waldroden. 1975 war die Umweltministerkonferenz für die Schaffung von ca. 1000 Plätzen in diesem Bereich eingetreten, Schmidt hatte es 1976 in die Regierungserklärung aufgenommen.

– Beim Katastrophenschutz, der gleichzeitig Rückgrat der ,,Zivilverteidigung'' der BRD-Imperialisten ist, sollen ebenfalls 5000 Plätze geschaffen werden, derzeit gibt es beim Technischen Hilfswerk 24 Einsatzplätze als Modellversuch.

– Weitere ca. 5000 Zivildienstpflichtige sollen schließlich im Rahmen des ,,Sozialen Hilfsdienstes'' (SHD) für die Betreuung von Alten, Kranken, Behinderten etc. eingesetzt werden. Ehrenbergs Kostendämpfung mit Hilfe der Sozialstationen, und um nichts anderes als Unterstützung dieser Maßnahmen handelt es sich, würde dadurch erheblich erleichtert. Bisherige Plätze: 107.

Abgesichert würden die Maßnahmen durch folgenden neuen Passus im Zivildienstgesetz: ,,Eine Beschäftigungsstelle kann auf ihren Antrag anerkannt werden, wenn 1. sie insbesondere Aufgaben im sozialen Bereich, im Bereich des Zivilschutzes, im Bereich des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege durchführt.''

Einsatzbereiche der Zivildienstpflichtigen (Mitte 1979)

Krankenhäuser	22,5%
Verwaltungstätigkeiten	13,6%
Behindertenstätten	13,5%
Unfall-, Rettungs., Krankentransp.	13,0%
Altersheime	11,7%
Jugendheime	10,9%
Sozialarbeit	9,3%
Sonstige	5,2%

Trägerverbände

	Stellen	Plätze
Diakonisches Werk	2695	8791
Dt. Caritasverband	1964	6399
Deutsches Rotes Kreuz	781	5480
Dt. Jugendherbergswerk	1403	5475
Dt. Krankenhausges.	507	4066
Arbeiterwohlfahrt	523	2370
Arbeiter-Samariter-Bund	95	1240
Sonstige	2194	8330

Fast zwei Drittel der USA-Besatzertruppen sind in Westeuropa stationiert

z.jük. ,,Die Vereinigten Staaten sind auf die Sicherheit und Integrität Westeuropas verpflichtet, nicht nur weil das im Interesse Europas liegt, sondern weil es auch im lebenswichtigen Interesse der Vereinigten Staaten liegt. Das ist die fundamentale Grundlage der nationalen Sicherheitspolitik der Vereinigten Staaten, mindestens seit 1947 und, wenn man so will, sogar seit 1917'', bemerkte USA-Verteidigungsminister Brown bei der Erläuterung des US-Verteidigungshaushaltes für 1980. Die Rivalität der beiden Supermächte beim Kampf um die Weltherrschaft konzentriert sich auf Europa. Die USA-Imperialisten haben 1978 in der NATO ein längerfristiges Programm durchgesetzt mit über 120 spezifischen Maßnahmen zur Verbesserung der konventionellen Streitkräfte. Diese Entscheidung umfaßt eine Erhöhung der Panzer in Westeuropa, die Verbesserung der Panzerabwehr, die Modernisierung und zahlenmäßige Verstärkung der Kapazitäten der NATO zur chemischen Kriegsführung sowie die Verstärkung der Fähigkeiten der NATO, kurzfristig die Munitionsbestände zu erhöhen. Außerdem wurde beschlossen, die Verteidigungsausgaben der NATO-Mitgliedsländer um jährlich 3% zu erhöhen. Nebenstehende Karte zeigt die ländermäßige Verteilung der USA-Truppen in Westeuropa.

Von ca. 500000 USA-Truppen im Ausland sind 325200 in Westeuropa konzentriert. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Gesamtzahl der USA-Truppen um 4800 Mann verringert. Aufstockungen der Truppen gab es in Westdeutschland (5000) und Großbritannien (700). Die 6. Flotte im Mittelmeer hat ihre Mannschaftszahl um 9800 verringert und umfaßt 25000 Mann. Während es sich bei der 6. Flotte um einen Abzug von Einheiten in den Indischen Ozean handelt und daher die Verringerung zustande kommt, bezwecken die USA-Imperialisten, insgesamt durch Konzentration der Kampfverbände und Verbesserung der Logistik eine Erhöhung der Kampfkraft ihrer Verbände in Westeuropa zu erreichen. Auf Grundlage der NATO-Planungen werden die Besatzungstruppen im einzelnen umgruppiert, im weiteren werden Material, Waffen und Nachschublager in Westeuropa angelegt, die im Falle eines Krieges gegen die Sozialimperialisten durch rasches (10 Tage) Einfliegen von Truppenverbänden aus den USA zum Einsatz gebracht werden sollen. ,,Wir haben unserem NATO-Arsenal weitere 47000 ferngelenkte Raketen zur Panzerbekämpfung hinzugefügt, haben mit der qualitativen Verbesserung unserer M60-Panzer begonnen, haben die Zahl unserer Hubschrauber vergrößert und zwei weitere Artilleriebataillone zu den bereits in Europa stationierten disloziert ... Im derzeitigen sich auf 5 Jahre erstreckenden Verteidigungsplan ist die Aufstellung von 3900 XM-1 Panzern und 3400 Mannschaftspanzern bis 1980 vorgesehen.'' (Brown)

Hinzu kommt der systematische Aufbau von Flugplätzen und damit verbundener Logistik (Tiefbunker, Radar etc.). Bis 1983 sollen weitere 2000 USA-Flugzeuge A 10 (Angriffsflugzeuge zur direkten Unterstützung der Landstreitkräfte durch Bekämpfung von Panzern u.ä.), F15 (Kampfflugzeuge für die Sicherung der Luftüberlegenheit) und F16 (Mehrzweckflugzeug für die Sicherung der Luftüberlegenheit und den Angriff auf Bodenziele) in Westeuropa stationiert werden.

Die Möglichkeiten der USA-Imperialisten, die die Vorherrschaft in der NATO haben, durch ,,Vorneverteidigung'' den imperialistischen Krieg rasch auf das Territorium des Sozialimperialismus zu legen, könnten durch diese Aufstockungs- und Konzentrationsmaßnahmen erleichtert werden. Hinzu kommt die Aufstockung der Atomwaffen in Mitteleuropa durch die USA-Imperialisten nach dem Mittelstreckenbeschluß der NATO.

,,Um diesen nationalen Bedürfnissen zu entsprechen, sieht der Haushalt 1981 für die Landesverteidigung eine Ausgabenermächtigung in Höhe von 161,8 Milliarden Dollar vor. Dabei werden die Ausgaben der nationalen Verteidigung auf 146,2 Milliarden im Jahr 1982 geschätzt, für 1983 eine Steigerung auf 165,5 Milliarden veranschlagt''. (Carter) Gegenüber den Militärausgaben zur Zeit des Vietnamkrieges ist das eine Steigerung von über 120%.

Die Kosten für die Stationierung der 325200 USA-Truppen in Westeuropa tragen auf Grund von NATO-Beschlüssen und Besatzerrechten, auch die Kosten für die neuen Anlagen, zum erheblichen Teil die Stationierungsländer.



Aufruf zum Generalstreik in Pakistan

z.elf. Am 19.6. demonstrierten in Lahore, Pakistan, trotz Verbot mehr als 3000 Menschen für die Aufhebung des seit dem 5. Juli 1977 geltenden Kriegsrechts. Die Demonstration war die größte seit einem Jahr und von Rechtsanwälten organisiert, die gegen neuerliche Einschränkungen der Rechte der zivilen Gerichte protestierten.

Zia Ul Haq hat nach seiner Machtergreifung 1977 verschiedene Versuche unternommen, die Selbständigkeit Pakistans gegenüber imperialistischen Erpressungen – inzwischen schuldet Pakistan den Imperialisten etwa 8 Milliarden Dollar – zu entwickeln. Die Unterdrückung durch das Kriegsrecht hat jedoch die Entfaltungsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung im Kampf für die Unabhängigkeit des Landes vom Imperialismus entscheidend behindert. Auf Sabotage, Angriff oder Widerstand gegen die Armee steht die Todesstrafe, Organisierung oder Teilnahme an einer nicht genehmigten Versammlung wird mit bis zu fünf Jahren, gewerkschaftliche Betätigung mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft. Die zunächst für Herbst 1977 versprochenen Wahlen hat Zia Ul Haq am 4. Juni 1980 erneut auf unbestimmt verschoben.

Die Arbeiterbewegung hat nach dem Putsch Zia Ul Haqs den Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus weitergeführt. Im Dezember 1977 streikten die Textilarbeiter einer Fabrik in Kaschmir für Lohnzulagen, im Januar 1978 gelang es der Polizei erst nach einer Woche, die vier von den Beschäftigten im Streik um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen besetzten Fernsehstationen zu stürmen. Im Oktober 1979 gingen mehrere Generalkonsulate des Hauptgläubigers USA in Flammen auf.

Ein Aufruf zum Generalstreik am 5. Juli 1980 ist ein erster gemeinsamer Schritt mehrerer politischer Gruppen des Landes. Sie fordern freie Wahlen, Aufhebung der Zensur und der Schranken der Gewerkschaftsfreiheit, Generalamnestie für alle politischen Gefangenen.



Der Rekordbaumwollexport 1980 entspricht gerade 4% der Auslandsschulden.

Bereinigung der Klassenfront – Hauptziel der imperialistischen Einmischung gegen die Türkei

z.anb. Am 2.7. ist das Mißtrauensvotum der sozialdemokratischen CHP Ecevits (202 Sitze von 450 der türkischen Nationalversammlung) mit 227:214 Stimmen abgelehnt worden. Entscheidend für die Regierung Demirel war die Tatsache, daß die Nationale Heilspartei Erbakans (MSP) ihre Gegnerschaft gegen das von Demirel angekündigte EG-Beitrittsgesuch zurückstellte. Dafür gibt es zwei Gründe: 1. Das Programm der MSP, Islamisierung der Türkei, Stärkung der Zusammenarbeit mit den islamischen Staaten, kann keine Kraft entfalten, weil es einhergeht mit der Unterdrückung der Kämpfe der Arbeiter und Bauern. 2. Das am 30.6. in Brüssel erneuerte
Kämpfe der Arbeiter und Bauern. 2. Das am 30.6. in Brüssel erneuerte
Assoziierungsabkommen der EG mit der Türkei hat die Front der MSP gegen einen unmittelbar anstehenden EG-Beitritt abgestumpft.

Das Abkommen ist ein Moratorium zur Bereinigung der Wirtschaftslage und des Klassenkampfs der Arbeiter und Bauern, die Demirels Kurs der Öffnung gegenüber dem imperialistischen Kapital mit heftigen wirtschaftlichen Kämpfen und dem Angriff auf die Unterdrückung durch das Kriegsrecht beantworten. Der etappenweise Zollabbau für türkische Agrarprodukte bis 1987 etwa berührt nicht die „Protektionsinstrumente des EG-Marktes" (Le Monde, 3.7.), weil weder Einfuhrkontingente noch ad-hoc-Maßnahmen „aufgrund der Marktlage" ausgeschlossen werden. Der ursprünglich bis 1986 abzuschließende Prozeß der Gleichstellung türkischer Arbeiter in der EG wurde auf Betreiben der BRD bis 1983 zurückgestellt, wo sie einer neuerlichen Gesamtprüfung unterzogen werden soll.

Immer deutlicher zeigt sich, daß Demirels Kurs die Unabhängigkeit nicht sichern kann, nicht nur, weil er gegen direkte Abhängigkeit von einer Supermacht die Abhängigkeit von der EG als kleineres Übel setzt; die offene Unter-
kleineres Übel setzt; die offene Unter-
drückung der Arbeiter und Bauern richtet sich gegen den einzigen Garanten derselben. Während die EG-Strategie des wirtschaftlichen Drucks sich in die US-Nato-Strategie einfügt, sucht die Sowjetunion nach Flanken der Einmischung in der Front der Gegner von NATO und EG. Ihre revisionistische Agentur, die KP Griechenlands, z.B. hat gegen die am Rande der NATO-Tagung erzielte Verständigung über friedliche Beilegung der Ägäis-Streitfrage folgende Propaganda gesetzt: „gegen die Unterwerfung unter die NATO", gegen den „Ausverkauf nationaler Interessen an die Türkei".

Das antiimperialistische Klassenbündnis im Iran ist gefährdet

z.gek. „Die politische Atmosphäre ist explosiv ... Die islamischen Strömungen arbeiten nicht zusammen, sondern bekämpfen sich", hat Staatspräsident Bani-Sadr kürzlich im Editorial seiner Zeitschrift „Islamische Revolution" geschrieben. Er kritisiert direkt die von Geistlichen geführte „Islamisch-Republikanische Partei" (IRP), die bei den Parlamentswahlen die absolute Mehrheit der Sitze (bei nur einfacher Stimmenmehrheit) gewonnen hat, und jetzt die gewaltsame Säuberung aller Schulen, Hochschulen, Behörden und Institutionen von „unislamischen Elementen" betreibt. Darin folgt sie freilich nur einem Aufruf Khomeinys. Sämtliche von Bani-Sadr im Revolutionsrat durchgebrachten Gesetze, einschließlich der Landreform, sind blockiert. Dieser hat Khomeiny jetzt seinen Rücktritt angeboten.

In wachsender Zahl gelten Todesurteile nicht mehr Vertretern des alten Regimes, sondern fortschrittlichen Kräften. Revolutionäre Organisationen, darunter die Volks-Mujahedeen, deren Vorsitzender Rajavi um ein Haar zum Abgeordneten von Teheran gewählt worden wäre, werden in die Illegalität gedrängt. Soweit wohlauf befinden sich die Tudeh-Revisionisten, die sich islamischer aufführen als die IRP und sich ihr als Verbündete aufdrängen. – In den Gebieten der nationalen Minderheiten, vor allem in Kurdistan, hat die Armee den Waffenstillstand gebrochen und mit schweren Waffen gegen die Städte losgeschlagen.

Viele Anzeichen sprechen dafür, daß das zeitweilige Bündnis der Arbeiterbewegung und revolutionären Kräfte im Volk mit dem islamischen Staat und der hohen schiitischen Geistlichkeit, die die rückständigeren Teile der nationalen Bourgeoisie, Kleinbourgeoisie und vom Schah expropriierten Landeigentümer vertritt, dabei ist, zu Bruch zu gehen. Die Weizenernte beträgt nur 5,5 Mio. t. statt der minimal notwendigen 7,5 Mio. t. Die Inflation zehrt an den nach der Revolution kräftig erhöhten Löhnen und Einkommen der Werktätigen. Teile der Arbeiter haben jetzt Lohnstreiks aufgenommen, so – trotz schwerer Drohungen – die Belegschaft der Teheraner Wasserwerke. Auf die vom „Generalrat der Arbeiter des Iran" erhobenen Forderungen zum Arbeitsgesetz (vgl. KVZ 25/80) hat das Parlament unserer Kenntnis nach bisher nicht reagiert.



Philippinen: Neue Aktionen der Volksarmee

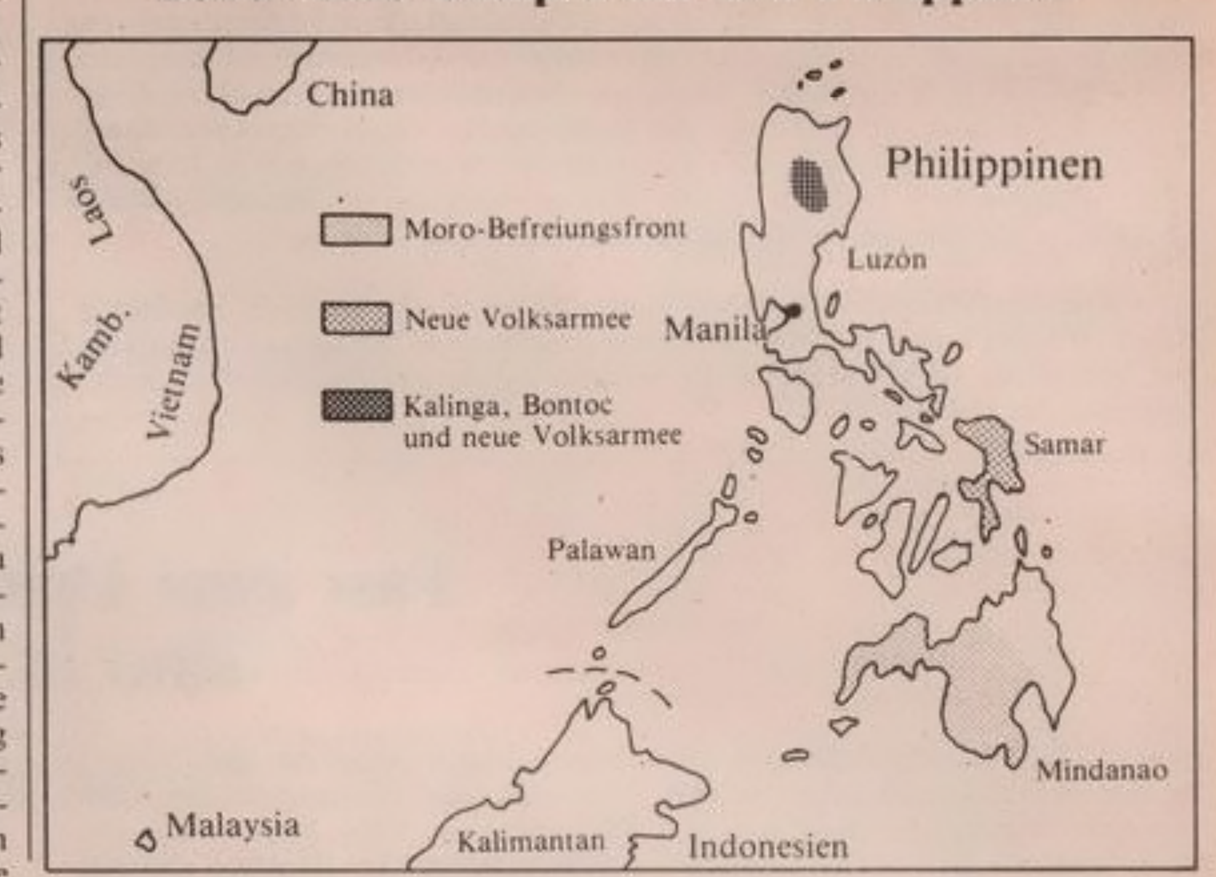
Staudammbau kommt nicht voran / Befreite Gebiete werden ausgeweitet

z.mat.Sydney. Am 24. April wurde der Kalingaführer Macli-Ing Dulang in seinem Haus im nördlichen Luzon, der größten Insel der Philippinen, im Bett erschossen. Ein anderer Führer der Bewohner der Kalingaprovinz entging den Kugeln der Mörder in Militäruniform, die mit Maschinengewehren aus einem fahrenden Auto durch die Hauswand schossen, weil er eine Strohpuppe in sein Bett gelegt hatte. Wenige Tage darauf erklärten 15 Führer der Volksstämme von Kalinga-Apayao und Bontoc auf einer Pressekonferenz in Manila, daß der Mord nicht das Ende ihres Widerstandes gegen die Ruinierung ihrer Existenz als Reisbauern ist, sondern der Auftakt zu entschlossener Ausweitung des Kampfes. Begonnen hatte der Widerstand im Jahr 1974, als die philippinische Regierung den Bau eines Staudammes für ein Wasserkraftwerk im Tal des Chicoflusses ankündigte. Der geplante Stausee ist Teil eines umfangreichen Plans, mit dem die Imperialisten die Voraussetzungen schaffen wollen für den Ausbau der Rohstoffplünderung des Landes und der Ausbeutung der Filipinos in der Verarbeitungsindustrie. Über 125 Millionen US-Dollar hat allein die Weltbank für die Entwicklung derartiger Industrie an Krediten an die Philippinen vergeben. Insgesamt betrug die Summe der 1978 ausstehenden Kreditrückzahlungen über vier Milliarden Dollar, die Rückzahlungen stiegen 1974 bis 1978 von 13% auf 19% des Bruttosozialprodukts. Die Verschärfung der finanziellen Abhängigkeit nutzen die Imperialisten, um den Druck auf die Regierung zur Durchsetzung der anderen zwei Voraussetzungen zu erhöhen: der Schaffung einer ausreichenden Elektrizitätsversorgung und der Bereitstellung eines Arbeiterreservoirs durch beschleunigte Ruinierung der Bauern.

Mit verstärkter Suche nach Öl in den Küstengewässern, dem Bau geothermischer Kraftwerke und anderen Projekten versucht die Regierung in Manila, den Forderungen nach mehr Energie nachzukommen. Pläne für ein Kernkraftwerk wurden im letzten Jahr zurückgestellt, weil die Regierung nach dem Betriebsunfall in Harrisburg nicht bereit war, vom US-Hersteller Westinghouse einen Reaktor desselben Typs zu kaufen. Umso entschlossener treibt sie den Bau des Chico-Staudamms voran, mit dem gleichzeitig bis zu 100000 Bewohner der Region ihrer Existenzgrundlage beraubt werden sollen. Die Bewohner von Kalinga und Bontoc gehören zu den zahlreichen nationalen Minderheiten, die es auf fast allen Inseln der Philippinen gibt und die ihre Sprache und Kultur gegen alle Angriffe fremder Eindringlinge verteidigen konnten. Den Imperialisten ist es in der Vergangenheit gelungen, Widersprüche zwischen Stämmen und Dörfern zur Festigung ihrer Herrschaft zu nutzen, doch konnten sie die Grundlage der ländlichen Produktion, den über Jahrhunderte entwickelten Reisanbau, nicht zerstören. Noch heute lebt über die Hälfte der Bevölkerung von der Landwirtschaft, und die Produktionsmethoden der Völker von Kalinga und Bontoc gehört zu den am höchsten entwickelten des Landes. Die mit Steinmauern gefaßten, künstlich bewässerten Terrassenfelder der Gebirgshänge in Kalinga zählen zu den ältesten Kulturerrungenschaften Südostasiens. 1200 von ihnen, Existenzgrundlage für 5000 Bauern, sollen der ersten Ausbaustufe Chico IV zum Opfer fallen. Gegen die Bedrohung ihrer Existenz schlossen sich 150 Führer und Dorfälteste 1975 in einem Anti-Damm-Friedenspakt zusammen. Heute gibt es 180 solcher Abkommen allein im Gebiet von Chico IV. Die Regierung reagierte darauf mit militärischem Terror. 1978 verlegte sie das 60. Polizeibataillon in das Gebiet. In kurzer Zeit war es im Volk so verhaßt, daß die Regierung einer Petition von 1000 Kalinga-Einwohnern nachgeben und die Truppen durch das 51. Polizeibataillon ersetzen mußte (dessen Anwesenheit in Südmindanao war dort ebenfalls unhaltbar geworden). Die neuen Truppen waren ebensowenig erfolgreich wie die alten, sehr zur Beunruhigung der US-Imperialisten, in deren strategischem Konzept die Philippinen das Rückgrat militärischer Präsenz in Südostasien und im Pazifik bilden (sowohl die Marine als auch die Luftwaffe unterhalten je einen großen Stützpunkt im Land). Um den Druck auf die Regierung in Manila zu verstärken, sorgten sie dafür, daß die Weltbank die Gewährung eines Kredits für Chico IV ablehnte.

Eine entscheidende Stütze fand der Kampf des Volkes in Kalinga und Bontoc durch den Beschluß der Kommunistischen Partei der Philippinen, Ende 1976 Genossen ihrer Neuen Volksarmee in die Region zu schicken. Bis dahin hatte sie fast ausschließlich auf der östlichen Insel Samar operiert, wo sie nach dem Prinzip des langandauernden Volkskrieges und der Einkreisung der Städte vom Lande her bereits einige befreite Gebiete errichtet hatte. Sie organisierte dort die Bauern im Widerstand gegen die Grundbesitzer, setzte die Senkung der Pachtraten durch und beseitigte den Zwang zu hohen Steuerabgaben durch Vertreibung der staatlichen Verwaltung. Heute kontrolliert die von ihr geförderte Selbstverwaltung fast alle ländlichen Gebiete auf Samar, und auch aus mehreren Städten ist die zentrale Staatsgewalt bereits vertrieben. Die Bindung großer Truppenverbände auf Samar durch die Ausweitung des bewaffneten Kampfes und die Kampftätigkeit der Befreiungsfront des Morovolkes, einer islamischen nationalen Minderheit in Südmindanao, gaben der Partei Raum zu politischer Arbeit in Kalinga und Bontoc. Anfangs gingen unbewaffnete Genossen in die Region, um in den Dörfern der Reisbauern zu leben und die Notwendigkeit des organisierten Kampfes zu propagieren. Der Widerstand der Bauern erhielt dadurch neuen Aufschwung und eine schlagkräftige politische Führung. Im Dezember 1978 organisierten 21 Dörfer eine Konferenz zur Beratung über die Ausweitung des Kampfes. Im Oktober 1979 mußte die Regierung das 51. Polizeibataillon abziehen und durch das 44. Armeebataillon ersetzen. Das Gebiet um Chico IV wurden zur „Feuer-frei"-Zone erklärt. Inzwischen hatte die Neue Volksarmee ihre militärischen Operationen in der Region aufgenommen. Auch wenn es in Kalinga und Bontoc noch keine endgültig befreiten Gebiete gibt, kann sie den Schutz der Bauern in vielen Dörfern bereits gewährleisten und damit Bedingungen schaffen für den Aufbau einer Verwaltung des Volkes. Oft genügt schon ein Brief an einen Großgrundbesitzer, um erpresserischen Pachtforderungen und Brutalität ein Ende zu machen.

Die Kämpfe der Neuen Volksarmee, der Moro-Befreiungsfront und anderer nationaler Minderheiten stützen sich gegenseitig. Auch auf Mindanao hat die Kommunistische Partei inzwischen die Organisations- und Kampftätigkeit aufgenommen, gelegentlich ist es dort zu Aktionsabsprachen mit den Morokämpfern gekommen. Die Zahl der befreiten Gebiete nimmt zu. Rufe bürgerlicher Politiker nach allgemeinen Wahlen und Beendigung des geltenden Kriegsrechts zeigen, daß sich Risse im Lager der nationalen Bourgeoisie entwickeln.



Mehrheit der OAU für Aufnahme der DARS

z.inl. Die Demokratische Arabische Republik Sahara hat am 23.6. ihre Aufnahme in die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) beantragt. Zu diesem Zeitpunkt wurde sie von 23 afrikanischen Staaten anerkannt. Auf der OAU-Gipfelkonferenz letzte Woche in Freetown erklärten Zimbabwe, Mali und Tschad ihre Anerkennung der DARS. Damit ist die Mehrheit für die Aufnahme der jungen Republik als 51. OAU-Mitglied erreicht. Seit Jahren ist die OAU bemüht, den afrikanischen Konflikt, Erbe des spanischen Kolonialismus, in dem das OAU-Mitglied Marokko als Aggressor auftritt, friedlich zu lösen. Der Bericht des ad-hoc-Komitees, aus Sudan, Guinea, Mali, Nigeria, Tansania und Liberia gebildet, an den Gipfel forderte dazu: vollständiger marokkanischer Truppenabzug aus der Westsahara als Vorbedingung für ein Referendum des saharauischen Volkes. 85% des nationalen Territoriums sind unter Kontrolle der F.Polisario. Die Volksbefreiungsarmee ALPS greift beharrlich die noch verbliebenen Garnisonen, die Marokko mit massiver militärischer Unterstützung des US-Imperialismus hält, an. Ende Juni wurden bei einem Gefecht bei Guelta Zemmour über 200 marokkanische Soldaten getötet und 125 verwundet; am 30.6. wurden die militärischen Einrichtungen der südmarokkanischen Stadt Akka zerstört. Unter diesem militärischen Druck und dem politischen Druck der OAU hat sich Marokko jetzt erstmals zu Gesprächen mit der F.Polisario, Algerien und Mauretanien über die Westsahara bereiterklärt.

Erfolgreiche Schläge gegen das israelische Siedlerregime

z.pel. Mit Angriffen auf den zionistischen Staatsapparat haben die palästinensischen Volksmassen in den letzten zwei Wochen ihre Kampfaktionen zur Befreiung des Landes verstärkt und direkt auf erneute Attentate gegen palästinensische Bürgermeister geantwortet. Am 27.6. wurde der israelische Geheimdienstkommandant Golan bei Nablus erschossen. Bewaffnete Kämpfer der PLO griffen wenige Tage später erfolgreich Lastwagen der Armee in Jerusalem an. Der Streit in der israelischen Bourgeoisie verschärft sich. Nach einer Haushaltskürzung von 256 Mio. $, die mit der Inflationsrate von jetzt 150% begründet wurde und u.a. eine 3%ige Stellenstreichung im öffentlichen Dienst vorsieht, überstand die Regierung Begin nur knapp einen Mißtrauensantrag.

Das Volk von Vanuatu hält am Unabhängigkeitstermin fest

z.mif. Vanuatu heißt „Unser Land", und die Nationale Partei von Vanuatu hält daran fest, daß das Land am 30. Juli endlich unabhängig wird, trotz der Versuche der Imperialisten, die „Neuen Hebriden" in Abhängigkeit zu halten. Die Nationale Partei hat beschlossen, den gesamten Boden zu nationalisieren und Siedlern nur noch gegen Pacht Boden zu überlassen. Die britischen und französischen Siedler raubten dem Volk seit dem letzten Jahrhundert so gierig das Land, daß sie z.B. in Vila Besitztitel über 200 Hektar ausstellten, wo die Insel nur 80 Hektar groß ist. Solche Streitigkeiten bedurften kolonialer Regelung; aus europäischen Gründen war Einigung der briti-

USA: Die Steuer- und Versicherungsabzüge treffen vor allem die unteren Lohngruppen

z.rül. Knapp 900 Mrd. $ wird die US-Finanzbourgeoisie dieses Jahr über ihren Staatsapparat an Steuern, Gebühren und Sozialversicherungsbeiträgen eintreiben. Lediglich etwa 300 Mrd. $ davon fließen, verbunden mit grausamen Schikanen und ständiger Bespitzelung, in Form von Wohlfahrtshilfe etc. wieder an die Volksmassen zurück. Der Rest verbleibt in den Fängen der Finanzbourgeoisie. Das sind fast 50% der Lohn- und Gehaltssumme aller Lohnabhängigen, die die US-Finanzbourgeoisie zur Finanzierung ihres gewaltigen Unterdrückungs- und Kriegsapparates an sich rafft.

Die beiden wichtigsten Saugarme, über die sie diese gewaltigen Lohn- und Einkommensbestandteile der Volksmassen in ihre Staatskassen lenkt, sind die Einkommenssteuer und die Sozialversicherungsbeiträge, die „payroll-taxes". Für beide Formen der Ausplünderung schuf die Finanzbourgeoisie die gesetzlichen Handhaben während oder kurz vor dem zweiten Weltkrieg. Bis dahin hatte sie in der Hauptsache über Verkaufssteuern auf viele Produkte den Arbeitern noch den letzten Bissen vom Munde weggesteuert, vor allem aber über die Vermögenssteuern zahllose Farmer und kleine Handwerker ruiniert.

1935, als die Kapitalisten durch die Weltwirtschaftskrise Millionen von Farmern und kleinen Handwerkern vernichtet und noch mehr Arbeiter aufs Pflaster geworfen hatten, führte die Regierung Roosevelt die erste – erbärmliche – staatliche Rentenversicherung ein. 1943 wurde dann die Einkommenssteuer auf fast alle Lohnabhängigen ausgedehnt. Die Zahl der von der Einkommenssteuer Erfaßten – Ende der 30er Jahre bei 5,1 Mio. – stieg bis 1946 auf 78,28 Mio. oder 57% der gesamten Bevölkerung. Die Einkommenssteuer-und Sozialversicherungsabzüge für einen Arbeiter mit durchschnittlichem Lohn der verarbeitenden Industrie – 1940 für ledige Arbeiter bei 2%, für verheiratete mit zwei Kindern bei 1% – stiegen bereits bis 1946 auf 14% für ledige Arbeiter und 2% für verheiratete mit zwei Kindern. Heute betragen die gesamten Abzüge für einen Arbeiter – wieder mit dem Durchschnittslohn in der verarbeitenden Industrie – 21,47% für Ledige, 14,14% für Verheiratete mit zwei Kindern (März 1980).

Das US-Einkommenssteuersystem ähnelt auf den ersten Blick der westdeutschen Lohn- und Einkommenssteuer. 1980 kann jeder Lohnabhängige von seinem Bruttojahreslohn 1000 $ (1 $ = 1,76 DM) als persönlichen Freibetrag abziehen, weitere 1000 $ für jedes Kind sowie seine Ehefrau, wenn diese nicht arbeitet bzw. beide ihre Steuer zusammen zahlen. Hinzukommen für den größten Teil der Lohnabhängigen „Standard"-Freibeträge von 2300 $ pro Jahr (für Ledige) bzw. 3400 $ (für Verheiratete). Zusammen kann so ein lediger Arbeiter umgerechnet ca. 480 DM pro Monat vom Bruttolohn abziehen, ein verheirateter mit zwei Kindern 7400 $ oder ca. 1080 DM im Monat. Der Steuersatz auf den zu versteuernden Lohn beginnt dann bei 14% und steigt bei einem zu versteuernden Lohn von 12000 $ im Jahr – etwa für einen Stahlarbeiter – auf 21% an. Bei fast allen Lohnabhängigen wird die Einkommenssteuer von den Kapitalisten einbehalten und vierteljährlich abgeführt.

Auf den ersten Blick erscheint diese Besteuerung als verhältnismäßig „gering". Rechnet man aber mit ein, daß die Lohnabhängigen praktisch die gesamten Kosten der Gesundheitsversorgung aus ihrem verbleibenden Nettolohn bzw. durch private Krankenversicherungen zahlen müssen, sieht das schon anders aus. Seine ganze Brutalität aber entwickelt dieses System der Ausplünderung über die Verbindung mit den „payroll-taxes", den Sozialversicherungsabzügen. 1935, bei Einführung der staatlichen Rentenversicherung, lagen die Beiträge nur bei 1% für Lohnabhängige (und Kapitalisten). Seitdem weitete die Regierung dieses Netz ständig aus. 1939 kam die „Hinterbliebenenrente" hinzu, 1957 die Arbeitsunfähigkeitsrente, 1966 eine Krankenhauskosten- und allgemeine Krankenversicherung *für Rentner*. Ständig begleitet von Beitragserhöhungen, versteht sich, während die Zahlungen aus diesen Versicherungen erbärmlich blieben. Die staatliche Rentenversicherung etwa zahlte 1979 durchschnittlich 323,43 $ im Monat an Rentner, an Rentnerinnen nur 254,26 $. Die Beiträge für diese staatlichen Versicherungen werden heute von fast allen Lohnabhängigen erhoben; 1979 betrug der Satz 6,13% je Lohnabhängiger, 1981 soll er auf 6,65% steigen. Die Kapitalisten zahlen den gleichen Satz. Aber während sie diese Zahlungen auf tausenderlei Wegen von anderen Steuern absetzen können, wird für die Lohnabhängigen dieser Beitrag auf den *gesamten* Lohn erhoben, ohne jeden Freibetrag.

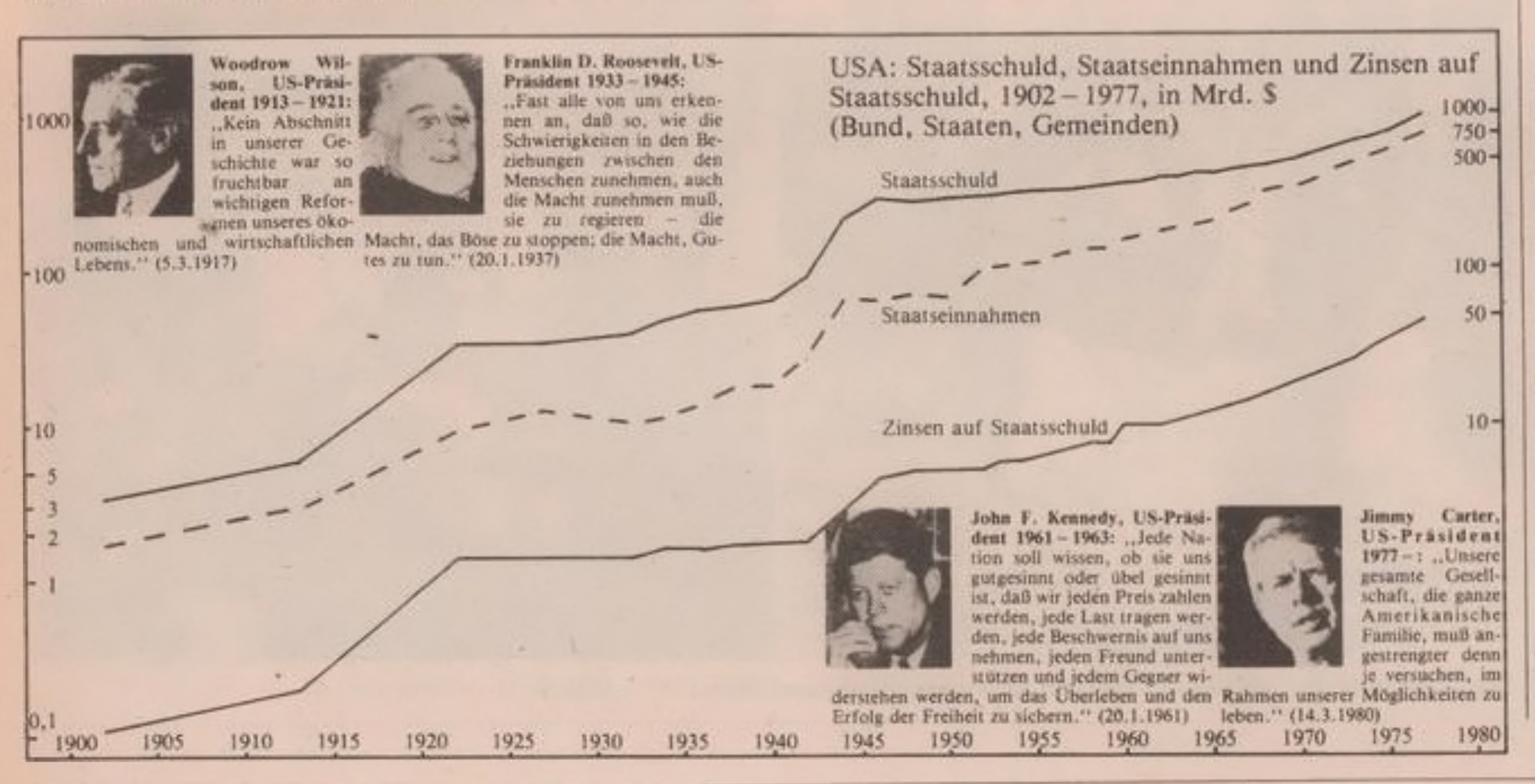
Das Ergebnis: 1975 zahlten allein die Familien mit einem Einkommen unter der offiziellen Armutsgrenze 2,5 Mrd. $ „payroll-taxes"! Lohnabhängige mit einem Einkommen von 5000 $ im Jahr (ca. 730 DM im Monat), die 1970 „nur" 5,6% Einkommenssteuer zahlten, mußten gleichzeitig weitere 9,6% ihres Bruttolohns als Sozialversicherungsbeitrag zahlen. Bereits 1976 hatte die US-Finanzbourgeoisie auf diese Weise in den staatlichen Versicherungsfonds 67,3 Mrd. $ aufgeschatzt – während die Rentner von der Fürsorge leben, wenn sie nicht verhungerten oder im Winter erforen, es sei denn, sie hätten eine zusätzliche private Rentenversicherung abgeschlossen. 1975 sah sich der US-Kongreß gezwungen – wegen der „regressiven", d.h. die Ärmsten am stärksten plündernden Wirkung der „payroll-tax" –, einen Steuernachlaß einzuführen. Die kombinierten Steuerzahlungen von Lohnabhängigen mit einem Lohn unter 6000 $ im Jahr wurden dadurch um 10% des Lohns, maximal 500 $, verringert. Dieser Steuernachlaß wird mit steigendem Lohn gesenkt, bei 10000 $ Jahreseinkommen entfällt er ganz. Der Durchschnittslohn für alle Lohnabhängigen aber lag 1979 bei 11500 $ im Jahr! Die Folge: Die Masse der Lohnabhängigen, mit Einkommen zwischen 5000 und 10000 $ bzw. (nach Wechselkursen umgerechnet) ca. 730 bis 1460 DM brutto im Monat, liegt genau in der schärfsten Progressionszone dieser kombinierten Besteuerung. 1978 betrugen die Abzüge für 5000 $ Jahreseinkommen zusammen 6,1%, für 10000 $ bereits 16,6%.

Diese brutale Kombination von Einkommenssteuer und „payroll-tax" bildet jetzt auch die Grundlage für neuerliche „Steuersenkungs"-Vorschläge des republikanischen Präsidentschaftsbewerbers Ronald Reagan. Reagan forderte in der vorletzten Woche eine „10%-Steuersenkung": die *Steuersätze* der Einkommenssteuer sollen um je ein Zehntel verringert werden, der unterste Satz z.B. von 14 auf 12%, der oberste von 70 auf 63%. Dadurch und durch Abschreibungserleichterungen für die Kapitalisten sollen die Steuereinnahmen nächstes Jahr um 36 Mrd. $ weniger steigen, also nur noch um 46,6 Mrd. $ statt wie bisher geplant um 82,6 Mrd. $. Carter hat seine Pläne noch nicht bekanntgegeben. Dafür kündigte er vor wenigen Wochen – ohne jeden Widerspruch Reagans – eine weitere Erhöhung der payroll-tax im nächsten Jahr an. Sonst wären die Sozialversicherungen bald pleite, lautete seine Begründung.

USA: Steuereinnahmen von Bundesregierung, Bundesstaaten und Gemeinden, 1913 – 1977
in Mrd. $ zu jeweiligen Preisen

	Gesamteinnahmen		Einkommenssteuer		Gesellsch.-steuer		Vermögenssteuern		Verkaufssteuern		Sozialvers.-Beiträge	
	$	%	$	%	$	%	$	%	$	%	$	%
1913	2,98	*100*	–	–	0,04	*1,17*	1,33	*44,70*	0,67	*22,48*	0,00	*0,07*
1922	9,32	*100*	0,80	*8,58*	1,20	*12,87*	3,32	*35,63*	1,31	*14,01*	0,16	*1,74*
1940	17,80	*100*	1,18	*6,64*	1,28	*7,18*	4,43	*24,88*	4,11	*23,08*	1,95	*10,94*
1946	61,53	*100*	16,58	*26,94*	12,28	*19,96*	4,99	*8,10*	9,95	*16,17*	4,37	*7,10*
1960	153,10	*100*	43,18	*28,20*	22,67	*14,81*	16,41	*10,72*	24,45	*15,97*	17,61	*11,50*
1977	657,30	*100*	186,00	*28,30*	64,10	*9,75*	62,50	*9,51*	83,80	*12,75*	133,70	*20,34*

Quelle: US-Statistical Abstract, 1979; Historical Statistics of the USA, Colonial Times to 1970



Vietnamesicher Einfall nach Thailand, um Rückkehrerstrom zu unterbrechen

z.wos. Der Vorstoß vietnamesischer Infanterie am 23./24.6. über die Grenze nach Thailand hinein zielte auf die Flüchtlingslager Nong Mak Mun und Nong Chan, 15 und 30 km nördlich der Grenzstadt Aranyaprathet. Mehrere hundert Flüchtlinge wurden niedergemetzelt. Die große Mehrheit wurde von Kadern des Demokratischen Kampuchea, die zusammen mit der Thai-Armee den Invasoren bewaffneten Widerstand entgegensetzten, geordnet aus dem Kampfgebiet gebracht. Allein hier und in Khao-I-Dang sowie Sakeo weiter westlich leben ca. 150000 Khmer, die aufgrund der vietnamesischen Invasion aus ihrem Land vertrieben worden sind. Zum einen sollte ihre Rückkehr, teilweise im Rahmen des Programms der freiwilligen Rückkehr des UNO-Hochkommissariats (UNHCR), gestoppt werden; zum andern die Versorgungsroute für Lebensmittel und Saatgut gekappt werden – Teil der vietnamesischen Ausrottungsstrategie.

vietnamesischen Ausrottungsstrategie.

Diese Ziele wurden einstweilen erreicht, denn die vietnamesischen Truppen haben sich gleich hinter der Grenze eingegraben, bedrohen die Lager und Thailand damit weiterhin. Zu Recht fürchtet die vietnamesische Führung, daß sich die Rückkehrer dem bewaffneten Widerstand des Demokratischen Kampuchea anschließen. Allein zwischen dem 17. und dem 25.6. sind nach westlichen Angaben knapp 9000 Kampucheaner – Männer, Frauen und Kinder in die unter Kontrolle der Nationalen Befreiungsarmee stehenden Gebiete zurückgekehrt; hingegen ist nichts über eine Rückkehr in Gebiete unter vietnamesischer Oberherrschaft bekannt. Seitdem kürzlich nur 70 km von der Hauptstadt Phnom Penh entfernt Guerillakämpfer einen Güterzug des Marionettenregimes angriffen und an die 200 Soldaten töteten, kann nicht mehr geleugnet werden, daß die Nationale Armee an immer mehr Punkten des Landes zu empfindlichen Schlägen in der Lage ist.

Die vietnamesische Führung ist weiter krampfhaft bemüht, die internationale Anerkennung des von ihr installierten Heng-Samrin-Regimes zu erreichen. Die UNO-Vollversammlung, auf der von neuem über die legitime Vertretung Kampucheas abgestimmt werden wird, nähert sich. Neue Währung und neue „Verfassung" sollen dem Regime die dringend benötigte Reputation verschaffen. Aber Vietnam, das mittels seiner Diplomatie einen Keil zwischen die ASEAN-Staaten treiben und besonders Indonesien herausbrechen will, hat das genaue Gegenteil erreicht. Auf der Asean-Konferenz in Kuala Lumpur wurde die Verletzung der thailändischen Souveränität schärfstens verurteilt, die Anerkennung des Demokratischen Kampuchea erneuert. Angesicht dessen wurde die als „Erholungsurlaub" ausgegebene Reise des KPV-Generalsekretärs Le

Reise des KPV-Generalsekretärs Le

Duan nach Moskau dringend; kurz darauf folgte der Marionetten-Außenminister Mun Sen nach. Auch Giap ist in Moskau. Eine strategische Abstimmung mit dem sozialimperialistischen Oberherrn ist wohl nötig.



schen und französischen Imperialisten geboten. Sie begründeten 1906 ihr „Kondominium" (gemeinsame Herrschaft) über die Neuen Hebriden. 1968 begannen französische Siedler, Land an US-Spekulanten zu verkaufen, die ein Ferien- und Steuerparadies in der Südsee wollen. Der britische Teil der Kolonialverwaltung verbot den Landverkauf (die Kokos- und Kakaoplantagen auf Vanuatu sind vor allem in französischer Hand). Das verschafft der britischen Bourgeoisie Spaltungseinfluß auf den Unabhängigkeitskampf. 200 britische Soldaten stehen im Land, bereit zum Eingriff „gegen die Siedlerputsche" und gegen die Unabhängigkeit.

Polen: Höhere Fleischpreise – Arbeiter erstreiken Lohnerhöhungen

z.gek. Am 1. Juli waren in aller Stille die bisherigen subventionierten Preise für Rindfleisch, Speck, Eisbein, Puten, Enten und Gänse aufgehoben worden, ebenso für Zucker. Diese Lebensmittel werden nur noch in sog. „Kommerzläden" zu haben sein, 30 – 100% teurer als vorher. Rindfleisch z.B. wird statt bisher 46 Zloty jetzt 100 Zloty das Kilo kosten. Erst am 2. Juli begründete Ministerpräsident Babiuch im Fernsehen die Maßnahme. Er erklärte, die Preise deckten nicht annähernd die Produktionskosten, zumal die Erzeugerpreise für die Bauern erhöht werden mußten. Wie schon in der Regierungserklärung am 4. April angekündigt, würde in Zukunft ein Großteil der Lebensmittel zu Marktpreisen verkauft werden müssen. – Auf diese Erklärung Babiuchs hin haben Donnerstag und Freitag in mehreren Betrieben, darunter (wie 1974) in den Ursus-Traktoren-Werken in Radom, im Warschauer Stahlwerk, in den Autowerken in Trzcew bei Danzig sowie in Betrieben in Mielec und Lódź Teile der Belegschaften Warnstreiks durchgeführt, um Lohnerhöhungen zu bekommen. Der bisherige Fleischkonsum (im statistischen Durchschnitt knapp 70 Kilo pro Kopf/Jahr) war bei Löhnen zwischen 4000 und 8000 Zloty nur zu den bisherigen Preisen bezahlbar; das erklärte Ziel der neuen Maßnahmen ist denn auch, den Fleischverbrauch zu senken. Nach letzten Meldungen haben die Arbeiter der bestreikten Betriebe eine Lohnerhöhung von 10% erkämpft. – In den westdeutschen Presseberichten klingt leichter Ingrimm durch: Forderungen westdeutscher Bankiers, die gerade einen 1,5 Mrd. DM-Kredit an Polen aushandelten, waren für die Preiserhöhungen mit ausschlaggebend.

Wer den Strom liefert, kann ihn auch abschalten

z.ulg.Rom. Die Sowjetunion hat der italienischen Regierung den Abschluß eines Rahmenabkommens über Zusammenarbeit in der Energiepolitik vorgeschlagen. Unter anderem ist geplant, Italien über eine Verbundleitung an das sowjetische Hochspannungsnetz anzuschließen. Im Austausch sollen italienische Firmen Kernkraftwerke liefern und sich an der Erschließung der sibirischen Erdgasvorkommen beteiligen. Vor allem die italienischen Staatsmonopole sind gleich angesprungen. Ein „Ost-West-Verbund" der Stromnetze, so der Chef des staatlichen Elektrizitätskonzerns, könne zur Lösung „des heute wichtigsten Weltproblems einen fundamentalen Beitrag leisten". Er meint den Ölpreis. Weitere Extraprofite könnten durch sowjetische Milliardenaufträge eingebracht werden. Rohöl und Kohle machten 1979 fast 43% der gesamten sowjetischen Ausfuhr nach Italien aus. Aber der Anteil der SU an den italienischen Energieträgerimporten liegt noch weit unter 10%. Strom wird bisher nur aus den Nachbarländern, vor allem aus der Schweiz und Frankreich importiert. Mit dem geplanten Deal würden sich die Sozialimperialisten moderne italienische Technologie sichern und die Abhängigkeit des Landes von sowjetischen Energielieferungen drastisch verschärfen. Schon bisher wird Uran für italienische Kernkraftwerke in der Sowjetunion angereichert.

Besonders gern „harmonisiert" die EG die Tabaksteuern

z.scc.Brüssel. Die EG-Kommission leutet für 1981 die dritte Stufe der Tabaksteuer„harmonisierung" ein. Zu vielversprechend waren auch die ersten Stufen, als daß die vereinten Bourgeois sich diese Gelegenheit zur (fast) „endgültigen Harmonisierung" entgehen ließen: In allen Ländern der EG sind die Steuer*sätze* seit 1973 zwischen 26% (BRD) und 125% (Belgien) gestiegen. Der besondere Clou bei der Tabaksteuer: Sechs EG-Staaten kannten ursprünglich nur „spezifische" Steuern, d.h. bestimmte Steuersummen pro Zigarette. Andere bevorzugten hingegen „Ad valorem"-Steuern, d.h. einen bestimmten Steuersatz auf den Verkaufspreis. Inzwischen habe alle Neun *sowohl* „spezifische" *als auch* „Ad valorem"-Steuern, und die EG-Kommission blickt erwartungsvoll in die Zukunft: „Gegenwärtig wird in erster Linie eine vollständige Harmonisierung der Verbrauchssteuer*strukturen* angestrebt. Die Harmonisierung der Steuer*sätze* wird zwangsläufig zu späterem Zeitpunkt erfolgen." Nicht zu vergessen die Mehrwertsteuer„harmonisierung"!

Zigarettensteuern in der EG, 1.9.79
in % des Verkaufspreises

	1	2	MWSt
B	3,60	62,05	5,66
Lx	4,00	55,55	2,00
NL	3,46	54,53	14,70
F	3,60	47,20	25,45
BRD	34,50	24,30	11,50
I	1,73	56,20	15,25
DK	48,61	23,04	16,84
GB	35,57	21,00	13,04
Irl	33,68	20,20	9,09

1: „spezifisch"; 2: „ad valorem"

20. Juli – nicht zu Unrecht Staatsfeiertag

z.ges. Einen gehörigen Teil ihrer Legitimation sucht die Bundesrepublik Deutschland in den Widerstandsgruppen, die mit dem 20. Juli 1944, dem gescheiterten Attentat des Grafen von Stauffenberg auf Hitler, in Verbindung standen. Gerstenmaier, früherer Bundestagspräsident, behauptete, Teil dieser Widerstandsgruppe gewesen zu sein. Der Sohn des Grafen Stauffenberg hält einen Parlamentssitz für die CDU.

Noch in jedem imperialistischen Krieg hat sich auf der Verliererseite ein Teil der herrschenden Klasse für rasche und glimpfliche Beendigung des Krieges ausgesprochen, und der 20. Juli zeigt, daß solche Teile der herrschenden Klasse notfalls auch vor Staatsstreichen nicht zurückschrecken. Die Widerstandsgruppen um den Grafen Stauffenberg kamen hauptsächlich aus Beamten- und Offizierskreisen, waren Angehörige der adligen Grundbesitzerklasse oder der Bourgeoisie. Ihr Ziel war, die Konsequenzen aus dem Scheitern von Hitlers Weltherrschaftsplänen noch vor der Niederlage zu ziehen und neue Wege einzuschlagen, um dem deutschen Imperialismus eine Großmachtstellung zu erhalten. Die Bundesrepublik beruft sich nicht zu Unrecht auf den 20. Juli.

Um der Niederlage zu entgehen, suchten die Leute um Stauffenberg das Bündnis mit England und den USA und boten sich den englischen und amerikanischen Imperialisten als Stoßtruppenführer gegen die sozialistische Sowjetunion an. Diesen Weg haben Adenauer und die anderen bürgerlichen Politiker nach der Niederlage des deutschen Imperialismus dann auch eingeschlagen. Sie mußten dabei etwas härtere Bedingungen in Kauf nehmen, als sie ein Carl Goerdeler 1943 noch erträumt hatte. Goerdeler, der bei gelungenem Staatstreich Reichskanzler werden sollte, spekulierte auf die Gegensätze innerhalb der Antihitlerkoalition: Deutschland müsse „um des deutschen Volkes, der Völker Europas und des Friedens der Welt willen moralisch und materiell stark" sein; zwischen England und Rußland bestünden Interessengegensätze von Ostasien bis zum Mittelmeer, vom Mittelmeer bis zum Nordatlantik; Europa brauche eine Sicherung gegen die russische Übermacht und eine solche Sicherung sei nur durch ein Bündnis zwischen Deutschland und England zu erzielen, zumal unsicher bleibe, daß Amerika dauernd Kräfte für diese Sicherung Europas zur Verfügung stelle. Goerdeler folgerte: „Daß Deutschland materiell wieder genügend stark werden muß, ergibt sich aus der Notwendigkeit, das Deutsche Reich zumindest gegen einen dauernden Druck der gewaltigen russischen Kraft zu sichern. Daraus ergibt sich auch die Notwendigkeit, den territorialen Bestand Deutschlands, wie er sich durch die Geschichte als sinnvoll und notwendig herausgestellt hat, zu erhalten."

Nach der Niederlage konnte die deutsche Bourgeoisie an diesen Forderungen nur noch formell festhalten, mußte aber in der Praxis, um ihre Herrschaft zu verteidigen, die Spaltung Deutschlands selber betreiben.

Goerdeler hatte den englischen Imperialisten eindringlich die Notwendigkeit eines Allianzwechsels vor Augen zu führen versucht: „Rußland dürfte die einzige Macht auf der Erde sein, die ohne eine große Flotte das englische Empire lebensgefährlich treffen könnte. Es ist selbstverständlich ureigenste Sache Englands, diese Lage zu prüfen und jede Schlußfolgerung zu ziehen, die es im eigenen Interesse für notwendig erachtet. Wir können nur unsere Meinung sagen, und die besteht darin, daß alle europäischen Völker westlich Rußlands sich gegen die russische Übermacht und Vorherrschaft sichern müssen."

Solche Überlegungen waren den englischen Imperialisten natürlich nicht fremd, und Churchill soll nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus gesagt haben, man hätte die falsche Sau geschlachtet. Osteuropa war dem Zugriff der westlichen Imperialisten entzogen, und der Sieg über den Faschismus, an dem die sozialistische Sowjetunion entscheidenden Anteil hatte, ermutigte die Völker überall, den Kampf für ihre Unabhängigkeit und Freiheit fortzusetzen. Goerdeler bot den englischen Imperialisten eine Aufteilung der Interessensphären an: „Wir Deutschen werden auf Flottenträume zu verzichten haben. Auch wir lieben das Meer und werden es befahren, aber wir können anerkennen, daß der Schutz der Meere durch England aus seinem eigenen Interessengebiet zu verwirklichen ist, während uns Deutschen die Hauptlast der Landsicherung Europas obliegt. Wir haben aber das größte Interesse daran, daß wir die Lasten dieser Sicherung nicht allein tra-
uns Deutschen die Hauptlast der Landsicherung Europas obliegt. Wir haben aber
das größte Interesse daran, daß wir die Lasten dieser Sicherung nicht allein tra-
gen. Daher scheint uns der Zusammenschluß der europäischen Völker zu einem europäischen Staatenbund geboten. Sein Ziel muß sein, Europa vor jeder Wiederkehr eines europäischen Krieges vollkommen zu sichern. Jeder europäische Krieg ist glatter Selbstmord. Die Zeit ist reif, diesen idealen Gedanken in die Wirklichkeit zu übersetzen, weil mit ihm die realen Interessen übereinstimmen."

Der ideale Gedanke dieses Widerstandskämpfers umfaßte auch die Wiederherstellung des „europäischen Kolonialbesitzes in Ostasien", den die japanischen Verbündeten der deutschen Imperialisten England und Frankreich abgejagt hatten. Es sei kein Geheimnis, „daß Deutschland sein Bündnis mit Japan für einen Verrat an den weißen Interessen betrachtet." Die Völker haben diese Angelegenheit dann anders entschieden und die Niederlage des japanischen Imperialismus genutzt, um den Kampf gegen die alten Kolonialmächte zu Ende zu führen.

Goerdeler ging davon aus, daß ein solches deutsch-englisches Bündnis auch die USA daran hindern könne, dauerhaft die Vorherrschaft in Europa zu erobern. Darüber äußerte er sich verklausuliert: „Deutschland ist erfreut, feststellen zu können, daß Amerika sich wieder mit europäischen Angelegenheiten auch nach diesem Kriege befassen wird. Deutschland ist überzeugt, daß es Märchen sind, die behaupten, Amerika wolle in Europa oder in Afrika festen Fuß fassen." Die vernichtende Niederlage im II. Weltkrieg machte es unmöglich, mit England gemeinsam ein europäisches imperialistisches Machtzentrum zu schaffen, nachdem dieses Vorhaben im Krieg gegen England gescheitert war. Die deutsche Monopolbourgeoisie mußte sich zunächst den USA unterwerfen, um ihren europäischen Plänen weiter nachzugehen. Adenauer zog die Konsequenz aus der Niederlage, der die Leute vom 20. Juli zuvorkommen wollten.

Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung

z.bew. Die deutsche Monopolbourgeoisie ging 1928, nach einer Phase des relativen Gleichgewichts, zu einer strategischen Gegenoffensive gegen die Arbeiterklasse über. Die Ergebnisse der Novemberrevolution und der Klassenkämpfe vor allem bis 1923 mußten beseitigt werden, sollte der zweite Anlauf im Kampf um die Weltherrschaft günstiger verlaufen als 1914–1918. Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft von 1928–1932 hatte, neben den USA, die deutsche Wirtschaft am stärksten getroffen. Bei einem absoluten Rückgang der Industrieproduktion aller kapitalistischen Länder fiel der relative Anteil Deutschlands an der Weltproduktion zwischen 1928 und 1932 von 11,6 auf 8,9%, während die europäischen Konkurrenten Frankreich und Großbritannien ihre Anteile von 7 auf 7,5 bzw. von 9,3 auf 11,3% ausdehnen konnten. Die Position der deutschen Bourgeoisie im Rahmen des kapitalistischen Weltmarktes war durch die Weltwirtschaftskrise noch weiter geschwächt. Die deutsche Monopolbourgeoisie mußte bei einem erfolgreicheren Anlauf im Griff nach der Weltmacht die Arbeiterbewegung zerschlagen und die Arbeiterklasse isolieren und isoliert die Ausbeutung auf bisher unbekannte Höhen treiben. Die Arbeitsgemeinschaftspolitik und die parlamentarische Demokratie waren zerschlissen, die Arbeiterbewegung und vor allem ihr revolutionärer Flügel hatten an Stärke gewonnen. Der Faschismus, der den offenen Terror gegen die Arbeiterbewegung mit einer kleinbürgerlich-demagogischen Ideologie zur Isolierung der Arbeiterbewegung und Abspaltung verlumpter Teile der Arbeiterklasse von der Arbeiterbewegung verband, war für die deutsche Monopolbourgeoisie zum Ausweg aus der Krise und zum ersten Schritt im erneuten Kampf um die Weltherrschaft geworden.

Die Ablösung der bürgerlich-parlamentarischen Staatsform der Bourgeoisherrschaft durch die offene terroristische Diktatur der Finanzbourgeoisie begann mit dem Verbot und der Unterdrückung der Organisationen der Arbeiterbewegung mit dem Ziel ihrer Zerschlagung. Nach dem von den Faschisten initiierten Reichstagsbrand im Februar 1933 wurde die KPD am 28.2.1933 verboten, Tausende ihrer Mitglieder in Gefängnisse und die neu errichteten KZs geworfen, am 2. Mai, nachdem die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer am Tag zuvor noch zu den nationalsozialistischen Maifeiern aufgerufen hatten, wurden die Gewerkschaften verboten, am 22. Juni folgte das Verbot der SPD, am 14. Juli wurde das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien verkündet, das „als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei" zuließ. Mit der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" vom 28.2.1933, keinen Monat nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten, waren die Verfassungsartikel, in denen die Rechte auf freie Meinungsäußerung, auf Pressefreiheit, das Versammlungsrecht, Brief- und Fernsprechgeheimnis, auf Unversehrtheit der Wohnung festgelegt waren, außer Kraft gesetzt worden. Mit dem „Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933 und dem „Gesetz über den ‚Neubau des Reiches'" vom Januar 1934 waren die Reste des bürgerlich-parlamentarischen Regierungssystems beseitigt und ein totalitäres Terrorregime installiert, das auf der vollständigen Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse und der Volksmassen basierte. 4656 Ermordete, 98 verhängte Todesstrafen, 28mal lebenslänglich Zuchthaus, 36247 Jahre Gefängnis- und Zuchthausstrafen waren die (unvollständige) Bilanz der ersten zwei Jahre faschistischen Terrors, ohne die Tausende, die ohne Gerichtsverfahren – oder aufgrund von Rassengesetzen – in den KZs und Zuchthäusern festgehalten oder ermordet worden waren.

Warum die deutsche Monopolbourgeoisie die faschistische Herrschaft brauchte, drückte Carl Goerdeler, Reichskommissar für Preisüberwachung unter Brüning und Hitler, Oberbürgermeister von Leipzig und später Mitangeklagter des mißglückten Staatsstreichs vom 20. Juli, in einem Memorandum und Gesetzentwurf für das Reichswirtschaftsministerium am 7. September 1933 so aus: „Was kann zur Förderung des Umsatzes weiter geschehen? Nichts, als daß besonders die Wirtschaft von den Fesseln sinnloser Tarifverträge ebenso frei gemacht wird wie von den Einbildungen aller möglichen Stellen, man könne die Wirtschaft gängeln ... Die schwerste Fessel für eine natürliche Wiederbelebung der Wirtschaft sehe ich in der Wahnsinnsvorstellung, daß zu allen Zeiten unter allen Umständen mehr als 8 Stunden nicht gearbeitet zu werden braucht, um existieren zu können. Die notwendige Arbeitsleistung des einzelnen und des Volkes richtet sich nach den natürlichen Verhältnissen, in denen es lebt. Diese sind augenblicklich für Deutschland, was Absatzmöglichkeiten nach dem Ausland und was erarbeitetes Kapital betrifft, außerordentlich schmal, also muß viel gearbeitet werden ... Aus psychologischen und wirtschaftsorganisatorischen Gründen erscheint mir eine vollkommene Abkehr vom Bisherigen erforderlich. Je rücksichtsloser und je entschlossener die Abkehr erfolgt, um so wunderbarer wird die Wirkung sein ... Ich schlage also vor, die Verordnung über das Tarifvertragswesen laut Anlage zu ändern. Der einzelne Unternehmer erhält freie Hand, mit seiner Belegschaft die Arbeitsbedingungen festzusetzen ..."

Beendigung der „Wahnsinnsvorstellung" vom Achtstundentag, „vollkommene Abkehr von dem Bisherigen", Aufhebung der „Fesseln sinnloser Tarifverträge", Schaffung der Voraussetzung, „daß viel gearbeitet werden kann" – dazu reichte die Fesselung der Arbeiterbewegung an die Arbeitsgemeinschaft nicht mehr aus, um diese Ziele der Finanzbourgeoisie durchzusetzen, mußte die Arbeiterklasse ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen beraubt werden. Nach den erfolgten Verboten der Organisationen des Proletariats wurden mit der Verordnung des Lohnstopps vom Mai 1933, dem Gesetz zur „Ordnung der nationalen Arbeit" vom Januar 1934 und in der Verord-





Besetzung und Zerstörung des Berliner Gewerkschaftshauses Mai 1933 / Illegale Druckerei

Jan Petersen: „Unsere Straße – Eine Chronik"

Geschrieben im Herzen des faschistischen Deutschlands 1933/34

„Für die feinen Pinkels", sagt Bruno und bleibt stehen. ‚Weiter zum Kabarettsaal', drängt Rudi, jede Minute fehlt nachher."

Der Saal hat in der Mitte eine glänzende Tanzfläche. Rechts ist ein Podium. Ein Flügel, zwei Reihen Stühle und Notenständer stehen darauf. An den Saalseiten stehen silberlackierte Tische und geschweifte Stühle. An den Wänden sind gleichfarbige Beleuchtungskörper mit Kristallschalen angebracht. Sie heben sich von den mit dunkelblauem Tuch bespannten Wänden hell ab.

Bruno rückt einige Tische zusammen, legt eine Decke auf den Stuhl daneben. ‚Los, die Nudelkiste uffbaun. Falls jemand kommt, schmeißt ihr die Decke über den Kram.'

‚Der Paradeonkel war der letzte', meint Rudi. Bruno pfeift durch die Zähne. ‚Der letzte. – Hat meine Mutter ooch jesacht – nachher war't doch wieder soweit.'

Rudi zeigt auf die kleine Bühne im Vordergrund. ‚Könnt ruhig poltern, wir machen schon genügend Schlosserlärm.'

Er geht mit Bruno nach vorn. Ich packe mit Franz den Greif-Abziehapparat aus, nehme die Wachsplatten aus dem Rucksack. Wir hatten sie zwischen Pappe gelegt, sie sind ganz glatt geblieben. Mumm haben die Jungs, als ob nicht ... zig Jahre Zuchthaus für jeden fällig sind, wenn's schief geht. Franz streicht mit der Farbentube die Gazescheiben des Sprungdeckels ein. Dann heften wir die Wachsplatten mit Reißnägeln straff auf den Apparat.

‚Legst immer von der Seite an, Karl. Ich ziehe rüber. Sieh mal, so', sagt Franz. ‚Geht am schnellsten.' Er legt einen Bogen an die Gummiwalze und rollt.

Wie er die Namen auseinanderhält! Ich bin hier ganz selbstverständlich ‚Karl' für ihn.

‚Es muß Ruck zuck gehen. Anlegen, rüberziehn, anlegen, rüberziehn.'

Wir prüfen den ersten Abzug.
DIE ROTE FAHNE
steht groß über der Seite.
‚Bißchen fett, schmiert', sage ich.

‚Die nächsten werden ...' Vorn fangen die beiden an zu hämmern. Ich nicke nur. Nach einem Dutzend Bogen hab ich das Arbeitstempo weg. Anlegen – Franz feuchtet die Gummiwalze an – zieht rüber – Sprungdeckel hoch – Abzug weg – anlegen. Die fertigen Seiten häufen sich auf dem Nachbartisch.

Die Rote Fahne – Die Rote – Die Rote – Auf der Bühne hämmern sie auf einem Eisengegenstand. Der Saal dröhnt. Rechte Hand abnehmen – linke neuer Bogen – geraderücken – Klappe runter – Franz! – rechte Hand abnehmen – meine Hände gehen wie Hebel hin und her.

Was hat neulich in einer Pressekorrespondenz der Berliner Bezirksleitung gestanden? ‚Aus einem geheimen Bericht der Gestapo: Wir müssen bei unseren Beobachtungen und Zugriffen schneller und präziser werden. Es hat sich gezeigt, daß wir hinter den ständig wechselnden Methoden der Kommunisten nachklappen ...'

Vor zwei Stunden hat hier die Jazzband gespielt. In den Kojen dort hinten haben vielleicht hohe SA- oder SS-Uniformen gesessen. Jetzt ‚nudeln' wir hier. Dutzende Abziehapparate sind vielleicht in diesem Augenblick in der Stadt in Bewegung. Göring läßt verhaften, ‚auf der Flucht erschießen.' Flugblätter und Zeitungen sind aber immer wieder da. Rechte Hand – linke Hand – Bruno klettert von der Bühne. Er steht vor uns, wippt mit dem Hammer. Die Gummiwalze rollt, meine Hände greifen. Brunos Gesicht ist schweißig und verschmiert. Er grient. Seine Boxernase wird noch breiter.

‚Flutscht, watt? Kann schon ein Drittel sein.' Er nickt zu dem fertigen Stapel hin und geht wieder. Wir arbeiten schweigend. Der Stapel leeres Papier wird langsam kleiner. Vorn dröhnen die Hämmer. Bisweilen rufen sich die beiden etwas zu. Ich kann aber nichts verstehen. Vielleicht auch nur ‚Theaterlärm'. Die Jungs sind richtig!

Als wir den letzten Bogen anlegen, sehe ich nach der Armbanduhr. Es ist kurz nach sieben Uhr. Meine Augen schmerzen, die Arme sind lahm. Bei jeder Bewegung zieht es in den Schulterblättern.

‚Geschafft', sagt Franz ...
‚Hallo! Hallo!' ruft Franz. Das Hämmern bricht ab, die beiden kommen polternd herunter. ‚Karl geht.'
‚Servus dann, Hilfsmonteur', sagt Rudi." (S. 98ff)

‚Schöne Matjes ... deutsche Matjes ... na, was soll's denn sein?' ... In dem Gewühl der Frauen entstand plötzlich eine Gasse ... Durch den Spalt ging ein Mann, der mit einem Stock den Boden vor sich abtastete. Auf seinem Jackettärmel saß eine gelbe Binde, drei schwarze Punkte waren darauf. Er sah kräftig und noch sehr jung aus. In seinem Gesicht war an Stelle des linken Auges eine rotfleischige, feuchtglänzende Höhle. Das rechte Auge sah starr geradeaus ...

Ede tappte dann die großen Steinfliesen am Eingang des Charlottenburger Rathauses hoch. ... Weiter oben anfangen, dachte Ede. Er stieg eine Wendeltreppe hoch. Oben war es stiller. Nur aus dem ständig auf und ab gehenden doppelten Paternosteraufzug stiegen bisweilen Leute. Beamte gingen mit dicken Aktenbündeln unter dem Arm an ihm vorbei. Einige waren in SA-Uniform. Ede tappte in den Gang hinein. Vor der dritten Tür blieb er stehen. ‚Regierungsrat Lehmann', stand auf dem weißen Schild. Ede griff in die Tasche, feuchtete den Klebezettel an, drückte ihn schnell auf das Schild:

‚Margarine wird teurer, die Butter noch mehr: Volk ans Gewehr!'

In knapp zehn Minuten hatte er den Vers an die Türen und Wände dieses

nung Adolf Hitlers über die Deutsche Arbeitsfront vom Oktober 1934 die Bedingungen festgeschrieben, mit denen die Arbeiterklasse sich der verschärften Ausbeutung zu unterwerfen hatte.

Entwicklung der Stundenlöhne
(Stundenlöhne in Reichspfennig)

	Männlich		Weiblich	
1928	95,9	75,2	60,3	49,8
1930	102,8	80,7	64,6	53,6
1933	78,5	62,3	51,7	43,4
1935	78,3	62,2	51,6	43,4
1937	78,5	62,3	51,5	43,4
1940	79,2	63,0	51,5	44,1
1942	80,8	64,1	52,3	44,6

Stat. Jahrbuch 1938, Bettelheim: Deutsche Wirtschaft unter dem Nationalsozialismus

Mit der Senkung der Tariflöhne und dem Abbau der übertariflichen Lohnbestandteile in der Krise, der Erhöhung der Steuern und Abgaben war der Reallohn der Arbeiterklasse vor dem Machtantritt der Faschisten erheblich gesenkt worden. Unter der faschistischen Regierung wurde diese Lohnsenkung festgeschrieben, bei einer gleichzeitigen Erhöhung der Lebenshaltungskosten von offiziell 7% (1932–1938) und einer Verdoppelung der Abzüge einschließlich der „freiwilligen" Abgaben allein innerhalb der ersten zwei Jahre der faschistischen Herrschaft.

Nach der Senkung des Reallohnniveaus in der Krise bestand die Aufgabe der faschistischen Herrschaft in der Sicherung dieses Standes bei gleichzeitigem Abbau der industriellen Reservearmee, wo sich unter bürgerlich-parlamentarischer Herrschaft der Bourgeoisie die Arbeiterklase nach der Krise Reallohnsteigerungen erkämpfen kann, und war es Aufgabe der faschistischen
allohnsteigerungen erkämpfen kann, und war es Aufgabe der faschistischen
Machthaber, die absolute und relative Ausbeutung der Arbeiterklasse auf ein neues Niveau zu heben und neue Stufen in der staatlichen Ausplünderung zu erreichen.

Die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit in der metallverarbeitenden Industrie war von 42,6 Stunden (1933) auf 51,6 Stunden (1938) gestiegen, das Arbeitstempo in der gesamten Industrie war um 20–25% zwischen 1932 und 1936 gesteigert worden, die durchschnittliche Prokopfproduktion hatte sich zwischen 1933 und 1939 mehr als verdoppelt, die Zahl der Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten nahm im gleichen Zeitraum von 929000 auf 2,253 Mio zu, die Steuereinnahmen stiegen von 10,2 auf 23,0 Mrd. RM (1933–1939).

Die Steigerung der absoluten und relativen Ausbeutung der Arbeiterklasse bei völliger Rechtlosigkeit fand ihre Ergänzung in einem System von Zwangsarbeit, begonnen vom Arbeitsdienst über die Zweigstellen der Industriekonzerne in den Konzentrationslagern bis zum Einsatz von 7 Mio. ausländischen Zwangsarbeitern (Kriegsgefangene und Deportierte), in der deutschen Industrie und Landwirtschaft. Millionen Menschen ließen in diesem Zwangsarbeitssystem der deutschen Monopolbourgeoisie ihr Leben, sie mußten bis zur völligen Erschöpfung arbeiten und waren dem Hungertod oder der Gaskammer preisgegeben oder wurden zuvor als arbeitsunfähig ausgesondert und in den Konzentrationslagern massenweise umgebracht.

Nur die Einheitsfront der deutschen Arbeiterklasse hätte die Pläne der deutschen Monopolbourgeoisie nach Weltherrschaft, die mit der Offensive gegen die Arbeiterbewegung im Innern durch die faschistische Machtergreifung begann und dann einen imperialistischen Raubkrieg entfesselte, der 55 Mio. Menschen das Leben kostete, frühzeitig durchkreuzen können. Die deutsche Arbeiterklasse hatte lange Klassenkampferfahrungen, sie war hochkonzentriert und ihr revolutionärer Flügel war der zahlenmäßig größte in der internationalen Arbeiterbewegung nach der sowjetischen KP. Die Offensive der Bourgeoisie traf die Arbeiterklasse, als die KPD sektiererische Fehler der Gründungszeit wiederholte. Die Einheitsfrontpolitik und die Arbeit in den Gewerkschaften waren weitgehend aufgegeben worden, RGO-Politik und Sozialfaschismusthese verhinderten die Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung durch Reformismus und Sozialdemokratie, in der Fehleinschätzung der Lage wurde von einer Offensive der Arbeiterklasse ausgegangen. Erst auf dem VII. Weltkongreß und dem Brüsseler Parteitag (1935) wurde eine Korrektur durchgesetzt, mit der Wiederherstellung der Taktik der Einheitsfront und dem Kampf um demokratische Errungenschaften.

Trotz dieser schwierigen Lage, die das geschlossene Vorgehen gegen die faschistische Machtergreifung verhinderte, traf das Naziregime von Anfang an auf einen entschlossenen Widerstand der Arbeiterklasse. Herausgabe von illegalen Zeitungen und Flugblättern, Einschleusung von im Ausland gedruckten Propagandabroschüren, Malaktionen an Häuserwänden, Sabotageaktionen gegen Rüstungsproduk-
Malaktionen an Häuserwänden, Sabotageaktionen gegen Rüstungsproduk-
tion, Arbeitsniederlegungen und Langsamarbeiten in den Betrieben waren Kampfmittel der Arbeiterbewegung gegen die faschistische Herrschaft. Die verschiedenen Gestapo-Lageberichte egal aus welchem Gebiet des Deutschen Reiches geben ein beredtes Beispiel, daß trotz des Terrorregimes der Widerstand der Arbeiterklasse nicht gebrochen werden konnte: Geheime Staatspolizei, Meldungen Oktober 1935–März 1936: 7266 Verhaftete wegen „hetzerische marxistischer Betätigung"; 1936 „illegale kommunistische Betätigung": 11687 Festnahmen, 1937: 8068, Hetzschriften 1643000 (1936) und 927430 (1937). 17168 Verfahren gegen das Heimtückegesetz ... (Lagebericht der Gestapo 1937); mit dem Beginn des Krieges stiegen die Widerstandsaktionen. In einem Monat nahm die Gestapo 15160 Personen wegen politischer Hetze fest, das Zehnfache des Jahres 1935. Von diesen 15160 Verhafteten im Oktober 1941 waren 8556 Verhaftungen wegen Arbeitsniederlegungen, 3796 wegen „Opposition" und 1074 wegen „Kommunismus und Marxismus".

Die Niederlage, die die deutsche Finanzbourgeoisie der Arbeiterklasse 1933 beigebracht hatte, war so schwer, daß trotz des heroischen Widerstandes der Arbeiterbewegung, einer zunehmenden Verbreitung des Kampfes und vereinheitlichten Führung durch die KPD, der Faschismus durch den Krieg und die bewaffnete Macht der alliierten Armeen zerschlagen wurde und nicht durch den Aufstand des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse.

Georgi Dimitroff 1935: Die Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen den Faschismus

„Ist es nicht klar, daß gemeinsame Aktionen der Anhänger der Parteien und Organisationen der beiden Internationalen – der Kommunistischen Internationale und der II. Internationale – den Massen die Abwehr des faschistischen Ansturms erleichtern und das politische Gewicht der Arbeiterklasse erhöhen würden?

Gemeinsame Aktionen der Parteien der beiden Internationalen gegen den Faschismus würden jedoch nicht nur einen Einfluß auf die Kommunisten und auf die Sozialdemokraten haben, sie würden auch einen mächtigen Einfluß auf die Reihen der christlichen, anarchistischen und unorganisierten Arbeiter ausüben, sogar auf diejenigen, die vorübergehend ein Opfer der faschistischen Demagogie geworden sind.

Ja noch mehr. Die machtvolle Einheitsfront des Proletariats würde einen ungeheuren Einfluß auf alle anderen Schichten des werktätigen Volkes ausüben, auf die Bauernschaft, auf das städtische Kleinbürgertum, auf die Intellektuellen. Die Einheitsfront würde den schwankenden Schichten den Glauben an die Kräfte der Arbeiterklasse geben.

Aber auch das ist noch nicht alles. Das Proletariat der imperialistischen Länder hat potentielle Verbündete nicht nur in den Werktätigen des eigenen Landes, sondern auch in den unterdrückten Völkern und Kolonien und Halbkolonien. Die Tatsache, daß das Proletariat im nationalen und internationalen Maßstab gespalten ist, daß einer seiner Teile die Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie und namentlich ihr Unterdrückungsregime in den Kolonien und Halbkolonien unterstützt, stößt die unterdrückten Völker der Kolonien und Halbkolonien von der Arbeiterklasse ab und schwächt die internationale antiimperialistische Front. Jeder Schritt auf dem Wege zur Aktionseinheit, der auf die Unterstützung des Befreiungskampfes der Kolonialvölker durch das Proletariat der imperialistischen Mutterländer gerichtet ist, bedeutet die Verwandlung der Kolonien und Halbkolonien in eine der Hauptreserven des Weltproletariats.

Wenn wir schließlich in Betracht ziehen, daß die internationale Aktionseinheit des Proletariats sich auf die ständig wachsende Macht des proletarischen Staates, des Landes des Sozialismus, der Sowjetunion, stützt, so sehen wir, welche breiten Perspektiven die Herstellung der Aktionseinheit des Proletariats im nationalen und internationalen Maßstab eröffnet ...

Ist es möglich, diese Aktionseinheit des Proletariats in den einzelnen Ländern und in der ganzen Welt zu verwirklichen? Jawohl, es ist möglich, und es ist sofort möglich. Die Kommunistische Internationale stellt für die Aktionseinheit keinerlei Bedingungen, mit Ausnahme einer einzigen, elementaren, für alle Arbeiter annehmbaren Bedingung und zwar, daß die Aktionseinheit sich gegen den Faschismus, gegen die Offensive des Kapitals, gegen die Kriegsgefahr, gegen den Klassenfeind richtet."



Stalin und Dimitroff auf der Präsidiumsbühne des 7. Kongresses der Kommunistischen Internationale 1935 in Moskau

KPD 1935: Proletarische Einheitsfront und antifaschistische Volksfront

„Die Schaffung der Einheitsfront erleichtert es uns, in den faschistischen Massenorganisationen alle legalen und halblegalen Möglichkeiten auszunutzen. Überall, wo Massen organisiert sind und zusammenkommen (Betriebsversammlungen, Stempelstellen, Arbeitsfront, Hitlerjugend, bei den Sportlern, in den Konsumvereinen usw.) müssen die Kommunisten und alle Antifaschisten zur Stelle sein, um die Opposition gegen den Hitlerfaschismus zu organisieren. In den faschistischen Massenorganisationen müssen die Kommunisten den Stoß gegen die Mißwirtschaft der Kommissare und der eingesetzten Leitungen, gegen die Bonzenwirtschaft und das Führerprinzip richten, müssen sie für das Recht zur Kritik, für die Wahl der Leitungen durch die Mitglieder, für Kontrollrecht über Beitragsgelder usw. kämpfen.

Diese Arbeit ist bisher von der Partei fast vollkommen vernachlässigt worden. Das betrifft besonders die Arbeit in der Hitlerjugend, was eine außerordentliche Schwäche der Arbeit der Partei unter der werktätigen Jugend gerade in der Zeit zum Ausdruck bringt, in der ihre Abkehr vom Faschismus einsetzt. Die Wendung der Partei in der revolutionären Massenpolitik muß ihren besonderen Ausdruck finden in einer wirklichen Orientierung der Partei auf die Jugend, in der vollen Verantwortlichkeit für die Vernichtung des faschistischen Einflusses in der werktätigen Jugend und in ihrer Gewinnung für den Klassenkampf. Von großer Bedeutung sind: der Kampf gegen die Militarisierung der Jugend; die Arbeit in den Arbeitsdienstlagern, in denen zielbewußte antifaschistische Aufklärung und Massenschulung geleistet werden muß; die Arbeit bei den Massentransporten aufs Land, bei denen sich zu größeren Demonstrationen der Angehörigen bei der Abfahrt Anlaß bietet; ferner die Ausnützung der Landhelfer als Agitatoren der Arbeiterklasse bei den Bauern und Landarbeitern in den Dörfern und auf den Gütern. Die antimilitaristische Arbeit muß gleichfalls in den Wehrorganisationen, der SA, SS usw., organisiert werden.

Die Lage der Frauen und Mädchen ist unter der Hitlerregierung durch die Entrechtung, Hinausdrängung aus dem Produktionsprozeß und durch die Teuerung außerordentlich verschlechtert ... Die Wendung der Partei muß auch zu einer ernsten Entfaltung der Arbeit unter den werktätigen Frauen führen, um sie als aktive Kämpferinnen in die antifaschistische Kampffront einzureihen ... Für die Gesamtheit aller Werktätigen stellen wir Kommunisten in der proletarischen Einheitsfront und in der antifaschistischen Volksfront das Programm des Kampfes für alle demokratischen Rechte auf: Freiheit der Versammlung und Presse, Unantastbarkeit der Person und der Wohnung, Schutz vor Denunziationen und Verfolgung, Aufhebung von Konzentrationslagern und Schutzhaft, Befreiung aller Opfer des Hitlerregimes ..."



Die hier zitierte Resolution des ZK der KPD wurde unter den Bedingungen der Illegalität als Tarnschrift in Deutschland verbreitet

Stockwerks geklebt. Dann fuhr er mit dem Paternoster eine Etage tiefer. Auch hier ging alles glatt. In dem nächsten Stockwerk wurde es aber schwieriger. Beamte liefen oft hin und her, er mußte immer Augenblicke abpassen, in denen die Gänge frei waren. Ede bog gerade um die Ecke, ging an einer Gruppe Wartender vorbei, da hörte er plötzlich erregte Stimmen hinter sich.

‚Hier! Und hier! ... muß jetzt erst angeklebt worden sein ...' ‚Baurat Lehmann hat eben angerufen, in den ganzen oberen Stockwerken kleben Zettel!' ‚Rufen sie sofort beim Pförtner an ... er soll die Polizei verständigen ... vielleicht fassen wir noch welche!' ‚Die Kollegen sollen sich an die Gänge stellen, niemand herauslassen!'

Türen klappten, Männer liefen die Gänge entlang. Die Wartenden sprangen auf. ‚Was ist denn – was denn?' fragte ein Mann in einem altmodischen Anzug. Er zog sich aufgeregt an seinem weißen Spitzbart. Eine vollbusige Frau in seidener Bluse neben im sagte erregt: ‚Hetzblätter haben sie angeklebt ... jetzt eben! An die Wände!'

Ede sah, wie einige in dem Kreis tuschelten und sich verständnisvoll zunickten. Da sagte die Frau von vorhin wieder: ‚Da, sehen sie! Es wird abgesperrt ... wir werden noch alle verdächtigt werden ... Oh, die Banditen ... die Banditen!' ...

Abhauen, jetzt wird's Zeit, dachte Ede. Er tastete die Wand entlang, auf die Treppe zu. An dem Paternoster stand ein Beamter.

‚Gesperrt jetzt!' sagte er zu jedem, der fahren wollte. Vor ihm standen schon mehrere Männer und Frauen, die er angehalten hatte. Sie redeten auf den Beamten ein. ‚Ich muß nach Hause ... mein Mann kommt zum Essen!' ‚Ich habe einen Termin vor Gericht ... ich mache Sie für mein Fernbleiben verantwortlich!'

Ede tastete mit seinem Stock mitten in die Menschen hinein. Sie machten ihm Platz, auch der absperrende Beamte trat zur Seite. Langsam ging dann Ede die Treppe hinunter, ungestört ins Freie. Er tastete immerfort vorsichtig mit dem Stock vor sich her." (S. 111 ff)

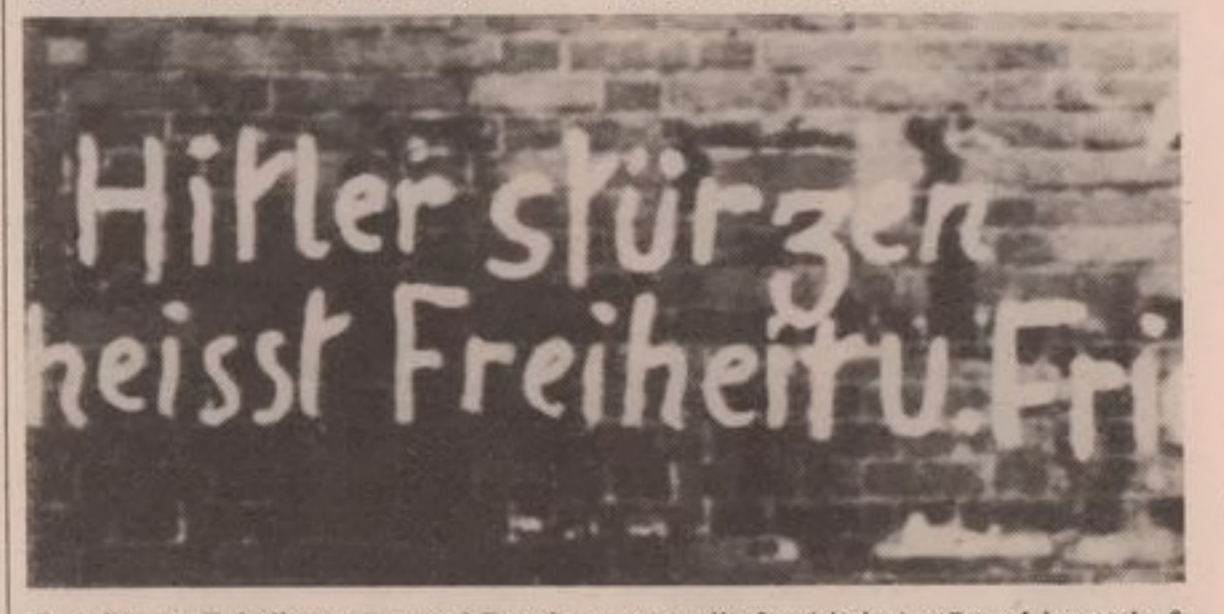
(alle Zitate aus der Taschenbuchausgabe des Aufbau-Verlages Berlin und Weimar, 1. Auflage 1974)

KPD 1933: Arbeit in der Illegalität an die Bezirksleitung Nordbayern

„Ihr erhaltet in Kürze von uns noch besondere Anweisungen über die Frage des Kampfes gegen die NSDAP im Zusammenhang mit ihrem Parteitag in Nürnberg. Wir ersuchen Euch, unmittelbar die Durchführung sofortiger praktischer Maßnahmen einzuleiten:

Es muß alles mögliche versucht werden, damit unsere Parolen, unsere Argumente durch Flugblätter, Flugzettel, Klebestreifen, durch Malen, durch Sprechchöre, vor allem aber durch systematische mündliche Agitation in die anläßlich des Parteitages in Nürnberg zusammenströmenden Massen gebracht werden. Entscheidend ist dabei, daß unsere Losungen, Teilforderungen und Parolen den Massen der antifaschistischen Arbeiter bekannt werden, damit deren Initiative zur breitesten Agitation entfaltet wird ...

Angesichts der großen Bedeutung, die der Arbeitsbeschaffungsschwindel gegenwärtig in der nationalsozialistischen Propaganda einnimmt, muß konkret für Nürnberg aufgezeigt werden, wieso der Hunger der Erwerbslosen in den letzten Monaten größer wurde, wie die Sonderunterstützungen abgebaut wurden, wie die Erwerbslosen statt Arbeit in den Betrieben zu erhalten, zwangsweise zu Erdarbeiten gepeitscht wurden und wie diese Maßnahmen der Durchführung des allgemeinen Lohnabbaus dienen. Die Massenquartiere der Nazis müssen mit unserem Agitationsmaterial belegt werden. Streuzettel sind an den Anmarschstraßen zu verbreiten. Klebezettel in den von Nazis benutzten Verkehrsmitteln anzubringen. Ebenso müssen die Möglichkeiten des Abwerfens von Flugblättern von Hochhäusern, aus Fenstern, von Fabrikschornsteinen ausgenutzt werden. Kinderballons und Papierdrachen mit unseren Parolen sollen aufsteigen. Kühne demonstrative Taten wie das Anbringen von roten Fahnen oder das Anmalen von Parolen auf den Sammelplätzen oder die Organisierung eines gut gedeckten Sprechchores können die größte Wirkung erzielen."



Parolen an Fabrikmauern und Brücken gegen die faschistische Gewaltherrschaft waren wichtiges Ausdrucksmittel in der Illegalität

In der kapitalistischen Produktion wird die Gesundheit zerstört

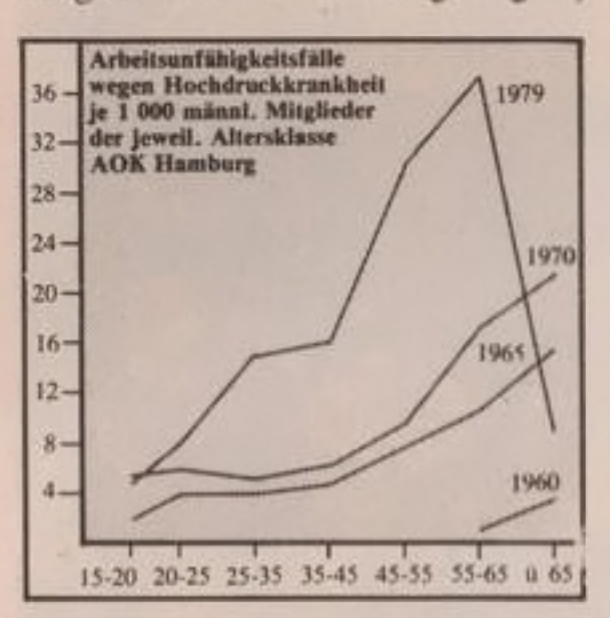
z.sul. Wer mit 15 oder 20 Jahren in der kapitalistischen Fabrik sein Arbeiterleben beginnt, seine Arbeitskraft verkauft, um sein Leben zu fristen, gibt seine Gesundheit notgedrungen gleich mit hin.

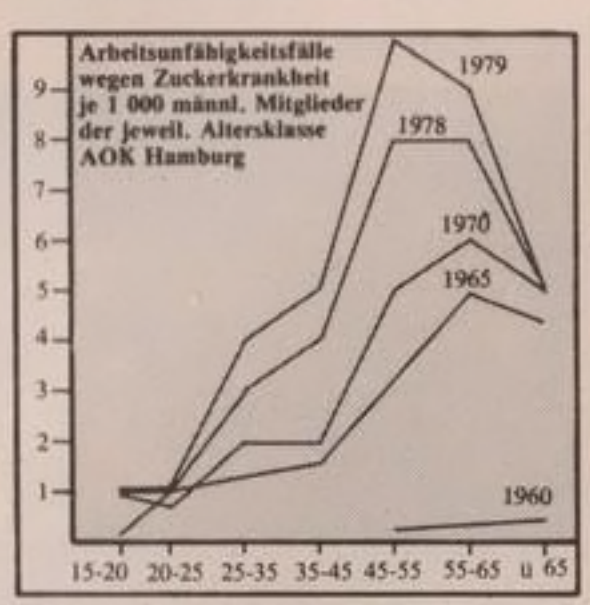
An zwei Beispielen ist aufgezeichnet, wie sich die Altersverteilung der Arbeitsunfähigkeitsfälle der in der AOK Hamburg versicherten Arbeiter seit 1960 entwickelt hat: die Zuckerkrankheit als Beispiel für Stoffwechselkrankheiten, der Hochdruck als Beispiel für Kreislaufkrankheiten. Sowohl der Kreislauf (Transport von Sauerstoff, Nährstoffen bzw. Abbauprodukten durch das Blut) wie die Regulation des Stoffwechsels (Aufnahme, Speicherung bzw. Abbau von Energieträgern) werden durch äußerste Intensität der Arbeit überbelastet und gestört. Die Spitzen der Altersverteilung bedeuten, daß ab da die Zahl derer, die durch Tod oder Verrentung aus dem Produktionsprozeß ausscheiden müssen, größer ist als die Zahl der neuen Arbeitsunfähigkeitsfälle. Die Zahl der Erkrankungen nimmt absolut zu. Gleichzeitig treten sie in früheren Lebensjahren auf, und die Spitze der Altersverteilung verschiebt sich zu jüngeren Lebensjahren, was auf zunehmenden Schweregrad der Krankheiten schließen läßt. Alle diese Erscheinungen sind Ausdruck *zunehmenden* Verschleißes durch *Steigerung* der Intensität der Arbeit.

In den Statistiken der AOKs – nicht veröffentlicht, aber einzusehen in deren Landeszentralen – sind keineswegs alle Erkrankten erfaßt, sondern nur diejenigen, die jeweils am 1. jeden Monats arbeitsunfähig geschrieben wurden. Man muß zudem berücksichtigen, daß eine Unzahl von Medikamenten entwickelt wurden, die zwar die Krankheiten nicht heilen, aber Arbeitsunfähigkeit vermeiden und so zur Verschlimmerung der Krankheiten führen, weil nur Symptome und nicht die Ursache der Krankheiten behandelt werden.

Die bürgerliche Propaganda schiebt bekanntlich alles auf die ungesunde Lebensweise der Arbeiter. Gesunde Lebensweise schön und gut, sie ist unbezahlbar für die Arbeiter. Man braucht das nur für gesundes Essen, ordentliche Wohnung und Kleidung zusammenzurechnen. Aber selbst dadurch könnte das Problem nicht gelöst werden, das durch übermäßigen Verschleiß entsteht, der durch tägliche Erholung nicht ausgeglichen werden kann.

Weiter heißt es, es drücke sich in der steigenden Zahl der Krankheiten der medizinische Fortschritt in der Diagnosestellung aus, insbesondere bei den Krebskrankheiten. Aber auch diese sind wesentlich übermäßiger mechanischer oder stoffwechselmäßiger Belastung der Gewebe geschuldet, weil bei der daraus folgenden überstürzten Regeneration (Neubildung) der Zellen genetische Informationen verlorengehen und so die Möglichkeit bösartiger Entartung steigt.





Einheitliche Versicherung unter Selbstverwaltung ist erforderlich

z.chc. Der DGB wird vor allem von der CDU/CSU, FDP und den Privatversicherungen angegriffen, wegen der Forderung nach einheitlicher Kranken- und Sozialversicherung. Die CDU hat vor kurzem Vertreter der Orts- und Angestelltenkrankenkassen sowie der Privatversicherungen eingeladen, um Gegenpositionen gegen die Forderungen der Ortskrankenkassen nach Finanzausgleich zwischen den Versicherungen abzustecken. Der Standpunkt der Ortskrankenkassen ist, daß sie höhere Gesundheitskosten bei geringerem pro Kopf-Beitrag auf Grund des niedrigeren durchschnittlichen Grundlohns der Versicherten tragen müssen, als die anderen Kassen. (Vergleiche dazu die Debatte in den Zeitschriften „Die Ortskrankenkasse" und „Arbeit und Sozialpolitik") Als Gründe dafür führen die Ortskrankenkassen u.a. an: höheren Anteil an Rentnern, jüngere Alterszusammensetzung bei den Ersatzkassen, höherer Frauenanteil bei den AOK's als bei einzelnen Ersatzkassen. Unzweifelhaft trifft das zu, und diese Faktoren müssen bei einem genauen Vergleich der Gesundheitsrisiken in den verschiedenen Versicherungen und bei den verschiedenen Versi-
nauen Vergleich der Gesundheitsrisiken in den verschiedenen Versicherungen und bei den verschiedenen Versi-
cherungen und bei den verschiednenen Lohn- und Gehaltshöhen berücksichtigt werden.

Was aber weder DGB noch Ortskrankenkassen vertreten, obwohl es bei Berücksichtigung aller zusätzlichen Faktoren die Grundlage für die unterschiedliche Risikoverteilung und Qualität der Versicherungsleistungen ist, ist der Zusammenhang zwischen Lohn/Gehalts- und Einkommenshöhe und gesundheitlichem Verschleiß.

In Untersuchungen der Ortskrankenkassen gibt es Vermutungen, daß er bestehen könnte. Eine Untersuchung über die Einkommensverteilung der Techniker Ersatzkasse von 1977 (durchschnittliches Bruttoeinkommen der Versicherten 1977 mit Rentnern 2970 DM, ohne Rentner 3225 DM, Beitragssatz 10,2%) stellt fest: „Der entscheidende Grund für die vergleichsweise gute finanzielle Situation der Techniker Kasse ist aber wohl darin zu sehen, daß die technischen Berufe eine äußerst günstige Risikomischung darstellen". („Arbeit- und Sozialpolitik" 10/77, S. 343).

Daß der gesundheitliche Verschleiß auf Grund der Arbeitsleistung dort hoch ist, wo Lohn und Gehalt niedrig sind, und niedrig, wo Gehalt und Einkommen hoch sind, dafür gibt der Vergleich verschiedener Daten zwischen Ortskrankenkassen und Privatversicherungen einige Belege. Vergleicht gleich verschiedener Daten zwischen Ortskrankenkassen und Privatversicherungen einige Belege. Vergleicht man z.B. die pro Kopf-Auszahlungen für Krankheitskosten und berücksichtigt die krassen Unterschiede in der Qualität und Höhe der Versicherungsleistungen, so kann man schätzen, daß das durchschnittliche Gesundheitsrisiko bei den AOK Versicherten um einen Faktor zwischen 1,5 und 2 über dem der Privatversicherten liegen wird.

	AOK	Angest.-Kasse	PKV (Private)
Grundl. (1977)	19780	20834	–
Anteil Rentner	35,7%	16,2%	–
Krankenhaustage pro Versicherten	3,36	2,38	1,3 – 1,5
Arbeitsunf.tage je 100 Mtgl.	106,4	59,05	–
Krankheitskosten je zahl. Mtgl.	816 DM	903 DM	788 DM

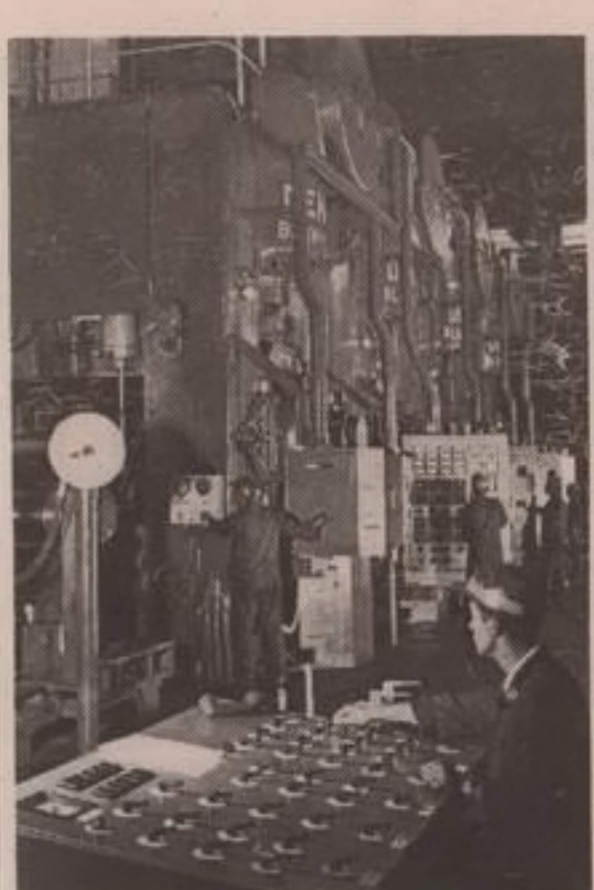
Wohnbevölkerung nach Art der Krankenversicherung (1978)

Krankenkasse/ Versicherung	in 1000	insges. in %
AOKs und IKKs	29365	47,9
BKKs	7788	12,7
Bundesknappschaft	1644	2,7
LKK	2076	3,4
Ersatzkassen	14468	23,6
Private Krankenvers. ...	4589	7,5
Sonstiger Vers.schutz ..	1209	2,0
Nicht krankenversichert.	181	0,3

Quelle: Wirtschaft und Statistik 7/79

Daten aus: Statistisches Jahrbuch so-

Daten aus: Statistisches Jahrbuch sowie verschiedene Veröffentlichungen der Ortskrankenkassen und Privatversicherungen. Angaben für Krankenhaustage der Privatversicherten geschätzt aus Einzahlungen, Tarifen und Auszahlungen für Krankenhaustagegeld.







Die Berufskrankheit Lärmschwerhörigkeit hat die früher häufigste Erkrankung Silikose verdrängt. Die Kapitalisten sparen an Lärmschutzvorrichtungen. Mit der Zunahme der Maschinerie und Erhöhung der Geschwindigkeiten erhöht sich der Geräuschpegel – Kaltwalz – Bergbau – Abfüllerei.

Bürgerliche Politiker zu den Sozialwahlen

Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die CDU/CSU ist der Auffassung, daß die Selbstverwaltung nicht zum Erfüllungsgehilfen des Staates werden darf. Die Politik der letzten Jahre hat die Handlungs- und Entscheidungsspielräume der Selbstverwaltung immer mehr eingeschränkt. Dem muß nach Ansicht der CDU/CSU Einhalt geboten werden. Für uns gilt der Satz: soviel Selbstverwaltung wie möglich, soviel Staat wie nötig. Starke Selbstverwaltungsorgane können ein Bollwerk gegen Tendenzen zur Einheitsversicherung sein. Die Ausübung der Wahl der Selbstverwaltung im gegliederten System der Krankenkassen ist letztlich eine Erweiterung der persönlichen Freiheit des Bürgers und ein Beitrag zu mehr Selbstbestimmung.

Herbert Wehner, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion:

Die Rolle der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung wird davon geprägt, wie sie ihren Handlungsspielraum im Interesse der Versicherten nutzt: – In der Krankenversicherung: für moderne Methoden und Einrichtungen der medizinischen Vorsorge und der Heilbehandlung bei der bedarfsgerechten und kostendämpfenden Steuerung von Gesundheitsleistungen und bei der Beitragsgestaltung. Ihnen (den Vertreterversammlungen) gehören neben den Vertretern der Versicherten auch Vertreter der Arbeitgeber an. Sie nehmen Aufgaben und Pflichten ehrenamtlich im Dienste des sozialen Rechtsstaates wahr ... Verwaltung muß immer Dienst am Mitbürger sein. Diese Verpflichtung obliegt in hohem
len Rechtsstaates wahr ... Verwaltung muß immer Dienst am Mitbürger sein. Diese Verpflichtung obliegt in hohem
Maße den Sozialversicherungsträgern. Die Sozialversicherung ist trotz ihrer Öffnung für weitere Bevölkerungsgruppen in ihrem Kern eine Einrichtung zur Sicherung der abhängig Beschäftigten geblieben.

Wolfgang Mischnick, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion:

Liberale Gesellschaftspolitik ist der Freiheit und der Würde des Menschen verpflichtet ... Die soziale Selbstverwaltung schafft in den Kernbereichen der sozialen Sicherheit einen staatsfreien Raum ... Soziale Selbstverwaltung heißt ... institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern; dadurch gemeinsame Verantwortung der Sozialpartner für die Funktionsfähigkeit unserer sozialen Sicherheit ... In der Selbstverwaltung sehen wir die liberale Alternative zu dirigistischer Verwaltung der Sozialpolitik, dem totalen Versorgungsstaat, dessen passive Untertanen nicht von der eigenen Leistung, sondern auf Kosten der Allgemeinheit leben wollen ... Für mich wird ein allgemeines Interesse der Arbeitnehmer deutlich, ihre Mitwirkungsrechte mehr und mehr persönlich, ohne Vermittlung von Arbeitnehmerorganisationen auszuüben. Das gilt auch für die soziale Selbstverwaltung. Einheitshonorare, Einheitsbeiträge und kassenartübergreifende Finanzausgleichsregelungen haben auch künftig mit der FDP keine Chance.

Fritz Schnabel, Geschäftsführer und Leiter der Abteilung Soziale Sicherheit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände:

In den zurückliegenden Jahren bedurfte es energischer Anstrengungen, das breit gefächerte System sozialer Sicherung auch unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen funktionsfähig zu erhalten ... Ohne die Hilfestellung der Betriebe könnten die Sozialversicherungsträger heute ihren Aufgaben gar nicht mehr gerecht werden. ... Diese feste, nicht unerhebliche Kosten verursachende Einbindung des Arbeit-
Diese feste, nicht unerhebliche Kosten verursachende Einbindung des Arbeit-
gebers in den Vollzug der Sozialversicherung ... verlangt konsequenterweise nach einem gleichgewichtigen Mitspracherecht der Arbeitgeber in den Selbstverwaltungsorganen der Versicherungsträger. Von daher ist nicht verständlich, daß aus gewerkschaftlichen Funktionärskreisen immer wieder die Forderung nach alleiniger Besetzung der Selbstverwaltungsorgane durch Vertreter der Versicherten erhoben wird.

Zuckerkrankheit: Die Kostendämpfungspolitik kostet die Volksmassen Geld und Lebensjahre

z.mis. Zweifellos sind die Kosten für die medizinische Wiederherstellung der Arbeitskraft hoch und steigen. Wichtigste Ursache ist der Ruin der Arbeitskraft im kapitalistischen Produktionsprozeß. Fortschritte in der Diagnostik und Behandlung führen ebenfalls zu einem Anstieg der Kosten. Ultraschall, Computertomografie und Dialysebehandlung gab es vor wenigen Jahren noch nicht.

Die Zerstörung der Reproduktionsbasis der Arbeiterklasse durch die kapitalistische Produktion macht die Pflege der Alten und Kranken zu einem gesellschaftlichen Erfordernis, das gesellschaftlich organisiert werden muß. Die Mitarbeit der Frau, die enge Wohnung, die Zerreißung der Familien und das niedrige Lohnniveau machen eine Pflege durch und in der Arbeiterfamilie unmöglich. In zunehmendem Maße wird die Behandlung in Krankenhäusern erforderlich.

Die Kostendämpfungspolitik zielt auf die Einschränkung der Krankenhausbehandlung durch Senkung der Behandlungsdauer. Sie kostet die Volksmassen Geld *und* Lebensjahre. Es soll an der Zuckerkrankheit untersucht werden, wieweit durch die Einschränkung der Krankenhausbehandlung die Behandlung für die Volksmassen teurer wird.

Bei der Zuckerkrankheit liegt ein Insulinmangel vor. Das Insulin ist notwendig für die Aufnahme und Verstoffwechselung des Traubenzuckers in den Zellen. Fehlt es, so fällt Zucker vermehrt im Blut an, während es in den Zellen fehlt. Die Zellen müssen auf andere Energieträger wie Fette und Eiweiße zurückgreifen. Bei schwerem Insulinmangel wird Muskelgewebe und Körperfett aufgezehrt und es entstehen Giftstoffe. Es kommt zu schweren Störungen des Wasser- und Salzhaushaltes, die zum lebensgefährlichen Zuckerkoma führen können. Die Behandlung besteht in der Gabe von Insulin oder Medikamenten, die die Insulinausschüttung wieder normalisieren. Durch eine geregelte Zuckerzufuhr, eine genau dosierte Insulin- und Medikamentengabe sowie durch ausreichende körperliche Bewegung muß der Zuckerstoffwechsel in einem ausgewogenen Zustand gehalten werden. Wird der Blutzucker zu stark gesenkt, so kann es zum lebensgefährlichen Zuckermangel-Schock kommen. Bei Zuckerschock und Zuckerkoma, aber auch bei leichteren Entgleisungen des Zuckerstoffwechsels ist eine Krankenhausbehandlung erforderlich. Die Entgleisung muß behoben werden. Der Zuckerkranke muß es lernen, seine Diät zusammenzustellen und einzuhalten. Ist Insulin erforderlich, so muß der Kranke lernen, selbst zu spritzen. Kann er selbst nicht spritzen, so müssen Familienangehörige noch während des Krankenhausaufenthaltes das Spritzen lernen. Ein geregeltes Maß an körperlicher Bewegung muß eingehalten werden. Der Zuckerkranke muß über das Wesen seiner Krankheit unterrichtet werden. Das alles kostet Zeit und erfordert Personal. Kann aufgrund schneller Entlassung oder Personalmangels eines der Probleme nicht gelöst werden, so ist die nächste Stoffwechselentgleisung schon vorprogrammiert. Je schwerer das Koma oder der Schock, desto länger und teurer die erforderliche Krankenhausbehandlung und desto größer die Lebensgefahr. Jede Entgleisung bedeutet Verlust von Lebensjahren. Ist der Stoffwechsel über Jahre schlecht eingestellt, so kommt es zu Spätschäden wie Augenschäden mit möglicher Erblindung, zu Nierenschäden mit möglichem Nierenversagen, zu Gefäßschäden mit gehäuftem Herzinfarkt oder Schlaganfall. Wieder werden Krankenhausaufenthalte erforderlich.

Klar ist jedem, daß sich bei einer Behandlung von vier Wochen der Zucker besser einstellen läßt als nur bei zwei Wochen. In Braunschweig betrug die Verweildauer in den Städtischen Krankenhäusern im Jahre 1978 zwischen 12,2 und 15 Tagen in den inneren Abteilungen im Durchschnitt. In jedem Krankenhaus gibt es Zuckerkranke, die in regelmäßigen Abständen wieder aufgenommen werden müssen.

Beschlüsse der Gewerkschaftsorgane der ÖTV zum Bundeskongreß:

Allein 49 Anträge befaßten sich mit den verschiedenen Auswirkungen der Kostendämpfung. Die meisten beinhalten Forderungen nach tarifvertraglichen Regelungen der Arbeitszeit, der Stellenpläne und befaßten sich mit gesundheitspolitischen Gesichtspunkten:

Kreisdelegiertenkonferenz Northeim: Selbstverwaltung der Krankenversicherungen. Der geschäftsführende Hauptvorstand wird aufgefordert, folgende Forderungen unter den ÖTV-Mitgliedern zu propagieren und sich für ihre Durchsetzung einzusetzen: Die vollständige Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung muß gesetzlich und auch in der Praxis durchgesetzt werden ... Es muß eine einheitliche Krankenversicherung sein, unter deren Leitung alle Einrichtungen des Gesundheitswesens stehen. Die Beiträge sollen allein durch die Arbeitgeber gezahlt werden.

Bezirkskonferenz Baden-Württemberg: Aktionsprogramm zum Gesundheitswesen. Die Hauptabteilung Gesundheitswesen bzw. der Bezirk Baden-Württemberg initiieren ... eine bundesweite/landesweite „Aktion gegen das Wirtschaftlichkeitsprinzip auf Kosten der Beschäftigten im Krankenhaus. – Für eine humane Personalausstattung' ... Dabei führen die gewerkschaftlichen Personal- und Betriebsräte, Vertrauensleute, Betriebsgruppen und Beschäftigten selbst eine Personalermittlung und eine geeignete Personalplanung durch. Forderungen: Einhaltung der 40-Stunden-Woche. Völlige Anwendung des Berufsausbildungsgesetzes auf die Auszubildenden in der Krankenpflege, Herausnahme aus dem Stellenplan. Mit zunehmender Versorgungsstufe steigt der fallfixe Pflegeaufwand, was sich wiederum in der Personalbemessung niederschlagen muß. Abgrenzung der fachlichen Tätigkeiten und Besetzung mit entsprechend qualifiziertem Personal (Keine Besetzung qualifizierter Stellen mit Aushilfspersonal, ZdL oder Auszubildenden).

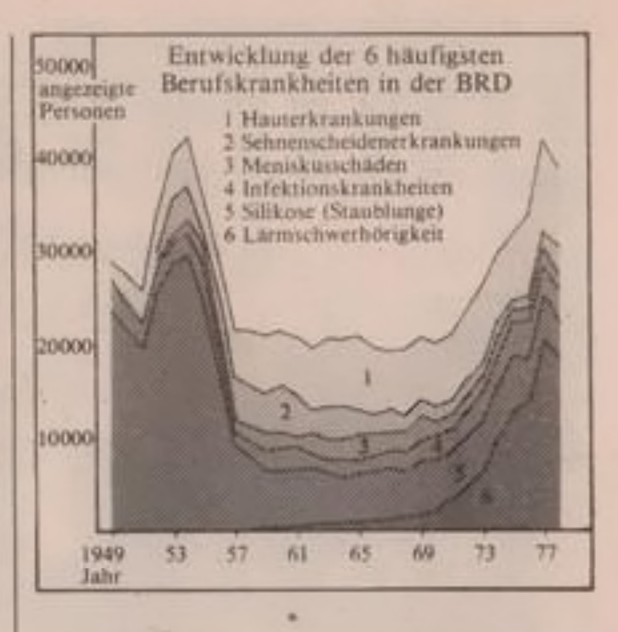
Kreisdelegiertenkonferenz Northeim: Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen an Krankenhäusern. Der gHV und die Kreisvorstände der ÖTV werden aufgefordert, in Zukunft generell Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Planstellenermittlungen durch staatliche oder sogenannte unabhängige Wirtschaftsprüfer an Krankenhäusern abzulehnen und nur noch die Erstellung von Personalbedarfsplänen unter Kontrolle der





Die Richtwerte für die Arbeit mit gefährlichen Stoffen (MAK) sind nach wie vor unzureichend. Die Zahl der Erkrankungen durch Arbeit mit chemischen Stoffen nimmt zu. Insbesondere die IG Chemie, aber auch die IGM kämpfen für eine Feststellung der Normen, um regelmäßige Messungen, ärztliche Kontrolle, Absauganlagen und um gesetzliche Vorschriften.

Mit der Zunahme der Monotonie und der Vereinfachung der Arbeit in der Industrie und im Büro nimmt auch die Zahl der Verschleißerkrankungen der Muskulatur, der Augen und der Gelenke zu. Diese Verschleißkrankheiten werden selten tatsächlich als Berufskrankheiten anerkannt und entschädigt. Bei Sehnenscheidenerkrankungen wurden 1978 von 1325 angezeigten nur 3 entschädigt.



Quelle: Unfallverhütungsbericht 1980 – Zahl der angezeigten Fälle, nicht der entschädigten. Die Zahlen wurden aufeinanderaddiert. Deutlich die rapide Zunahme der Verschleißerkrankheiten.

Die Gesundheitspolitik und Sozialversicherungen

z.brr. Gegenüber recht ausführlichen Passagen über die Pläne der zukünftigen Rentengestaltung finden sich in den Wahlprogrammen der großen bürgerlichen Parteien wenig oder gar keine Aussagen zur Gesundheitspolitik. Die Renten- und Familienpolitik steht absolut im Vordergrund. Lediglich die SPD bekundet in einem kurzen Absatz ihre Absicht, die Politik der Kostendämpfung fortsetzen zu wollen. Was noch nicht über die Bühne des Bundestags gebracht werden konnte, ist die Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, d.h. die Kostendämpfung bezüglich Verwaltung und Organisation des Krankenhausbetriebs. Ansonsten hat die 1977 ins Werk gesetzte Kostendämpfung ihre beabsichtigten Wirkungen erzielt. Die Gesundheitsversorgung ist deutlich eingeschränkt. Die Steigerungsraten der Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung haben deutlich abgenommen, 1976 9%, 1977 3,7%, 1978 5,8%, 1979 7%. Die überdurchschnittlichen Leistungsausgaben für Rentner sind reduziert. Die volle Ausschöpfung des Gesetzes, wie es heißt, regelt sich über die ‚konzertierte Aktion im Gesundheitswesen'. Die bürgerliche Opposition ist erklärtermaßen nicht gegen die Kostendämpfung, ihre Kritik richtet sich gegen „entmenschlichte Mammutkrankenhäuser'. Die vielfältige in bezug auf die Ausrichtung gegen den Gegner noch uneinheitliche Bewegung gegen die Kostendämpfung und Rationalisierung im Gesundheits- und Krankenhauswesen hat einen bereits zu selbständigen Charakter, als daß sie von den Oppositionsparteien einfach als Wahlkampfmunition mißbraucht werden könnte. Diese Bewegung wäre erheblich geschwächt, wenn es den bürgerlichen Parteien gelänge,
und Krankenhauswesen hat einen bereits zu selbständigen Charakter, als daß sie von den Oppositionsparteien einfach als Wahlkampfmunition mißbraucht werden könnte. Diese Bewegung wäre erheblich geschwächt, wenn es den bürgerlichen Parteien gelänge,
das behauptete Einverständnis der Volksmassen mit der Kostendämpfungspolitik über die Bundestagswahl, bzw. die Wahlkampfführung abzusichern.

Die Bewegung gegen die Kostendämpfung nährt sich aus der sich weiter und mit dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz (KVKG) erst recht weiter fortschreitenden Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Arbeiter- und Volksmassen, die der Ausbeutung und dabei insbesondere der Ausbeutung unter den Bedingungen der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit geschuldet ist. Dieses Thema ist bei den bürgerlichen Parteien nicht beliebt. Stattdessen operiert z.B. die CDU mit der Entwicklung der Geburtenrate, um der SPD eine verfehlte Familienpolitik nachzuweisen. Wieviel lohnabhängig beschäftigte Frauen aufgrund der Bedingungen ihrer Arbeit im Akkord überhaupt noch in der Lage sind, gesunde Kinder zur Welt zu bringen, bzw. wieviele dieser Frauen Früh- oder Fehlgeburten erleiden mußten, ist dann wieder ein unbeliebtes Thema. Die bürgerlichen Parteien können die Bewegung gegen die Kostendämpfung nicht vereinnahmen oder auf ihre Parteimühlen lenken, weil sie die Grundlage dieser Bewegung nicht anerkennen wollen. Die Grundlage der Bewegung besteht in der Erkenntnis, daß die Ausbeutung in der kapitalistisch betriebenen Produktion die Gesundheit der Lohnabhängigen zerrüttet. Die chronischen Krankheiten wachsen. An Herzinfarkt starben 1978 30% mehr als noch vor zehn Jahren. Gesundheitsschäden an der Wirbelsäule, Gelenken und Muskeln als Ausdruck völlig vereinseitigter Tätigkeiten in der Produktion werden langsam aber sicher zum Normalfall.

Die Gewerkschaften sind die wichtigste Stütze im Kampf gegen die Kostendämpfungspolitik. In den vom DGB herausgegebenen Wahlprüfsteinen ist unter dem Punkt „Soziale Sicherheit" zur Gesundheitssicherung
Die Gewerkschaften sind die wichtigste Stütze im Kampf gegen die Kostendämpfungspolitik. In den vom DGB herausgegebenen Wahlprüfsteinen ist unter dem Punkt „Soziale Sicherheit" zur Gesundheitssicherung
u.a. folgende Forderung aufgeführt:

„Die Versicherungspflichtgrenze der Krankenversicherung ist zu beseitigen." Die richtigen Bestrebungen der Lohnabhängigen gegen die Privatversicherungen sind damit aufgenommen. Allerdings wird die Forderung für sich allein zu einem Bumerang insofern, als daß die Durchsetzung dieser Forderung lediglich zum Effekt haben würde, daß die besser verdienenden Arbeiter in die Werbung der Privatversicherungen einbezogen werden könnten, sich bei den Privatversicherungen zu einem etwas geringeren Satz versichern könnten und die Beiträge für die verbleibenden Arbeiter und Angestellten notwendig steigen müßten.

Die Intensität der Arbeit in den unteren Lohngruppen ist in der Regel höher, die Krankheitshäufigkeit deshalb auch. Die zweite wichtige Forderung des DGB lautet: „Für gemeinsame Aufgaben der Sozialversicherung sind Arbeitsgemeinschaften zu schaffen. Für Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung ist ein gemeinsamer und unabhängiger sozialärztlicher Dienst einzurichten." Um zu vermeiden, daß das zu einer „Konzertierten Aktion" im Sinne Ehrenbergs wird, muß deutlich werden, daß eine Einheitsversicherung richtig ist. Nicht richtig ist erstens eine Einheitsversicherung *ohne* Selbstverwaltung ausschließlich durch die Versicherten. Zweitens bleibt eine Selbstverwaltung ohne Zahlung der Versicherungsbeiträge ausschließlich durch die Kapitalisten eine Verwaltung des Elends. Drittens kann eine solche Selbstverwaltung nur gut operieren, wenn sie örtlich, regional und zentral gegliedert und mit Finanzhoheit auf jeder Ebene ausgestattet ist. Ohne den Grundsatz, daß die Kapitalisten für alle Kosten aufzukommen haben, die nötig sind, um die von ihnen gekaufte und im Produktionsprozeß vernutzte Arbeitskraft wiederherzustellen, ist jeder Versicherungspolitik für die Interessen der Arbeiter und Angestellten letztendlich zum
men haben, die nötig sind, um die von ihnen gekaufte und im Produktionsprozeß vernutzte Arbeitskraft wiederherzustellen, ist jeder Versicherungspolitik für die Interessen der Arbeiter und Angestellten letztendlich zum
Scheitern verurteilt.

Neben dem Sozialpolitischen Programm des DGB kann sich die Bewegung gegen die Kostendämpfungspolitik der bürgerlichen Parteien stützen auch auf die Beschlußlage in den unteren Gewerkschaftsebenen.

Versicherten und ihrer Organisationen zu befürworten.

Kreisdelegiertenkonferenz Duisburg: Ablehnung von REFA-Methoden. Der gHV wird aufgefordert, sich zusammen mit dem DGB-Bundesvorstand energisch und mit öffentlichkeitswirksamen Mitteln gegen die Anwendung von REFA-Methoden zur Rationalisierung in Krankenhäusern einzusetzen.

Bezirkskonferenz NRW I: Arbeitszeitordnung. Die Gewerkschaft ÖTV wird beauftragt, sich beim Gesetzgeber dafür einzusetzen, daß die Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten vom 13. Februar 1924 ersatzlos zu streichen sei. Aus der Begründung: Die Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten vom 13. Februar 1924 sieht vor, daß das Pflegepersonal in den privaten und öffentlichen Anstalten bis zu 60 Stunden in der Woche beschäftigt werden darf, und ist die rechtliche Grundlage dafür, daß das Pflegepersonal in Krankenanstalten erheblich überlastet werden kann.

Bezirkskonferenz NRW II: Arbeitszeitordnung. Die ÖTV fordert die Ausdehnung der Arbeitszeitordnung auf die abhängig Beschäftigten, insbesondere für den Bereich des Gesundheitswesens.

Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz (Auszüge)

§182a Bei der Abnahme von Arznei, Verband- und Heilmitteln hat der Versicherte eine Deutsche Mark für jedes verordnete Mittel an die abgebende Stelle zu zahlen.

§182c Die Satzung bestimmt die Höhe der Zuschüsse zu den Kosten für Zahnersatz und Zahnkronen. Die Zuschüsse dürfen achtzig vom Hundert der Kosten nicht übersteigen.

§182e Die Satzung kann vorsehen, daß der Versicherte bei kieferorthopädischer Behandlung bis zu 20 vom Hundert der Kosten, höchstens jedoch einen Betrag in Höhe eines Viertels der monatlichen Bezugsgröße je Leistungsfall an die Krankenkasse zu zahlen hat.

§194 … Die Fahrtkosten werden nur übernommen, wenn sie je einfache Fahrt mehr als 3,50 Deutsche Mark betragen.

§198 Die Versicherte erhält nach der Entbindung einen Pauschbetrag von einhundert Deutsche Mark, wenn sie im Geltungsbereich dieses Gesetzes entbunden und die zur ausreichenden und zweckmäßigen ärztlichen Betreuung während der Schwangerschaft und nach der Entbindung gehörenden Untersuchungen (§196) in Anspruch genommen hat.

§223 Die Krankenkasse kann in geeigneten Fällen im Zusammenwirken mit den kassenärztlichen Vereinigungen, den Krankenhausträgern für den jeweiligen Bereich sowie den Vertrauensärzten die Krankheitsfälle vor allem im Hinblick auf die in Anspruch genommenen Leistungen überprüfen; die Krankenkasse kann den Versicherten und den behandelnden Arzt über die in Anspruch genommenen Leistungen und ihre Kosten unterrichten.

§405a (1) Die an der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung Beteiligten entwickeln mit dem Ziel einer den Stand der medizinischen Wissenschaft berücksichtigenden bedarfsgerechten Versorgung und einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen gemeinsam

1. medizinische und wirtschaftliche Orientierungsdaten und –
2. Vorschläge zur Rationalisierung, Erhöhung der Effektivität und Effizienz im Gesundheitswesen –

und stimmen diese miteinander ab …

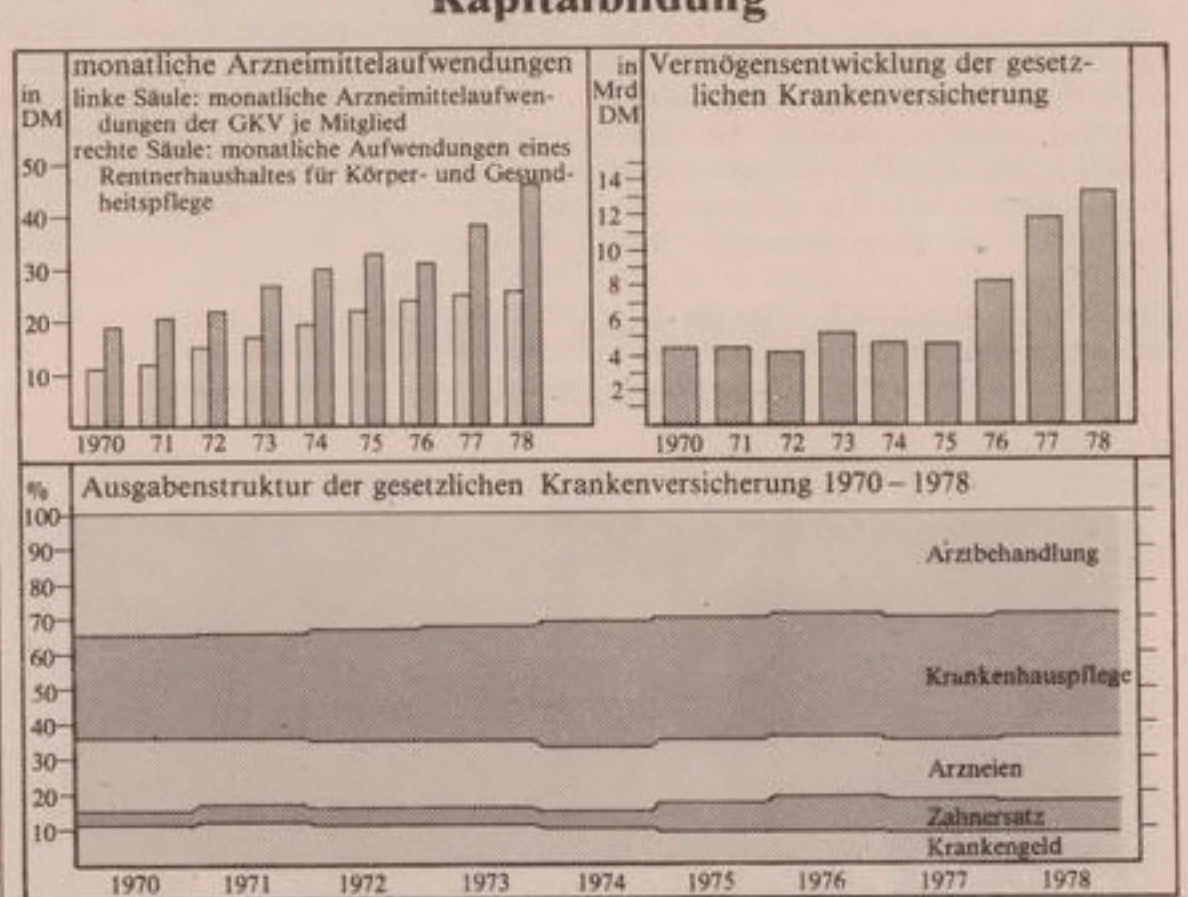
(3) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung stellt die für die Beratung erforderlichen Daten unter Berücksichtigung des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung zur Verfügung und erläutert diese.

Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz – Hauptstoß gegen die verrenteten Arbeiter

z.bsc. Am 17. März 1977 behandelte der Bundestag in erster Lesung das zwanzigste Rentenanpassungsgesetz, den Rentenanpassungsbericht 1977, das Gutachten des Sozialbeirats über die Entwicklung der Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung von 1976 bis 1990 sowie Empfehlungen des Sozialbeirats zur Anpassung der Geldleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung, in erster Lesung das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz und in erster Lesung das neunte Anpassungsgesetz bezüglich der Bundesversorgungsleistungen. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Ehrenberg, erläuterte die Zweckbestimmung des Gesetzespakets mit folgenden Worten: „Sowohl in der Renten- als auch in der Krankenversicherung hat es darum zu gehen, die Schere zwischen künftiger Einnahmen- und Ausgabenentwicklung zu schließen." Wer und was im Gesundheitswesen gedämpft werden sollte, darüber ließ Dr. Ehrenberg keinen Zweifel: „… daß gerade im Gesundheitswesen unzweckmäßige und unwirtschaftliche Strukturen sowie übertriebenes Anspruchsdenken und Einkommensstreben so mancher Beteiligten die Kosten über das ökonomisch vertretbare Maß hinaus haben steigen lassen." Bevor das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz (KVKG), das von der ersten bis zur dritten Lesung inklusive Bundesrat nur drei Monate brauchte, am 25. Juni des Jahres schließlich in Kraft trat, widerfuhren ihm noch etliche Änderungen – insbesondere wurde die gleichzeitig geplante Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes aus dem Jahre 1972 vom KVKG abgetrennt.

Das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz in der verabschiede-
de die gleichzeitig geplante Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes aus dem Jahre 1972 vom KVKG abgetrennt.
Das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz in der verabschiede-
ten Fassung konzentriert die „Dämpfung" auf drei Punkte: erstens direkte Leistungsstreichungen, zweitens Kostenüberwälzungen auf den Versicherten und drittens ein Kontroll- und Zwangssystem ausgehend vom Bundesministerium über die Krankenkassen bis zum Arzt, das die Ausführung der Leistungsstreichungen und Kostenüberwälzungen erzwingt. Konzentriert im §182, aber auch in den §§187, 198 und 201 stecken die Leistungskürzungen und Kostenüberwälzungen, während das Kontroll- und Zwangssystem in den §§405, 368 und 223 steckt. Im Einzelnen: über den §182 ist festgelegt, daß Bagatellarzneimittel wie für Kopfschmerzen, Beruhigungs- und Abführmittel nicht mehr verschrieben werden dürfen; zweitens wurde bezüglich der Arzneikostenselbstbeteiligung die Befreiung der Rentner u.a. aufgehoben und muß je verschriebenem Mittel 1 DM bezahlt werden; drittens wurden die Kassenzuschüsse für Zahnersatz und Zahnkronen auf höchstens 80% begrenzt; viertens wurde eine Selbstbeteiligung des Versicherten bei kieferorthopädischer Behandlung von 20% festgelegt. Leistungsbeschränkungen wurden weiterhin im §187 bezüglich von Kuren, im §194 bezüglich der Fahrkostenzuschüsse, im §198 bezüglich des Pauschbetrags bei Entbindungen und im §201 wurde eine Senkung des Sterbegeldes für Rentner vorgenommen. Ein Hauptstoß dieser Maßnahmen richtet sich gegen die verrenteten Arbeiter und Angestellten, die 1975 rund 17% der Versicherten stellten, aber z.B. über 50% der Arzneimittel verbrauchten. Die drastische Kostenüberwälzung auf den Rentnerhaushalt ist dem Schaubild 1 zu entnehmen. Die entzogenen Leistungen sammeln sich als „Vermögen" der Krankenversicherungen, das dem Kapitalmarkt zur Verfügung steht. Gegenwärtig befindet sich das Krankenhausfinanzierungsgesetz im Vermittlungsausschuß, worüber eine weitere Kostenüberwälzung von den Trägern auf die Versicherungen bewerkstelligt werden soll, nachdem schon 1972 das KHG letztlich
findet sich das Krankenhausfinanzierungsgesetz im Vermittlungsausschuß, worüber eine weitere Kostenüberwälzung von den Trägern auf die Versicherungen bewerkstelligt werden soll, nachdem schon 1972 das KHG letztlich
die Staatskasse von Klinikfinanzierungskosten zugunsten der Krankenversicherungen befreite und dort nach Schätzungen der Versicherungen die Pflegesätze um ca. 50% hochtrieb, was sich im Schaubild über die Struktur der Leistungen der Krankenversicherungen niederschlägt.

Leistungsentzug, Kostenüberwälzung, Kapitalbildung



„… jede Befindensstörung (wird) zum Verdacht auf eine Krankheit, der eine unübersehbare Kette von Folgen und Kosten auslöste", erklärte Albrecht, dessen niedersächsische Bundesratsstimmen die rasche Verabschiedung des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes sicherten. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz von 1972 bewirkte eine enorme Kostenüberwälzung von den Krankenhausträgern auf die Krankenversicherungen.



VFW-Arbeiter auf der 1. Mai Demonstration 1980 in Bremen

VFW Bremen: 8 Jahre zäher Kampf um den Lohn

r.rew. Am Anfang dieses Jahres tauchte bei den Arbeitern im Bremer Werk die Ablichtung eines Vorschlages einer Rahmenbetriebsvereinbarung der Kapitalisten vom 12.2.1980 über die Einführung von Leistungslohn auf. Die Geschichte dieses Vorschlages läßt sich zurückverfolgen anhand des Leistungsbewertungssystems als dessen Vorläufer. Spaltung und Hochtreiben der Leistung ist jedesmal der Zweck.

1972 wurde im Werk Bremen mit dem Auslaufen der Transall-Serie der Akkord abgeschafft, weil keine weiteren Serien folgten.

kord abgeschafft, weil keine weiteren Serien folgten.

1973. Die Methodische Leistungsbewertung wurde in Varel erprobt und bestand in ihrem Kern aus Rangreihen in den Beurteilungsmerkmalen, wo vom „besten" bis zum „schlechtesten" Arbeiter alle untereinander eingestuft waren. Diese Rangreihen wurden in 6 Stufen eingeteilt a 0,25 DM, die den Streit zwischen den Arbeitern entfachen sollten.

1974. Bildung einer Vertrauensleute-Arbeitsgruppe in Bremen, die das Vareler-System untersuchen sollte. Diese 15 Mann waren sich einig, daß das System nur zur Spaltung dient und die Arbeiter gegeneinander ausspielt. Es wurde der Vorschlag gemacht, statt der 1,50 nur 0,20 DM in allen Stufen zu bezahlen, womit der Sinn des Systems hinfällig wäre. Durch die Politik des Betriebsrates stimmte der VK dem System als Ganzem zu.

Oktober 1974. Durch die nach der ersten Beurteilung entstandene Empörung mußte eine Abteilungsversammlung der Arbeiter durchgeführt werden. Alle Redner sprachen sich gegen die Rangreihen aus. Der Vorschlag der Genossen, Abschaffung des Systems, 1 DM für jeden und die höher Eingestuften behalten ihr Geld, bekam nicht die Mehrheit, weil die Durchsetzbarkeit unklar blieb.

Trotz Ärger bei jeder Bewertung, so daß manche zweimal durchgeführt werden mußten, hat diese Methodische Leistungsbewertung keine Spaltung erzeugt, noch wurde dadurch die Leistung insgesamt erhöht. Im Gegenteil die Arbeiter haben sich über die verschriebenen Zeiten pro Auftrag abgesprochen und das wird heute noch gemacht.

Am **30.11.1976** wurde ein neues Leistungsbewertungssystem eingeführt, ein Punktesystem. Wegen der Sektionsbauweise wäre für die Kapitalisten das vorteilhafteste Leistungssystem der Programmlohn. Um aber die Programme erstellen zu können, sind genaue Daten erforderlich über die Arbeitszeiten und die Übersicht über die Produktion. Und das ist auch der Inhalt dieses Papiers, der den Aufbau eines Standartzeitenkatalogs plant, die Einführung eines rechnergesteuerten Fertigungs-, Planungs- und -steuerungsverfahren und die Einführung EDV-unterstützter Betriebsdatenerfassung mit Stempeluhren direkt am Arbeitsplatz. Die Betriebsräte aller Werke haben dieses Vorhaben abgelehnt, während die Kapitalisten vorhaben, das Werk Einswarden als Pilotwerk zu benutzen, um die Betriebsdatenerfassung auszutesten.

Anfang 1980 hat der Bremer Betriebsrat Forderungen aufgestellt, die bis heute nicht erfüllt sind: 1. Absicherung der bezahlten Frühstückspause, 2. Finanzieller Ausgleich für die erbrachten Leistungssteigerungen von durchschnittlich 0,60 DM, 3. Finanzielle Beteiligung an kommenden Rationalisierungen. Eine Stückzahlsteigerung von über 110 % im letzten Jahr war der Anlaß. Die Zelle hat die Aufstellung der Forderungen grundsätzlich begrüßt, aber die Begründungen kritisiert, daß sie von den Kapitalisten benutzt werden können für die Einführung von Leistungslohn. Stattdessen haben wir die 0,60 DM begründet über die erhöhten Reproduktionskosten aufgrund der Leistungssteigerung.

Ein Streik wurde organisiert, der aber keine Zusagen der Geschäftsführung brachte, sondern Disziplinierungsdrohungen gegen die Vertrauensleute. Der zweite geplante Streik wurde abgesetzt, weil die Kapitalisten über die Vorarbeiter am Vortag die Arbeiter gespalten hatten, über massive Drohungen, daß diesmal welche herausgegriffen und entlassen werden. Der Betriebsrat forderte eine a.o. Betriebsversammlung, die die Geschäftsleitung ablehnte und die Teilnahme daran als „wilden" Streik betrachtete. Die ordentliche Betriebsversammlung wurde aus Protest auf 2 Tage ausgedehnt, ohne irgendwelche Zusagen der Geschäftsführung. Gefordert wurde von Rednern ein Überstundenboykott und Arbeit nach Vorschrift, um die Forderungen durchzusetzen, was auch gemacht wurde. Am selben Tag verschickten die Kapitalisten 125 Abmahnungen an die Belegschaft. Verboten wurden alle VK-Sitzungen im Werk während der Arbeitszeit, außer 2 Stunden zur Vorbereitung der vier Betriebsversammlungen im Jahr. Durch Intervention der Ortsverwaltung der IGM-Bremen ist dieser Versuch der Zerschlagung der Gewerkschaften jetzt wieder rückgängig gemacht worden. Was noch offen steht, sind die Forderungen.

Große Konzentration in der Flugzeugindustrie – mehr Umsatz mit weniger Beschäftigten

r.uls. Ende der fünfziger Jahre hatte die westdeutsche Luftfahrtindustrie 15000 Beschäftigte bei einem Jahresumsatz von 280 Mio. DM. Um bei den Expansionsbestrebungen besser voran zu kommen, wurden zwei Arbeitsgemeinschaften gebildet: die Arge-Nord, bestehend aus Fokker (NL), Aviolanda (NL), Focke-Wulf, Weserbau und Hamburger Flugzeugbau und die Arge-Süd. Aus Teilen der Arge-Nord entsteht später VFW-Fokker.

Mit dem Zusammenschluß von Weser-Flugzeugbau und Focke-Wulf besaß VFW 1963 mit 7000 Beschäftigten zwei Drittel der westdeutschen Flugzeugkapazitäten. Mitte der sechziger Jahre kam es zur Krise, als die Lizenzprogramme ausliefen. Größere Nachfolgeprogramme waren nicht in Sicht. Ende der sechziger Jahre griff die Bundesregierung verstärkt ein mit einem Plan, „die Struktur der Industrie zu verbessern". Im Bundestag wurde 1968 der Antrag gestellt: „... Die Bundesregierung wird aufgefordert, ... auf den dringend erforderlichen Zusammenschluß der Luft- und Raumfahrtindustrie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, ... hinzuwirken, auch unter Inkaufnahme von Nachteilen für diejenigen Unternehmen, die die Konzentrationsbestrebungen nicht unterstützen." Das Programm hatte hauptsächlich „die Schaffung großer Unternehmenseinheiten mit besserer Eigenkapitalausstattung" zum Ziel. 1968/69 erfolgt der Zusammenschluß von Messerschmidt und Bölkow, kurz darauf auch Blohm, nachdem die Bundesregierung drohte, die Förderungsgelder zu sperren. Für den Einschluß von VFW reichte der Druck nicht aus, VFW fusionierte 1969 mit Fokker. Gleichzeitig wurden 1969-71 hohe Investitionen vorgenommen, um die Fertigungskapazitäten zu steigern und die Entwicklung und Produktion zu rationalisieren. In Bremen wurde eine Taktstraße für die Serienproduktion erstellt.

Erfolge dieses Programms wurden schnell sichtbar. Von 1969-73 sank die Anzahl der Beschäftigten von 19409 auf rund 17000 bei gleichzeitiger Steigerung des Umsatzes von 925 Mio. auf 1,432 Mrd. DM. 1973 lief die Produktion der VFW 614 an. Mitte der siebziger Jahre kam es zu Auseinandersetzungen zwischen VFW und dem holländischen Konzern Fokker, hauptsächlich um den Verkauf der 614, gegen die Fokker ein Konkurrenzmodell baute. Der Streit endete mit der Defusion. Kurz vor der Trennung wurde die Produktion der 614 eingestellt.

Seit 1977 gibt es Gespräche über eine Fusion zwischen VFW und MBB. Die Fusionsbemühungen kamen ins Stocken. Grund dafür soll der amerikanische Konzern UTC sein, der 25 % der Anteile an VFW besitzt sowie ein Vorkaufsrecht am 26 %-Anteil von Krupp und nicht verkaufen will. Mit UTC, an dessen Spitze der ehemalige NATO-Oberkommandierende Haig steht, sichern sich die US-Imperialisten Einfluß auf VFW als einem Teil der westdeutschen Flugzeugindustrie. Eine Fusion würde ihre Möglichkeiten erweitern.

Entscheidendes Hindernis der Fusion ist der Rückstand in der Ausbeutung der Arbeitskraft, den VFW mit aller Macht aufholen will. Während bei MBB Schichtarbeit und Programmlohn schon durchgesetzt sind, treffen diese Pläne auf den Widerstand der VFW-Belegschaften. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie will jetzt mit 1,3 Mrd. DM die „Verwirtschaftlichung" der Airbus-Produktion fördern. Im Bremer Werk wird gerade eine neue Halle gebaut für eine der größten in der Flugzeugindustrie verwendeten Pressen. Ein zusätzlicher Stachel zur Verschärfung der Ausbeutung.

Zusammenschluß der EG-Flugzeugkapitalisten soll Expansion vorbereiten

r.des. „Durchbruch im asiatischen Raum Gute Chancen für Airbus in In
44 Bestellungen für die Boeing 727,
gegenüber 23 Boeing 727 bestellt.

r.des. „Durchbruch im asiatischen Raum. Gute Chancen für Airbus in Indien und Korea. Die Marktchancen für den mit viel Vorschußlorbeeren bedachten Airbus A 300 wurden in Bonn trotz schwierigster Weltwirtschaftslage und heftigster US-Flugzeugkonkurrenz wieder zuversichtlicher gesehen." (Weser-Kurier vom 27.3.1975)

Mit Zuversicht ist die staatliche Förderung der westdeutschen Flugzeugbaukapitalisten gemeint. Da die westdeutsche Luftfahrtindustrie erst seit 1955 wieder die Genehmigung für den Bau von Verkehrsmaschinen erhielt und bis Mitte der sechziger Jahre nur den Bau von Lizenzprogrammen innehatte, war der Stand der Technik und Entwicklung im Großserienflugzeugbau weit hinter dem Stand der US-Kapitalisten zurück. Da die Produktionsanlagen Westdeutschlands wie auch des übrigen Europa nicht ausreichten, entscheidenden Einfluß auf die US-Konkurrenz auszuüben, wurde an die staatliche Förderung der BRD-Luftfahrtkapitalisten die Bedingung geknüpft, im EG-Verbund in den US-Markt einzubrechen. Das Airbusprogramm war ein erster Schritt in diese Richtung.

Die „Airbusindustrie (Dachgesellschaft)", bestehend aus „Deutsche Airbus GmbH" (47,9 %), Frankreich (47,9 %) und Spanien (4,2 %), nahm im Zeitraum 1975-1980 von 35 Fluggesellschaften 415 Bestellungen auf. Die „Deutsche Airbus GmbH" untergliedert sich in VFW (Vereinigte Flugtechnische Werke) mit 35 % und MBB (Messerschmidt, Bölkow, Blohm) mit 64 %.

44 Bestellungen für die Boeing 727, dem Airbus A 300 vergleichbar, haben die US-Imperialisten auf dem Inlandsmarkt aufgenommen. Es ist leicht ersichtlich, daß der westdeutsche Markt für Bestellungen dieser Größenordnung zu klein ist und der Verkauf von Flugzeugen sich nach außen hin entwickeln muß. Trotz des großen inländischen US-Marktes kamen die Boeing-Kapitalisten mit dem Verkauf der 727 ins Hintertreffen. So bestellten die ASEAN-Länder 1979 mit Optionen 26 Airbus A 300, hingegen kein von Boeing in der Größenklasse vergleichbares Flugzeug. Zurückzuführen sind die Bestellungen aus den ASEAN-Ländern auf das Treffen mit der EG und der damit im Zusammenhang stehenden Zustimmung der EG zur Kampuchea-Resolution. Über diesen Weg versuchen die westdeutschen Imperialisten in den ASEAN-Staaten Fuß zu fassen. Insgesamt wurden 1979 von den Ländern der Dritten Welt 30 A 300 gegenüber 23 Boeing 727 bestellt.

Für die westdeutsche Luft- und Raumfahrtindustrie, in der VFW führend in der Wartung und Instandhaltung des A 300 ist, bedeutet der zunehmende Verkauf Ausbau eines Wartungsnetzes in den jeweiligen Ländern. Trotz der steigenden Verkaufszahlen des A 300 stehen die US-Kapitalisten an erster Stelle im internationalen Vergleich.

Airbus- und Boeing-Bestellungen 1979

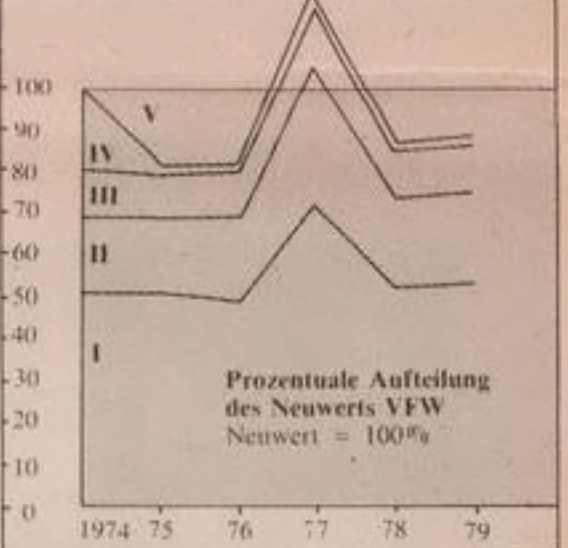
Länder	Airbus A 300	Boeing 727
USA	2	44
Canada	-	14
Australien	2	4
Brasilien	2	-
EG	54	9
übriges Europa	12	8
Afrika	7	6
Mexico	-	3
Jordanien	-	4
Kuwait	-	3
Indien	3	-
Asean	16	-
Gesamt	98	95

Optionen nicht berücksichtigt; Quelle: Interavia 1979

Wert der im Dienst stehenden und bestellten Verkehrsflugzeuge
(Februar 1976: in Mio. RE)

	Langstreckenflugzeuge			Kurz-/Mittelstreckenfl				
	USA	Europa	andere	USA	Europa	andere	Gesamt	%
BRD	646,2	-	-	390,1	130,0	-	1166,3	16,3
EG	3998,5	436,8	21,0	1677,9	1010,0	-	7144,2	18,2
übriges Europa	1414,4	-	1,4	1468,6	141,4	8,4	3034,2	7,7
USA	7100,1	-	-	10319,3	21,7	28,8	17469,9	44,5
Welt	19071,0	444,4	39,2	16978,1	2601,0	152,4	39286,1	1 00

Die linke Spalte gibt das Einsatzland an, in der Tabelle die Herkunftsländer
Quelle: Interavia 1977



I: Nettolohn; II: Steuern und Sozialabgaben aus Brutto; III: Sozialabgaben VFW; IV: Steuern aus Profit; V: Nettoprofit.

Allgemeine Daten VFW

Beschäftigte
VFW **9650**
ERNO **1182**
RFB **345**
Umsatz 1979 .... **650 Mio. DM**
Grundkapital .... **45 Mio. DM**

Wesentliche Beteiligungen
Deutsche Airbus GmbH, München (35 %); ERNO Raumfahrttechnik GmbH, Bremen (100 %); Rhein-Flugzeugbau GmbH, M'gladbach (100 %); Henschel Flugzeug-Werke AG, Kassel (50 %); „Weser" Wohnstätten GmbH, Einswarden (97 %).

Hauptproduktionsbreiche
Ziviler Flugzeugbau; Wehrtechnik (Kampfflugzeuge, elektronische Steuerungen für Panzer und Schiffe); Raumfahrttechnik.